

st gallen



Geschäftsbericht 2007
Bericht der Dienststellen

4	1	BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN
11	2	DIREKTION INNERES UND FINANZEN
41	3	DIREKTION SCHULE UND SPORT
70	4	DIREKTION SOZIALES UND SICHERHEIT
100	5	DIREKTION TECHNISCHE BETRIEBE
117	6	DIREKTION BAU UND PLANUNG

VORWORT

Der Geschäftsbericht der Stadt St.Gallen besteht aus den Teilen «Allgemeiner Rechenschaftsbericht des Stadtrates über das Amtsjahr» und aus dem «Bericht der Dienststellen».

Beide Teile finden Sie im Internet unter www.stadt.sg.ch.

Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Einen separaten Teil bilden die Legislaturziele des Stadtrats für die Amtsdauer 2004–2008. Nebst einer Standortbestimmung finden Sie darin einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre. Er zeigt auch auf, welche Schwerpunkte der Stadtrat in der kommenden Legislatur setzen und welche konkreten Ziele er erreichen will.

Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, Telefon 071 224 53 25

info@stadt.sg.ch

1 BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN

10 GEMEINDE

101 Abstimmungen und Wahlen

101.1 Abstimmungen Bund

101.2 Abstimmungen Kanton

101.3 Abstimmungen Stadt

13 SCHULRAT

14 VERMITTLERAMT

15 OMBUDSSTELLE

16 STADTKANZLEI

160.1 Stadtarchiv

161 Fachstelle Kommunikation

17 RECHTSKONSULENT

10 GEMEINDE

101 Abstimmungen und Wahlen

101.1 Abstimmungen Bund

11. MÄRZ 2007	BUND JA	BUND NEIN	STADT JA	STADT NEIN
Volksinitiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse»	641 917 28.8%	1 590 213 71.2%	4 769 25.3%	14 078 74.7%

17. JUNI 2007	BUND JA	BUND NEIN	STADT JA	STADT NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision)	1 039 282 59.1%	719 628 40.9%	11 313 59.6%	7 673 40.4%

101.2 Abstimmungen Kanton

21. MÄRZ 2007	KANTON JA	KANTON NEIN	STADT JA	STADT NEIN
Verfassungsinitiative «Verkleinerung des Kantonsrates»	69 495 60.2%	45 865 39.8%	10 291 59.4%	7 048 40.6%
Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung	76 016 69.4%	33 530 30.6%	12 113 73.6%	4 288 26.4%

17. JUNI 2007	KANTON JA	KANTON NEIN	STADT JA	STADT NEIN
Kantonsratsbeschluss über den Neubau des Zentrums für Alterspsychiatrie der Psychiatrischen Klinik St.Pirminsberg in Pfäfers	83 274 82.9%	17 149 17.1%	14 828 86.1%	2 392 13.9%
VI. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege	60 638 61.6%	37 822 38.4%	8 714 51.0%	8 358 49.0%

23. SEPTEMBER 2007	KANTON JA	KANTON NEIN	STADT JA	STADT NEIN
Gesetz über die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	52 340 82.2%	11 305 17.8%	11 856 90.1%	1 300 9.9%
Finanzausgleichsgesetz	47 778 75.3%	15 714 24.7%	11 762 89.5%	1 384 10.5%
Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung	54 845 86.3%	8 714 13.7%	11 851 90.1%	1 302 9.9%
Kantonsratsbeschluss über den Neubau der Institute für Pathologie und für Rechtsmedizin am Kantonsspital St.Gallen	54 331 83.9%	10 428 16.1%	12 256 90.1%	1 342 9.9%
Initiative «Steuergerechtigkeit für Familien!»	20 265 31.3%	44 421 68.7%	4 902 36.4%	8 552 63.6%

21. OKTOBER 2007

Erneuerungswahl der st.gallischen Mitglieder des Ständerates für die Amtsdauer 2008-2011

25. NOVEMBER 2007

Ständeratswahl 2. Wahlgang

101.3 Abstimmungen Stadt

11. MÄRZ	Stadt Ja	Stadt Nein
Partizipationsreglement	8 659 50.6%	8 467 49.4%
Festlegung des Steuerfusses für das Jahr 2007 (Beschluss des Stadtparlaments, einen Steuerfuss von 159% zu erheben; dagegen war das Referendum ergriffen worden)	9 014 52.8%	8 074 47.2%
17. JUNI 2007	Stadt Ja	Stadt Nein
Zonenplanänderung für die Überbauung «Güterbahnhof»	7 756 42.1%	10 647 57.9%
23. SEPTEMBER 2007	Stadt Ja	Stadt Nein
Zonenplanänderung Birnbäumen	7 158 52.9%	6 379 47.1%
25. NOVEMBER 2007	Stadt Ja	Stadt Nein
Ersatz der Trolleybusflotte der Verkehrsbetriebe	20 269 89.5%	2 380 10.5%
Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen	14 275 63.3%	8 277 36.7%

Zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse wurden bei der Abstimmung vom 23. September 2007 erstmals, und erfolgreich, maschinenlesbare Stimmzettel eingesetzt. Dabei müssen von den Stimmdenen nur noch Markierungen («Kreuzchen») in vorgegebenen Kästchen angebracht werden. Diese Markierungen werden von einem Hochleistungsscanner gelesen und durch eine nachgelagerte Software ausgewertet.

Die neue Lösung ist bei der Bevölkerung gut aufgenommen worden, unter anderem auch, weil alle Sachvorlagen auf dem gleichen Stimmzettel aufgeführt sind. Die Scannerlösung – schweizweit einmalig – führt dazu, dass bei komplexen Vorlagen (z.B. Majorzwahlen mit mehreren Kandidierenden) das

Resultat wesentlich schneller ermittelt werden kann. Ausserdem muss viel weniger Zählpersonal eingesetzt werden, was mittelfristig zu tieferen Kosten führt.

ABSTIMMUNGSKENNZIFFERN	2005	2006	2007
Stimmbeteiligung im Durchschnitt	50.9%	42.8%	40.1%
Stimmberechtigte im Durchschnitt (inkl. Auslandschweizer/-innen)	44 173	44 281	44 233
Abstimmungskosten (inkl. Löhne) für Urnendienst, Verpflegung, Porti, Abstimmungsmaterial, Transporte, Stimmausweise (in CHF 1 000)	213	245	375
Anzahl Abstimmungstermine	3	3	5
Anzahl Vorlagen	9	15	20
Kosten pro Abstimmungstermin (in CHF 1 000)	71	82	75
Kosten pro Vorlage (in CHF 1 000)	24	16	19

13 SCHULRAT

Die Berichterstattung zum Schulrat erfolgt im Teil 3 «Direktion Schule und Sport» unter Ziff. 300.2.

14 VERMITTLERAMT

Aufgaben:

- führt das Schlichtungsverfahren in Zivilstreitigkeiten gemäss Art. 134 ff. Zivilprozessgesetz, im Privatstrafklageverfahren gemäss Art. 294 ff. Strafprozessgesetz und für Klagen nach Art. 4 des Verantwortlichkeitsgesetzes durch

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	228	211	215
Ertrag	76	79	75
Aufwandüberschuss	152	132	140
Personalbestand	1.4	1.3	1.3

VERMITTLUNGSBEGEHREN	2005	2006	2007
Eingegangen total	554	539	519
Erledigung durch Vergleich, Klageanerkennung, Klagerückzug, ang. Urteilstvorschlag	254	242	245
Pendent am 31. Dezember 2006	38	59	55

Rechtsgebiete

Forderungsklagen aus diversen Rechtsgeschäften	309	305	306
Ehescheidungsklagen	72	71	63
Ehetrennungsklagen	1	–	–
Klagen auf Abänderung von Scheidungsurteilen	38	39	35
Klagen nach Art. 4 Verantwortlichkeitsgesetz	8	13	26
Vaterschafts- und Unterhaltsklagen	24	32	27
Aberkennungsklagen (SchKG)	12	12	11
Privatstrafklagen:			
Vergehen gegen die Ehre	20	10	11
übrige Antragsdelikte	27	27	26
Klagen aus Erbrecht	4	2	4
Klagen aus diversen Rechtsgebieten	35	24	27
Kostenentscheide	4	4	1

15 OMBUDSSTELLE

Die Ombudsperson ist Ende 2005 gewählt worden. Sie hat ihre Tätigkeit am 1. Januar 2006 aufgenommen. Sie legt dem Stadtparlament jährlich einen eigenen Geschäftsbericht vor.

16 STADTKANZLEI

Aufgaben:

- ist Stabsstelle von Stadtrat und Stadtparlament
- organisiert interne und öffentliche Anlässe und Empfänge
- führt das Stadtarchiv
- leitet den Weibeldienst
- leitet die Fachstelle Kommunikation

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 010	967	1 013
Ertrag	17	11	14
Aufwandüberschuss	993	956	999
Personalbestand	9.2	9.8	9.5

Diese Aufwand- und Ertragszahlen umfassen nur den engeren Bereich der Stadtkanzlei, beim Personalbestand inklusive den Weibeldienst. Die Zahlen der Fachstelle Kommunikation finden sich unter Ziff. 161 hienach.

160.1 Stadtarchiv

ZUWACHS AN ARCHIVGUT	2005	2006	2007
Anzahl Ablieferungen, Schenkungen	24	19	18
Zuwachs in Laufmetern	44	35	24

Die vom Stadtarchiv übernommenen Dokumente stammten wie üblich teils von städtischen Dienststellen, teils waren sie von privater Herkunft, wie z.B. das Fotoarchiv einer Gratiszeitung. Durch systematische Aktenbewertungen wurden die dem Stadtarchiv angebotenen Unterlagen auf eine möglichst knappe, aber dennoch aussagekräftige Menge reduziert. Im Berichtsjahr gelangten in Ablieferungen des Stadtplanungsamtes und des Sekretariats der Direktion Schule und Sport erstmals digitale Archivalien ins Stadtarchiv. Deren langfristige Erhaltung und künftige Zugänglichkeit sind derzeit noch nicht gewährleistet, Projekte zur Lösung dieser Probleme sind jedoch im Gange.

Die Neuzugänge ins Stadtarchiv wurden geordnet und verzeichnet. Daneben wurden bei der detaillierten Erschliessung von bisher nur summarisch inventarisierten Archivteilen erhebliche Fortschritte erzielt.

Zu den seit Jahren regelmässig betriebenen konservatorischen Massnahmen gehörten wiederum mehrere Buchrestaurierungen, die Duplizierung von Tonaufzeichnungen (Protokolle des Stadtparlaments) sowie die Digitalisierung von Foto-Glasnegativen.

Neue Formen der Aktenproduktion zwingen die Archive dazu, sich in stets zunehmendem Ausmass in den Prozess der Aktenentstehung einzuschalten. Im Hinblick auf ein künftiges städtisches Records Management entwickelte das Stadtarchiv den Einheitsaktenplan weiter. Überdies wurden sämtliche in der Verwaltung eingesetzten EDV-Programme daraufhin geprüft, ob sie Daten generieren, welche das Stadtarchiv dereinst in konventioneller oder digitaler Form wird übernehmen müssen.

BENUTZUNG UND AUSKÜNFTE	2005	2006	2007
Benutzung von Archivalien	237	173	191
Auskünfte	389	368	373

Mitarbeitende des Stadtarchivs waren an mehreren Publikationen (u.a. am neuen St.Galler Stadtführer) sowie an zwei öffentlichen Vorlesungsreihen der Universität beteiligt. Eine Vorlesungsreihe war mit einer Ausstellung zur Geschichte der Schriftlichkeit verbunden, die in der «Vadiana» gemeinsam mit dem Stadtarchiv der Ortsbürgergemeinde gestaltet wurde und die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Stadtarchiven belegt. Der Öffentlichkeitsarbeit dienten überdies Vorträge, Führungen und die Teilnahme an einer vom Staatsarchiv St.Gallen koordinierten Veranstaltung anlässlich des Schweizerischen Archivtags.

161 Fachstelle Kommunikation

Aufgaben:

- ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung
- führt das Informationswesen des Stadtrats
- unterstützt die Dienststellen bei Kommunikationsvorhaben
- ist Anlaufstelle für eGovernment-Vorhaben
- betreibt die Plattform www.stadt.sg.ch und das Intranet
- leitet die Redaktionskommission der Personalzeitschrift «Stadtspiegel»

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	658	716	767
Ertrag	1	1	–
Aufwandüberschuss	657	715	767
Personalbestand	2.9	2.9	2.9

52 mal wurden Medienschaffende zu Orientierungen eingeladen. Rund 170 Meldungen sind an die Medien verschickt und stets aktuell im Internet und Intranet platziert worden. Dazu kommen fast täglich Anfragen durch Medienschaffende, die sich für bestimmte Themen interessieren.

Ein zentrales Projekt war im 2007 die Organisation des «Tages der offenen Tür» im Rathaus. Die Tausende von Besuchenden, der Seilakt von David Dimitri, das grosse Engagement der Rathausmitarbeitenden, von Feuerwehr, Stadtpolizei und VBSG sind Highlights, die auch heute noch in guter Erinnerung sind.

Weitere wichtige Kommunikationsprojekte waren die Sonderschau «Elektrosmog» zum Thema «Total-digital» an der OFFA, die Eröffnung des Athletik Zentrums sowie Vorbereitungen zum Public Viewing an der EURO08.

Im Bereich eGovernment wurde zusammen mit den Verantwortlichen des Kantons begonnen, die Rahmenarchitektur «Basisinfrastruktur» von www.sg.ch und www.stadt.sg.ch zu überarbeiten. Damit wird es künftig einfacher möglich sein, neue Applikationen wie Newssystem, Kalenderfunktionen etc. gemeinsam zu entwickeln und zu nutzen und bestehende Applikationen wie elektronische Archivierung (ELAR) oder Geschäftskontrolle (GEKO) mit weniger Aufwand anzubinden. Mit der neuen Rahmenarchitektur und dem Update des ContentManagementSystems (CMS) wurde die Basis geschaffen für den Redesign des heutigen Internetauftritts der Stadt St.Gallen. Dieser wird auch wesentliche Verbesserungen der Barrierefreiheit aufweisen und den heutigen Webstandards entsprechen.

Dass sich diese Anstrengungen lohnen, zeigt die Webstatistik 2007. Die Zahl der Besuchenden hat um rund 200 000 zugenommen. www.stadt.sg.ch wurde 1.2 Millionen mal besucht. Durchschnittlich wurden vier Seiten angeklickt, und der einzelne Besuch dauerte rund sechs Minuten. Auffallend ist,

dass die Besuchenden die Webseiten der Stadt St.Gallen gerne als Portal nutzen würden. So werden oft touristische Angebote, Veranstaltungskalender oder News gesucht, die heute auf www.stadt.sg.ch schlecht zu finden sind.

Diverse Dienst- und Fachstellen wurden bei Vorhaben mit grossem Anteil Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Zu erwähnen sind speziell die Bereiche Kultur, Umwelt und Schule.

Zu den vielfältigen Aufgaben der Fachstelle gehört auch die Redaktion der Personalzeitung «Stadtspiegel». Als Vorsitzende der Redaktionskommission koordiniert die Mitarbeiterin der Fachstelle Themen und Beiträge, sie begleitet Gestaltung und Produktion und ist verantwortlich für die Einhaltung von Terminen und Budget.

Im Auftrag des Katastrophen-Stabes leisten der Leiter und die Mitarbeiterin zusammen 26 Wochen Pikettdienst im Jahr.

17 RECHTSKONSULENT

Aufgaben:

- bereitet Rechtsetzungsgeschäfte vor
- verfasst und überprüft Verträge
- klärt verschiedene Rechtsfragen im Rahmen der Verwaltungstätigkeit und im Zusammenhang mit Vorlagen an Stadtrat und Stadtparlament ab
- ist für Rekursbearbeitungen zuständig
- betreut die städtische Rechtssammlung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	367	330	321
Ertrag	–	–	3
Aufwandüberschuss	367	330	318
Personalbestand	1.7	1.7	1.6

REKURSE	2005	2006	2007
Hängige Rekurse am 1.1.	33	22	22
Neu eingegangen	56	137	57
Erlедigt	67	137	43
Hängige Rekurse am 31.12.	22	22	36

Im Bereich der Rechtsetzung wirkte der Rechtskonsulent an der Ausführungsgesetzgebung mit, die aufgrund des Urteils des Bundesgerichts zur Videoüberwachung auf dem öffentlichen Grund erlassen wurde; ferner am Reglement über die Videoüberwachung im Bereich der Arena St.Gallen. Dabei wurde juristisches Neuland betreten und es wurden Regelungen getroffen, die Pioniercharakter haben und mit Bezug auf den Schutz der privaten Daten auch Vorbildcharakter beanspruchen dürfen.

Eine Revision des kantonalen Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege eröffnete den Gemeinden neu die Möglichkeit, den Rechtsmittelweg abzukürzen und die Anfechtung von Verfügungen unterer Gemeindeinstanzen direkt bei der kantonalen Rechtsmittelbehörde vorzusehen. Mit dem Erlass des Reglements über den Weiterzug von Verfügungen und Entscheiden unterer Instanzen wurde von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das Reglement wurde auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Rekurse gegen Verfügungen, die noch vor Ende 2007 getroffen worden waren, werden noch nach altem Recht durch den Stadtrat entschieden.

Im Bereich der Wahlen und Abstimmungen wurde ein neues Reglement über die Organisation und Geschäftsführung des Stimmbüros erlassen. Dieses wurde notwendig, weil seit der Volksabstimmung vom 23. September 2007 in der Stadt St.Gallen maschinenlesbare Stimmzettel verwendet werden. Das neue Reglement erlaubt es dem Stimmbüro, mit dem Scannen der Stimmzettel bereits am Samstag vor dem Abstimmungssonntag zu beginnen. Die Neuregelung hat sich bereits bestens bewährt.

Im Berichtsjahr wurden Grundsätze über das Verhalten des Stadtrats bei Abstimmungen erarbeitet.

Im Bereich der Parlamentsgeschäfte wirkte der Rechtskonsulent an der Ausführung der Motion über ein «bürgerfreundliches Verfahren bei den Schutzinventaren» mit. Es stellten sich verschiedene Fragen der Recht- und Zweckmässigkeit der Motion, die schliesslich in den Antrag an das Stadtparlament mündeten, die Motion als erledigt abzuschreiben und auf den Erlass einer Schutzverordnung zu verzichten.

Bei den Rechtsmittelverfahren fanden in einer breiten Öffentlichkeit zwei Verfahren grössere Beachtung. Im einen ging es um die Auferlegung von Kosten für den polizeilichen Einsatz im Zusammenhang mit einer Aktion «Schwarzer Block», die sich im Nachhinein als Jux heraus stellte. Es ergab sich, dass die entsprechenden Kosten nicht unmittelbar auf der Grundlage des kantonalen Polizeigesetzes überwältzt werden konnten. Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts wäre ein ausführender Gebührentarif erforderlich gewesen. Obwohl dieses Ergebnis nicht zu befriedigen vermochte, wurde auf eine Anfechtung beim Bundesgericht verzichtet und beschlossen, einen entsprechenden Tarif zu schaffen. Das zweite Verfahren betraf das Unterschriftensammeln für politische Zwecke auf dem öffentlichen Grund. Der Stadtrat entschied in seinem Rekursentscheid, dass für das Unterschriftensammeln an insgesamt fünf Orten in der Stadt, die am meisten nachgesucht sind, auch für Einzelpersonen eine Bewilligung erforderlich ist und dass im Voraus lediglich sechs Bewilligungen erteilt werden. Eine Gebühr für die Bewilligung wird nicht erhoben. Damit soll die nötige Koordination zwischen den verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Grundes erreicht werden. Nach Ablauf des Berichtsjahres entschied das zuständige kantonale Department, dass die Bewilligungspflicht für das Sammeln durch Einzelpersonen unzulässig sei.

Im Berichtsjahr wurden erstmals zwei Nicht-Einbürgerungsentscheide des Parlaments bei der kantonalen Rechtsmittelbehörde angefochten. Entscheide stehen noch aus.

2 DIREKTION INNERES UND FINANZEN

20 DIREKTIONSSEKRETARIAT

201 Fachstelle Kultur

21 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND WOHNORTMARKETING

211.1 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

211.2 Koordinationsstelle Statistik

22 EINWOHNERAMT

221.1 Stimmregister

221.2 Einwohnerwesen

221.3 Militärisches Kontrollwesen

221.4 Kontrollstelle für die Krankenversicherung

221.5 Wohnungsamt

221.6 Gemeindamtliche Aufgaben

221.7 Einbürgerungen

221.8 Verschiedene Aufgaben

23 ZIVILSTANDSAMT

230.1 Geburten

230.2 Eheschiessungen

230.3 Eingetragene Partnerschaften

230.4 Todesfälle/Bestattungen

230.5 Kindesanerkennungen

230.6 Weitere Beurkundungen

24 BETREIBUNGSAMT

241.1 Betreuungswesen

241.2 Gantamt/Gantwesen

25 STEUERAMT

251.1 Steuerveranlagungen

251.2 Einfache Steuer

251.3 Steuerbezug und Zahlungsverhalten

251.4 Steuerertrag

251.5 Anteil an kantonalen Steuern

26 FINANZAMT

260.1 Sekretariat und Controlling

260.2 Stadtbuchhaltung

260.3 Versicherungskasse

27 PERSONALAMT

270.1 Personalwesen und Personalrecht

270.2 Personalbestand Verwaltung und Betriebe

270.3 Personalbestand, Verwaltung, Betriebe und Lehrkräfte

- 270.4 Beschäftigungsstruktur
- 270.5 Personalfluktuatation
- 271 Lernende und Praktika**
- 272 Ausbildung**
- 272.1 Personalentwicklung und Führung
- 272.2 Chancengleichheit von Frau und Mann
- 273 nicht aufteilbarer Personalaufwand**
- 273.1 Versicherungskasse
- 273.2 Sozialwesen

28 ORGANISATIONS- UND INFORMATIKAMT

- 280.1 Projekte
- 280.2 Informatikbetrieb/-infrastruktur
- 280.3 Informatikausbildung
- 280.4 Informatiksicherheit

29 FINANZKONTROLLE

- 290.1 Personelles
- 290.2 Prüfungstätigkeit
- 290.3 Datenschutz
- 290.4 Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission

20 DIREKTIONSSEKRETARIAT

Aufgaben:

- unterstützt den Stadtpräsidenten/Direktor Inneres und Finanzen in seinen Führungs-, Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben
- arbeitet Vorlagen an Stadtrat und Stadtparlament sowie Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- koordiniert direktionsintern Sachgeschäfte der Dienststellen und Vorlagen an Stadtrat und an Stadtparlament sowie parlamentarische Vorstösse
- koordiniert verwaltungsintern das Einbürgerungsverfahren und ist Sekretariat der Einbürgerungsräte St.Gallen, St.Gallen-Straubenzell, St.Gallen-Tablat und St.Gallen-Rotmonten
- leitet administrativ die Fachstelle Kultur
- wirkt mit bei der Organisation stadtbezogener Anlässe

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	346	355	362
Ertrag	1	1	1
Aufwandüberschuss	345	354	361
Personalbestand	2	2	2

Die vier Einbürgerungsräte haben 2007 an zwei ordentlichen Sitzungen über die Einbürgerungsgesuche beraten. An zwei gemeinsamen Sitzungen sind anhand von aktuellen Gesuchsfällen grundsätzliche Fragen diskutiert worden.

Die St.Galler Party war im Mai zu Gast beim CSIO St.Gallen und im November im Athletik Zentrum St.Gallen. Der Einladung im Mai sind 273, jener im November 231 Personen gefolgt.

JUNGBÜRGERINNEN UND JUNGBÜRGERTAG	2005	2006	2007
Teilnehmende	261	328	283
Kosten pro Jungbürger/-in (in CHF)	109.10	70.60	94.50

Die Kosten pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer berechnen sich nach den Gesamtkosten, geteilt durch die Anzahl angemeldeter Jungbürgerinnen und Jungbürger.

201 Fachstelle Kultur

Aufgaben:

- ist städtische Anlaufstelle für Kulturschaffende, Veranstaltende und Interessierte in kulturellen Fragen
- berät Stadtrat und Stadtverwaltung in kulturellen Angelegenheiten
- bearbeitet Gesuche um Beiträge aus den Mitteln der städtischen Kulturförderung
- betreut die städtischen Subventionen im kulturellen Bereich

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	190	177	157
Ertrag	1	–	–
Aufwandüberschuss	189	177	157
Personalbestand	1.6	1	1

BEITRÄGE (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Theater und Film	8 854	8 867	9 653
Musik	95	103	95
Bibliotheken, Ludothek	518	533	593
Museen und bildende Kunst	3 278	3 458	3 488
Preisverleihungen	30	55	30
Übrige Beiträge im kulturellen Bereich	638	718	846
Total	13 413	13 684	14 705
pro Kopf der Bevölkerung	191	195	203

Nicht enthalten sind in dieser Zusammenstellung die Ausgaben für Denkmalpflege, Musikschulen, Kulturpädagogik sowie für die Bereitstellung und den Unterhalt von Kulturgebäuden (Theater, Tonhalle, Museen, Grabenhalle, etc.).

Die für die Förderung des aktuellen Kulturschaffens, innovativer Einzelprojekte und kultureller Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Mittel (insgesamt CHF 520 000, in der oben stehenden Tabelle in den «übrigen Beiträgen» enthalten) wurden wie folgt verwendet (in Prozenten):

	2005	2006	2007
Theater, Tanz	19.0	20.6	21.1
Bildende Kunst, Ausstellungen	27.2	17.1	18.5
Klassische Musik	11.0	11.1	12.2
Zeitgenössische E-Musik	3.7	4.7	7.8
Rock, Jazz, Pop	14.8	21.1	16.1
Volkstümliche Musik	2.5	1.1	1.8
Literatur	8.6	5.4	2.5
Film	3.3	3.8	2.9
Spartenübergreifende Projekte	7.4	13.1	14.0
Diverses (Geschichte, Architektur, etc.)	2.5	2	3.1
Eingereichte Gesuche	236	243	216
Abgelehnt oder zurückgezogen	83	73	69

Werkbeiträge

Auf die öffentliche Ausschreibung der Werkbeiträge gingen insgesamt 35 Bewerbungen (Vorjahr 54) ein.

Auf Antrag der Kommission für Kulturförderung sprach der Stadtrat folgende Beiträge zu:

Barbara Brülisauer (bildende Kunst)	CHF 10 000
Katalin Deér (bildende Kunst)	CHF 10 000
Alex Hanimann (bildende Kunst)	CHF 10 000
Ralph Hug (Geschichte)	CHF 10 000
Teresa Peverelli (bildende Kunst)	CHF 10 000
Alfons K. Zwicker (Musik)	CHF 10 000

Förderungs- und Anerkennungspreise

Der Anerkennungspreis 2007 wurde Regine Weingart und Arnim Halter für ihr langjähriges Engagement für das Theater Parfin de Siècle verliehen. Das theatralisch-literarisch-musikalische Kabinett wurde 1997 von Regine Weingart, Arnim Halter und Helmut Schüschnher gegründet. Das Theater Parfin de Siècle zeichnet sich mit den zahlreichen Aufführungen von zeitgenössischen Autorinnen und Autoren sowie Inszenierungen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern des Fin de Siècle und der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts durch ein klares und überzeugendes Profil aus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Lesungen und Musikprogramme. Mit anspruchsvollen Angeboten leistet das Theater Parfin de Siècle seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt St.Gallen.

Förderungspreise wurden vergeben an:

- Karin Bühler für ihre Audioarbeiten und Klanginstallationen. Die Töne findet die Künstlerin unterwegs und vor allem in Gesprächen. Resultat der Recherchen und Schnitarbeiten sind Soundcollagen, welche die Hörerinnen und Hörer mit ihrer hohen Präzision und grossen Unmittelbarkeit überraschen.
- Die Erfreuliche Universität St.Gallen für ihre wöchentliche Veranstaltungsreihe. Die Veranstaltungen stehen jeden Monat unter einem speziellen Thema. Allgemeine kulturelle Erscheinungsformen der Gegenwart werden ebenso reflektiert wie spezifisch st.gallische Themen. Mit der Veranstaltungsreihe gelingt es der Erfreulichen Universität, interessante gesellschafts- und kulturpolitische Diskussionen anzuregen.
- Giuseppe Gracia für seine literarischen Werke im Allgemeinen und seinen letzten Roman «Santinis Frau» im Besonderen. Die Kunst dieses Textes besteht im «Schwebenden Erzähllicht» (Peter Surber), welches genug erhellt, um die Anteilnahme der Leserinnen und Leser zu wecken und das doch der Beziehungsgeschichte ihr Geheimnis lässt.
- Eva Kindlimann für ihre künstlerischen Arbeiten. Die Künstlerin findet ihre Motive in Magazinen, Fotoalben, Zeitungen und in alltäglichen Situationen. Mit der Verknüpfung von Vertrautem und Befremdlichem gelingt Kindlimann mit jedem Werk aufs Neue eine geistige Auseinandersetzung mit der heutigen Lebensrealität.

Weitere Förderungsmassnahmen

Der erfolgreiche kulturelle Probetrieb im Palace hat gezeigt, dass der ehemalige Kinosaal auf sinnvolle Weise für Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen genutzt werden kann. Die Betreiber haben deshalb auf Einladung der Stadt ein Konzept für einen dauernden kulturellen Betrieb erarbeitet.

Das Stadtparlament hat an der Sitzung vom 20. November 2007 der Sanierung des Gebäudes und der Ausrichtung eines jährlichen Betriebsbeitrages in der Höhe von CHF 200 000 zugestimmt.

Die Freihandbibliothek St.Gallen hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung durchlaufen. Die Zahl der Benutzerinnen und Benutzer, der Medienbestand und die Zahl der ausgeliehenen Medien konnte in den letzten Jahren markant gesteigert werden. Diese positive Entwicklung hat sich durch den Umbau und die Erweiterung der Räumlichkeiten an der Katharinengasse 11 noch verstärkt. Eine Aufstockung des Personalbestandes wurde deshalb unumgänglich. Die Freihandbibliothek hat aus diesem Grund eine Erhöhung der Subvention beantragt. Das Stadtparlament hat mit dem Budgetbeschluss eine Subventionserhöhung von CHF 40 000 ab 1.1.2008 bewilligt.

Am 13. März 2007 hat das Stadtparlament das Postulat «Perspektiven der städtischen Kulturpolitik» für erheblich erklärt und den Stadtrat beauftragt, ein Kulturkonzept zu erarbeiten. Der Stadtrat hat eine Steuergruppe eingesetzt.

Stadt und Kanton St.Gallen planen, die Kantonsbibliothek Vadiana und die Freihandbibliothek unter einem Dach zusammenzuführen. Die Arbeitsgruppe Bibliothek wurde von Stadtrat und Kantonsregierung beauftragt, das zukünftige Profil der Neuen Bibliothek St.Gallen zu erarbeiten und den entsprechenden Raum- und Personalbedarf zu eruieren. In dieser Arbeitsgruppe Profil wirkt städtischerseits neben der Leiterin der Freihandbibliothek auch die Leiterin der Fachstelle Kultur mit.

Als Mitglied der Konferenz Schweizer Städte für Kulturfragen (KSK) kann die Stadt St.Gallen regelmässig Kulturschaffende für die KSK-Ateliers in Varanasi (Indien) und Kairo entsenden. Von dem Angebot in Varanasi konnte 2007 der St.Galler Musiker und bildende Künstler Sven Bösiger profitieren.

21 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND WOHNORTMARKETING

Aufgaben:

- betreibt Wirtschaftsförderung in Ergänzung zur kantonalen Stelle (Information, Beratung, Vermittlung): Primat der Bestandespflege, Betreuung ansiedlungswilliger Unternehmen
- Wohnortmarketing: Profilierung von St.Gallen als Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität
- Immobilienvermittlung: Geschäftsräume und Wohnobjekte online unter www.stadt.sg.ch oder persönliche Beratung
- führt die Koordinationsstelle Statistik: Koordinationsfunktion zwischen städtischen Dienststellen und der Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen, Verantwortung für die Publikation städtischer Daten

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	602	605	582
Ertrag	2	1	–
Aufwandüberschuss	600	604	582
Personalbestand	2.9	*1.9	*1.9

* Die Praktikantenstellen werden seit 2006 im Stellenplan unter den Lernenden beim Personalamt geführt.

211.1 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

Die städtische Wirtschaft weist nicht nur im Berichtsjahr 2007, sondern insgesamt eine ausserordentlich positive Entwicklung auf. Dies belegen die vom Bundesamt für Statistik vorgelegten Ergebnisse der Betriebszählung 2005. So verzeichnete St.Gallen während der Dekade 1995 – 2005 prozentual den höchsten jährlichen Beschäftigungszuwachs im Vergleich der zehn grössten Schweizer Städte. Auch bei den absoluten Veränderungen nimmt sie direkt hinter Zürich einen Spitzenrang ein, was für die bevölke-

rungsmässig siebtgrösste Stadt bemerkenswert ist. Trotz vergleichsweise starker Spezialisierung der Wirtschaftsstruktur auf den sekundären Sektor sind die Beschäftigungsgewinne insbesondere auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen, allen voran auf die Branchen Informatik und Unternehmensdienstleistungen. Insgesamt ist die städtische Wirtschaft diversifiziert aufgestellt und dürfte auch in Zukunft ein stabiles, krisenresistentes Wachstum garantieren. Die günstige Wirtschaftsentwicklung hat die Nachfrage nach Industriebauland im Berichtsjahr merklich erhöht. Eine aktive Baulandpolitik ist unumgänglich angesichts der beschränkt verfügbaren Grundstücksflächen. Im Bereich der Geschäftsräume hingegen besteht mit Ausnahme von Verkaufsflächen an Prime-Lagen nach wie vor ein ausreichendes Angebot.

Die Immobilienvermittlung wurde auch im Berichtsjahr rege beansprucht. Mit knapp 100 neuen Kontakten bei Nachfragen im Bereich von Geschäftsflächen und über 150 im Bereich von Wohnraum bewegt sich die individuelle Beratung, Dokumentation und Betreuung im Rahmen der Vorjahre. Dies ist bemerkenswert, da die elektronische Abfrage auf der Immobiliendatenbank zunehmend bekannt und sehr beliebt ist. So weist sie eine der höchsten Frequenzen aller Seiten auf der Homepage der Stadt St.Gallen auf. Die Bewirtschaftung erfordert jedoch auch einen entsprechenden Aufwand: so wurden im Berichtsjahr (ohne Mietwohnungen) je rund 400 Neueinträge und Löschungen sowie 1700 Mutationen von bestehenden Einträgen vorgenommen.

Die im Jahr 2006 mit Beteiligung der Stadt gegründete «IG Standortmarketing St.Gallen» (IGSG) will die Attraktivität der Region St.Gallen als Wohn- und Arbeitsplatz im Wettbewerb der Standorte national und international verbessern und durch Einbindung der verschiedenen Leistungsträger aus Wirtschaft, Tourismus, Politik, Behörden, Bildung, Kultur und Sport zielgerichtet weiter entwickeln. Am 15. Mai 2007 fand ein erstes Standort-Forum «Zukunft Region St.Gallen» in den Olma Messen mit über 200 Interessierten statt. In Tischgesprächen wurden für die Region Zukunftsbilder entwickelt und Handlungsoptionen konkretisiert. Aufgrund der Ergebnisse wird nun in Zusammenarbeit mit dem Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT) an der Universität St.Gallen ein Organisationsmodell entwickelt, das Raumplanung, Verkehrsplanung, Agglomerationspolitik, Neue Regionalpolitik des Bundes sowie Standortpromotion integriert. Der offenkundige Nutzen einer schlagkräftigen Organisation soll möglichst viele Regionsgemeinden und Leistungsträger zu einem Beitritt bewegen. Konkrete Ergebnisse des laufenden Prozesses werden im Verlaufe des ersten Halbjahrs 2008 kommuniziert.

Erneut beteiligte sich die Stadt an zwei Immobilien-Messen. An der Ostschweizer Immo-Messe vom 23. bis 25. März 2007 konnten sich die Besucherinnen und Besucher im Detail über sechs grössere Wohnbauvorhaben orientieren. Auf dem Messestand wurden ausserdem über 50 Einzelobjekte präsentiert. Ferner nahm die Stadt mit anderen Regionen des Kantons und dem angrenzenden Ausland zum fünften Mal an der international ausgerichteten Expo Real 2007 in München teil. Auf dem Gemeinschaftsstand unter dem Titel «Bodenseeland» konnte sich das Fachpublikum nicht nur über interessante Projekte informieren, sondern auch über die einzelnen Wirtschaftsstandorte beraten lassen.

211.2 Koordinationsstelle Statistik

Die fünfjährige Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen hat sich ausgesprochen bewährt. Sichtbare Zeichen sind das 2004 erstmals in neuer Aufmachung erschienene Jahrbuch mit wertvollen Erläuterungen und Grafiken zu statistischen Tabellen sowie der inhaltlich aufgewertete Internetauftritt. Besondere Beachtung findet auch die Publikationsreihe «Stadtstatistik aktuell», die sich vertieft mit städtischen Spezialthemen auseinandersetzt. In dieser Zeitspanne hat sich nun gezeigt, dass die in der bisherigen Leistungsvereinbarung festgelegten Produktivstunden nicht genügen. Mit der Genehmigung des Voranschlags 2008 hat das Stadtparlament einer Erhöhung des

Zeitbudgets von bisher 680 auf neu 850 Stunden zugestimmt, was einer Aufwandschädigung von neu CHF 93 500 (bisher CHF 77 000) entspricht.

Nach 2005 wurde im Berichtsjahr eine zweite repräsentative Bevölkerungsumfrage mit 1 010 Personen durchgeführt, die ihren Wohnsitz in St.Gallen haben. In telefonischen Interviews wurden sie zu Aspekten wie Zufriedenheit mit den städtischen Lebensbedingungen, Problemfeldern, Politik, Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen wie auch zu Sicherheit und Sauberkeit befragt. Erfreulich ist die Bestätigung des hohen Zufriedenheitsgrades mit 97% der Befragten, die sehr gerne oder eher gerne in St.Gallen wohnen. Problemfelder werden in den Bereichen öffentlicher Sicherheit, Verkehr und Drogen geortet. Das allgemeine Sicherheitsempfinden hat seit der letzten Umfrage signifikant abgenommen. Das Image von Stadtpolizei und der Verkehrsbetriebe St.Gallen werden positiv beurteilt. Die Befragung selbst wird von knapp 90% der Interviewten als sinnvoll eingestuft. Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage sind in der Publikationsreihe «Stadtstatistik aktuell» Nr. 6 oder im Internet unter www.statistik.stadt.sg.ch veröffentlicht.

22 Einwohneramt

Aufgaben:

- führt das Einwohnerkontroll- und Meldewesen
- stellt Beglaubigungen und Bescheinigungen aus
- bearbeitet Ausweisanträge für Pass und Identitätskarte
- führt das Stimmregister für Schweizerinnen und Schweizer und Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer
- übernimmt gemeindamtliche Funktionen (Wechselnotariat, Amtsanzeigen, Wohnungsausweisungen)
- führt das militärische Kontrollwesen
- ist Kontrollstelle für die Krankenversicherung
- verkauft die «Tageskarten Gemeinde»
- übernimmt Aufgaben im Bereich des Mietwesens (Sekretariat der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse, Beratung von Mietenden und Vermietenden, Wohnungsabnahmen, Wohnungsnachweis)
- führt die Administration des Einbürgerungsverfahrens

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	3 054	3 180	3 097
Ertrag	1 839	2 293	1 977
Aufwandüberschuss	1 215	887	1 120
Personalbestand	18.4	19.2	19.0

221.1 Stimmregister

UNTERSCHRIFTSBEGLAUBIGUNGEN	2005	2006	2007
Volksbegehren	17	21	22
Anzahl gültige Unterschriften	10 854	14 447	22 435

221.2 Einwohnerwesen

EINWOHNERBESTAND AM 31.12.	2005	2006	2007
Schweizer/-innen	54 031	54 213	54 460
Ausländer/-innen	20 149	20 158	20 350
Total angemeldete Bevölkerung	74 180	74 371	74 810
Total ständige Wohnbevölkerung	69 907	69 855	70 585
ANMELDUNGEN	2005	2006	2007
Niederlassungen an Schweizer/-innen	2 749	2 784	2 802
Ortsbürger/-innen	676	576	603
Wochenaufenthalter/-innen	1 117	1 051	1 130
Niedergelassene Ausländer/-innen	445	532	673
Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthalt	2 340	2 647	3 168
Geschäftsniederlassungen	660	709	687
ABMELDUNGEN	2005	2006	2007
Total, ohne Geschäftsabmeldungen	4 581	4 466	4 818
ÜBRIGE, STATISTISCH ERFASSTE TÄTIGKEITEN	2005	2006	2007
Passanträge Pass 03	7 038	6 320	2 899
Passanträge Pass 06 (biometrisch, ab 4.9.2006)		80	478
Provisorischer Pass	237	196	141
Identitätskartenanträge	8 061	7 738	5 885
Grenzkartenanträge	807	487	483
Familiennachzüge (Anzahl Fälle)	339	324	333
Garantieerklärungen für visumpflichtige Besucher/-innen	523	483	547
Bussenverfügungen wegen Nichtbeachtens der Meldevorschriften	54	104	126
Beglaubigungen	3 530	3 358	3 733
Bescheinigungen	1 104	1 394	1 247

Der starke Rückgang bei den Passanträgen ist darauf zurückzuführen, dass noch sehr viele Einwohnerinnen und Einwohner vor dem 26.9.2006 den «alten» (günstigeren) Pass 03 beantragt haben, der zur visumsfreien Einreise in die USA berechtigt.

221.3 Militärisches Kontrollwesen

BEGLAUBIGUNGEN	2005	2006	2007
Militärisch meldepflichtige Personen	5 218	5 255	5 374
Rekrutierung	Jg. 1986	Jg. 1987	Jg. 1988
Anzahl Aufgebote Orientierungstag / Erstellung DB	263	249	260
Einvernahmen wegen Versäumung der Dienstpflicht	29	22	27
Berichte/Abklärungen	40	32	39
Vorabklärungen zur Betreuung	141	194	207
Wehrpflichtentlassung (altershalber)	Jg. 1969 bis 1975	Jg. 1972	Jg. 1973
Wehrpflichtentlassung (sofern Dienstpflicht erfüllt)		Jg. 1973 bis 1976	Jg. 1974 bis 1977

221.4 Kontrollstelle für die Krankenversicherung

NACHWEIS DER KRANKENVERSICHERUNG	2005	2006	2007
Direkte Erledigung mit den Krankenkassen	1 031	1 041	1 851
Versand 1. Aufforderung für den Nachweis	3 901	4 873	4 418
Versand 2. Aufforderung für den Nachweis	1 767	2 213	2 251
Manuelle Bearbeitung, wenn Nachweis vorliegt	716	988	1 125
Zuweisungen nach erfolgloser Aufforderung (Anz. Personen)	53	16	25
Befreiungsverfügung ab 1.6.2002 wg. Einführung der Bilateralen Abkommen	785	1 031	987

221.5 Wohnungsamt

WOHNUNGSNACHWEIS	2005	2006	2007
Wohnungsbestand am 31.12.	40 519	40 649	41 068
Zuwachs	233	171	447
Abgang	27	41	28
Leerwohnungsbestand	438	395	430
In Prozent	1.08	0.97	1.05

Bei den Leerwohnungen ist im Geschäftsjahr 2007 bei allen Wohnungsgrössen ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Ende Jahr standen bei den kleineren Wohnungen (1 bis 3 Zimmer) 251 Objekte leer (0,61% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0,57%). Bei den 4-Zimmer-Wohnungen waren es 139 Objekte (0,34% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0,31%) und bei den grossen Wohnungen (5 und mehr Zimmer) 40 Objekte (0,10% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0,09%).

ÜBRIGE DIENSTLEISTUNGEN	2005	2006	2007
Erstellen von Protokollen bei der Übergabe von Wohnungen und Geschäftsräumen	29	37	21
Augenscheine	1	3	4

SEKRETARIAT DER SCHLICHTUNGSSTELLE FÜR MIET- UND PACTVERHÄLTNISSE	2005	2006	2007
Pendenzen vom Vorjahr (Stand 1.1.)	22	46	65
Neu eingegangen	296	271	466
davon Kündigungsanfechtungen/Fristerstreckungen	101	109	121
davon Forderungs-/Feststellungsklagen	135	130	214
davon Mietzinsanfechtungen	60	32	131
Erledigt	272	252	496
Pendenzen (Stand 31.12.)	46	65	35

Von den 496 erledigten Fällen konnten vor der Schlichtungsstelle 197 mit einem Vergleich erledigt werden. Keine Einigung wurde in 128 Fällen erzielt, während 21 Fälle mit einem Entscheid der Schlichtungsstelle abgeschlossen wurden. 150 Fälle konnten mit einer ausseramtlichen Einigung der Parteien oder als Folge eines Rückzugs abgeschrieben werden. Die grosse Zunahme der Fallzahlen ist hauptsächlich auf die Geschäfte «Hinterberg» und «Hasel- bzw. Oberstrasse» zurückzuführen.

221.6 Gemeindamtliche Aufgaben

	2005	2006	2007
Amtsanzeigen	97	133	94
Wohnungsausweisungen	25	28	26
Wechselproteste	7	5	–
Mitwirkung als Urkundsperson	10	10	12

221.7 Einbürgerungen

	2005		2006		2007	
Allgemeine Einbürgerung Ausländer/-innen (Anzahl Gesuche/Personen)	368	788	228	520	213	434
davon Ortsbürgergemeinde St.Gallen	108	218	63	133	52	95
davon Ortsgemeinde Rotmonten	30	56	14	29	24	47
davon Ortsgemeinde Straubenzell	96	223	62	128	79	161
davon Ortsgemeinde Tablat	134	291	89	230	58	131
Allgemeine Einbürgerung Schweizer/-innen (Anzahl Gesuche/Personen)	6	9	2	4	2	5
davon Ortsbürgergemeinde St.Gallen	6	9	2	4	1	2
davon Ortsgemeinde Rotmonten	–	–	–	–	–	–
davon Ortsgemeinde Straubenzell	–	–	–	–	1	3
davon Ortsgemeinde Tablat	–	–	–	–	–	–
Besondere Einbürgerung Ausländer/-innen (Anzahl Gesuche/Personen)	45	45	47	48	64	64
davon Ortsbürgergemeinde St.Gallen	7	7	8	8	11	11
davon Ortsgemeinde Rotmonten	2	2	2	2	6	6
davon Ortsgemeinde Straubenzell	19	19	21	22	32	32
davon Ortsgemeinde Tablat	17	17	16	16	15	15
Besondere Einbürgerung Schweizer/-innen (Anzahl Gesuche/Personen)	3	5	15	24	10	27
davon Ortsbürgergemeinde St.Gallen	–	–	11	19	7	15
davon Ortsgemeinde Rotmonten	–	–	1	1	–	–
davon Ortsgemeinde Straubenzell	3	5	2	3	3	12
davon Ortsgemeinde Tablat	–	–	1	1	–	–
Abgewiesene Gesuche	–	–	–	–	–	2
Zurückgezogene Gesuche bzw. Personen	108	–	96	–	90	–
Erleichterte Einbürgerung (Gesuchseingang)	94	–	131	–	131	–
Einbürgerungsgesuche	2005		2006		2007	
Pendente Gesuche am 1.1.	–	–	373	–	389	–
Neu eingegangen	–	–	352	–	309	–
Erledigt	–	–	336	–	356	–
Pendente Gesuche am 31.12.	–	–	389	–	342	–

Die Einbürgerungsräte haben im Berichtsjahr 287 Gesuche (insgesamt 338 Erwachsene und 192 Kinder) gutgeheissen und – im Falle der Allgemeinen Einbürgerung – dem Stadtparlament Antrag zur Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts gestellt. Zwei Gesuche wurden vom Stadtparlament wegen fehlender Wohnsitzerfordernis abgelehnt.

221.8 Verschiedene Aufgaben

	2005	2006	2007
Tageskarten Gemeinde (Anzahl)	5 476	7 607	10 786

23 ZIVILSTANDSAMT

Aufgaben:

- beurkundet den Personenstand nach Bundesrecht und kantonalem Recht
- führt das informatisierte Standesregister «Infostar»
- beurkundet die Zivilstandsereignisse Geburt, Eheschliessung, eingetragene Partnerschaft, Tod und Kindeserkennung in St.Gallen, Eggersriet, Häggenschwil und Muolen
- beurkundet Änderungen des Personenstandes aufgrund von Urteilen des Kreisgerichts St.Gallen
- beurkundet Namensänderungen, Adoptionen, Entmündigungen und ihre Aufhebung von Personen mit Wohnsitz in St.Gallen, Eggersriet, Häggenschwil und Muolen aufgrund von Verwaltungsverfügungen

- beurkundet Einbürgerungen in St.Gallen, St.Gallen-Tablat, St.Gallen-Straubenzell, St.Gallen-Rotmonten, Eggersriet, Eggersriet-Grub, Haggenschwil und Muolen sowie Bürgerrechtsentlassungen und Bürgerrechtsverluste
- erstellt Auszüge aus den Geburts-, Ehe-, Todes- und Anerkennungsregistern
- erstellt Auszüge, Bescheinigungen und Bestätigungen aus dem Familien- und Bürgerregister sowie aus dem informatisierten Standesregister «Infostar»

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 467	1 428	1 527
Ertrag	347	302	324
Aufwandüberschuss	1 120	1 126	1 203
Personalbestand	5.6	5.4	5.4

Am 1. Januar 2007 ist das Partnerschaftsgesetz in Kraft getreten, welches gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt, ihre Partnerschaft registrieren zu lassen. Das Verfahren lehnt sich im Wesentlichen an dasjenige der Eheschliessung an.

Der Bundesrat hat in der eidgenössischen Zivilstandsverordnung den minimalen Beschäftigungsgrad für zivilstandsamtliche Tätigkeiten auf 40% festgelegt. Aufgrund dieser bundesrechtlichen Regelung sind in den Kantonen unterschiedlich umfangreiche Reorganisationen im Zivilstandswesen eingeleitet worden. Im Kanton St.Gallen ist die Zahl der Zivilstandsämter in den vergangenen Jahren von 90 auf 34 geschrumpft. Seit 1. April 2001 umfasst das Regionale Zivilstandsamt St.Gallen die Stadt St.Gallen und die Gemeinde Eggersriet.

Im Jahre 2006 ist von Seiten des Kantons aufgrund der Auswirkungen der Informatisierung durch «Infostar» eine weitere Reorganisation in Angriff genommen worden. Als Grundlage dazu wurde der Beschäftigungsgrad der Zivilstandsämter aufgrund einer kantonalen Berechnungsgrundlage neu ermittelt (Reduktion um rund 60 Stellenprozent für das Regionale Zivilstandsamt St.Gallen). In der Folge wurde verschiedenen umliegenden Gemeinden eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilstandswesens angeboten. Nach diversen Gesprächen sind – zusätzlich zur Gemeinde Eggersriet – mit den Gemeinden Degersheim, Haggenschwil, Muolen und Wittenbach Vereinbarungen über die regionale Führung des Zivilstandsamtes abgeschlossen worden. Der Beschäftigungsgrad der neu dem Regionalen Zivilstandsamt St.Gallen angeschlossenen Gemeinden beträgt insgesamt 60 Stellenprozent. Seit 1. Dezember 2007 werden die zivilstandsamtlichen Aufgaben der Gemeinden Haggenschwil und Muolen in St.Gallen geführt.

Trauungen und Beurkundungen eingetragener Partnerschaften sind am Amtssitz des Regionalen Zivilstandsamtes von Montag bis Freitag möglich. Brautpaare oder gleichgeschlechtliche Paare, von denen beide Teile oder ein Teil zivilrechtlichen Wohnsitz in der entsprechenden Vertragsgemeinde haben, können sich jeweils am Freitag Nachmittag weiterhin auch in ihrer Wohngemeinde trauen oder die eingetragene Partnerschaft beurkunden lassen.

230.1 Geburten

GEBURTEN	2005	2006	2007
Total	1 888	2047	2118

230.2 Eheschliessungen

EHEVORBEREITUNGSVERFAHREN	2005	2006	2007
Total	407	381	390

TRAUNGEN	2005	2006	2007
Total	309	291	289
davon in Eggersriet	1	3	8
davon in Häggenschwil	–	–	–
davon in Muolen	–	–	–
beide Verlobten Schweizer Bürger/-in	122	122	134
Schweizer mit Ausländerin	75	62	48
Ausländer mit Schweizerin	56	55	55
beide Verlobten Ausländer	56	52	52

Rund 54% sind Eheschliessungen mit Ausländerbeteiligung.

Die Differenz zwischen den Ehevorbereitungsverfahren und den Trauungen ist so zu interpretieren, dass Ehevorhaben wohl in St.Gallen angemeldet worden sind, die Trauungen aber schliesslich auswärts stattfanden oder noch nicht stattgefunden haben.

230.3 Eingetragene Partnerschaften

VORVERFAHREN	2005	2006	2007
Total	–	–	21

BEURKUNDUNGEN	2005	2006	2007
Total	–	–	20
davon in Eggersriet	–	–	–
davon in Häggenschwil	–	–	–
davon in Muolen	–	–	–
Männer	–	–	11
Frauen	–	–	9

230.4 Todesfälle/Bestattungen

TODESFÄLLE	2005	2006	2007
Total	1 174	1 036	1188

BESTATTUNGEN VON EINWOHNERN/-INNEN	2005	2006	2007
Total	656	569	615
Feuerbestattungen (Kremationen)	557	465	516
Erdbestattungen	99	104	99

230.5 Kindesanerkennungen

KINDESANERKENNUNGEN	2005	2006	2007
Total	83	105	143

230.6 Weitere Beurkundungen

WEITERE BEURKUNDUNGEN	2005	2006	2007
Adoptionen *	–	6	4
Bürgerrechte (Einbürgerungen) *	–	612	678
Eheaufösungen (Scheidungen) *	–	222	176
Kindesverhältnis (Feststellungen/Aufhebungen) *	–	13	6
Namensänderungen *	–	26	19
Namenserklärungen (nach Scheidungen) *	–	72	63
Verschollenerklärungen *	–	1	–
Geschlechtsänderungen *	–	–	1

* Diese Angaben sind erst seit 1. Januar 2006 möglich.

24 BETREIBUNGSAMT

Aufgaben:

- führt die Einzelvollstreckung und das Einleitungsverfahren in der Gesamtvollstreckung nach dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) für Geldforderungen und Sicherheitsleistung durch
- vollzieht die Sicherungsmassnahmen nach SchKG (Arrest-, Güter- und Retentionsverzeichnisse)
- führt das Eigentumsvorhalts- und Viehverschreibungsregister

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 243	2 308	2 379
Ertrag	4 437	4 505	4 373
Ertragsüberschuss	2 194	2 197	1 994
Personalbestand	16.2	15.6	16.9

241.1 Betreuungswesen

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Betreibungsbegehren	25 459	25 560	24 526
Fortsetzungsbegehren	18 966	18 854	17 747
Betreibungsfälle mit und ohne Zahlungsbefehl	25 152	25 244	24 221
Vollzogene Pfändungen	15 542	15 828	14 704
Vollzogene Verwertungen	7 021	6 181	6 247
Sicherungsmassnahmen	90	56	52
Ausgestellte Verlustscheine	11 179	11 839	10 948
Konkursandrohungen	876	782	792
Rechtshilfe für andere Ämter	522	482	514
Auskünfte aus dem Betreibungsregister	15 377	15 381	15 528
Grundstücksverwaltungen	16	17	16
Eigentumsvorbehalte	24	32	26

241.2 Gantamt/Gantwesen

Aufgaben:

- führt regional die betriebs- und konkursrechtlichen Fahrnisversteigerungen nach SchKG durch
- führt die freiwillig öffentlichen und amtlich öffentlichen Versteigerungen nach Zivilrecht (Gantreglement) durch

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Gantaufträge	138	136	102
Aufsicht über freiwillige Steigerungen	3	2	1
Warenumsatz (in CHF 1 000)			
– bei freiwillig öffentlichen, amtlich öffentlichen, betriebs- und konkursrechtlichen Steigerungen	283	186	192
– bei privat durchgeführten, vom Gantamt beaufsichtigten Ganten	2 376	2 221	1 686

Am 1. Januar 2007 ist das neue Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) in Kraft getreten. Es ersetzt das Bundesgesetz über die Anlagefonds. In diesem Zusammenhang wurde Art. 39 Abs. 1 SchKG entsprechend ergänzt. Die Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (Art. 36 KAG) und die Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen (Art. 98 KAG) unterliegen der Konkursbetreuung. Mit der Ratifizierung des Haager Trust-Übereinkommens anerkennt die Schweiz den Trust als Rechtsform. Das Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPRG) sowie das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) mussten entsprechend angepasst werden. Die am 1. Juli 2007 in Kraft getretenen neuen Art. 284a und 284b SchKG regeln die Betreuung gegen das Trustvermögen und deren Behandlung im Konkurs.

25 STEUERAMT

Aufgaben:

- führt die Register und das Mutationswesen
- bearbeitet den Steuererklärungsversand/-eingang
- veranlagt 80% der rund 50 000 Steuerpflichtigen der Stadt St.Gallen
- stellt Rechnung und bezieht die Steuern sämtlicher Steuerpflichtigen
- entscheidet innerhalb seiner Kompetenzen über Stundungs- und Erlassgesuche
- nimmt Stellung zu Stundungs- und Erlassgesuchen, welche im Kompetenzbereich des Kantonalen Steueramts liegen
- führt die Korrespondenz, erteilt telefonische und persönliche Auskünfte
- führt die Steuerbuchhaltung und verteilt die Steuereingänge auf die Körperschaften
- nimmt Stellung zu Rekursen (Ausgleichs- und Verzugszinsen/Grundsteuern)
- erhebt die Grundsteuern
- wirkt bei Inventarisierungen mit

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	3 543	3 608	3 562
Ertrag	902	1 000	717
Aufwandüberschuss	2 641	2 608	2 845
Personalbestand	30.6	29.5	29.1

251.1 Steuerveranlagungen

STEUERVERANLAGUNGEN	2005	2006	2007
Anzahl Pflichtige am Register	49 676	49 931	50 324
Anteil definitiver Veranlagungen des Vorjahres in%	87.8	86.4	81.2
Rechtsmittelpendenzen am 01.01.	404	676	919
Neu eingegangene	1 280	1 541	1 845
Erledigte	1 008	1 298	1 959
Rechtsmittelpendenzen am 31.12.	676	919	805

Der Veranlagungsstand ist im Vergleich zu den Vorjahren tiefer. Bei den pendenten Fällen handelt es sich grösstenteils um komplexere Fälle, die durch die kantonalen Steuerkommissäre veranlagt werden. Bei den durch das städtische Steueramt zu veranlagenden Steuererklärungen wurde mit rund 93% ein sehr hoher Wert erreicht.

Die Rechtsmittelpendenzen (Einsprachen, Rekurse und Beschwerden) werden rückwirkend verändert dargestellt. Bisher wurden lediglich die im laufenden Jahr ergriffenen Rechtsmittel ausgewiesen. Neu wird auch der Stand der Rechtsmittelpendenzen zu Beginn und am Ende der Steuerperiode aufgezeigt.

251.2 Einfache Steuer

EINFACHER STEUERERTRAG (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Jahressteuer vom Einkommen	117 416	119 635	118 344
Jahressteuer vom Vermögen	16 399	16 716	17 169
Nachzahlungen (Einkommen und Vermögen)	9 339	8 188	9 870
Total	143 154	144 539	145 383
Zu-/Abnahme in% gegenüber Vorjahr	+ 0.1	+1.0	+ 0.63

STEUERKRAFT PRO EINWOHNER/-IN	2005	2006	2007
Steuerkraft natürlicher Personen	2 029.60	2 055.55	2 065.85
Rang innerhalb des Kantons	8	10	9
Steuerkraft juristischer Personen	390.40	562.60	503.40
Rang innerhalb des Kantons	8	3	5
Steuerkraft der natürlichen und juristischen	2 420.00	2 618.15	2 569.25
Rang innerhalb des Kantons	7	6	7

251.3 Steuerbezug und Zahlungsverhalten

RECHNUNGSSTELLUNGEN	DATUM	ZAHLUNGSFRISTEN
Staats- und Gemeindesteuern 2007	09.02.2007	31.07. (mittlerer Verfall)
Direkte Bundessteuern 2006	09.02.2007	31.03.2007
Grundsteuer 2007	02.04.2007	02.05.2007

ZAHLUNGSVERHALTEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Vergütungs- und Rückerstattungszinsen	963	949	199
Davon Anteil politische Gemeinde	520	510	109
Ausgleichszins z.G. Steuerpflichtige	1 426	1 319	1 249
Davon Anteil politische Gemeinde	767	709	668
Ausgleichszins z.L. Steuerpflichtige	2 590	2 002	1 943
Davon Anteil politische Gemeinde	1 397	1 075	1 040
Ausstand Gemeindesteuern	43 838	41 857	41 412
Ausstand in% der bisherigen Ausstände und der im laufenden Jahr fakturierten Steuern	16.3	15.3	15.2

Mit dem II. Nachtrag zum kantonalen Steuergesetz ist der Skonto bei Gesamtzahlung bis Ende Mai weggefallen. Dieser Betrag war in den Vergütungs- und Rückerstattungszinsen enthalten.

BETREIBUNGEN/ERLASSE UND VERLUSTE	2005	2006	2007
Anzahl Zahlungsbefehle	4 906	4 602	3 971
Anzahl Pfändungen	3 912	3 678	3 115
Anzahl Verwertungen	27	31	41
Zahlungseingänge auf Betreibungsweg (in CHF 1 000)	6 265	6 823	5 167
Zahlungen an Verlustscheinforderungen	1 078	835	901
alle Bezugsgruppen (in CHF 1 000)			
Erlasse und Verluste Gemeindesteuern (in CHF 1 000)	4 040	4 966	4 558

251.4 Steuerertrag

STEUEREINGANG (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Direkte Bundessteuern	61 575	62 127	57 291
Staatssteuern (Kanton)	159 858	164 472	164 874
Gemeindesteuern (Einkommen & Vermögen)			
Nachzahlungen früherer Jahre	15 708	13 757	16 424
Laufendes Jahr	212 326	216 344	215 435
Feuerwehrrabgabe	6 340	6 261	6 426
Grundsteuern	12 840	13 023	13 122
Kirchensteuern			
Evang. Kirchgemeinde St.Gallen	4 146	4 645	4 231
Evang. Kirchgemeinde Tablat	4 300	4 369	4 569
Evang. Kirchgemeinde Straubenzell	2 585	2 706	2 710
Christkath. Kirchgemeinde	98	96	100
Kath. Kirchgemeinde St.Gallen	15 752	15 766	15 642
Total Steuerertrag	495 528	503 566	500 824

251.5 Anteile an kantonalen Steuern

(in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Steuern der juristischen Personen	21 050	30 352	33 476
Grundstückgewinnsteuern	4 277	5 346	4 475
Erbschafts- und Schenkungssteuern	- 56	3	-
Nach- und Strafsteuern	621	433	516
Quellensteuern	9 635	11 243	12 628
Total	35 527	47 377	51 095

Mit dem II. Nachtrag zum kantonalen Steuergesetz wurden die Gemeindeanteile bei den Gewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen von 80% auf 100% erhöht. Das Wachstum bei den Quellensteuern ist insbesondere auf die steigende Anzahl Arbeitnehmender im mittelhohen Lohnsegment zurückzuführen.

ANTEILE DER KANTONSSEKUNDARSCHULE

AN STEUEREINNAHMEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
am Ertrag der Steuern jurist. Personen	893	1 271	1 476
am Ertrag der Grundstückgewinnsteuer	181	223	173

26 FINANZAMT

Aufgaben:

- beobachtet und analysiert die Haushaltsentwicklung
- bereitet Integrierte Leistungs- und Finanzperspektive sowie den Voranschlag zuhanden des Stadtrats vor
- berät die Dienststellen in Finanzfragen und wirkt mit bei der Suche nach wirtschaftlichen Problemlösungen
- koordiniert das Controlling innerhalb der Stadtverwaltung (mit Ausnahme der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- organisiert, führt und überwacht das Rechnungswesen der gesamten Stadtverwaltung (mit Ausnahme des betrieblichen Rechnungswesens der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- überwacht und bewirtschaftet die liquiden Mittel und stellt die Zahlungsbereitschaft sicher
- betreut die Sachversicherungen (mit Ausnahme jener der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- verwaltet das Vermögen der Versicherungskasse, insbesondere die Wertschriften, die Hypothekendarlehen und die Liegenschaften
- betreut Hilfsprojekte im Inland und solche der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 371	2 401	2 312
Ertrag	408	398	514
Aufwandüberschuss (Kto. 260)	1 963	2 002	1 798
Personalbestand	12.8	12.8	12.6

260.1 Sekretariat und Controlling

Wie gewohnt bildeten die Koordination und Bearbeitung der Leistungs- und Finanzperspektiven, des Budgetprozesses und der Rechnungslegung die Schwerpunkte in der Tätigkeit des Finanzamtes. Im Hinblick auf den neuen Finanzausgleich bestanden bis in die Schlussphase grosse Unsicherheiten, welche bei der Budgeterstellung die Ausarbeitung von verschiedenen Szenarien notwendig machte. Letztlich konnte im Dezember vom Parlament ein Budget verabschiedet werden, welches eine markante Herabsetzung des Steuerfusses beinhaltet.

Ausserdem wirkte das Finanzamt in der Stellenplankommission und im Informatiklenkungsausschuss mit und war in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten, wie z.B. bei der Übernahme des Stadions Espenmoos oder bei der Erarbeitung neuer Grundlagen für die Finanzierung der grossen Kulturinstitute.

Als Vertreter des Städteverbandes wirkte das Finanzamt in der Arbeitsgruppe der kantonalen Finanzdirektoren mit, welche sich mit neuen Rechnungslegungsstandards in den öffentlichen Haushalten beschäftigt. Im Frühjahr 2008 wird das Handbuch des HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell 2) erscheinen, welches für die Rechnungslegung in den kommenden Jahren wegleitend sein wird. Allerdings setzt dies auf kantonaler Ebene noch Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe voraus. Der Leiter des Finanzamtes wurde als Vertreter des Städteverbandes in das neue «Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS)» gewählt.

In der Entwicklungszusammenarbeit wurden gemeinsam mit den Städten Winterthur und Schaffhausen ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Mali (Sahelzone) und im Inland in einem abgelegenen Bündner Bergdorf der Ausbau eines Dorfladens unterstützt. Ausserdem leistete die Stadt verschiedene kleinere Beiträge, insbesondere zur Bewältigung der zahlreichen Naturkatastrophen auf allen Kontinenten.

260.2 Stadtbuchhaltung

Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die Mittelbewirtschaftung bilden die zentralen Aufgaben der Stadtbuchhaltung. Im Zuge neuer gesetzlicher Vorschriften für die Finanzkontrolle mussten gegen Jahresende die Organisation der Zweitunterschriften auf den Zahlungsbelegen, welche bisher von der Finanzkontrolle geleistet werden, neu organisiert werden. In Zukunft werden beide Unterschriften durch Mitarbeitende des Finanzamtes geleistet.

Die 2006 begonnene Einführung des neuen Debitorenprogrammes verursachte auch 2007 einen zusätzlichen Aufwand, insbesondere durch Druckerprobleme bei Einzahlungsscheinen, Schnittstellenprobleme und diverse Fehlanzeigen in der Debitorenübersicht. Viele Debitoren aus Schnittstellen mussten nach dem ersten Filetransfer manuell bearbeitet werden, da die Filetransfers nicht korrekt eingelesen werden konnten. In diesem Zusammenhang mussten fiktive MWST-Abrechnungen erstellt werden, damit die Verbuchungen einigermaßen funktionierten. Zudem mussten diverse Programmanpassungen beantragt werden. Mitte 2008 stellt die VRSG eine neue Schnittstelle zur Verfügung; dann sollten auch diese Probleme der Vergangenheit angehören. Weiter mussten diverse Statistiken und Auswertungen neu eingerichtet werden, da die aus dem alten Programm automatisch erstellten Listen pro Abteilung von der VRSG nicht mehr angeboten wurden. Aufgrund der neuen Möglichkeiten mussten auch die aus dem alten VRSG-Programm bekannten Abläufe neu organisiert werden, damit die Rechnungsbüros wieder optimal bedient werden können.

Für die Budgetierung 2008 wurden den Dienststellen aus dem Finanzbuchhaltungsprogramm versuchsweise auch Excel-Dateien bereit gestellt. Die ausgefüllten Dateien konnten dann via Datenimport von der Stadtbuchhaltung direkt ins Finanzbuchhaltungssystem eingelesen werden.

Im Versicherungswesen konnte nach einer längeren Partnersuche ein Vertrag für die Personenhaftpflicht im Tüfentobel abgeschlossen werden. Der ehemalige Versicherer übernahm diese Deckung nicht mehr und verlangte für einen Zusatzvertrag eine zu hohe Prämie.

260.3 Versicherungskasse der Stadt St.Gallen

Trotz der Turbulenzen auf den Finanzmärkten konnte der Deckungsgrad der Versicherungskasse von 92,4 auf 92,8% erhöht werden. Im Übrigen wird für eine ausführliche Berichterstattung auf den speziellen Jahresbericht der Versicherungskasse verwiesen.

27 PERSONALAMT

Aufgaben:

- vollzieht das Personalreglement und die übrigen personalrechtlichen Erlasse, bereitet Revisionen vor
- plant den Personalbedarf, führt und überwacht den Stellenplan
- beschafft, betreut und berät das Personal in Zusammenarbeit mit den Dienststellen
- organisiert das Personalwesen, die Personaladministration, die Personalinformation und die Zeiterfassung
- konzipiert Personalentwicklung und Führungsinstrumente und setzt sie zusammen mit den Dienststellen um
- realisiert die Aus- und Weiterbildung des Personals sowie die Lehrlingsausbildung und das Praktikantenwesen

- setzt zusammen mit den Dienststellen die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Verwaltung um
- verwaltet die Versicherungskasse und die Sparkasse (ohne Vermögen und Liegenschaften) und berät die Versicherten
- zahlt Löhne, Renten und Sitzungsgelder aus und führt die Abrechnung mit den Sozialversicherern
- informiert die Personalverbände und führt Verhandlungen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	9 234	*14 484	10 614
Ertrag	494	344	344
Aufwandüberschuss	8 740	14 140	10 270
Personalbestand	10.8	10.0	10.2

* Erhöhung insbesondere in Gliederung 273, Nicht aufteilbarer Personalaufwand, Einlage von CHF 5 Mio. in das Vorfinanzierungskonto für Verpflichtungen gegenüber der Versicherungskasse.

270.1 Personalwesen und Personalrecht

Die Erhöhung des Stellenplans des Verwaltungspersonals ist in erster Linie darauf zurück zu führen, dass die Leitungspensen der Schulleitungen ab Schuljahr 2007/2008 gemäss kantonalen Richtlinien neu als Verwaltungstätigkeit zählen und deshalb diesem Bereich zugerechnet werden. Trotz eines gut funktionierenden Arbeitsmarktes hielten sich die Bewegungen im Personalbestand des Verwaltungspersonals im Rahmen der Vorjahre.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Änderungen im Bundesgesetz über die Familienzulagen mit dem Nachtrag IV zum kantonalen Kinderzulagengesetz per 1.1.2008 wurde das Personalreglement dahingehend angepasst, dass auf die Zulage von CHF 30 zur Kinder- und Ausbildungszulage verzichtet wird. Neu beträgt die Kinderzulage CHF 200 (bisher CHF 170 plus CHF 30 Zulage) und die Ausbildungszulage CHF 250 (bisher CHF 190 plus CHF 30 Zulage). Beim Entlöhnungssystem, das ebenfalls im Personalreglement geregelt ist, wurde ebenfalls eine Modifikation vorgenommen. Neu sind die Lohnklassen in 24 Stufen unterteilt, bisher 12 Stufen. Variierte bisher ein Stufenanstieg zwischen 3.57% Lohnprozente von der Stufe 0 in die Stufe 1 und 2.56% Lohnprozente von der Stufe 11 in die Stufe 12, so sind die Spannen neu zwischen 1.78% und 1.28%. Mit der betragslichen Halbierung des Stufenanstiegs kann die Lohnsumme, die für individuelle Anpassungen zur Verfügung steht, differenzierter eingesetzt werden und die Führungsaufgabe der Vorgesetzten wird gestärkt. Im Weiteren wurde ein Reglement für die Bewirtschaftung von Parkplätzen bei den Verwaltungsgebäuden und Schulanlagen erlassen.

Mit einer generellen Lohnerhöhung per 1.1.2007 von einem Prozent wurde die Novemberteuerung von 0.5% ausgeglichen und der Nachholbedarf von 0.5% aus früheren Jahren abgebaut. Damit war der November-Indexstand von 100.6 Punkten (Basis Dezember 2005) voll ausgeglichen. Für individuelle Lohnerhöhungen, Stufenanstiege und Beförderungen wurde ein Prozent der Lohnsumme zur Verfügung gestellt.

270.2 Personalbestand Verwaltung und Betriebe

Die Angaben zu den im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen enthalten auch alle Kurzzeitbeschäftigungen (sog. Aushilfen).

STELLENPLAN	2006		2007	
	STELLEN-PLAN	BESETZTE STELLEN	STELLEN-PLAN	BESETZTE STELLEN
Direktion Inneres und Finanzen*	144.6	147.8	144.3	151.0
Direktion Schule und Sport	193.1	194.1	218.4	208.8
Direktion Soziales und Sicherheit	358.5	359.6	358.5	364.1
Direktion Technische Betriebe	456.9	438.0	456.9	446.6
Direktion Bau und Planung	335.3	330.0	335.3	330.9
Total	1 488.4	1 469.5	1 513.4	1 501.4

* inkl. Bürgerschaft und Behörden

270.3 Personalbestand, Verwaltung, Betriebe und Lehrkräfte

PERSONALBESTAND (Personaleinheiten zu 100%)	2005	2006	2007
Verwaltungs- und Dienstpersonal	1 082.5	1 076.0	1 098.1
Personal der Betriebe	383.6	393.4	403.3
Total Verwaltungs- und Betriebspersonal	1 466.1	1 469.5	1 501.4
Lehrkräfte	605.0	589.0	*571.2
Total	2 071.1	2 058.4	2 072.6

* ab Schuljahr 2007/2008 gelten Schulleitungen als Verwaltungspersonal

270.4 Beschäftigtenstruktur

BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUR (ohne vorübergehend Beschäftigte)	2005		2006		2007	
Total	1 661	100.0%	1 663	100%	1 692	100%
– davon im Beamtenverhältnis	201	12.1%	205	12.3%	220	13.0%
– davon im Angestelltenverhältnis	1 460	87.9%	1 458	87.7%	1 472	87.0%
nach Geschlecht						
– davon Frauen	518	31.2%	528	31.7%	553	32.7%
– davon Männer	1 143	68.8%	1 135	68.3%	1 139	67.3%
nach Wohnsitz						
– in St.Gallen	983	59.2%	972	58.4%	971	57.4%
– ausserhalb von St.Gallen	678	40.8%	691	41.6%	721	42.6%
nach Altersgruppen						
– bis 34 Jahre	301	18.1%	284	17.1%	261	15.4%
– 35 bis 49 Jahre	790	47.6%	788	47.4%	825	48.8%
– 50 bis 65 Jahre	570	34.3%	591	35.5%	606	35.8%
nach Beschäftigungsumfang						
– bis 29%	124	7.5%	118	7.1%	125	7.4%
– 30 bis 49%	73	4.4%	87	5.2%	90	5.3%
– 50 bis 79%	172	10.4%	178	10.7%	179	10.6%
– 80 bis 99%	161	9.7%	158	9.5%	173	10.2%
– 100%	1 131	68.0%	1 122	67.5%	1 125	66.5%
nach Dienstjahren						
– bis 9 Dienstjahre	818	49.3%	810	48.7%	832	49.2%
– 10 bis 19 Dienstjahre	478	28.8%	480	28.9%	465	27.5%
– 20 bis 29 Dienstjahre	256	15.4%	261	15.7%	289	17.1%
– 30 bis 39 Dienstjahre	107	6.4%	109	6.6%	101	5.9%
– über 40 Dienstjahre	2	0.1%	3	0.2%	5	0.3%

270.5 Personalfluktuatoin

PERSONALFLUKTUATION	2005	2006	2007
Festangestellte Personen	1 661	1 663	1 692
Eintritte	125	121	145
Austritte	118	134	123
– Kündigungen	67	79	81
– Entlassungen	15	5	5
– Pensionierungen	33	47	37
– Todesfälle	3	3	–

271 Lehrende und Praktika

LEHRLINGS- UND PRAKTIKUMSWESEN	AUSTRITTE	EINTRITTE
Kauffrau/Kaufmann	7	9
technische u. handwerkliche Berufe	7	7
WMI-Praktika (Wirtschaftsmittelschule – Informatik)	1	3
WMS-Praktika (Wirtschaftsmittelschule – Wirtschaft)	7	6
Vorlehren	4	2

Vier Lehrabgänger/-innen konnten bei der Stadt fest angestellt werden und vier Lehrabgänger wurden bis zur Rekrutenschule weiterbeschäftigt. Die vier Absolventen/-innen der Vorlehre konnten bei der Stadt eine Lehre beginnen. Sechs Lehrabgänger/-innen fanden ausserhalb der Verwaltung eine Festanstellung.

LEHRLINGS- UND PRAKTIKUMSWESEN	2005	2006	2007
Personal- und Sachaufwand netto (in CHF 1 000)	1 207	1 331	1 449
Praktikumsverhältnisse	56	55	58
Lehrverhältnisse (inkl. WMS/WMI und Vorlehren)	61	61	65
– in administrativen Berufen (inkl. WMS/WMI)	34	31	35
– in technischen und handwerklichen Berufen (inkl. Vorlehren)	27	30	30

272 Ausbildung

272.1 Personalentwicklung und Führung

Das MAGplus ist das Hauptinstrument der Personalentwicklung. «Plus» steht für die Weiterentwicklung des Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen-Gesprächs mit dem Ziel, das Führungsinstrument «umfassender, griffiger, verbindlicher» zu gestalten. Künftig haben die Leistungsbeurteilung in Schlüsselaufgaben sowie das ressourcenorientierte Gespräch über Arbeitsverhalten und leistungserhebliche Fähigkeiten noch grössere Bedeutung. Ebenso die persönliche berufliche Entwicklung und die Thematisierung der erlebten Führung. Mit dem systematischen Führungsfeedback wird in der Stadtverwaltung Neuland betreten. Im Allgemeinen wird MAGplus von den Führungskräften positiv aufgenommen, obschon die Dienststellen im Hinblick auf eine gute Umsetzung gefordert sind. Da die Praxis von Mitarbeitergespräch und Leistungsbeurteilung in die vielgestaltige Verwaltungskultur eingebettet ist, zeigen sich die Grenzen reglementarischer Vorgaben.

Das im Jahresrhythmus vom Personalamt angebotene Bildungsprogramm ist Teil der Massnahmen zur Personalentwicklung. Dazu kommen dezentrale Aktivitäten, v. a. fachlich orientierte. Die Dienststellen sind gemäss Weiterbildungsreglement dazu verpflichtet, denn sie haben «einen zeitgemässen Stand des Wissens und Könnens ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter» zu gewährleisten. Eine weitere wichtige Schiene der Personalförderung ist die Unterstützung berufsbegleitender Lehrgänge mit Geld und/oder bezahlter Zeit. Im Jahr 2007 wurden 65 diesbezügliche Vereinbarungen unterschiedlicher Dimension abgeschlossen, immer mit entsprechender Eigenleistung der Betroffenen.

Der Leitgedanke des Bildungsangebots 2007 «Weiterbilden – sich farbig entfalten» brachte das Besondere auf den Punkt: Farbe und Entfaltung. Die Buntheit des Programmflyers, allen Mitarbeitenden persönlich zugestellt, verwies auf die Palette der Themen und Inhalte. «Entfaltung» sprach die berufliche und persönliche Entwicklung an. Von den 66 Titeln konnten deren 51 in 74 Durchführungen realisiert werden.

Konkret wurde das Kursangebot im Jahr 2007 wie folgt genutzt: 467 (Vorjahr 579) von 1692 Mitarbeitenden, das sind 27.6 (34.3)%, haben sich an den Kursen und Seminaren des Personalamtes beteiligt. Die zugehörigen 701 (854) Kursteilnahmen mit der Dauer von einem halben bis zu vier Tagen entsprechen einem Gesamtvolumen von 1004 (1380) Tagen. Wer sich beteiligte, besuchte im Durchschnitt 1.5 (1.5) Kurse und setzte dafür 2.2 (2.4) Tage ein. Zusätzlich beteiligte sich wiederum eine grössere Anzahl externer Teilnehmender am Kursangebot der Stadt.

Der Mittelbau, d. h. die Sachbearbeitenden, bilden den Haupttharst der Teilnehmenden. Die Motivation zur permanenten Weiterbildung von Führungspersonen – «sich Zeit nehmen!» – sowie der betrieblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine besondere Herausforderung. Für letztere stellt der Verzicht auf das Programmheft und die Umstellung auf Intranet eine erhöhte Zugangsschwelle dar. Die Rolle der Vorgesetzten als Personalentwickler wird dadurch noch anspruchsvoller.

272.2 Chancengleichheit von Frau und Mann

Auf Antrag der Kommission Gleiche Chancen für Frau und Mann hat der Stadtrat ein Massnahmenpaket zur Förderung von Frauen gutgeheissen. Die neuen Angebote umfassen Kurse zum Thema Laufbahnplanung sowie Coaching, Intersision und Mentoring. Hintergrund bildet das Legislaturziel, den Frauenanteil in der Stadtverwaltung generell sowie im Speziellen auf Führungsebene zu erhöhen. Zusätzlich wurde beschlossen, den Besuch von Deutschkursen für Fremdsprachige und von PC-Kursen bei allen Mitarbeitenden finanziell noch grosszügiger zu unterstützen als bisher.

Zur Information über die neuen Fördermassnahmen lud die Kommission alle Mitarbeiterinnen der Stadt (exkl. Lehrerinnen) ein. Gut 130 Frauen sind der Einladung gefolgt. Der Anlass fand allseits sehr guten Anklang. Die neuen Kurse konnten durchgeführt werden. Bei den anderen Angeboten war die Teilnahme noch gering. Eine Umfrage bei den Teilnehmerinnen dieser Informations-Veranstaltung hat gezeigt, dass die Frauenförderungsaktivitäten der Stadt sehr geschätzt werden und dass sie aufrecht erhalten werden sollen. Die konkrete Nutzung der Angebote wird zum Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt in Erwägung gezogen.

Am siebten nationalen Tochtertag haben wiederum einige Dienststellen die Töchter der Mitarbeitenden eingeladen, um ihnen einen Einblick in die Berufswelt des Vaters oder der Mutter zu geben.

Anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens organisierte die Kommission Gleiche Chancen für Frau und Mann Stadtrundgänge zu verschiedenen frauen- und männerspezifischen Themen. Etwa 70 Männer und Frauen aus der ganzen Verwaltung haben teilgenommen und anschliessend den Imbiss bei der Feuerwehr genossen.

	2006						2007					
	Verwaltung und Betriebe		Lehr- kräfte		Total Arbeit- geberin Stadt		Verwaltung und Betriebe		Lehr- kräfte		Total Arbeit- geberin Stadt	
Beschäftigte	1 661	%	947	%	2 608	%	1663	%	981	%	2 644	%
Beschäftigte	1663	%	981	%	2 644	%	1 692	%	924	%	2 616	%
– davon Frauen	528	31.7	713	72.7	1 241	46.9	553	32.7	687	74.4	1 240	47.4
Vollzeitbeschäftigte	1 122		222		1 344		1 125		189		1 314	
– davon Frauen	138	12.3	135	60.8	273	20.3	142	12.6	97	51.3	239	18.2
Teilzeitbeschäftigte	541		759		1 300		567		735		1 302	
– davon Frauen	389	71.9	578	76.2	967	74.4	410	72.3	590	80.3	1 000	76.8

Der Frauenanteil erhöhte sich insgesamt um ein halbes Prozent. Der Frauenanteil am Total der Beschäftigten beträgt damit 47.4%. Ohne Lehrkräfte liegt er bei 32.7% und ist gegenüber 2006 um ein Prozent gestiegen. Der Anteil Teilzeitbeschäftigter hat sich seit dem Vorjahr von 49.16 auf 49.77% erhöht. 76.8% aller Teilzeitangestellten sind Frauen, 2006 waren es 74.4%.

273.1 Versicherungskasse

Mitgliederbewegungen

Der Gesamtbestand der Versicherten nahm im Jahre 2007 mit 2914 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr (2851) um 63 Personen zu. Der Anteil der angeschlossenen Mitglieder erhöhte sich um 14 Personen. Beim städtischen Personal ist eine Zunahme von 49 Personen zu verzeichnen. Die Versicherungskasse hat somit 1637 städtische und 1277 angeschlossene Mitglieder (Vorjahr: 1588 städtische und 1263 angeschlossene Versicherte). Die 191 (158) risikoversicherten Personen machen rund 6.5% (5.5%) des gesamten Versichertenbestandes aus. Die Summe der versicherten Löhne ist um rund 2.8% auf CHF 153.4 Mio. gestiegen (149.3 Mio.). Der durchschnittliche versicherte Lohn pro Person erhöhte sich um rund 0.5% auf CHF 52 633 (Vorjahr 52 369).

Die Versicherungskasse zahlte 2007 insgesamt 1540 Renten (Vorjahr 1516). Es handelt sich um 70 vorzeitige Altersrenten, 862 ordentliche Altersrenten (davon 7 Alters-Kinderrenten), 204 Invalidenrenten (davon 62 IV-Kinderrenten) und 404 Hinterlassenenrenten (davon 7 Waisenrenten).

Anpassung der Renten an die Teuerung

Mit Beschluss des Stadtrates wurden die Renten der städtischen Versicherten per 1.1.2007 nicht der Teuerung angepasst. Grund dafür war insbesondere die per 1.1.2007 in Kraft getretene VK-Revision, welche vorsieht, dass die Deckungslücke der Kasse in Zukunft durch die Arbeitgeber zu 100% verzinst wird. Ferner erfolgte der Verzicht auf den Teuerungsausgleich als Beitrag der Rentnerinnen und Rentner an die Sanierungsmassnahmen, von denen bis anhin nur die aktiv Versicherten und die Stadt als Arbeitgeberin betroffen waren.

Wechsel der Software für die Administration des Versichertenbestandes

Nachdem in einer ersten Tranche per 1.1.2006 die aktiv Versicherten der Versicherungskasse in eine neue Software übernommen wurden, konnte per 1.1.2007 mit der Übernahme des Rentnerbestandes der Datentransfer abgeschlossen werden.

VERSICHERUNGSKASSE	2005	2006	2007
Total aktive Mitglieder	2 779	2 851	2 914
– davon Risikoversicherte (bis Alter 25)	159	158	191
– davon Mitglieder angeschlossener Institutionen	1 209	1 263	1 277
Anzahl angeschlossene Institutionen	30	30	30
Durchschnittlicher versicherter Lohn	51 681	52 369	52 633
Maximaler Koordinationsabzug	25 800	25 800	26 520
Total Rentenbezüger/-bezügerinnen	1 494	1 516	1 540
– davon Altersrenten	834	848	855
– davon Alters-Kinderrenten	9	8	7
– davon vorzeitige Altersrenten	60	66	70
– davon Invalidenrenten	134	133	142
– davon Invaliden-Kinderrenten	46	54	62
– davon Ehegattenrenten	407	403	397
– davon Waisenrenten	4	4	7

273.2 Sozialwesen

Kurs «Pensionierung in Sicht – Vorbereitung auf den Ruhestand»: Für die vor der Pensionierung stehenden Mitarbeitenden sowie deren Partnerinnen und Partner führte das Personalamt an je einem ganzen und zwei halben Tagen zwei Kurse zur Vorbereitung auf den Ruhestand durch. Wie schon in den vergangenen Jahren stiessen diese Veranstaltungen auf reges Interesse. Insgesamt haben 44 Personen von diesem Angebot profitiert.

Gripeschutzimpfung: An der jährlich vom Personalamt organisierten unentgeltlichen Gripeschutzimpfung haben 196 Personen teilgenommen.

28 ORGANISATIONS- UND INFORMATIKAMT

Organisationsaufgaben:

- nimmt im Zusammenhang mit Informatikprojekten Wirtschaftlichkeitsabklärungen und Organisationsaufgaben vor
- arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen (u.a. Telefonie, PDA) mit
- initialisiert und beteiligt sich aktiv an der Weiterentwicklung von bereits bestehenden Informationsnetzwerken wie z.B. Best-Practice-Gruppe, Interessengemeinschaft Kommunikationsnetz St.Gallen (IG KOMSG), Interessengemeinschaft Schulen und der Schweiz, Informatikkonferenz (SIK)

Informatikaufgaben:

- leitet Informatikprojekte und berät die Dienststellen betreffend wirtschaftlichem und angemessenem Informatikeinsatz
- beschafft und installiert Informatikgeräte und Software im Bereich der Büroautomation
- ist verantwortlich für den Betrieb der städtischen Informatik-Infrastruktur (Büroautomation, Serversysteme, Datenhaltung, Netzwerke), für deren Standardisierung sowie für die automatische Softwareverteilung
- betreibt eine Service-Desk-Organisation, den Vor-Ort-Support und betreut die Fach- und Datenbankapplikationen
- stellt den Support für die städtischen Volksschulen sicher
- gewährleistet den technischen Betrieb im Bereich der CMS- und GIS/NIS-Infrastruktur
- betreibt für den Internet-Zugang die Proxy- und Firewall-Systeme
- stellt die Datensicherheit sowie den Datenschutz (Virenprävention etc.) sicher
- stellt die Planung und den Aufbau der städtischen Datennetze sicher

- koordiniert die Informatikschulung im Bereich der Büroautomation
- betreut die Informatikinfrastruktur öffentlicher Verwaltungen und Schulgemeinden

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	5 424	5 470	6 137
Ertrag	1 688	1 978	2 262
Aufwandüberschuss	3 736	3 492	3 875
Personalbestand	27.2	28.1	*31.3

* inkl. 3.3 befristete Stellenheiten

280.1 Projekte

Die Umsetzung des Outputkonzeptes in der städtischen Verwaltung konnte erfolgreich durchgeführt werden. Nebst der Reduzierung der Anzahl Drucker und der Eliminierung der Kopiergeräte durch den Einsatz von Multifunktionsgeräten wurden die neuen Verantwortlichkeiten und Prozesse geregelt. Das Outputkonzept wird im kommenden Jahr auch in den Aussenstellen und Volksschulen umgesetzt.

Seit April 2007 ist in der Stadtverwaltung St.Gallen die Geschäftskontrolllösung GEKO zur elektronischen Unterstützung der dienststellen- und direktionsübergreifenden Zusammenarbeit, Geschäftsfallbearbeitung und Aktivitätenüberwachung im Einsatz. In erster Linie werden zur Zeit die Erstellung und Weiterleitung der Stadtratsbeschlüsse, deren Traktandierung und Protokollierung in der neuen Lösung abgewickelt. Die Geschäftskontrolle wird zukünftig in der städtischen Verwaltung noch weitere Geschäftsprozesse unterstützen – entsprechende Vorhaben sind im Gange.

Zur Reduktion des personellen und finanziellen Aufwandes für Supportleistungen wurde auch in den Volksschulen die Standardisierung im Bereich der Büroautomation und der Lernsoftware in Angriff genommen. Im Berichtsjahr konnten bei bereits zwölf Schulen die Arbeitsplätze standardisiert werden.

Durch die Vielzahl der privat beschafften und unterschiedlichen PDA-Geräte ist der Unterhalt und Support seitens OIA stetig gestiegen. Mit der gegen Ende Jahr durch den Stadtrat bewilligten Standardisierung der PDA- und Smartphoneflotte können die Gerätevielfalt klein gehalten und Vorgaben zum Gebrauch sowie zur Sicherheit der Geräte durchgesetzt werden. Die Beschaffung erfolgt neu zentral durch das OIA.

Zur Unterstützung der Abstimmungen und Wahlen steht beim Einwohneramt seit Herbst 2007 eine Informatiklösung mit Scanner im Einsatz, welche die Aufwendungen der manuellen Auszählung massiv senkt. Die Abstimmungsergebnisse liegen somit innert kurzer Zeit zur Weiterverarbeitung vor.

Verschiedenste Projekte bei den Dienststellen wie Modulersatz bei der Steueramt-Workflowlösung, Beschaffung von Cadworks im Tiefbauamt und ESA und zahlreiche Migrations- und Schnittstellenprojekte konnten erfolgreich umgesetzt werden.

ORGANISATIONS UND INFORMATIKPROJEKTE	2005	2006	2007
Anzahl bearb. Beschaffungsprojekte ¹	28	34	41
Anzahl bearb. Entwicklungsprojekte ²	24	26	12
Anzahl bearb. Organisationsprojekte ³	58	50	53
Anzahl bearb. Infrastruktur-/Migrationsprojekte ⁴	87	47	62

¹ Projekte, die unter Einsatz von Standardprodukten realisiert werden

² Projekte, die spezielle Softwareentwicklungen erfordern

³ konventionelle Organisationsprojekte ohne direkte Informatikauswirkungen

⁴ Ausbau der Informatikinfrastruktur (z.B. Gebäudeverkabelungen) sowie Software-Migrationen

Im Berichtsjahr konnten 95 Projekte abgeschlossen werden.

280.2 Informatikorganisation

Die bis anhin im OIA bestehenden zwei Supportorganisationen für die Verwaltung bzw. die Volksschulen wurden – mit dem Bezug des erneuerten Rathauses – zusammengelegt und wertvolle Synergien genutzt. Somit besteht für sämtliche Supportanfragen eine einzige Anlaufstelle (SPoC).

Mit der neu im OIA geschaffenen Funktion «Produktmanager/-in» soll ein Produkt, z.B. eine Fachapplikation, während des Produktlebenszyklus betreut und zugleich der Kontakt zwischen Kunde und Partner gepflegt werden.

Im Projekt MOBILE wurden über 250 Optimierungspotentiale ermittelt, welche in den kommenden Jahren im Rahmen von Projekten oder Aufträgen durch die festgelegten Stellen und Personen anzugehen sind.

Aufgrund der im Vorjahr durchgeführten «Vorstudie IP-Telefonie» wird im Hinblick auf die in wenigen Jahren bevorstehende Ablösung der bestehenden Telefonzentrale und des heutigen städtischen Netzwerkes (EMAN) als Folgeprojekt die städtische ICT-Strategie mit verschiedensten Teilstrategien erarbeitet.

Erste Erfolge wurden bei der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden erzielt. Es konnten Dienstleistungsverträge mit den Schulgemeinden Waldkirch und Muolen abgeschlossen werden.

Das OIA arbeitet mit anderen Städten bei der Erarbeitung einer Opensource-Studie mit – der Abschluss ist im Jahre 2008 vorgesehen.

280.3 Informatikbetrieb und -infrastruktur

Der Informatikbetrieb verlief in der Stadtverwaltung im Jahre 2007 sehr stabil. Die Verfügbarkeit der Systeme betrug während zehn Monaten 100% und an zwei Monaten 99.8% bzw. 99.9%. Dank den getroffenen mehrstufigen Sicherheitsvorkehrungen konnten sämtliche Virenangriffe und Firewall-Attacken erfolgreich abgewehrt werden.

SYSTEMBEZOGENE ANGABEN		2007
Abgewehrte Virenangriffe	PC und Server	167
	E-Mail	246
	Internet – E-Mails	440
Firewall-Attacken		13 232 603
Anzahl E-Mails (von/nach extern)	gesendet	926 744
	empfangen	1 206 252

Die bis anhin in den letzten Jahren stetig angewachsene Datenmenge blieb aufgrund verschiedener organisatorischer Massnahmen wie Information, Sensibilisierung, gezielte Pflege und Bewirtschaftung von Daten sowie Beschränkungen des Speicherplatzes gleichbleibend.

SPEICHERPLATZBELEGUNG	12/06	06/07	12/07
Laufwerk G:	684 GB	815 GB	796 GB
Laufwerk H:	171 GB	202 GB	198 GB
Postfach (Exchange)	64 GB	73 GB	–

Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Rathauses und den daraus resultierenden Umzügen musste die IT-Infrastruktur jeweils rechtzeitig bereitgestellt werden. Der Bezug der Räume, die Bereitstellung der Arbeitsplätze mit Anbindung der Systeme bei den verschiedenen Dienststellen des Rathauses, erfolgten in Etappen. Während der über dreimonatigen Umzugsphase entstanden keine Unterbrüche im Verwaltungsbetrieb.

Die rund 90 städtischen Aussenstellen erhielten im Projekt «Metaframe für Aussenstellen» mittels der Technologie «Citrix» eine Verbindung mit ihrer Dienststelle und dadurch die entsprechenden Zugriffe auf Applikationen und Verzeichnisse.

Zusätzlich wurden über 70 städtische Kindergärten mit IT-Mitteln ausgerüstet.

Auch in den Schulen wird neu für die Software-Verteilung «Columbus» eingesetzt. In 50% der Schulhäuser erfolgte die Realisierung bis Ende 2007.

Aufgrund der Reorganisation bei der Stapo und der Umwandlung der Fachstelle für Gesellschaftsfragen in eine eigene Dienststelle mussten grosse systemtechnische Anpassungen auf das Jahresende vorgenommen werden.

Das OIA arbeitet im Pilotprojekt «Kant. Datendrehscheibe» mit, in welchem eine Plattform für einen verwaltungsübergreifenden Datenaustausch bereit gestellt werden soll.

Die Vorstudie für Update Backoffice 2 (UBO2) wurde erfolgreich abgeschlossen. Der Start des Projektes UBO2 mit den fünf Teilprojekten erfolgte im 3. Quartal und dauert bis ins Jahr 2009.

Ebenfalls sind erste Aktivitäten auf der Clientseite in Planung, da die heute bestehende Infrastruktur zukünftig nicht weiter betrieben werden kann (CUBO2).

GERÄTEBEZOGENE LEISTUNGEN		2005	2006	2007
Anzahl Arbeitsplatzgeräte total	– Verwaltung	1 399	1488	1533
	– Volksschulen	–	–	1411
Anzahl Fachapplikationen		–	–	101
Anzahl Interventionen am Arbeitsplatz ¹		7 646	5792	6 009
Zeitaufwand pro Intervention		24 Min	19 Min	36 Min ²

¹ Anzahl erfasste Störungsmeldungen

² Steigerung der Komplexität und der Anzahl Supportfälle vor Ort (Schulen/OPOS)

280.4 Informatikausbildung

INFORMATIKAUSBILDUNG		2005	2006	2007
Anzahl Kurse		37	27(8) ¹	58 (42) ¹
Anzahl Teilnehmer/-innen		379	289 (82) ¹	666 (389) ¹

¹ davon Schulungen aus den Projekten ELAR, GEKO und VisualQ

Den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung St.Gallen stand eine breite Auswahl von über 19 Kursthemen im Informatikbereich zur Auswahl bereit. Die Zahl der Kursteilnehmenden in den Aufbaukursen wie auch bei den Themenworkshops waren rückläufig. Die neu ins Programm aufgenommenen Workshops zur Vorbereitung eines europäisch anerkannten Informatikzertifikates konnten aufgrund der geringen Nachfrage nicht durchgeführt werden und werden zukünftig aus dem Kursprogramm gestrichen. Sehr beliebt waren wiederum die im Programm 2007 aufgenommenen Office-Basiskurse für die handwerklich tätigen Mitarbeitenden.

Der Informatikschulungsraum mit seinen insgesamt zwölf Schüler- und einem Lehrerarbeitsplatz befindet sich nach der Erneuerung des Rathauses wieder im Rathaus. Es stehen dadurch direkte und schnelle Datenverbindungen zur Verfügung.

Neben der traditionellen Informatikschulung in den Programmen der Büroautomation fanden verschiedene spezifische Schulungen im Rahmen der Projekte ELAR (Elektronisches Archiv), GEKO (Geschäftskontrolle) sowie im Programm VisualQ (Programm zur Prozessvisualisierung) statt. Ebenfalls konnte eine Schulung für eine Nachbargemeinde durchgeführt werden.

Grosses Echo und guten Anklang fanden die für das städtische Kader erstmals durchgeführten Outlook-VIP-Schulungen. Weitere Schulungen für diese Personengruppe sind auch im nächsten Jahr geplant.

Die Anzahl Kurstage wird in den nächsten Jahren steigen, denn die Erfahrungen anderer Verwaltungen haben gezeigt, dass beim Wechsel auf die neuen Office-Produkte mit einem Schulungsaufwand von zwei Tagen pro Mitarbeiter/Mitarbeiterin gerechnet werden muss.

280.4 Informatiksicherheit

Die vorhandenen Sicherheitsprozesse sind in diesem Jahr laufend vertieft und gefestigt worden. Zur Erhöhung der Informatiksicherheit wurden weitere Massnahmen umgesetzt.

In der Funktion des Sicherheitskoordinators (SIKO) erfolgte per 01.07.2007 ein personeller Wechsel.

Im Bereich «Sensibilisierung der Mitarbeitenden» ist in einer städteübergreifenden Arbeitsgruppe ein Baukasten für ein Awarenessprogramm erarbeitet worden. Das erste Produkt dieser Zusammenarbeit – ein intranetbasierender Adventskalender zum Thema Informatiksicherheit – wurde im Dezember 2007 gleichzeitig bei neun Partnerstädten aufgeschaltet.

29 FINANZKONTROLLE

Aufgaben:

- unterstützt die Geschäftsprüfungskommission des Stadtparlaments und den Stadtrat bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Finanzaufsicht
- führt nach selbständiger Planung Revisionen durch
- übt Revisionsstellenmandate bei der Stadt nahestehenden Organisationen aus
- überwacht und verwaltet die Zutrittsberechtigung der VRSG-Applikationen
- überwacht die Einhaltung der Datenschutzverordnung
- führt das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Ausgaben	850	855	835
Einnahmen	11	16	29
Aufwandüberschuss	839	839	806
Personalbestand	4.9	5.2	4.9

290.1 Personelles

Für die Erfüllung der Aufgaben der Finanzkontrolle ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden über solides Fachwissen und Berufserfahrung verfügen. Deshalb wird grossen Wert auf Aus- und Weiterbildung gelegt, welche von der Stadtverwaltung auch unterstützt wird. Im Jahre 2007 hat eine Mitarbeiterin wichtige Modulprüfungen bestanden, welche Voraussetzung sind für die Prüfung zur Wirtschaftsprüferin. Eine Mitarbeiterin wird im Frühjahr 2008 die Prüfung für den Fachausweis für das Finanz- und Rechnungswesen ablegen. Um die Kenntnisse aktuell zu halten, besuchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzkontrolle Seminare und Tagungen zu den Themen MWST, öffentliches Beschaffungswesen, Rechtsfragen der Revisionsstelle, BVG und Datenschutz.

290.2 Prüfungstätigkeit

Auch im vergangenen Jahr führte die Finanzkontrolle, entsprechend ihrem Prüfungsauftrag, aufgrund ihrer langfristigen Revisionsplanung Prüfungen bei Dienststellen und Betrieben der Stadtverwaltung durch. Sie umfassen die Prüfung der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit. Bei den Prüfungen wird auch auf Mängel in der Ablauforganisation und beim internen Kontrollsystem geachtet. Die Finanzkontrolle versteht ihre Tätigkeit auch als Führungshilfe für die Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter.

Die Feststellungen werden anlässlich der Prüfung direkt mit den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern sowie den zuständigen Vorgesetzten besprochen. Wichtigere Feststellungen finden Eingang in den Prüfungsbericht. Die Empfängerinnen und Empfänger der Prüfungsberichte sind die Geschäftsprüfungskommission des Stadtparlaments, der Stadtrat und die geprüfte Dienststelle.

Die verschiedenen Revisionsstellenmandate, welche im Auftrag des Stadtrats betreut werden oder in denen die Finanzkontrolle mitwirkt, gaben Gelegenheit, einen vertieften Einblick in die Aufgaben im Umfeld einer Stadtverwaltung zu erhalten. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Organisationen, welche mit der Stadtverwaltung verbunden sind.

Auf den 1. September 2007 trat das neue Revisionsaufsichtsgesetz in Kraft und auf den 1. Januar 2008 die Änderungen der Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht des Obligationenrechts. Durch das Revisionsaufsichtsgesetz waren die Finanzkontrolle und ihre Mitarbeitenden gehalten, sich bei der Revisionsaufsichtsbehörde registrieren zu lassen. Dies war nötig, um die Prüfungen bei den Revisionsstellenmandaten, den VBSG und den Versicherungskassen ab dem Geschäftsjahr 2008 weiterhin durchführen zu können. Der ebenfalls nötige Eintrag ins Handelsregister war durch eine Weisung des eidgenössischen Handelsregistersamts neu möglich geworden. Vorher war der Eintrag für die Finanzkontrolle infolge fehlender juristischer Selbständigkeit nicht möglich gewesen.

290.3 Datenschutz

Gemäss kantonaler Datenschutzverordnung obliegt dem Datenschutzkontrollorgan u.a. das Führen eines Registers der personenbezogenen Datensammlungen der Stadtverwaltung. Die bis anhin zentrale Software zur Verwaltung dieser Datensammlungen wurde im Berichtsjahr durch eine neue, EXCEL-basierte Anwendung abgelöst.

Brennpunkt im Berichtsjahr bildete die geplante Videoüberwachung an Örtlichkeiten der Innenstadt mit erhöhtem Sicherheitsbedürfnis sowie im Umfeld des neuen Fussballstadions.

Unter Berücksichtigung der Erwägungen im Bundesgerichtsurteil vom Dezember 2006 zur Videoüberwachung hat der Stadtrat zwei separate Reglemente erlassen. Sowohl das Reglement über die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund als auch das Reglement über die Videoüberwachung im Umfeld der Arena St.Gallen wurden vom kantonalen Sicherheits- und Justizdepartement genehmigt.

Nachdem gegen die Finanzvorlage das Referendum ergriffen wurde, hat das Stimmvolk das Projekt «Sicherheitserhöhung durch Videoeinsatz und Alarmeinrichtungen» am 25. November 2007 gutgeheissen. Für die Videoüberwachung bestehen nun klare gesetzliche und demokratisch legitimierte Grundlagen.

Nach Einführung der geplanten Videoüberwachung wird es Aufgabe des städtischen Datenschutzkontrollorgans sein, die rechtmässige Durchführung zu überwachen und insbesondere die Visionierung des Bildmaterials zu prüfen.

290.4 Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission

Die Finanzkontrolle führt auch das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission..

SITZUNGEN DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION	2005	2006	2007
Sitzungen Gesamtkommission	9	10	9
Sitzungen Delegationen	14	14	14
Sitzungen Subkommissionen zu spez. Themen	5	–	–

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Prüfungen:			
– Hauptrevisionen und Prüfungen von Jahresrechnungen	39	35	32
– Kredite der Investitionsrechnung	68	44	21
Verwaltete Zutrittsberechtigungen zur VRSG	773	753	814
Anzahl registrierte Dateien	250	227	226

3 DIREKTION SCHULE UND SPORT

30 DIREKTIONSSEKRETARIAT

300 Behörden und Kommissionen

- 300.1 Beratung Lehrkräfte
- 300.2 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte
- 300.3 Jugendfilmkommission
- 300.4 Pädagogischer Beirat Schule
- 300.5 Rekurskommission Schule

301 Schul- und Büromaterialverwaltung

31 SCHULAMT

310 Wichtigste Aufgabenbereiche

- 310.1 Schulentwicklung
- 310.2 Organisation Schulamt
- 310.3 Schulorganisation 2007
- 310.4 Bau
- 310.5 Informatik
- 310.6 Personalkommission
- 310.7 Schulbegleitung

311 Primarschulen und Kindergärten

312 Oberstufe

313 Freiwilliges 10. Schuljahr

314 Musikschule der Stadt St.Gallen

315 Fördernde Massnahmen

- 315.1 Nachhilfe
- 315.2 Legasthenie
- 315.3 übrige Therapie
- 315.4 Integrative Schülerhilfe ISF

316 Schulgesundheitsdienst SGD

- 316.0 SGD Verwaltung
- 316.1 Schulärztlicher Dienst
- 316.2 Schulpsychologischer Dienst
- 316.3 Kinder- und Jugendzahnklinik
- 316.4 Schulsozialberatung Primarstufe (SAP)
- 316.5 Psychomotorik
- 316.6 Logopädie

317 Freiwillige Angebote

- 317.1 Handarbeitskurse
- 317.2 Kulturpädagogik

318 Familienergänzende Betreuungen

- 318.1 Tageshorte
- 318.2 Freiwillige Schulhausangebote
- 318.3 Schülerbetreuung an der Oberstufe

32 SPORTAMT

320 Leitung der Dienststelle

321 Turn- und Sportbetrieb

321.1 Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport

322 Sportanlagen

323 Städtische Bäder

323.1 Volksbad

323.2 Hallenbad Blumenwies

323.3 Freibäder auf Dreilinden

323.4 Schwimmbad Lerchenfeld

323.5 Freibad Rotmonten

324 Eishalle Lerchenfeld

324.1 Restaurant Lerchenfeld

33 JUGENDSEKRETARIAT

330.1 Information

330.2 Beratung

330.21 Jugendberatung

330.22 Schulsozialarbeit Oberstufe

330.23 «tschau» Internetbasierte Onlineberatung

330.3 Quartierarbeit

330.4 Jugendkultur

330.5 Jugendarbeit Zentrum

330.6 Projekt Sommerplausch

330.7 Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)

30 DIREKTIONSSEKRETARIAT

Aufgaben:

- unterstützt die Direktorin in den Führungs- und Verwaltungsaufgaben
- koordiniert Sachgeschäfte der einzelnen Dienststellen
- arbeitet Entscheidungsgrundlagen auf, bereitet Sachgeschäfte und Entscheide der Behörden und ihrer Kommissionen sowie ihrer Fachausschüsse vor und sorgt für deren Vollzug
- leitet und arbeitet an Projekten mit
- berät und begleitet Lehrpersonen
- führt die Rechnung der Direktion Schule und Sport
- beschafft Büro-, Verbrauchs- und Arbeitsmaterial für städtische Schulen und die Verwaltung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	38 027	38 499	42 187
Ausgehende laufende Beiträge Bildungswesen	1 009	955	982
Ertrag	628	477	483
Aufwandüberschuss	37 399	38 022	41 704
Personalbestand	6.2	6.2	*5.7

* juristische Mitarbeiterin bis 31.07.07; neu SAM

300 Behörden und Kommissionen

300.1 Beratung Lehrkräfte

Im Jahr 2007 blieben die Nachfragen um Krisenintervention, Beratung, Supervision und Führung coaching wie in den Vorjahren sehr hoch: gegen 300 Personen haben von den Dienstleistungen der Stelle Gebrauch gemacht. Die Beratung der Lehrkräfte wurde im vergangenen Jahr sehr stark mit Problemen und Belastungen der Mitarbeitenden konfrontiert, welche einerseits auf die demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zurückzuführen sind, andererseits auf die zahlreichen und massiven Veränderungen im Bildungswesen und im Berufsauftrag. Zu diesen seit Jahren andauernden Herausforderungen kamen im Betriebsjahr noch Verunsicherungen im Zusammenhang mit dem Umbau der Führungsstruktur. Aber auch die Klassenschliessungen und Kündigungen als Folge des Schüler rückgangs machten vielen Lehrpersonen zu schaffen.

300.2 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte

Anzahl Sitzungen:

9 ordentliche Sitzungen

Wichtigster Teil der schulrätlichen Tätigkeit war die Aufsicht über die städtischen Volksschulen, die Jugendmusikschule und die freiwilligen Schulhausangebote sowie die Auseinandersetzung mit Personalfragen von Lehrpersonen und Schulkindern. Einen regelmässigen Austausch pflegte der Schulrat mit der Regionalen Schulaufsicht. Daneben beschäftigte er sich mit allgemeinen Fragen der Schulentwicklung.

Die Mitglieder des Schulrates wurden am Ende des Schuljahres 2006/07 aufgrund des Wechsels zur Schulorganisation 2007 (SO 07) mit einer Feier offiziell verabschiedet.

Die rund 80 Visitationspersonen waren in den letzten Monaten ihrer Tätigkeit mit der Erstellung einer grossen Zahl von Arbeits- und Zwischenzeugnissen für die ihnen zugeteilten Lehrpersonen befasst. Auch für die Visitationspersonen endete per Ende des Schuljahres 2006/07 ihr Amt.

300.3 Jugendfilmkommission

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Gesuche	90	88	112
Entscheide:			
– auf Grund einer Visionierung	89	87	110
– auf Grund Präsidialentscheid	1	1	1
– auf Grund Zirkularentscheid	–	–	1
– Reprisen	4	6	9
Erhöhung der Altersgrenzen	12	6	27

300.4 Pädagogischer Beirat Schule

Anzahl Sitzungen: 4

Im Rahmen der SO 07 wurde der Pädagogische Beirat Schule als beratendes Gremium des Stadtrates ins Leben gerufen. In einer ersten Phase verschaffte sich der Pädagogische Beirat Schule einen Einblick in die Schullandschaft der Stadt St.Gallen, indem er die beteiligten Gruppierungen zu seinen Sitzungen einlud, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

300.5 Rekurskommission Schule

Anzahl Rekursfälle: eingegangen 3
abgeschlossen 3

Die Rekurskommission Schule hat sich konstituiert, hat sich eine Geschäftsordnung gegeben und die Arbeit aufgenommen. Die eingegangenen drei Rekurse wurden alle mit Entscheid erledigt.

301 Schul- und Büromaterialzentrale

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwand (in CHF 1 000)	954	933	919
Ertrag (in CHF 1 000)	1 136	1 117	1 095
Belieferte Schulen	54	42	41
Belieferte Kindergärten	85	75	75
Belieferte Verwaltungsstellen	73	74	73

31 SCHULAMT

Aufgaben:

- führt die Volksschulen mit den städtischen Kindergärten sowie die Musikschule der Stadt St.Gallen und die familienergänzenden Angebote
- bereitet Schulratssitzungen vor und vollzieht die Beschlüsse (bis 31. Juli 2007)
- führt gesamtstädtische Schulentwicklungsprojekte durch
- setzt die strategischen Konzepte «Qualitätsentwicklung» und «Förderung» um

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Verwaltung der Dienststelle			
– Aufwand	1 774	1 897	2 171
– Ertrag	–	2	2
– Aufwandüberschuss	1 774	1 895	2 169
Personalbestand (Planstellen)	11.5	11.5	13.1
Volksschulen			
– Aufwand	87 340	88 493	89 243
– Ertrag	14 327	13 846	14 443
– Aufwandüberschuss	73 013	74 647	74 800

310 Wichtigste Aufgabenbereiche

310.1 Schulentwicklung

«Strategie Schulentwicklung»: Eine achtköpfige Projektgruppe macht sich Gedanken, wie die Schulentwicklung in der Stadt St.Gallen eine optimierte, strategische Komponente erhalten könnte. Dazu wurde eine Planungssystematik entwickelt.

«KidS vom Kindergarten in die Schule»: Die Umsetzung des Projektes ist im August in den Schulquartieren Boppartshof und Halden gestartet. Sechs KidS-Klassen wurden im Boppartshof und fünf KidS-Klassen im Halden eröffnet. Begleitet wird die Umsetzung des Projektes von einer Koordinationsgruppe, in der alle Beteiligten der beiden Schulen vertreten sind. Die Lehrpersonen können eine niederschwellige Beratung während der Projektphase in Anspruch nehmen, welche mit dem kantonalen Beratungsdienst vereinbart ist. Mit der Evaluation von KidS hat die Forschungsabteilung der PHSG begonnen. Die Evaluation ist als Längsschnittstudie ausgelegt und lehnt sich an die Evaluation der Basisstufe an, so dass die Resultate einen Vergleich der beiden Projekte zulassen.

Peer-Review: Unter externer Leitung wurde das Peer-Review-Verfahren zur gegenseitigen Beurteilung der Arbeit und Projekte als Instrument der Qualitätsarbeit bei den Schulleitungen reaktiviert.

Spachheilkindergarten: Der Sprachheilkindergarten ist per Ende Jahr an die Sprachheilschule übergegangen.

Freiwilliges 10. Schuljahr: Das Freiwillige 10. Schuljahr wurde per August 2007 in die Brückenangebote des Kantons integriert.

Städtisches Förderkonzept: Die im Jahre 2006 durch den Kanton neu formulierten Leitideen und Richtwerte legen den Rahmen fest, innerhalb dessen sich auch die Stadt bei der Ausgestaltung eines neuen Förderkonzepts festlegen muss. Gefordert wird, dass in Zukunft möglichst alle Kinder und Jugendliche gemeinsam an Erziehung und Bildung teilhaben. Die Fördermassnahmen sind darum so auszugestalten, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler trotz besonderem Förderbedarf eine Regelklasse in der Volksschule besuchen können. Die Absicht ist, dass die vorhandenen Mittel primär für die Unterstützung der Regelklassen im Umgang mit der Heterogenität genutzt werden. Die diesbezügliche Konzeptarbeit wurde weitergetrieben. Ein erster Konzeptentwurf ist erarbeitet.

Schule bewegt: In mehreren Kindergärten konnte mit der Umsetzung des Projektes Purzelbaum begonnen werden. Mit diesem Projekt soll vermehrt der Bewegungsarmut der Kinder begegnet werden.

Blockzeiten und Mittagstisch: Der Erziehungsrat des Kantons St.Gallen hat die verbindliche Vorgabe formuliert, die Blockzeiten für alle Kinder der Volksschule, inklusiv Kindergärten, ab Sommer 2008 auf sämtliche Vormittage auszudehnen. Die Blockzeiten werden an allen Schultagen durch einen freiwilligen, bedarfsgerechten Mittagstisch ergänzt. Die erweiterten Blockzeiten eröffnen im Stundenplan Zeitfenster, so dass der Englischunterricht auf der Unterstufe und die musikalische Grundschule ohne besondere Aufwendungen integriert werden können. Die Umstellung ist für alle Schulhäuser nicht nur eine grosse organisatorische Herausforderung. Es gilt auch Lehrpersonen für den qualifizierten Englischunterricht durch intensive Weiterbildung vorzubereiten. In breit angelegten Weiterbildungsveranstaltungen wurden die Lehrpersonen auch auf die Möglichkeiten zu einer engeren Kooperation – vor allem zum Teamteaching – vorbereitet.

Konzept Sexualpädagogik: Mit der Aufstockung des Pensums für die Sexualpädagogik von bisher 30 auf 100% wurde die Basis für eine zukunftsweisende Sexualpädagogik gelegt und es konnten zwei Fachpersonen eingestellt werden, ein Mann und eine Frau. Sie sollen Impulse setzen für einen verantwortungsbewussten Umgang der Kinder und Jugendlichen mit sich selbst, aber auch mit anderen. Wichtig ist, dass sich die Sexualpädagogik dem Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen anpasst und auf die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse, aber auch die individuelle Situation und soziale Struktur der Klasse Rücksicht nimmt. Es ist Ziel der Sexualpädagogik, zumindest auf der Oberstufe, wenn immer möglich in allen Klassen jährlich einmal präsent zu sein und auch geschlechtergetrennten Unterricht anzubieten.

Familienergänzende Betreuung: Der Ausbau der Betreuungsangebote ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich erfolgt. Grossmehrheitlich hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass eine qualitativ gute schulnahe Betreuungsarbeit die Wissensvermittlung erleichtert und für die ganzheitliche Entwicklung des Kindes förderlich ist. Betreuung wird heute als normale Dienstleistung einer prosperierenden Stadt eingestuft, was Auswirkungen auf die Tarifdiskussion hat. Deshalb wurden für die Freiwilligen Schulhausangebote und die Horte per 1. Februar 2008 neue Tarifordnungen erlassen. Tiefe Einkommen werden auch in Zukunft von sehr niedrigen Tarifen profitieren, entlastet werden vor allem die mittleren Einkommen.

310.2 Organisation Schulamt

Personelles: Die für die SO 07 nötigen Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation des Schulamtes konnten abgeschlossen werden. Die neu geschaffene Stelle einer zusätzlichen Abteilungsleitung Primarschule/Kindergarten konnte mit einer Fachperson besetzt werden. Die juristische Mitarbeiterin wechselte vom Direktionssekretariat ins Schulamt.

310.3 Schulorganisation 2007 (SO 07)

Prozesshandbuch: Mit der SO 07 sind sämtliche Entscheidungskompetenzen Schülerinnen und Schüler aber auch Lehrpersonen betreffend neu festgelegt. Sämtliche Entscheidungsprozesse sind detailliert aufgezeichnet und in einem elektronischen Handbuch zusammengefasst.

Anstellung und Weiterbildung der Schulleitungen: Die Anstellung der Schulleitungen erfolgten nach den Vorgaben des neuen Reglements über die Anstellungsbedingungen der Schulleitungen. Um den neuen Herausforderungen zu genügen, haben sich die Schulleitungen in diversen Kursen weitergebildet. Im Zentrum standen dabei insbesondere Themen der Personalführung.

310.4 Bau

Schulraumplanung: In Zusammenarbeit mit dem städtischen Hochbauamt wurde der bauliche Zustand sämtlicher Schulanlagen anhand verschiedener Kriterien erfasst. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und des neu erstellten Richtraumprogrammes soll damit die Basis für eine Schulraumplanung gelegt werden, die insbesondere auch für die Investitionsplanung genutzt werden kann.

Schulanlage Krontal: Rechtzeitig auf das 2. Semester des Schuljahres 2007/2008 konnte die sanierte Schulanlage Krontal in Betrieb genommen werden. Zusammen mit dem angrenzenden Turnhallengebäude ist eine Schulanlage entstanden, welche die Bedürfnisse eines zeitgemässen Primarschulunterrichts in idealer Weise abdeckt.

Schulanlage Feldli: Die Schulanlage Feldli ist mehr als 50 Jahre alt. Sie soll umfassend saniert und den neuen schulischen Anforderungen angepasst werden. Zur Ausarbeitung eines Bauprojektes mit detailliertem Kostenvoranschlag hat das Stadtparlament im Januar 2007 einen Verpflichtungskredit gesprochen.

Schulanlage Riethüsli: Obwohl erst ca. 25 Jahre alt, ist die Schulanlage Riethüsli sanierungsbedürftig. Sowohl die Innenräume als auch die Gebäudehülle verlangen nach einer grundlegenden Erneuerung. Auch das Raumprogramm entspricht den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen für einen zeitgemässen Primarschulunterricht nicht mehr. Der Stadtrat hat darum im Februar einen Verpflichtungskredit zur Durchführung des selektiven Projektwettbewerbs gesprochen.

Schulanlage Gerhalde: Die Schulanlage Gerhalde ist ein Zeitzeuge für den Baustil der Jahrhundertwende. Im Sommer 2007 konnte das 100-jährige Jubiläum gefeiert werden. Veränderungen im Schulkonzept erfordern räumliche Anpassungen. Auch die veraltete Haustechnik muss erneuert werden. Zudem soll eine Einfachturnhalle die Anlage ergänzen. Der Stadtrat hat dazu im September die Durchführung eines Projektwettbewerbs beschlossen.

310.5 Informatik

Ausrüstung der schulischen Aussenstellen mit Metaframe: Hortleitungen, Ambulatorien des Logopädischen Dienstes und der Psychomotorik sowie die Schulleitungen haben dank Metaframe neu Zugriff auf die städtische Infrastruktur wie Intranet, die gemeinsamen Netz-Laufwerke und – wo erforderlich – auch auf Daten der VRSG.

Ausbau Informatik in den Volksschulen und Kindergärten: Das Projekt konnte innerhalb der gesetzten Fristen und mit deutlicher Unterschreitung des beschlossenen Kostenrahmens abgeschlossen werden. Um auch den Kindergärtnerinnen den Zugang zur EDV zu ermöglichen, wurden diese mit Note-Books ausgestattet.

Standardisierung Informatikarbeitsplätze in Schulen und Kindergärten: In den Schulen stehen rund 1 500 Informatikarbeitsplätze zur Verfügung. Um den personellen und finanziellen Aufwand für EDV-Supportleistungen zu optimieren, wurden die Informatikarbeitsplätze in den Schulen und Kindergärten standardisiert. Voraussetzung dafür war die Vereinheitlichung der Softwarekataloge für die verschiedenen Schulstufen.

Digitales Röntgen und Patientenadministration: Die Kinder- und Jugendzahnklinik ist neu mit EDV-unterstützten Instrumenten ausgerüstet worden. Röntgenaufnahmen und Klientendateien werden digital erfasst.

310.6 Personalkommission

Anzahl Sitzungen: 3

Die Personalkommission ist im Rahmen der Schulorganisation 2007 geschaffen worden mit dem Ziel, Leitung Schulamt, Abteilungsleitungen sowie Lehrgewerkschaft und Schulleitungen an personalrelevanten Angelegenheiten mitwirken zu lassen.

310.7 Schulbegleitungen

Die SO 07 sieht als Unterstützung für die Lehrpersonen und Schulleitungen bei schwierigen Elterngesprächen den Einsatz von Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern vor. Auf eine öffentliche Ausschreibung hin meldeten sich über 120 interessierte Personen. So konnten die pro Schulquartier erforderlichen zwei qualifizierten Personen problemlos gefunden werden. Erste Einsätze fanden bereits statt; die Erfahrungen sind gut. Bis die Schulbegleitenden jedoch als wertvolle Unterstützung in den Schulen verankert sind, sind noch weitere Schritte notwendig.

311 Primarschulen und Kindergärten

KENNZAHLEN PRIMARSCHULEN / KINDERGÄRTEN	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	38 504	38 780	38 128
Anzahl Kinder Primarschulen	3 885	3 930	3 851
Anzahl Kinder Kindergärten	1 304	1 193	1 185
Kosten pro Kind (in CHF)	7 420	7 570	7 571
Anzahl Klassen Primarschule	205	203	203
Anzahl Regelkindergärten	70	66	63
Anzahl Schulkindergärten	5	4	4
Anzahl Sprachheilkindergärten	2	2	2
Durchschnittliche Klassengrösse Primarschule:			
– Regelklassen	20.6	20.4	20.3
– Kleinklassen	10.5	10.3	10.5
– Deutschklassen, neu Integrationsklassen	11.5	11.3	9.0
Durchschnittliche Kindergarten-Klassengrösse:			
– Regelkindergärten	17.3	17.0	17.8
– Schulkindergärten	7.6	7.0	8.0
– Sprachheilkindergärten	11	10.5	11.0
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen) ohne ISF Primarschule	375	379	382
Anzahl Lehrkräfte Kindergarten (Voll- und Teilpensen) ohne ISF	118	105	96
Anzahl Pensen	–	267	* 254
Anzahl Pensen Kindergarten	–	75	68.6

* ohne Schulleitungen ab 1.8.07

312 Oberstufe

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss Oberstufe (in CHF 1 000)	20 164	21 034	21 098
Anzahl Jugendliche:			
Sekundarschule	637	589	569
Realschule	939	897	885
Kosten pro Jugendliche/-n Oberstufe (in CHF)	12 794	13 447	14 510
Anzahl Klassen Oberstufe	*87 + 1	*87 + 1	*86 + 1
Durchschnittliche Klassengrösse			
– Sekundarklasse	21.2	20.9	20.32
– Regelklasse	19	18.7	18.00
– Kleinklasse	11.1	9.7	9.53
– Deutschklassen, neu Integrationsklassen	11	13	10.5
Anzahl Lehrkräfte Oberstufe (Voll- und Teilpensen)	191	184	200
Anzahl Pensen Oberstufe	–	153	145

* Kleinklasse mit besonderem Auftrag «Kajak»

313 Freiwilliges 10. Schuljahr

Aufgehoben per 31.7.07 (neu in die Brückenangebote des Kantons integriert)

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwand (in CHF 1 000)	1 298	1 257	709
Ertrag (in CHF 1 000)	838	505	73
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	460	752	636
Anzahl Jugendliche	131	125	*–
Davon Auswärtige	54	35	*–
Anzahl Klassen	6	6	*–
Durchschnittliche Klassengrösse	21.83	20.8	*–
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	16	15	*–
Anzahl Pensen	–	8.28	*–

* Stand 31.12.07

314 Musikschule der Stadt St.Gallen

Aufgaben:

- ermöglicht Schülerinnen und Schülern der städtischen Volksschulen, der angeschlossenen Schulgemeinden und Privatschulen sowie Jugendlichen und Erwachsenen mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen eine musikalische Ausbildung
- fördert das Zusammenspiel in verschiedenen Musikstilen mit Musiziergruppen, Rockbands, Chören und Orchesterformationen
- arbeitet mit der Volksschule zusammen
- vermittelt musische Werte
- leitet zu sinnvoller Freizeitgestaltung an

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwand (in CHF 1 000)	5 186	5 275	5 236
Ertrag (in CHF 1 000)	1 977	1 973	1 924
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	3 209	3 302	3 312
Anzahl Lehrkräfte	96	97	100
Anzahl Pensen (Stichtag 1. August)	32.64	33.05	32.90
Verwaltungspersonalbestand	1.6	1.6	1.5
Kosten pro Schülerin oder Schüler pro Jahr (in CHF)	992	1 066	1 071
Anzahl Schülerinnen und Schüler	3 236	3 098	3 091

Die Schulleitung beschäftigt sich zusammen mit dem Leitungsteam mit Schul- und Qualitätsentwicklung. Zahlreiche interne Weiterbildungsveranstaltungen konnten im Plenum und in den Fachgruppen durchgeführt werden.

Die Zusammenarbeit mit der Knabenmusik St.Gallen und auch neu mit der Kantonsschule wurde mit musikalischen Projekten gepflegt.

3 091 Schülerinnen und Schüler besuchten den Musikunterricht in der Abteilung Musikalische Grundausbildung und im Instrumentalunterricht. Die Gesamtschülerzahl bewegt sich weiterhin im statistischen Mittel der letzten fünf Jahre. Die Jugendmusikschule tritt mit Beginn des Schuljahres 2007/08 unter dem Namen «Musikschule der Stadt St.Gallen» auf.

Mit dem Entscheid des Erziehungsrates des Kantons St.Gallen wird die bis anhin freiwillige Musikalische Grundschule neu ab 2011 obligatorisch in die Lektionentafel der Volksschule eingebaut. Dieser musikalische Unterricht wird in der ersten Primarklasse bereits in allen Schulhäusern der Stadt St.Gallen integriert erteilt. Rund 500 Schülerinnen und Schüler profitieren von diesem Angebot.

Die Schulleitung organisierte mit den Musiklehrpersonen wiederum zahlreiche Konzerte, externe Anlässe, Vortragsübungen und Musizierstunden und den Tag der offenen Tür. Verschiedene Instrumentenvorstellungen fanden in den Primarklassen statt.

Das Jugendorchester der Musikschule hat im Mai, erweitert durch Musikschülerinnen und -schüler aus der Region, zusammen mit dem Sinfonieorchester St.Gallen ein Orchesterprojekt mit drei Vorstellungen in der Tonhalle unter dem Titel «Tanzend um die Welt» bestritten. Über 700 Schülerinnen und Schüler der Musikalischen Grundschule der Musikschule durften ein phantasievolles, farbiges Konzert miterleben.

Neben dem Orchesterprojekt hat die Musikschule der Stadt St.Gallen gemeinsam mit dem Sinfonieorchester St.Gallen insgesamt 54 Schulhauskonzerte (Schukos) in den Schulhäusern der Stadt durchgeführt und damit für über 2 000 Schüler und Schülerinnen eine spezielle Musikstunde mit Informationen über Instrumente und Musikgeschichte(n) gestaltet.

315 Fördernde Massnahmen

Ein neuer Konzeptentwurf besteht. Die Inkraftsetzung des neuen Konzeptes, das auch Steuerungsmechanismen und Qualitätsvorgaben vorsieht, ist für das Schljahr 2009/2010 geplant. Ziel ist, vermehrt auf integrative Beschulung zu setzen und die Begabungsförderung auszubauen.

315.1 Nachhilfe

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	3	3	9
Ertrag	–	–	1
Aufwandüberschuss	3	3	8
Personalbestand	0.04	0.02	*1
Erteilte Lektionen	50	25	133

* Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)

315.2 Legasthenie

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	112	114	96
Ertrag	29	32	31
Aufwandüberschuss	83	82	65
Personalbestand	0.8	0.7	*2
Erteilte Lektionen	1 141	832	897

* Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)

315.3 Übrige Therapien

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	28	12	27
Ertrag	1	1	–
Aufwandüberschuss	27	11	27
Personalbestand	extern	extern	extern

315.4 Integrative Schülerhilfe (ISF)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	4 246	4 524	4 748
Ertrag	412	448	523
Aufwandüberschuss	3 834	4 076	4 225
Personalbestand	29.0	39	*65

* Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)

316 Schulgesundheitsdienst (SGD)

316.0 SGD Verwaltung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	–	280	358
Ertrag	–	–	16
Aufwandüberschuss	–	280	342
Personalbestand	–	2.66	2.867

316.1 Schulärztlicher Dienst

Aufgaben:

- fördert die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen
- erkennt Gesundheitsstörungen
- begleitet und betreut Kinder mit gesundheitlichen Risiken und körperlichen oder seelischen Störungen
- berät in Fragen der Gesundheitserziehung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss	361	375	435
Personalbestand	2.88	2.88	3.60

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
untersuchte Kinder	1 903	1 791	1 725
untersuchte Klassen	150	149	141
abgeklärte Einzelprobleme/Nachkontrollen	74	87	38
verschriebene Physio- und Psychotherapien	3	3	1
Zuweisungen an Spezialarzt:			
– Augen	278	228	242
– Orthopädie, Ohren, Gynäkologie	9	13	6
TBC-Intracutanproben	20	33	28
Impfungen (Polio, MMR, di-Te)	847	761	655
Impfungen (Hepatitis B)	656	640	598
Kinder in Ernährungsberatung	12	19	17

Mit der Bewilligung einer vollen Stelle Sexualpädagogik können die Bedürfnisse der Lehrkräfte nach Unterstützung durch Fachpersonen abgedeckt werden. Die Stellenerweiterung ermöglichte die Durchführung der interaktiven Ausstellung zur Prävention vor sexueller Ausbeutung von Kindern «Mein Körper gehört mir» im Waaghaus. Innerhalb von fünf Wochen absolvierten 83 Schulklassen mit total 1 627 Kindern der 2. bis 4. Primarklasse in kleinen Gruppen den Parcours.

Der Fachbereich Ernährung/Bewegung ist mit 10% weiterhin knapp besetzt, um dem besorgniserregenden Anstieg von Bewegungsmangel und Fehlernährung bei Kindern entgegen wirken zu können. Das Basler Projekt für einen bewegteren Kindergarten «Purzelbaum» wurde übernommen und auf Schuljahresbeginn in sechs Kindergärten eingeführt. Neu wird neben den bewährten Bewegungsstunden für übergewichtige Kinder in der Halle («kids in move») und im Wasser («fit im Wasser») speziell für übergewichtige Oberstufenschülerinnen eine Tanzstunde («dance») angeboten.

Die pestizidfreie mechanische Lausentfernungsmethode («bug busting») wird mittlerweile mit gutem Erfolg unter Mithilfe der Elternforen in acht Schulquartieren durchgeführt. Diese regelmässigen Kontrollen haben sehr zu einer Beruhigung der Lage geführt.

Die Durchführung der Nothilfekurse bei den Schulabgängerinnen und Schulabgängern (27 Klassen mit total 387 Schülerinnen und Schülern) und die Abgabe verbilligter Velohelme (409) gehören mittlerweile zum Jahresprogramm.

316.2 Schulpsychologischer Dienst

Aufgaben:

- ist Fachstelle für Lösungen bei Schulschwierigkeiten im Lern-, Leistungs- und Sozialbereich
- macht Zuweisungsabklärungen zu Massnahmen
- bietet psychologische Hilfe an
- erstattet Bericht zu Händen des Schulamtes
- interveniert bei Krisensituationen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss	164	184	162
Personalbestand	4.0	4.0	4.0

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Anmeldungen	645	655	640
Abgeschlossene Fälle	638	612	705

Die gestiegene Zahl der abgeschlossenen Fälle konnte nur dank konsequenter Anwendung der Triagekonsultation bewältigt werden. Ein leichter Anstieg von Berichten, die das Vormundschaftsamt anforderte, wurde festgestellt.

Der Schulpsychologische Dienst beschäftigte sich neben der Alltagsarbeit intensiv mit der Entwicklung des Förderkonzeptes sowie seinen Zielen und Auswirkungen. Ebenso waren die veränderten Bedürfnisse und Vorgehensweisen im Zusammenhang mit den beiden Versuchsquartieren KidS ein Thema.

Der SPD nahm an der Eichung des IDS (Intelligence and Development Scales), eines neuen Entwicklungstests, teil, welcher von der Universität Basel in intensiver Zusammenarbeit mit dem SPD konzipiert wurde.

316.3 Kinder- und Jugendzahnklinik (KJZ)

Aufgaben:

- Stellt die systematische, einheitliche und kontinuierliche Kariesprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen der städtischen Volksschulen und Kindergärten sicher in Kooperation mit Lehrerschaft/Kindergärtnerinnen/Eltern/Behörden.
- Behandelt Zahnschäden sowie Zahnfehlstellungen und Kieferanomalien nach medizinischer Indikation gemäss den neuesten Erkenntnissen und Techniken der Zahnheilkunde.

Der präventiv-therapeutische Einsatz der KJZ zielt primär darauf ab, dass möglichst viele Jugendliche die städtische Volksschule mit folgenden Qualitätskriterien verlassen:

- Weitgehend gesunde Zähne und gesundes Zahnfleisch
- Funktionstüchtige und gute Zahn- und Kieferstellung
- Vollständige konservierende Behandlung
- Ohne kariesbedingte Extraktionen
- Mit guter Information und Motivation zur Gesunderhaltung von Zähnen und Zahnhalteapparat
- Ohne Angst vor zahnärztlicher Behandlung

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	3 211	2 988	2 788
Ertrag	2 906	2 386	1 806
Aufwandüberschuss	714	602	982

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Stellenprozente	12.43	12.43	12.43
Untersuchte Kinder (Klassenverband)	5 693	5 562	4 193
Besprechungen, Kontrollen, Zweit-US	10 786	8 929	8 208
Behandlung nötig (in %)	49	50	53
Erlasse, Sozialrabatt (in CHF 1 000)	429	430	296
Anzahl Kinder pro Schulzahnarzt (KlassenUS plus Polipatient/-innen)	2 028	1 691	1 736
Karieskosten (in CHF 1 000) (ohne Versiegeln)	442	340	305
Karieskosten pro Kind (in CHF)	78	61	72
Poliklinikpatient/-innen (+ Notfälle)	2 014	2 034	1 712
Kieferorthopädische Fälle	480	680	621

Das Kariesniveau der Schulkinder hat sich auf tiefem Niveau stabilisiert. Bei den Zwei- bis Sieben-jährigen ist eine leicht rückläufige Kariestendenz feststellbar. Aktuell ist die Problematik bei sozial schwachen Familien sowie der ausländischen Bevölkerung und bei Flüchtlingen. Diese Patientinnen und Patienten lassen sich oft nicht oder nur ungenügend im Ausland behandeln und kommen oft erst wieder als Notfälle. Die Kariesrisikofaktoren (häufiger Zuckerkonsum) sind nach wie vor hoch in Verbindung mit genussorientiertem Lifestyleverhalten.

Konsequente und kontinuierliche Prävention in Kindergarten, Schule und Klinik sind weiter prioritär. Ernährungsberatung, Mundhygiene-Instruktion, Fluoridierungen sowie regelmässige zahnärztliche Kontrollen auch für die Individualprophylaxe (vor allem Fissurenversiegelungen) sind dringend geboten.

Die Kooperation mit der Mütter-Väterberatung sowie den Kinderärzten/Kinderspital läuft weiter, um bereits die Gruppe der ein- bis vierjährigen Kinder und deren Eltern zu erreichen (Horte, Spielgruppen).

Die umfassende Elternberatung auf Kindergartenstufe durch die Prophylaxeverantwortliche wird intensiv genutzt.

Im Sommer konnten die renovierten Räumlichkeiten neu bezogen werden. Die Modernisierung hat die Möglichkeit eröffnet, das digitale Röntgen einzuführen und die Klientenadministration elektronisch zu erfassen.

316.4 Schulsozialarbeit Primarstufe (SAP)

Aufgaben:

- unterstützt Lehrpersonen und Familien bei schwierigem Verhalten des Kindes und bei Konflikten in Schule, Elternhaus und zwischen den Systemen
- ist besorgt um eine Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- fördert die sozialen Beziehungen in Schule, Elternhaus und zwischen den Systemen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss	204	210	209
Personalbestand	1.55	1.55	1.55

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Anmeldungen	161	142	161
Beratungseinheiten abgeschlossen	130	132	189

Die Schulsozialarbeit setzte in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst vermehrt auf Prävention. Ein Schwerpunkt bildet dazu das Gewaltpräventionsprojekt «faustlos». «faustlos» besteht aus Unterrichtslektionen für Kindergarten und Unterstufe, die zum Ziel haben, mit Kindern Emotionserkennung und Emotionskontrolle zu trainieren und damit zwischenmenschliche Prozesse besser zu verstehen und vielfältigere und konstruktivere Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben. Am Ende des Jahres war «faustlos» bereits in fünf Schulhäusern eingeführt. Vier weitere Schulteams sind in den Vorbereitungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit bestand darin, den Schulärztlichen Dienst bei der Ausstellung «Mein Körper gehört mir» zu unterstützen und für Klassenführungen zur Verfügung zu stehen.

316.5 Psychomotorik

Aufgaben:

- unterstützt Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten in der Bewegungs- und Wahrnehmungsentwicklung
- fördert und verbessert die Grob-, Fein- und Grafomotorik
- erweitert die Handlungsfähigkeit
- macht interdisziplinäre, fallbezogene Zusammenarbeit im Schulquartier und mit andern Fachdiensten gemäss Vorgaben Präsenzverpflichtung

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	454	454	488
Personalbestand	3.23	3.23	3.23
Erteilte Therapielektionen Sprachheilkindergarten	117	117	120
Warteliste	42	42	34
in Therapie	100	95	85
Anmeldungen	87	83	83
Massnahmen	76	79	73
Abklärungen	82	76	76
Therapieabschlüsse	77	41	73
Neuaufnahmen	60	51	62

1.7% Kinder aller Kindergarten- und Schulkinder sind in psychomotorischer Therapie, 0.8% (41) werden integrativ gefördert (Kleingruppenkindergarten, Sprachheilkindergarten, Pilotprojekt in Einführungs-klasse Spelterini).

Die interdisziplinäre, fallbezogene Zusammenarbeit mit Schwerpunkt Beratungstätigkeit der Therapeutinnen und Therapeuten in den einzelnen Schulquartieren ist fest im Berufsalltag der Lehr- und Fachpersonen verankert. Klar definierte Abläufe in den einzelnen Schulprozessen erleichtern seit Einführung der SO 07 die Arbeit der Support-Dienste, was sich letztlich qualitätssteigernd auf die Arbeit mit den Kindern auswirkt.

Fachspezifische, teambildende und berufspolitische Themen bildeten auch in diesem Jahr einen Schwerpunkt. Im Bereich Fachdiagnostik wurden teamintern neue Verfahren theoretisch und praktisch geprüft und Erfahrungen in den verschiedenen Altersstufen gesammelt und ausgewertet. Die Prozesse der förderdiagnostischen Interventionen im Therapiebereich konnten dadurch verfeinert und die Kinder spezifischer auf dem jeweiligen Lern- und Entwicklungsstand abgeholt werden.

Im Kleingruppenkindergarten wurden insgesamt 120 Lektionen integriert erteilt, was drei Lektionen pro Woche entspricht.

Die Pilot-Projektphase «Integrierte Psychomotorikförderung in der Einführungsklasse Spelterini» wurde mit den Beteiligten evaluiert. Eine Steigerung im Sozial-, Bewegungs-, und Lern-/ Leistungsverhalten konnte erreicht und ausgewiesen werden. Eine flächendeckende Einführung in den Einführungsklassen wird deshalb geprüft.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 wurden im Rahmen des Förderkonzepts erste Schritte Richtung Umsetzung «Neuorganisation Zuweisungen» auf städtischer Ebene zusammen mit dem SPD unternommen.

316.6 Logopädie

Aufgaben:

- führt Erfassungen und Abklärungen im Sinne der Förderdiagnostik durch: Ersterfassungen in den Kindergärten und Einzelabklärungen
- führt fallbezogene Beratungen für Kinder in Therapie durch unter Einbezug des Entwicklungsumfeldes des Kindes mit dem Aspekt von Lern-, Leistungs- und psychosozialer Förderung
- arbeitet interdisziplinär und fallbezogen im Schulquartier und mit andern Fachdiensten zusammen

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	1 324	1 312	1 418
Personalbestand	10.53	10.53	10.60
Warteliste	91	108	124
in Therapie	325	320	345
in Therapie LPD	264	261	281
in Therapie bei Freischaffenden und andern Institutionen	61	59	64
Anmeldungen	369	442	366
Massnahmen	281	300	277
Abklärungen	333	395	321
Abklärungen LPD	333	394	277
Abklärungen bei Freischaffenden und andern Institutionen	–	1	6
Therapieabschlüsse	155	259	187
Neuaufnahmen	207	201	211

6.9% der Kindergartenkinder und Primarschülerinnen und -schüler und 0.3% der Oberstufenschülerinnen und -schüler sind in Therapie, was im schweizerischen Vergleich im Normbereich liegt. Die durchschnittliche Wartezeit für eine Logopädie-Therapie beträgt fünf Monate.

Die interdisziplinäre, fallbezogene Zusammenarbeit mit Schwerpunkt Beratungstätigkeit der Therapeutinnen und Therapeuten in den einzelnen Schulquartieren ist fest im Berufsalltag der Lehr- und Fachpersonen verankert. Klar definierte Abläufe in den einzelnen Schulprozessen erleichtern seit Einführung der S007 die Arbeit der Support-Dienste, was sich letztlich qualitätssteigernd auf die Arbeit mit den Kindern auswirkt.

Im Projekt KidS wurde das Sprachkonzept durch zwei Logopädinnen des Logopädischen Dienstes in verschiedenen Fortbildungseinheiten für Lehr- und Fachpersonen direkt vermittelt. Die Lehrpersonen konnten dadurch in Theorie und Praxis auf die anspruchsvolle Arbeit in den KidS-Klassen vorbereitet werden.

Der Schwerpunkt der dienstinternen Fortbildung lag im Frühbereich. Die frühkindliche Entwicklung ist ausschlaggebend für die spätere Schulkarriere.

Das Projekt Logopädische Ersterfassung in den Spielgruppen fand in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 statt. In Zusammenarbeit mit der Direktion Soziales und Sicherheit wird in einer Arbeitsgruppe ein entsprechendes Sprachkonzept entwickelt.

Zum Förderkonzept wurden erste Schritte Richtung Umsetzung «Neuorganisation Zuweisungen» gemacht.

317 Freiwillige Angebote

317.1 Handarbeitskurse

KENNZAHLEN FREIWILLIGE HANDARBEIT	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	287	286	267
Anzahl Kinder	318	288	258
Kosten pro Kind (in CHF)	902	993	1 035
Anzahl Kurse	34	32	32
Durchschnittliche Klassengrösse	9.4	9	8.1

317.2 Kulturpädagogik

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	142	185	181

Die Unterstützung des Theaterpädagogikangebots «Fanta-siehe-da» war auch im vergangenen Jahr namhaft. Wichtig für die Schulen sind direkte Begegnungen mit Schriftstellerinnen und Schriftstellern. Insbesondere auf der Mittel- und Oberstufe wurde davon intensiv Gebrauch gemacht.

318 Familienergänzende Betreuung

318.1 Tageshorte

Aufgaben:

- bietet Unterstützung der Eltern in Betreuung, Erziehung und Aufgabenhilfe an
- erweitert die sozialen und persönlichen Kompetenzen der Kinder
- arbeitet mit den Lehrkräften und Eltern in den verschiedensten Formen zusammen
- verankert die Hortarbeit im schulischen Umfeld und im Quartier

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 615	2 647	2 656
Ertrag	593	605	626
Aufwandüberschuss	2 022	2 042	2 030
Personalbestand	22.3	22.1	22.3

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Geleistete Stunden	48 920	48 285	48 744
Anzahl Horte	7	7	7
Anzahl Hortplätze (Tagesplätze)	117	117	117
Anzahl Hortplätze (Halbtagesplätze)	18	18	18
Anzahl Kinder – Jahresdurchschnitt	194	200	205
Anzahl Morgenbetreuungen	39	37	33
Anzahl Mittagsbetreuungen	152	154	155
Anzahl Nachmittagsbetreuungen	143	146	148
Anzahl Austritte	47	50	41

Elternbefragungen, die alle zwei Jahre durchgeführt werden, sind für die Horte wichtige Eckdaten in der Qualitätsentwicklung. 69% der Eltern zeigten sich in der Befragung 2007 sehr zufrieden mit der Qualität der Betreuung, 29% sind zufrieden, 2% zufrieden mit Einschränkungen. Niemand war unzufrieden. Das Essen wird in den Horten frisch zubereitet und es wird Wert auf hochwertige Nahrungsmittel gelegt. Die Qualität des Essens beurteilten 98% der Eltern als kindergerecht, qualitätsbewusst und gesund. Aus Sicht der Eltern sind 86% der Kinder mit dem Essen meistens zufrieden, nur 11% reklamieren zu Hause hie und da. In vielen persönlichen Kommentaren äusserten sich die Eltern sehr wohlwollend über das persönliche Engagement und die Fachlichkeit des Hortpersonals.

Die Nachfrage nach Hortplätzen war im Jahre 2007 unverändert hoch. 41 Kinder traten im Berichtsjahr aus den Horten aus. Die durchschnittliche Dauer des Hortbesuchs betrug 46 Monate.

318.2 Freiwillige Schulhausangebote

Aufgaben:

- bietet teilszeitliche Betreuung für Kinder der städtischen Volksschule an einzelnen Schultagen ausserhalb der Schulzeit mit Verpflegung und integrierter Aufgabenhilfe im Schulhaus oder in einer schulnahen Liegenschaft an
- fördert die sinnvolle Freizeitgestaltung
- unterstützt Initiative, Kreativität und Sozialverhalten der Kinder
- leitet zu verstärkter Toleranz untereinander an

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	673	784	909
Ertrag	229	281	323
Aufwandüberschuss	444	503	586
Personalbestand	4.4	5.6	6.42

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Geleistete Stunden	9 691	12 285	14 055
Anzahl Freiwillige Schulhausangebote, Mittagstische und/oder Betreuung mit integrierter Aufgabenhilfe nach der Schule	13	14	15
Anzahl Kinder – Jahresdurchschnitt	367	390	417
Anzahl Mittagsbetreuungen pro Öffnungstag	184	170	172
Anzahl Betreuungen nach Schulschluss pro Öffnungstag	97	93	90

Im Sommer 2007 konnte das 16. Freiwillige Schulhausangebot im Schulquartier Grossacker als Mittagstisch an vier Tagen eröffnet werden. Gesamthaft wurden 18'153 Mittagsbetreuungen in Rechnung gestellt. Das entspricht einer Zunahme von 14% gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Nachmittagsbetreuungen verringerte sich dagegen um 200 auf 9'877. Im Dezember besuchten 427 Kinder die schulnahen Betreuungsangebote in den Schulhäusern.

318.3 Schülerbetreuung an der Oberstufe

Aufgaben:

- bietet den Schülerinnen und Schülern über Mittag, in Zwischenstunden sowie an freien Nachmittagen Räume für Aufenthalt und Begegnung an
- erteilt Aufgabenhilfe und gibt Verpflegung ab
- leitet zu sinnvoller Freizeitgestaltung an

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Projekte	10	10	12
Aufwand (in CHF 1 000)	118	134	144
Ertrag (in CHF 1 000)	11	18	18
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	107	116	126
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Tag	31	34	32

32 SPORTAMT

Aufgaben:

- ist Fach- und Koordinationsstelle in allen Sportfragen gemäss dem städtischen Sportkonzept
- unterstützt den Jugendsport und Sportveranstaltungen sowie Sportvereine, Verbände und private Träger von Sportanlagen
- bietet Fachberatung für Bausanierung und Unterhalt von Sportanlagen
- fördert den Schul- und Jugendsport sowie Breiten-, Lifetime- und Gesundheitssport
- betreibt gemäss Leistungskonzepten die städtischen Hallenbäder Volksbad und Blumenwies, die Freibäder Dreilinden, Lerchenfeld und Rotmonten sowie die Eishalle Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	8 688	8 512	9 498
Ertrag	3 357	3 902	4 162
Aufwandüberschuss	5 331	4 610	5 336
Personalbestand	45.35	48.85	50.40

320 Leitung der Dienststelle

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwandüberschuss	709	758	788
Personalbestand	4.5	4.8	5.3

Das Athletik Zentrum St.Gallen wurde eröffnet und das erste Betriebsjahr abgeschlossen. Die ersten Betriebserfahrungen sind sehr positiv.

Die Diskussionen um die Zukunft des Stadions Espenmoos wurden vorangetrieben und die Auflösung der Genossenschaft Espenmoos beschlossen.

Die Parlamentsvorlage zur Sanierung des Freibades Rotmonten wurde zurückgewiesen und ein Auftrag für eine neue Projektierung erteilt.

321 Turn- und Sportbetrieb

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Aufwand (in CHF)	349	347	345
Ertrag (in CHF)	104	79	73
Aufwandüberschuss (in CHF)	245	268	272
Teilnehmende Sportanimationskurse	1 369	1 103	1 013
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer Sportanimationskurse (in CHF)	24	23	28
Teilnehmende Sommersportkurse	357	239	225
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer Sommersportkurse (in CHF)	23	25	18
Unterstützung in der Organisation von Sportanlässen	29	35	42

321.1 Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Unterstützung Jugendsport Beiträge (in CHF 1 000)	170	170	170
Anzahl Jugendliche	4 531	4 537	3 301
Schul- und Vereinssportanlässe			
Anzahl Anlässe/Beiträge	35/34	46/40	49/52
Subventionen Vereine und Verbände			
Anzahl Institutionen/Beiträge	5/39	4/22	5/41
unterstützte private Träger von Sportanlagen Anzahl/Beiträge (in CHF 1 000)	3/229	3/229	2/139

Im Jahr 2007 wurden den Sportvereinen CHF 92 700 als Pro-Kopf-Beitrag für total 3 301 Jugendliche ausbezahlt. Der Rückgang der Gesamtzahl liegt darin begründet, dass im Jahr 2007 der Pro-Kopf-Beitrag nur noch für in der Stadt St.Gallen wohnhafte Jugendliche im Alter von acht bis 20 Jahren an die Vereine überwiesen wurde. Im Gegenzug gelangten die neuen, weiterhin unterschiedlichen Ansätze von CHF 75 (vormals 50), CHF 30 (20) oder CHF 10 (8) zur Anwendung. Die Abstufung ist notwendig, um gegenüber Vereinen mit höheren Anlagebenutzungskosten einen Ausgleich zu schaffen. Der verbleibende Betrag von CHF 77 300 wurde den Vereinen anteilmässig für ihre Aktivitäten im Wettkampfbereich ausgeschüttet, was einer Rückerstattung von 22.179% (Vorjahr 24.636%) der effektiven Wettkampfauslagen entspricht.

322 Sportanlagen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	4 017	3 489	4 302
Ertrag	994	994	1 493
Aufwandüberschuss	3 023	2 495	2 809
Personalbestand	14.86	18.16	18.16

Die Kosten für den Betriebsaufbau und das erste Betriebsjahr im Athletik Zentrum St.Gallen verursachten den deutlich höheren Aufwand und einen gesteigerten Aufwandüberschuss gegenüber dem Vorjahr. Der Beitrag des Kantons an die Betriebskosten belief sich auf rund CHF 290 000 und liegt damit tiefer als erwartet. Dies hängt mit der tieferen Hallenauslastung des Kantons zusammen. Die sieben Sporthallen hatten jedoch bereits ab der zweiten Jahreshälfte eine Auslastung von 85%.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Unterhalt und Neuanschaffungen Sportmaterial (in CHF 1 000)	172	173	192
Gebühren für die Benützung von Sportanlagen (in CHF 1 000)	418	392	495
Betriebskostenanteil (Gebühren und Unterhalt)			
an die Sporthalle Kreuzbleiche des KBZ (in CHF 1 000)	473	507	541
Betriebskostenanteil (Gebühren und Unterhalt)			
an das Athletik Zentrum St.Gallen des Kantons (in CHF 1 000)	–	–	290
Anzahl Turnhalleneinheiten	41	41	44
Hallenauslastung allgemein			
Montag bis Freitag 07.00 – 22.00 Uhr in %	79.9	84.4	83.7
Hallenauslastung Vereinssport			
Montag bis Freitag 17.15 – 21.45 Uhr in %	96.3	97.01	93.6
Anzahl Fussballplätze/Fussballteams	19/112	20/117	20/116
Anzahl Meisterschafts- und Cupspiele Fussball	890	910	880
Anzahl Meisterschaftsspiele Handball (inkl. Spieltage)	410	360	380

323 Städtische Bäder

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 657	2 594	2 911
Ertrag	1 721	1 856	1 828
Aufwandüberschuss	936	738	1 083
Personalbestand	16.99	16.89	18.44

KENNZAHLEN	2005	2006	*2007
Besucherfrequenz	370 439	422 241	372 500
Defizit pro Badegast (in CHF)	2.53	1.75	2.91
Bäder- und Sportpässe inkl. Sauna und Eishalle	1 928	2 048	2 403

* inkl. Rotmonten

Das Gesamtergebnis der Städtischen Bäder verschlechterte sich um rund CHF 350 000 gegenüber dem Vorjahr. Der Aufwand erhöhte sich um CHF 330 000, der Ertrag reduzierte sich um CHF 20 000. Diese markante Veränderung ist einerseits auf die Übernahme des Freibades Rotmonten mit einem Betriebsdefizit von knapp CHF 200 000 zurückzuführen sowie auf den schlechtesten Badesommer seit mehr als zwanzig Jahren. So gingen die Gesamtfrequenzen um rund 50 000 auf 372 500 Besuchende zurück. Abgefedert wurde das Ergebnis durch die guten Abschlüsse der Hallenbäder Blumenwies und Volksbad. Das Blumenwies verzeichnete mit knapp 227 000 Badegästen erneut einen Besucherrekord. Das Betriebsdefizit des Volksbades sank deutlich unter CHF 200 000. Insgesamt erhöhte sich aber das Defizit pro Badegast deutlich auf CHF 2.91.

Wiederum erfreulich entwickelte sich der Verkauf der Bäder- und Sportpässe. Die Anzahl verkaufter Pässe stieg um 355 auf über 2 400 dank der erstmaligen Berücksichtigung der in Rotmonten verkauften Pässe und des leichten Anstiegs bei der gesamten übrigen Angebotspalette. Der Trend von den Halbjahrespässen zu den Ganzjahrespässen setzte sich – ganz im Sinne der erwünschten regelmässigen sportlichen Betätigung – weiter fort.

323.1 Volksbad

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	383	429	354
Ertrag	167	178	201
Aufwandüberschuss	216	251	153
Personalbestand	3.00	2.90	2.85

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Betriebstage	283	284	282
Besucherfrequenz	38 977	37 684	37 645
Defizit pro Badegast (in CHF)	5.54	6.66	4.06
Bäderpässe	139	141	157
Anzahl Veranstaltungen/Kurse	50	41	39
Energieverbrauch (kWh)	831 789	717 407	609 224
Wasserverbrauch (m ³)	5 546	5 755	5 490

Gegenüber dem Vorjahr fiel das Gesamtergebnis knapp CHF 100 000 besser aus. Rund die Hälfte davon sind Minderaufwendungen bei den Löhnen, die im Vorjahr krankheitsbedingt überdurchschnittlich hoch waren und in diesem Jahr zu einer Versicherungszahlung führten. Zudem fiel der letztjährige Sonderaufwand für die Drucklegung des Jubiläumsbuches weg. Der Anteil der Lohnkosten des Betriebstechnikers konnte zulasten des Freibades Rotmonten um fünf Stellenprozent gesenkt werden. Auch führte der warme Winter zu reduzierten Heizkosten. Da die Besucherfrequenz stabil blieb, ergibt sich ein deutlicher Rückgang des Defizites pro Badegast um 40% auf CHF 4.06. Zur nach wie vor guten

Auslastung des Bades hat wiederum die hohe Anzahl von Festvermietungen für Aquafit- und Wassergymnastikkurse beigetragen.

323.2 Hallenbad Blumenwies

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 557	1 509	1 548
Ertrag	1 339	1 402	1 356
Aufwandüberschuss	218	107	192
Personalbestand	9.1	9.1	9.1
KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Anzahl Betriebstage	337	338	338
Besucherfrequenz	216 022	226 057	226 901
Defizit pro Badegast (in CHF)	1.01	0.47	0.84
Bäder- und Sportpässe inkl. Sauna und Arbon	1 076	1 135	1 172
Anzahl Veranstaltungen/Kurse	57	82	84
Energieverbrauch (kWh)	1 888 417	1 910 746	1 846 572
Wasserverbrauch (m ³)	20 911	21 419	19 994

Die letztjährige Rekordfrequenz von Hallenbad und Sauna konnte im Berichtsjahr nochmals um rund 1 000 Gäste auf rund 227 000 gesteigert werden. Neben der generell hohen Auslastung des Bades hat der schlechte Sommer zu überdurchschnittlichen saisonalen Frequenzen geführt. Die Sauna verzeichnete wiederum über 20 000 Gäste. Im Herbst musste ein Saunaofen kurzfristig ersetzt werden. Der rund CHF 30 000 höhere Aufwand für den technischen Unterhalt und die krankheitsbedingt um CHF 40 000 höheren Lohnkosten führten bei stabilen Erträgen zu einem insgesamt rund CHF 80 000 schlechteren Betriebsergebnis. Weiter gesteigert werden konnte der Verkauf von Bäder- und Sportpässen, wobei vor allem die Zunahme verkaufter Jahrespässe um über 10% auf Kosten der Halbjahrespässe auffällt.

Das mit der Firma «energho» abgeschlossene Abonnement für einen rationellen Energieeinsatz zeigt erste positive Auswirkungen beim Strom-, Heizenergie- und Wasserverbrauch.

323.3 Freibäder auf Dreilinden

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	353	334	392
Ertrag	73	104	73
Aufwandüberschuss	280	230	319
Personalbestand	2.59	2.59	2.54
KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Besucherfrequenz*	80 000	119 000	61 500
Defizit pro Badegast (in CHF)	3.50	1.93	6.41
Bäderpässe	254	259	231
Anzahl Veranstaltungen	44	47	42
Energieverbrauch (kWh)	3 116	3 442	2 632
Wasserverbrauch (m ³)	2 593	2 358	2 680

* Schätzwert: Frequenz Familienbad x 4

Die über sieben Wochen dauernde Schönwetterperiode im April/Mai setzte schweizweit die Bäderbetreiber unter Druck, die Anlagen früher als geplant zu öffnen. So wurde in der Stadt die Badesaison im «Mannenweier» bereits Ende April eröffnet. In der eigentlichen Badesaison war es dann mit der sommerlichen Witterung bereits vorbei und die Freibäder verzeichneten die schlechtesten Frequenzen seit 20 Jahren. In den Freibädern Dreilinden wurden mit rund 61 000 Besucherinnen und Besuchern

gerade einmal halb so viele wie im Vorjahr gezählt. Es scheint, dass die Wetterkapriolen zukünftig noch mehr Flexibilität bei den Badöffnungszeiten verlangen. Entsprechend verdreifachte sich das Defizit pro Badegast auf CHF 6.41.

Mit der Installation einer neuen Seilbahn im Familienbad fielen überdurchschnittliche Unterhaltskosten beim Gartenbauamt an. Ebenso führten die durchgeführten ausserordentlichen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten im Kreuz- und Hüslweiher (mittlerer Weiher) zu rund CHF 60 000 höheren Unterhaltskosten gegenüber dem Vorjahr. Zusammen mit den massiven Mindereinnahmen resultiert ein um CHF 90 000 schlechteres Ergebnis.

Ein positives Fazit konnte wie im Vorjahr bei den nächtlichen Immissionen ausserhalb der Badeöffnungszeiten gezogen werden. Die Interventionen der Securitas und der Stadtpolizei gingen im Vergleich zum ruhigen Vorjahr nochmals leicht zurück. Hauptgrund dürfte der schlechte Badesommer sein. Zweifellos trugen aber auch die stetigen Optimierungsbemühungen bei den Massnahmen zum positiven Gesamtverlauf bei.

323.4 Freibad Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	364	322	340
Ertrag	143	173	119
Aufwandüberschuss	221	149	221
Personalbestand	2.30	2.30	2.25

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Besucherfrequenz	35 440	39 500	24 900
Defizit pro Badegast (in CHF)	6.24	3.77	8.88
Bäderpässe	225	209	199
Anzahl Veranstaltungen	7	9	6
Energieverbrauch (kWh)	130 900	179 000	175 800
Wasserverbrauch (m ³)	10 400	10 890	10 362

Das Freibad Lerchenfeld verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Besucherrückgang um rund 40%. Da sich der Betriebsaufwand im Bereich der Grünpflege und des technischen Unterhaltes gegenüber dem Vorjahr erhöhte, resultierte zusammen mit den Mindereinnahmen ein um rund CHF 70 000 schlechteres Gesamtergebnis sowie mehr als eine Verdoppelung des Defizits pro Badegast auf CHF 8.88.

Wegen hoher Unfallgefahr (Holzsplitter) musste der gesamte Holzliegerrost ersetzt werden.

323.5 Freibad Rotmonten

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	–	–	277
Ertrag	–	–	79
Aufwandüberschuss	–	–	198
Personalbestand	–	–	1.70

KENNZAHLEN	2005	2006	* 2007
Besucherfrequenz	20 600	23 000	21 500
Defizit pro Badegast (in CHF)	–	–	9.20
Bäderpässe	–	–	334
Anzahl Veranstaltungen	–	–	3
Energieverbrauch (kWh)	–	–	122 967
Wasserverbrauch (m ³)	–	–	13 952

* Ab 1.1.2007 Übernahme durch die Stadt

Die erste Saison nach der Übernahme des Freibades per 1. Januar 2007 von der Genossenschaft durch die Stadt verlief ohne grössere Probleme. Am 25. Mai fand der traditionelle und gut besuchte Quartieranlass zur Baderöffnung statt. Im Hinblick auf die Badesaison wurden einige Sicherheitsmassnahmen (Notrufsäulen, Alarmkonzept) realisiert. Um die Badwassertechnik sicherzustellen, musste eine Umwälzpumpe kurzfristig ersetzt werden.

324 Eishalle Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	*2005	2006	2007
Aufwand	620	823	764
Ertrag	323	630	537
Aufwandüberschuss	297	193	227
Personalbestand	5.0	5.0	5.0

KENNZAHLEN	*2005	2006	2007
Besuchersfrequenz	40 100	69 100	69 495
Defizit pro Eisbahngast (in CHF)	7.40	2.79	3.27
Sportpässe	234	304	310
Anzahl Veranstaltungen/Spiele	129	127	131
Energieverbrauch (kWh)	760 774	1 109 079	883 628
Wasserverbrauch (m ³)	3 454	3 524	2 487

* provisorische Eisbahn Kreuzbleiche inkl. Abbau, Neueröffnung Eishalle 3.9.05, ohne Restaurantbetrieb

Im Vergleich zum Vorjahr wurde mangels Nachfrage kein Sommereis mehr angeboten. Dadurch verringerte sich zwar der Betriebsaufwand, aber ebenso der Betriebsertrag. Insgesamt resultierte bei praktisch unveränderten Frequenzen ein um CHF 34 000 schlechteres Ergebnis.

Grosser Beliebtheit erfreuen sich nach wie vor die von der Stadt angebotenen Eislaufkurse für die städtischen Schulen. Wie im Vorjahr konnten nicht alle angemeldeten Klassen im gewünschten Umfang berücksichtigt werden.

Die Konsolidierung und Entwicklung der städtischen Vereine ist beim Eisclub gut angelaufen. Mit dem HC Eisbären hat sich beim EHC St.Gallen ein eigenständiger Verein angegliedert, der sich um die Belange des Nachwuchses kümmert und im Winter 07/08 mit drei Teams erstmals an der ordentlichen Nachwuchsmeisterschaft des SEHV mitmacht. Mit einem gelungenen Eisfest setzten der Eisclub und die Eishockey-Schule ein positives Zeichen.

324.1 Restaurant Lerchenfeld

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand*	297	506	375
Ertrag	218	346	232
Aufwandüberschuss	79	160	143
Personalbestand	4.0	4.0	4.0

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Defizit pro Eisbahn- und Schwimmbadgast (in CHF)	1.23	1.47	1.51
Personalaufwand (in % Gesamtaufwand)	47	50	56
Warenaufwand (in % Gesamtaufwand)	36	39	31
Übriger Betriebsaufwand (in % Gesamtaufwand)	17	11	13
Bruttorendite Warenverkauf (%)	91	73	94
Energieverbrauch (kWh)	17 129	22 000	17 208
Wasserverbrauch (m ³)	300	300	250

* Nettoaufwand nach Bereinigung Waren- und Materialbestand

Dank verschiedener Sparmassnahmen und Betriebsoptimierungen verringerte sich der Betriebsaufwand im Vorjahresvergleich um CHF 131 000. Wegen des ausgesprochen schlechten Badesommers reduzierte sich aber auch der Betriebsertrag um CHF 114 000. Damit schliesst die durch den Warenbestand bereinigte Betriebsrechnung des Restaurants mit einem Aufwandüberschuss von CHF 143 000 ab. Gegenüber dem Vorjahr ist dieses Ergebnis um CHF 17 000 besser. Hätte der dreimonatige Sommerbetrieb die gleichen Erträge wie im Vorjahr gebracht, wäre das Betriebsdefizit um rund CHF 50 000 kleiner ausgefallen. Mit weiteren Massnahmen zur Kostensenkung ist ein Betriebsdefizit von CHF 100 000 erreichbar.

33 JUGENDSEKRETARIAT

Aufgaben:

- führt die Bereiche Information, Beratung (Jugendberatung, Schulsozialarbeit Oberstufe, internetbasiertes Beratungsangebot «tschau»), Quartierarbeit, Jugendkultur
- bearbeitet und gibt Informationen zu jugendspezifischen Themen ab
- berät und begleitet Jugendliche und deren Bezugspersonen in Lebensfragen und Krisensituationen
- initiiert, unterstützt und begleitet Projekte, Aktionen und Aktivitäten, sowohl in sozialpädagogischer, animatorischer wie auch gemeinwesenorientierter Ausrichtung
- organisiert und koordiniert das fünfwöchige Sommerferienprogramm für die städtischen Primarschülerinnen und -schüler
- setzt das dreijährige Pilotprojekt von 2006 bis 2008 der Jugendarbeit Zentrum um

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 915	2 487	2 673
Ertrag	196	363	391
Personalbestand: Festangestellte	13.83	17.05	18.28

Die Arbeit des Jugendsekretariates orientiert sich an der Lebenswelt von Jugendlichen. Die Mitgestaltung der Jugendlichen leistet im Sinne der Partizipation einen nachhaltigen Beitrag an die soziale Stadtentwicklung und bietet eine wichtige Grundlage für die Arbeit mit dem Ziel der Prävention und der Integration.

Die Stimmbürgerinnen und -bürger haben im März 2007 den Partizipationsartikel knapp gutgeheissen. Dieser neue Artikel ermöglicht unter anderem Jugendlichen von 13 bis 18 Jahre einen politischen Vorstoss einzureichen. Das Jugendsekretariat gab als Anleitung dazu den Flyer «St.Gallen mitgestalten» heraus.

Im Berichtsjahr war Jugendgewalt in den Medien ein gewichtiges Thema. Das Jugendsekretariat suchte eine Form, Passanten, die zufällig mit Gewaltszenen konfrontiert werden, einzubeziehen und setzte das Projekt «StattGewalt» um. Auf den sechs Rundgängen wurden die 217 Teilnehmenden mit drei verschiedenen Formen von Gewalt konfrontiert. So wurde auf spielerische Art aufgezeigt, dass Gewalt nicht einfach hingenommen werden muss, sondern alle die Möglichkeit haben, zu intervenieren. Im Anschluss wurden Merkblätter abgegeben, die das Gesehene nochmals festhielten und eine Auswahl an Interventionsmöglichkeiten aufzeigten. So war für einmal Zivilcourage das dominierende Thema in Zusammenhang mit Gewalt. Etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden waren Jugendliche.

330.1 Information

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Total Fragestellende	1 455	1 377	1 394
– davon Jugendliche	1 225	1 119	1 027
– davon Erwachsene	115	137	170
– davon Organisationen	115	121	197
Stadt St.Gallen	1 328	1 262	1 211
Kanton St.Gallen	79	61	95
Ausserkantonale	48	54	884

Bei den rund 1 400 Fragestellenden hat der Anteil Erwachsener und Institutionen gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Das Erscheinen des Flyers «Mobbing tut weh» und der Versand der ersten Information an alle Eltern von 13-jährigen in der Stadt trugen dazu bei.

Das Jugendsekretariat hat die Vernetzung mit den Oberstufenschulen vorangetrieben. Die Jugendlichen kennen so das Angebot «tipp-infos für junge leute». In einer Medienkritik von Jugendlichen am Radio VitaminR beurteilten diese die Flyerform und die Flyerinhalt mit sehr gut. Im 2007 wurden rund 13 000 Flyer für St.Gallen und 38 000 für die neuen Regionalstellen gedruckt.

Seit Herbst gibt es acht regionale Angebote mit den Namen «tipp – infos für junge leute» im Kanton. Unter der Projektleitung des Jugendsekretariates wurden Gossau, Flawil, Uzwil, Wil, Rapperswil, Rorschach, Altstätten und Mittelrheintal bei der Installation dieses Angebotes unterstützt und die bestehenden Flyer wurden regional angepasst. Das Projekt ermöglicht haben der Kanton St.Gallen, die Dietschweiler Stiftung und die Gemeinnützige und Hilfsgesellschaft der Stadt St.Gallen.

330.2 Beratung

Im Bereich Beratung sind die Angebote Jugendberatung, Schulsozialarbeit Oberstufe und das «tschau» Internetbasierte Onlineberatung (bis Sommer 2007) zusammengefasst. Diese Struktur ergibt eine unkomplizierte Nutzung der Synergien innerhalb des gesamten Beratungsangebotes.

330.21 Jugendberatung

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Total Beratungsfälle	152	140	125
– junge Frauen	102	84	75
– junge Männer	50	56	50
Davon Neuanmeldungen	121	103	97
– Jugendliche	67	51	55
– Eltern	26	19	16
– Drittpersonen	28	33	26
Total Beratungsgespräche	869	944	856
An Fachstellen weitergewiesen	12	7	3
– Anteil Stadt St.Gallen in %	96.7	96.1	97.1
– Anteil Agglomeration in %	3.3	3.9	2.9

Ein besonderes Augenmerk wurde im Berichtsjahr auf die Qualitätssicherung im Beratungsangebot sowie auf das neu erarbeitete Grundlagenpapier gelegt. Im Februar konnte die vakante Teilzeitstelle von 60% mit einem Mitarbeiter besetzt werden. Somit haben nun junge Frauen wie auch junge Männer die Möglichkeit, sich von einer Frau oder einem Mann beraten zu lassen.

Die Mehrheit der Jugendlichen, welche die Beratung beanspruchen, haben Schwierigkeiten mit ihren Bezugspersonen wie Eltern und Ausbilder. Fragen rund um die Lehrstelle oder Arbeit waren weitere Gründe, um einen Beratungstermin zu vereinbaren. Die vermehrten Angebote für Jugendliche in der

Region tragen dazu bei, dass eine schnelle Vernetzung mit andern Fachstellen möglich ist oder teilweise eine Triage erfolgen kann. Berufsfachschülerinnen und -schüler haben mit der Sozialberatung Kirchlicher Sozialdienst im GBS vor Ort eine Ansprechperson für ihre Anliegen und Probleme. So ist der leichte Rückgang der Jugendlichen, die sich bei der Jugendberatung melden, zu erklären. Zugenommen haben die Anfragen von Elternforen, Institutionen und Kommissionen für Vorträge und Workshops zu jugendspezifischen Themen.

330.22 Schulsozialarbeit Oberstufe

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Total Beratungsfälle	302	225	223
– Mädchen	141	97	96
– Knaben	161	128	127
Total Beratungsgespräche	937	*1 865	**1 230

* Die Komplexität in den Beratungsgesprächen hat im Jahr 2006 stark zugenommen, was zu einem höheren Gesprächsaufwand bei weniger Beratungsfällen geführt hat.

** In der Statistik 2007 zeigt sich, dass die Anzahl Beratungsgespräche wieder zurückgegangen ist. Die Beratungsgespräche wurden bewusst reduziert. Triagen an andere Fachstellen wurden optimal genutzt und Synergien möglichst ausgeschöpft.

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der fachlichen und inhaltlichen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit Oberstufe. Die häufigsten Problemschwerpunkte in den Beratungen sind Schwierigkeiten in der Schule wie Mobbing, Streit mit anderen Schülerinnen oder Schülern, Konflikte mit Lehrpersonen und Schwierigkeiten zu Hause. Neben dem Kerngeschäft Beratung konnten vielseitige Projekte und Workshops teils in Zusammenarbeit mit weiteren Mitarbeitenden des Jugendsekretariates durchgeführt werden.

Das im letzten Jahr erarbeitete Grundlagenpapier hat sich als Arbeitsinstrument gut bewährt, wodurch sich das Selbstverständnis in der Rolle als Schulsozialarbeiterin bzw. Schulsozialarbeiter erheblich steigern konnte. Eine fachliche Auseinandersetzung auf klar definiertem Terrain wurde möglich, so dass eine gemeinsame Haltung in allen Schulkreisen zunehmend sichtbar wird. Die Eingliederung ins Jugendsekretariat hat sich auch aus Sicht der Mitarbeitenden als richtige Entscheidung herausgestellt. Die Einbindung in ein fachliches Team hat nicht nur die Qualität der Arbeit gesteigert, sondern den Mitarbeitenden auch Sicherheit und Rückhalt gegeben. Die Stelle der Schulsozialarbeit Ost konnte nach der Kündigung der langjährigen Mitarbeiterin nahtlos durch eine ehemalige Praktikantin der Jugendberatung besetzt werden.

330.23 «tschau» Internetbasierte Onlineberatung

Mit den insgesamt 40 Stellenprozenten, die auf drei Mitarbeitende des Jugendsekretariates für die Onlineberatung der Region Ost (SG; AI; AR; GL; GR, TG, SH) verteilt sind, wurden im ersten halben Jahr insgesamt 892 Beratungen geleistet. Zwei Drittel der Anfragen stammten von Mädchen bzw. jungen Frauen. Der grösste Teil der Fragen, rund 35%, betrafen das Thema Sexualität. Die meisten Fragen wurden zudem von Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 gestellt.

Das Bundesamt für Gesundheit und die Gesundheitsförderung Schweiz haben sich für einen Trägerschaftswechsel bei diesem Projekt entschieden. Deshalb wurde der Vertrag fristgerecht per Ende Juni 2007 mit der pro juventute Zürich gekündigt und somit auch derjenige zwischen der pro juventute und dem Jugendsekretariat. Neu wird das Projekt «tschau.ch» vom Verein Infoklick geführt.

330.3 Quartierarbeit

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Quartierarbeit Winkeln			
– Besuche Jugendtreff BiWi	664	762	734
– Teilnahme Projekte/Aktionen	370	152	258
– Besuche Mädchentreff	*	548	850
– Total	1 034	1 462	1 842
Quartierarbeit Lachen/Bruggen			
– Besuche Jugendtreff LollyPop	3 944	2 845	2 540
– Teilnahme Projekte/Aktionen	910	521	749
– Total	4 854	3 366	3 289
Quartierarbeit Heiligkreuz			
– Besucher Jugendtreff jam	1 348	1 200	1 230
– Teilnahme Projekte/Aktionen	557	275	**90
– Total	1 905	1 475	1 320
Quartierarbeit Neudorf			
– Besuche Jugendtreff Looping	2 575	2 059	***1 477
– Teilnahme Projekte/Aktionen	545	288	330
– Total	3 120	2 345	1 807

* Aufgrund des Projektstartes im Berichtsjahr vor 2006 keine Zahlen verfügbar.

** Projekte im und ausserhalb des jams wurden von den Jugendlichen weniger gewünscht und dementsprechend auch in tieferen Zahlen besucht. So beschränkte man sich auf kleinere Aktionen innerhalb des Treffs.

*** Im Looping gab es im 2007 einen so genannten Generationenwechsel. Langjährige Besuchende sind aus dem Zielpublikum des Treffs herausgewachsen und nutzen andere Angebote.

Die zwei Quartiertreffpunkte Looping und LollyPop wurden etwas besser genutzt, da sie in der Nähe eines Oberstufen-Schulhauses und mitten im Quartier liegen. Die anderen beiden Treffs, BiWi Winkeln und jam Heiligkreuzwiesen schwächere Besucherzahlen aus. In diesen Quartieren fanden dafür mehr Workshops in Schulen statt. Ebenso konnten für die aufsuchende Jugendarbeit mehr Ressourcen eingesetzt werden. In Winkeln wurde zusätzlich ein Mädchentreff eröffnet, der sehr gut besucht wird und ein vielseitiges Programm anbietet.

Zur Überprüfung bestehender Konzepte wurden Gespräche mit Jugendlichen, Eltern und Schlüsselpersonen aus den Quartieren geführt. Ergänzend dazu erfolgten Vergleiche mit Angeboten für Jugendliche in den Städten Zürich, Winterthur, Basel und Bregenz.

Weitere Aktivitäten:

- Begegnungstag in Winkeln zusammen mit den verschiedenen Vereinen aus dem Quartier
- Mitgestaltung von Quartierfesten und Schulsporttagen
- Abschluss des Projekts «Klassenunterstützung einer Realklasse» zum Thema Berufswahl und Lehrstellensuche
- Mitarbeit beim Jugendradio Vitamin R mit Programmgestaltung durch Jugendliche
- Organisation und Durchführung des Projekts «Midnight Sport der Stadt St.Gallen»
- Workshops in Schulklassen zu verschiedenen Themen wie Handy-Internet-PC, Rauchen, Fit für Konflikte, Freizeitgestaltung, alle anders – alle gleich, Mobbing und Gewalt
- Teilnahme an der besonderen Unterrichtswoche des OZ Schönau zum Thema «Spreng deine Grenzen»
- Mitarbeit beim Mittagstisch des OZ Schönau
- Mittagstisch im Looping
- Start Projekt «Mädchen-Trefföffnungszeit» im jam

330.4 Jugendkultur

KENNZAHLEN	2006	2007	2006	2007
	ANZAHL	ANZAHL	BESUCHENDE	BESUCHENDE
Jugendkulturraum flon				
Musik	19	16	3 960	2 900
Literatur, Poetry slam	3	3	420	200
Ausstellung mit Vernissage	2	3	310	1 200
Theateraufführungen	8	9	540	450
Spielveranstaltungen	2	1	220	100
Graffiti	1	1	60	120
Tanzaufführungen	1	1	150	200
Podiumsdiskussion	–	1	–	50
Film	1	–	100	–
Total	37	35	5 760	5 220

Höhepunkt des Jahres war die Inbetriebnahme des neuen flon im April 2007. Schnell zeigte sich, dass mit dem Umbau verschiedene Verbesserungen erreicht wurden; dies vor allem bei den Betriebsabläufen und der Infrastruktur.

Mit der Teilnahme an Grossveranstaltungen im Bereich der bildenden Kunst (Museumsnacht, «fünf Stern»- offene Künstlerateliers), gelang es, die eigene Ausstellung von Jugendlichen «Junge Kunst 2» und den «Graffiti-Jam» einem breiten, erwachsenen Publikum zu präsentieren.

Im ersten Quartal wurde von Jugendlichen unter fachkundiger Anleitung eine einfache Siebdruckanlage eingerichtet. Diese wird von einem externen Fachmann betreut, und in der Zwischenzeit haben schon mehrere Workshops stattgefunden.

Bei der Nutzung des Grafikarbeitsplatzes und der Videoschnittstelle hat sich der Trend bestätigt, wonach Jugendliche heute häufig selbst über leistungsstarke Computer verfügen und sich die notwendigen Programme selber beschaffen. Der grafische Arbeitsplatz war jedoch aufgrund der Bedürfnisse der verschiedenen Arbeitsbereiche des Jugendsekretariates nach Broschüren, Beschriftungen, Flyern, Plakaten ausgelastet. Hier wurden die meisten Drucksachen für die Veranstaltungen im Jugendkulturraum flon gestaltet und produziert.

Bei den Musikproberäumen an der Geltenwilenstrasse zogen die beiden ersten Bands aus. Neue Gruppen sind aber bereits wieder am Proben. Insgesamt sind die Proberäume, wie auch diejenigen in der Reithalle, sehr gut ausgelastet.

Weitere Aktivitäten:

- Weiterführung des Projektes Breakdance und HipHop-Dance Training für Mädchen bzw. junge Frauen
- wöchentliches offenes Breakdancetraining «Kontainer» für junge Männer
- Präsenz am Openair St.Gallen

330.5 Jugendarbeit Zentrum

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Geleistete Einsätze	–	38	42
Angetroffene Gruppen	–	260	300
Einzelpersonen	–	2 350	2 600
– davon junge Frauen	–	720	900
– davon junge Männer	–	1 630	1 700
– davon im direkten Gespräch	–	797	1 020

Ende März wurde die Jugendbeiz im Talhof eröffnet. Neben der Aufsuchenden Arbeit in der Innenstadt mussten die vier Teilzeitmitarbeitenden neu jeweils an den Freitag- und Samstagabenden in der Jugendbeiz präsent sein. Mit einer Wurstaktion auf der Gasse konnten 20 Jugendliche motiviert werden, in der Betriebsgruppe der Jugendbeiz mitzumachen. Dank einem Monatsprogramm mit Live Konzerten, Partys mit DJ oder speziellen Themenabenden, wurde die Jugendbeiz bekannt und für Jugendliche attraktiv. Seit Oktober ist eine markante Steigerung der Besucherzahlen auszumachen.

Aufgrund der regelmässigen Präsenz an den informellen Treffpunkten der Innenstadt und in der Jugendbeiz konnten die Mitarbeitenden der Jugendarbeit Zentrum die Akzeptanz und ihren Bekanntheitsgrad bei den Jugendlichen stark erhöhen. An den 42 Abenden wurden aufsuchend über 1 000 Jugendliche direkt angesprochen. Mit Anwohnern, Gewerbetreibenden und der Quartierpolizei konnten bei schwelenden Konflikten oft frühzeitig für beide Seiten vertretbare Lösungen gefunden werden.

Weitere Aktivitäten:

- Durchführung von StadtGewalt-Durchgängen
- Begleitung des Jungbürger- und Jungbürgerinnentages
- Durchführung von Stadtspaziergängen

330.6 Projekt Sommerplausch

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Ausgeschriebene Kurse	109	118	118
Ausgeschriebene Kursplätze	2 277	2 225	2 242
Zustandegedkommene Kurse	93	95	107
– davon mögliche Kursplätze	1 829	1 896	2 022
– davon belegte Kursplätze	1 320	1 632	1 974
Anzahl Kinder	788	691	702
– davon Mädchen	371	323	334
– davon Knaben	417	368	368
Verkauf Ferienpass standard	678	429	496
Verkauf Ferienpass light	*	367	512
Organisatorischer Aufwand in Stunden	518	519	462

* 2006 Einführung Ferienpass light, um die Attraktivität des Passes zu steigern.

Zur guten Auslastung der Kurse trugen sicherlich die Auffrischung des Kursangebotes sowie die neuen gut akzeptierten Abmelderegeln bei. So konnten frühzeitig freigewordene Kursplätze durch Nachmeldungen wieder besetzt werden.

330.7 Jugendarbeiterinnen- und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)

In regelmässigen Sitzungen wurden die Aktivitäten der JAK geplant und jeweils Aktuelles aus der Jugendarbeit ausgetauscht. Neben zwei Hearings haben die Verantwortlichen der JAK je einmal die Zusammenkünfte der Jugendarbeitenden im Westen, im Zentrum und im Osten besucht. Dabei wurden Wünsche und Anregungen entgegengenommen. Die Vertretung der JAK in der Konferenz für Kinder- und Jugendfragen wird von einer Person wahrgenommen.

Die Aktivitäten werden von der städtischen, der katholischen und evangelischen Jugendarbeit finanziert. Die Leitung der JAK setzt sich aus je einer Person dieser Institutionen zusammen.

VERANSTALTUNGEN	TEILNEHMENDE
März, Aufsuchende Jugendarbeit – informelle Treffpunkte	26
September, Jugendarbeitslosigkeit	23

4 DIREKTION SOZIALES UND SICHERHEIT

40 DIREKTIONSSEKRETARIAT

401 Sekretariat und Dienste

402 Fachstelle Gesellschaftsfragen

402.1 Integration

402.2 Alter, Behinderung, Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex)

402.3 Familie, Kinder

402.4 Sucht

402.5 Langzeitarbeitslosigkeit

402.6 Weitere Fachbereiche

403 AHV-Zweigstelle

409 Landwirtschaft

41 SOZIALAMT

411 Sozialhilfe

411.1 Unterstützungsfälle

411.2 Ursachen der Bedürftigkeit

411.3 Unterstützungsaufwand

411.4 Unterstützungsleistungen pro Fall / Person

411.5 Der Stadt zugeteilte Asylsuchende

411.6 Alimentenbevorschussung/Inkasso

411.7 Mutterschaftsbeiträge

411.8 Rechtsgeschäfte

412 Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz

413 Wohnheim für Betagte Riedererholz

414 Verschiedene Einrichtungen für Betreuungsaufgaben

414.3 Haus zur Grünhalde

42 VORMUNDSCHAFTSAMT

420.1 Abteilung Sozialabklärungen

420.2 Abteilung VB-Sekretariat

420.3 Abteilungen Amtsvormundschaft I und II

420.30 Private Betreuungspersonen (pB)

420.4 Stabsstellen

43 STADTPOLIZEI

430 Polizeidienste

430.1 Stabsdienste

430.10 Verkehrsinstruktoren

430.2 Sicherheits- und Verkehrspolizei

430.20 Ordnungsbussen

430.21 Prävention

430.22 Betäubungsmittel / ANAG

430.23 Unfalldienst

430.24 Verkehrspolizeiliche Kontrolle (ohne automatische Verkehrsüberwachung)

430.25 Zivilpolizei

- 430.3 Verkehrsanordnungen
- 430.30 Verkehrliche Massnahmen
- 430.31 Verkehrstechnik
- 430.4 Gewerbepolizei
- 430.40 Gastgewerbe, Veranstaltungen
- 430.41 Taxi-, Bewachungs-, Verkaufs- und Chauffeurkontrolle
- 430.42 Lärmschutz, Benutzung öffentlicher Grund, Registratur
- 430.43 Tierschutz, Hundelösung und Fundbüro
- 430.44 Vergnügungssteuer
- 431 Marktwesen**
- 438 Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser**

44 FEUERWEHR UND ZIVILSCHUTZ

- 440 Verwaltung der Dienststelle**
 - 440.1 Allgemeines
 - 440.2 Feuerwehr
 - 440.3 Wasserbezugsorte
 - 440.4 Arbeitsgruppe Sicherheit in Verwaltungsgebäuden
- 441 Feuerwehr**
 - 441.1 Berufsfeuerwehr
 - 441.10 Allgemeines
 - 441.11 Einsätze
 - 441.12 Ausbildung / Feuerwehrkurse / städtische Weiterbildungskurse
 - 441.13 Infrastruktur / Ausrüstung
 - 441.14 Einsatzplanung
 - 441.15 Werkstattarbeiten / Dienstleistungszentrum (DLZ)
 - 441.16 Besonderes
 - 441.2 Milizfeuerwehr
 - 441.20 Einsätze
 - 441.21 Ausbildung
- 442 Zivilschutz**
 - 442.1 RZSO St.Gallen
 - 442.10 Bestände
 - 442.11 Einsätze
 - 442.12 Ausbildung
 - 442.13 Ausrüstung
 - 442.2 Logistik
 - 442.20 Anlagen, Material und Unterhalt
 - 442.21 Nutzung von Anlagen
 - 442.3 Übungsanlage Hofen
 - 442.4 Militärische Einquartierungen

40 DIREKTIONSSEKRETARIAT

Aufgaben:

- ist Stabsstelle für den Direktor Soziales und Sicherheit
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und das Stadtparlament aus
- arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- koordiniert Sachgeschäfte der einzelnen Dienststellen
- führt das Rechnungswesen der Direktion Soziales und Sicherheit
- übt die Aufsicht über die städtischen Subventionen in den Bereichen Alter, Behinderung, Spitex, familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Suchthilfemassnahmen und Langzeitarbeitslosigkeit aus
- führt die Fachstelle Gesellschaftsfragen
- führt die AHV-Zweigstelle der Stadt St.Gallen
- erledigt die der Gemeinde obliegenden Aufgaben gemäss Landwirtschaftsgesetzgebung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 461	2 707	2 628
Ertrag	548	578	517
Aufwandüberschuss	1 913	2 129	2 111
Personalbestand	16.0	15.7	15.9

401 Sekretariat und Dienste

Im Rahmen der Ausarbeitung von Vorlagen und Antworten auf parlamentarische Vorstösse standen die beiden Themen Einheitspolizei sowie Sicherheitserhöhung durch Videoüberwachung und Alarmeinrichtungen im Vordergrund. Der Kantonsrat hat in der Septembersession entschieden, die Stadtpolizei St.Gallen und die Kantonspolizei nicht zusammenzulegen. Der Rat trat auf das am 5. Juni von der SVP-Fraktion eingereichte Postulat nicht ein, das zu dieser Frage einen Bericht verlangen wollte. Der Stadtrat hat im Rahmen der Beantwortung einer Interpellation „Eins zwei Polizei“ mit Blick auf das erwähnte Postulat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Bestehen der Stadtpolizei weiterhin notwendig ist. Am 25. November 2007 stimmte die Bürgerschaft dem Kredit über CHF 2.48 Mio. zur Videoüberwachung vier neuralgischer Orte in der Innenstadt sowie im Umfeld der Arena St.Gallen zu. Ebenfalls in der Berichtsperiode wurden die notwendigen ergänzenden Rechtsgrundlagen ausgearbeitet, beschlossen und in Kraft gesetzt. Die seit der Totalrevision des Polizeireglements im Jahr 2004 eingeleiteten Massnahmen zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit durch Videoüberwachung fanden damit ihren vorläufigen Abschluss.

Ein wichtiger Aspekt bei der Beurteilung der Sicherheitslage in der Stadt bildete wiederum die repräsentative Bevölkerungsbefragung, die nach 2005 im Berichtsjahr zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Die darin enthaltenen Fragen zum Bereich Sicherheit sollen auch Bestandteil zukünftiger periodischer Befragungen bilden.

Es wurde mit dem FC St.Gallen eine Vereinbarung über die verursachergerechte Kostentragung der Sicherheitsanstrengungen abgeschlossen. Hintergrund dieses Vertrages bildet die Abschaffung der Vergnügungssteuer.

Rechtzeitig vor der Teileröffnung der Shopping Arena konnte die Bewirtschaftung der Parkplätze an der Gründenstrasse im Einvernehmen mit der Gemeinde Gaiserwald sowie den Betreibern und Nutzern der Sportanlagen Gründenmoos eingeführt werden.

Nach dem Bundesgerichtsentscheid vom 13. Juli 2006 war die Schaffung weiterer Tempo-30-Zonen sistiert worden. Nach einer sorgfältigen Lagebeurteilung konnte die Umsetzung des Tieftempokonzepts fortgeführt werden.

Im Berichtsjahr waren wiederum mehrere Rekursfälle zu bearbeiten, die im Zuge von Verkehrsanordnungen anhängig gemacht wurden.

402 Fachstelle Gesellschaftsfragen

Mit dem Zusammenzug der gesellschaftspolitisch wichtigen Themen Alter, Behinderung, Spitex, Gesundheit, Integration, Familien, Kinder, Sucht, Langzeitarbeitslosigkeit und Freiwilligenarbeit in der Fachstelle Gesellschaftsfragen können Synergien sinnvoll genutzt werden. Neben der Ausarbeitung von Leistungsaufträgen und der Überwachung der Subventionsleistungen in diesen Bereichen werden auch Grundlagen zur Entwicklung von gesellschaftspolitischen Strategien erarbeitet. Eine Übersicht über die Dienstleistungen ist auf dem Internet www.gesellschaftsfragen.stadt.sg.ch ersichtlich.

Die neu geschaffene Informationsstelle «Stadtinfo» im Rathaus hat im Juni ihre Arbeit aufgenommen. Die Schulung des Personals zu gesellschaftspolitischen Themen und Beratungsstellen in der Stadt St.Gallen übernahm die Fachstelle Gesellschaftsfragen.

402.1 Integration

Den Auftakt ins Berichtsjahr bildete im Januar die fünfte Konferenz der Migrantenorganisationen, Fachstellen, Vereine und Integrationsakteure der Stadt St.Gallen. Die gut besuchte Veranstaltung dient der Koordination und Vernetzung von Projekten und Aktivitäten im Bereich Integration.

Mit dem interkulturellen Begegnungstag im Juni konnte wiederum ein positives Zeichen für die gesellschaftliche Vielfalt in der Stadt St.Gallen gesetzt werden. In diesem Rahmen wurde auch die Fachtagung «Frühförderung» durchgeführt. Das Thema wurde zusammen mit lokalen Akteuren und Organisationen aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Als Resultat der Veranstaltung entstand der Bericht zur Situation der Frühförderung in der Stadt St.Gallen. Die Veranstaltung stiess sowohl beim Publikum als auch bei den Medien auf ein grosses Interesse.

Das Projekt «Deutsch lernen lohnt sich» ist gut angelaufen. Das Ziel ist, mit einer Gutschrift von CHF 50 für jeden erfolgreich abgeschlossenen Deutschgrundkurs einen Anreiz für den Spracherwerb zu schaffen.

Die Quartieruntersuchung «über Integration reden» der Universität St.Gallen wurde von der städtischen Integrationsstelle, dem Kanton St.Gallen und der eidgenössischen Ausländerkommission unterstützt und im Rahmen eines Workshops vorgestellt.

IDA, die interreligiöse Dialog- und Aktionswoche, wurde im Kanton St.Gallen im September unter Beteiligung aller grossen Religionsgemeinschaften zum zweiten Mal durchgeführt.

Die städtische Integrationskommission traf sich zu vier Sitzungen. Inhaltlich hat sie sich mit Fragen zu Jugend und Migration, Frühförderung, Quartierentwicklung, interkulturelle Öffnung in der Verwaltung sowie Grundsätzen für eine städtische Integration auf den Grundlagen des neuen Ausländergesetzes auseinandergesetzt. Neu ist der Dachverband «Stimme der Migrantenvereine» in der Integrationskommission vertreten. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 39 Projekte unterstützt, davon sieben Informationsveranstaltungen von Migrantenvereinen mit einheimischen Fachstellen zum Leben in St.Gallen. Dank der Unterstützung von Bund, Kanton und Dritten wurde auch in diesem Jahr der städtische Integrationskredit nicht voll ausgeschöpft.

AUSGABEN NACH INTEGRATIONSSCHWERPUNKTEN	2005	2006	2007
Information	29 039	26 101	16 632
Projekte	75 479	58 095	69 467
Sprachkoordination	731	2 129	2 244
Leistungen Dritter	10 080	19 553	17 769

402.2 Alter, Behinderung, Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex)

Der Ausschuss der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen der Stadt St.Gallen (KABF) hat mit Unterstützung der drei KABF-Arbeitsgruppen – «Alter und Gesellschaft», «Behindertenfragen» und «Stationäre Altershilfe» – zusammen einen Strategieentwicklungsprozess zur Formulierung einer zeitgemässen und zukunftsgerichteten Alterspolitik angestossen. Ergebnisse dieser Arbeiten werden im Verlauf des Jahres 2008 veröffentlicht und sollen in die Legislaturplanung 2009-2012 einfließen.

Die Arbeitsgruppe «Stationäre Altershilfe» hat ihre Grundlagenarbeit für die nächste Durchführung der periodischen Bedarfsplanung für Plätze in Betagtenheimen begonnen; diese wird im Jahr 2008 fortgesetzt. Anhand einer Umfrage bei den Heimen und Sozialdiensten in der Stadt St.Gallen konnte sie wichtige Erkenntnisse gewinnen, welche Herausforderungen sich in der Praxis bei der Platzierung «atypischer Heimbewohner» ergeben und inwieweit auf diesem Feld auf kommunaler Ebene Handlungsbedarf besteht.

HILFE UND PFLEGE ZU HAUSE (SPITEX)	2005	2006	2007
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 184	1 287	1 373
– Objektfinanzierung	1 104	1 244	1 317
– Subjektfinanzierung	46	43	56
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Leistungserbringer in %	13	13	13

Der Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA) hat die Zuständigkeit für die Finanzierung der Spitex ganz auf die kommunale Ebene verschoben. Ab 2008 kommt die Stadt zusätzlich für bisherige Bundessubventionen und kantonale Beiträge an die Leistungserbringer in der Höhe von rund CHF 1.7 Mio. auf. Sie wird dafür in gleichem Umfang im Bereich der Ergänzungsleistungen (EL) entschädigt. Diese Änderungen führten zur Ausarbeitung neuer Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2008 und 2009. Neben den finanziellen Anpassungen werden darin auch verschiedene Schritte in Richtung einer Angleichung von Strukturen und gelebter Praxis in die Wege geleitet, so etwa im betriebswirtschaftlichen Bereich und im Qualitätsmanagement.

402.3 Familie, Kinder

Gegenüber den Jahren 2005 und 2006 sind die Subventionen für die Kinderkrippen 2007 angestiegen. Ein Grund für diesen Anstieg ist der im Vergleich zu den beiden Vorjahren höhere Anteil der Kinder aus einkommensschwachen Familien bei den öffentlichen Plätzen. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Elternbeiträge bei den Firmenplätzen wesentlich angestiegen, was auch die Abnahme der Subventionssumme der Firmen-Plätze zeigt. Ein weiterer Aspekt für den Anstieg der Subventionssumme ist, dass 2007 gegenüber den beiden Vorjahren gesamthaft mehr Krippenplätze subventioniert wurden. So wurde im August eine neue Kinderkrippe im Schulquartier Heiligkreuz eröffnet, welche seit Eröffnung ebenfalls von der Stadt finanziell unterstützt wird. Abgesehen von dieser neuen Kinderkrippe wiesen die bisher subventionierten Kinderkrippen zudem gegenüber den beiden Vorjahren eine bessere Auslastung aus.

KINDERKRIPPEN	2005	2006	2007
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 689	1 668	1 858
Davon Subventionssumme Firmen-Plätze (in CHF 1 000)	11	10	4
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Krippen in %	49	42	42
Anzahl subventionierter Krippenplätze*	168	175	188
Davon Anzahl subventionierter Firmen-Plätze	2	2	2
Durchschnittliche Belegungsquote in %	94	94	93
Kosten pro Platz (in CHF 1 000)	20.4	22.6	23.5
Durchschnittliche Subvention pro öffentl. Platz (in CHF 1 000)	9.2	8.6	10.2
Durchschnittliche Subvention pro Firmen-Platz (in CHF 1 000)	4.7	5.0	2.4

* belegte Krippenplätze aufgeführt

402.4 Sucht

Die Stiftung Suchthilfe erfüllt im Rahmen des drogenpolitischen Viersäulenmodells (Prävention, Repression, Überlebenshilfe, Therapie) eine wichtige Aufgabe. Eine Verbesserung der Drogenproblematik kann nach wie vor nur durch das gegenseitige Abstimmen von medizinisch-sozialen und polizeilich-repressiven Massnahmen erreicht werden. Die einzelnen Massnahmen können nicht für sich alleine stehen, sie müssen sich gegenseitig ergänzen. Die Regelung der Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Suchthilfe und der Stadt- und Kantonspolizei bewährt sich ebenso wie die gemeinsame Grundhaltung für die Nutzung des öffentlichen Raums.

SUCHTHILFEMASSNAHMEN	2005	2006	2007
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 140	1 115	1 079
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der Stiftung in %	19	18	17
Anzahl Teilnehmer/-innen in Substitutionsprogrammen	177	169	168
– davon Methadon	99	91	94
– davon Heroin	70	71	70
– davon Subutex	7	6	3
– davon Morphin	1	1	1
Anzahl abgegebener Spritzen (HIV-Prophylaxe) (in 1 000 Stück)	102	99	68

402.5 Langzeitarbeitslosigkeit

Die Stiftung für Arbeit bezweckt die Planung, Trägerschaft und Führung von Projekten, die lanzeit- arbeitslosen Menschen zu Arbeit verhelfen. Mittels Arbeit und Verdienst sollten die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieser Personen unterstützt und ihre Integration in die Gesellschaft gefördert werden. Die Besonderheit der Stiftung für Arbeit besteht darin, dass die Löhne für die Arbeitseinsätze der Personen aus der Zielgruppe am Markt erwirtschaftet werden. Im Jahr 2007 betrug die ausbezahlte Lohnsumme an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rund CHF 4.6 Millionen. Die Stiftung für Arbeit ist mittlerweile die grösste und bekannteste Sozialfirma für Sozialhilfebezüglerinnen und –bezügler in der Schweiz. 2007 konnten Tochterbetriebe in Arbon und Zürich gegründet werden. Die Stiftung für Arbeit in St.Gallen schafft derzeit 350 Arbeitsplätze und es gelingt ihr, jährlich über 100 Menschen nachhaltig von der Sozialhilfe abzulösen.

ARBEITSVERMITTLUNGEN	2005	2006	2007
Subventionssumme (in CHF 1 000)	607	650	637
Vermittelte Arbeitsstunden (in 1 000 Std.)	153	240	287
Anzahl Arbeitnehmer/-innen	350	600	700

402.6 Weitere Fachbereiche

In der Fachstelle Gesellschaftsfragen werden neben den bereits aufgeführten Fachbereichen weitere Themen behandelt.

Die Freiwilligenarbeit und das ehrenamtliche Engagement sind in der Stadt St.Gallen wichtige Pfeiler des sozialen Netzes. Aus diesem Grund unterstützte die Stadt die Fach- und Vermittlungsstelle für Freiwilligenarbeit Benevol mit einer Subvention von CHF 5 000.

Die Kommission für Frauenfragen ist an der Erarbeitung einer Standortbestimmung.

403 AHV-Zweigstelle

Die AHV-Zweigstelle wirkt beim Vollzug der AHV-/IV-/EO-Gesetzgebung mit. Sie erteilt Auskünfte an Versicherte und Arbeitgeber und erfasst beitragspflichtige Personen und Arbeitgeber. Die AHV-Zweigstelle prüft sowohl die Voraussetzungen für Ergänzungsleistungen als auch die Anträge für die Krankenkassenprämien-Verbilligungen. Die städtische Altersbeihilfe wurde per 1. Juli aufgehoben und die laufenden Fälle in der Folge dem Sozialamt abgetreten. Die AHV-/IV-Renten wurden auf den 1. Januar um durchschnittlich 2.8% erhöht.

AHV/IV/EL	2005	2006	2007
Anzahl AHV-/IV-Rentenfälle	11 348	11 484	11 321
Ausbezahlte Renten (in CHF 1 000)	198 135	200 508	208 502
Anzahl Ergänzungsleistungsfälle	3 700	3 782	3 784
Ausbezahlte Ergänzungsleistungen (in CHF 1 000)	71 378	74 613	75 711

Die Zahl der bei den Ausgleichskassen der Verbände und der Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen erfassten Beitragspflichtigen entwickelte sich wie folgt:

BEITRAGSPFLICHTIGE	2005	2006	2007
Beitragspflichtige Arbeitgeber/Selbständigerwerbende/Nichterwerbstätige	9 336	9 573	9 769

Die Sozialversicherungsanstalt vergütet einen Teil der Aufwendungen für die Führung der AHV-Zweigstelle und die Durchführung der Prämienverbilligung.

VERWALTUNGSKOSTEN	2005	2006	2007
Ertrag (in CHF 1 000)	360	352	360

409 Landwirtschaft

Im Mai wurden wiederum die Viehzählung durchgeführt und die landwirtschaftlichen Nutzflächen erhoben. Diese im Auftrag des Kantons erhobenen Daten bilden die Grundlage für die Berechnung der Direktzahlungen und weiterer Beiträge.

VIEHZÄHLUNG	2005	2006	2007
Betriebe mit Rindviehhaltung	54	57	55
Anzahl Tiere	2 042	2 055	1 996
Betriebe mit Schweinehaltung	15	15	14
Anzahl Tiere	651	683	636
Betriebe mit Schafhaltung	20	19	21
Anzahl Tiere	673	610	664
Betriebe mit Ziegenhaltung	11	13	13
Anzahl Tiere	59	72	76

BEWIRTSCHAFTUNGSART	2005	2006	2007
Landwirtschaftsbetriebe	57	57	56
Bio-Bewirtschaftung	8	9	9
Ökologischer Leistungsnachweis	57	57	56
Regelmässiger Auslauf	40	41	42
Tierfreundliche Haltungssysteme	18	18	19
DIREKTZAHLUNGEN/BEITRÄGE (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Direktzahlungen	1 348	1 358	1 284
Anzahl Betriebe	57	57	56
Erschwerte Produktionsbedingungen in der Hügelize/Bergzone	336	346	341
Anzahl Betriebe	52	54	53
Hangbeiträge	177	176	164
Anzahl Betriebe	53	53	52
ÖKOLOGISCHE BEITRÄGE (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
nach Bundesrecht:			
Hochstammobstbäume	66	63	58
div. ökologische Beiträge	73	71	74
nach kantonalem Recht	94	94	97
davon Gemeindeanteil	18	18	19
Anzahl Beitragsempfänger	78	78	78

41 SOZIALAMT

Aufgaben:

- erfüllt die Aufgaben gemäss Sozialhilfegesetz
- stellt die erforderlichen Hilfen für Menschen sicher, welchen die Mittel zur Deckung der notwendigen Lebensbedürfnisse fehlen
- klärt die Bedürftigkeit der Hilfesuchenden ab und bietet Hilfe durch persönliche Beratung
- Vermitteln von Arbeitsmöglichkeiten
- vermittelt Obdach, durch Zurverfügungstellen einer Wohnung, Führen einer Unterkunft für Obdachlose und einer betreuten Wohngruppe sowie Begleitung bei täglichen Wohnproblemen
- richtet die erforderlichen Unterstützungsleistungen aus
- ist verantwortlich für sämtliche Rückerstattungen
- leistet die Bevorschussung und das Inkasso von Alimenten
- stellt die Mutterschaftsbeiträge sicher
- führt das Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz
- führt das Wohnheim für Betagte Riedererholz

FINANZEN (in CHF 1 000) /PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	69 020	70 169	67 905
Ertrag	39 613	40 070	38 401
Aufwandüberschuss	29 407	30 099	29 504
Personalbestand	61.3	64.1	64.4

411 Sozialhilfe

411.1 Unterstützungsfälle / Unterstützte Personen

Erstmals sanken die Fallzahlen in der Sozialhilfe recht deutlich um 15%. Alleine bei den Neuaufnahmen war ein Rückgang von 10% zu verzeichnen. Auch bei den Asylsuchenden hat die neue Ausländer- und Asylgesetzgebung Auswirkungen gezeigt, indem ein Rückgang bei den Asylsuchenden von 26% zu verzeichnen war.

Ebenso ist die Anzahl unterstützter Personen mit 15.9% in allen Personengruppen deutlich zurückgegangen. Erfreulich ist, dass bei den Alleinerziehenden ein Rückgang von 12%, bei den alleinstehenden Männern von 17.6% und bei den Ehepaaren mit Kindern von 19.7% zu verzeichnen ist.

UNTERSTÜTZUNGSFÄLLE	2005	2006	2007
Alleinstehende Männer	1 198	1 234	1 016
Alleinstehende Frauen	621	657	582
Ehepaare ohne Kinder	120	107	73
Ehepaare mit Kindern	296	284	228
Mütter mit Kindern	468	489	430
Väter mit Kindern	26	27	21
Kinder und Jugendliche	152	146	128
Total	2 881	2 944	2 478

UNTERSTÜTZTE PERSONEN	2005	2006	2007
Alleinstehende Männer	1 198	1 234	1 016
Alleinstehende Frauen	621	657	582
Ehepaare ohne Kinder	240	214	146
Ehepaare mit Kindern	1 181	1 126	920
Mütter mit Kindern	1 226	1 265	1 117
Väter mit Kindern	77	85	69
Kinder und Jugendliche	172	159	135
Total	4 715	4 740	3 985

411.2 Ursachen der Bedürftigkeit

Die gute Wirtschaftslage und der kontinuierliche Konjunkturaufschwung haben günstige Auswirkungen für die Sozialhilfe gezeigt. Die Zahl der ausgesteuerten Personen hat um 19.7%, jene von Personen in Abklärung um 23.9% gegenüber dem Vorjahr markant abgenommen. Bei den Teilzeitbeschäftigten wurde eine Abnahme von 21.2% verzeichnet.

URSACHEN DER BEDÜRFTIGKEIT/ VERSCHIEDENE HILFELEISTUNGEN	2005	2006	2007
a) Ursachen			
Alleinerziehender Elternteil	174	176	167
AHV-Rentner/-innen	2	2	36
IV-Rentner/-innen	31	20	17
Krankheit	287	341	331
Suchtprobleme	130	126	105
Erziehungsprobleme	166	160	138
Arbeitslosigkeit	1 401	1 467	1 173
Asylbewerber/-innen	176	153	112
Krankenkassenangelegenheiten	13	8	12
Folgen von Strafmassnahmen	81	80	63
Verschiedenes	75	80	61

	2005	2006	2007
b) Verschiedene Hilfeleistungen			
Spitalkosten für durchreisende Ausländer/-innen	1	1	–
Rentenbevorschussung	46	37	24
Fehlende Existenzsicherung bei voller Erwerbstätigkeit	59	59	48
bei Teilzeitbeschäftigung	188	188	148
in Aus-/oder Weiterbildung	51	46	43
Total	2 881	2 944	2 478
Beratungs-/Triagefälle (ohne Anrecht auf Unterstützungsleistungen)	611	656	647
Begleitungen von Personen mit Nichteintretensentscheiden (NEE)	56	32	18

411.3 Unterstützungsaufwand

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bruttoaufwand um CHF 552 000, der Bruttoertrag um CHF 216 000 reduziert, was zu einer geringen Abnahme des Nettoaufwandes gegenüber der Vorjahres-Rechnung von CHF 336 000 führt.

Trotz der markanten Fallreduktion konnte die Nettobelastung nur geringfügig verbessert werden, was auf eine Erhöhung der langfristigen und somit kostenintensiven Unterstützungen zurückzuführen ist.

Für den Rückgang des Ertrages sind hauptsächlich die kleinere Anzahl von Asylsuchenden und somit die geringeren Rückerstattungen des Bundes ausschlaggebend. Auf Grund der Auflösung des Staatsvertrages mit Deutschland erfolgten ab dem 2. Quartal keine Rückerstattungen mehr.

NETTO-UNTERSTÜTZUNGSaufWAND (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Bruttobelastungen	44 491	44 181	43 629
Rückerstattungen	23 159	22 661	22 445
Nettobelastungen	*21 332	21 520	21 184

* Personen mit einem Nichteintretensscheid (NEE) sind nicht mitberücksichtigt

Sozialhilferechtliche Unterstützungen Stadt St.Gallen

Jahr	Einwohnerzahl Nettoaufwand	Aufwand Brutto CHF	Aufwand Netto CHF	Nettoaufwand je Einwohner
1991	73 367	14 182 379.00	5 043 050.00	68.74
1992	74 106	17 267 757.00	6 743 976.00	91.00
1993	72 023	22 186 226.00	10 014 698.00	139.05
1994	72 391	24 197 436.00	10 354 152.00	143.03
1995	72 505	24 165 290.00	9 437 530.00	130.16
1996	71 877	28 274 618.00	9 531 618.00	132.61
1997	71 384	32 187 679.00	8 941 679.00	125.26
1998	70 601	36 464 000.00	12 572 000.00	178.07
1999	69 747	38 402 701.00	13 258 014.00	190.09
2000	69 769	37 945 000.00	13 999 000.00	200.65
2001	70 019	36 118 651.00	13 241 347.00	189.10
2002	70 628	35 460 542.00	10 705 815.05	151.57
2003	70 894	36 619 409.00	12 977 958.00	183.06
2004	70 221	40 225 816.00	15 745 249.00	224.22
2005	69 907	44 491 459.00	21 332 934.00	305.16
2006	69 855	44 180 793.00	21 519 701.00	308.06
2007	70 585	43 629 000.00	21 183 702.00	300.12

411.4 Unterstützungsleistungen pro Fall / Person

Der Anstieg des Aufwandes je Fall und Person (Brutto/Netto) ist, trotz Rückgang der Fallzahlen, auf langfristige Unterstützungen (über 3 Jahre) von Mehrpersonenhaushalten zurückzuführen. Personen, welche nur kürzere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, sind leichter wirtschaftlich zu reintegrieren und kostengünstiger, weil sie meist noch andere Unterstützungsbeiträge erhalten (Krankentaggeld,

Arbeitslosenbeiträge usw.). Langfristige Unterstützungen generieren keine Rückerstattungen oder andere Beiträge mehr und sind deshalb besonders kostenintensiv.

UNTERSTÜTZUNGS-AUFWAND	2005		2006		2007	
	BRUTTO	NETTO	BRUTTO	NETTO	BRUTTO	NETTO
Brutto-/Nettokosten je Fall	15 443	*7 405	15 007	7 310	17 607	8 549
Brutto-/Nettokosten je Person	9 436	*4 524	9 321	4 540	10 948	5 316

* Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) sind nicht mitberücksichtigt

411.5 Der Stadt zugeteilte Asylsuchende

Die Anzahl Fälle der Asylsuchenden, die nach dem Zentrumsaufenthalt der Gemeinde St. Gallen zugewiesen wurden, ist von 153 (2006) auf 112 gesunken (26.8%), was auf die neue Asylgesetzgebung zurück zu führen ist.

411.6 Alimentenbevorschussung / Inkasso

Die Anzahl der Fälle (Dossiers) im Bereich Alimentenbevorschussung / Inkassohilfe ist gegenüber dem Vorjahr von 965 auf 992 um 2,8% angestiegen. Die Zunahme betrifft die Anzahl der Fälle bei der Alimentenbevorschussung (+11) und bei den Alimentenrückständen (+22). Eine leichte Abnahme war bei den Fällen Alimenteninkasso (-6) zu verzeichnen.

Die Brutto-Bevorschussung nahm geringfügig zu, nämlich um CHF 40 000 auf CHF 6 206 000. Der leichte Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass die Fälle der Alimentenbevorschussung und auch der Alimentenrückstände zugenommen haben.

Der Ertrag aus Inkasso stieg im Vergleich zum Vorjahr 2006 um CHF 406 000 oder 10.6% auf CHF 4 231 000 markant an. Der Netto-Aufwand ging um CHF 366 000 oder 15.6% auf CHF 1 975 000 zu rück. Die Inkassoquote liegt somit bei 68.2%.

ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG/INKASSO (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Brutto-Bevorschussung	6 100	6 166	6 206
Ertrag aus Inkasso	3 945	3 825	4 231
Netto-Aufwand	2 155	2 341	1 975
Inkassoquote in %	64.67	62.03	68.18
Anzahl Fälle (Dossiers)	906	965	992
Anzahl Kinder	1 099	1 146	1 163

411.7 Mutterschaftsbeiträge

Im Berichtsjahr sind die Gesuche für Mutterschaftsbeiträge leicht angestiegen. Die Anzahl der bewilligten Gesuche nahm marginal um 3 Fälle auf 72 zu. Zusätzlich fanden bei 20 Fällen Abklärungsgespräche statt, bei denen jedoch keine Mutterschaftsbeiträge verfügt wurden.

Im Gegensatz zu den Fallzahlen reduzierten sich die Nettokosten leicht um CHF 15 000. Die eidgenössischen Mutterschaftsversicherungsleistungen tragen dazu bei, dass nicht sämtliche Leistungen über die kantonalen Mutterschaftsbeiträge finanziert werden müssen. Rund 80% der Fälle mussten von der öffentlichen Sozialhilfe übernommen und mit Mutterschaftsbeiträgen während sechs Monaten überbrückt werden.

MUTTERSCHAFTSBEITRÄGE	2005	2006	2007
Anzahl eingereicherter Gesuche	84	71	76
Anzahl bewilligte Gesuche	76	69	72
Nettoleistungen (in CHF 1 000)	734	767	752

411.8 Rechtsgeschäfte

Der zentrale Rechtsdienst des Sozialamtes bearbeitet alle anfallenden Rechtsfragen im Sozialamt, soweit diese nicht durch die Abteilungen selbst gelöst werden können. Nebst der internen Rechtsberatung gehört die (nötigenfalls auch gerichtliche) Durchsetzung von Ansprüchen des Sozialamtes zu den Hauptaufgaben. Im Jahr 2007 sind unter anderem aufgrund der gezielten Schulung und der nachhaltigen Beratung in den Vorjahren weniger interne Beratungsfälle zu verzeichnen.

RECHTSGESCHÄFTE	2005	2006	2007
Interne Beratung	145	144	106
Erledigte Fälle von Zuständigkeitskonflikten	13	7	10
Erledigte Gerichtsfälle	11	10	14

412 Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz

Ende 2007 lebten 20 Kinder und Jugendliche im Wohnheim. Nach einem Belegungsrückgang im Vorjahr nahmen die Anfragen und Platzierungen wieder deutlich zu. Auffällig waren die relativ kurzen Einweisungen, z.B. wegen eines Spitalaufenthaltes der obhutsberechtigten Person oder anderer unvorhergesehener Situationen. Letzteres ist mit ein Grund für die vielen Ein- und Austritte. Ordentlich ausgetreten sind infolge Volljährigkeit zwei Jugendliche, ein weiterer musste umplatziert werden. Gesamthaft wurden vier Kinder mehr aufgenommen, als übers Jahr das Wohnheim verliessen.

WOHNHEIM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	2005	2006	2007
Anzahl Kinder/Jugendliche	22	16	20
Austritte	1	8	9
Eintritte	2	3	13
Taxe pro Aufenthaltstag (in CHF)	234	234	250

413 Wohnheim für Betagte Riedererholz

Im Wohnheim lebten Ende Jahr 26 Bewohnerinnen und Bewohner. Die Nachfrage nach Plätzen im Wohnheim für Betagte Riedererholz ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Ende Betriebsjahr sind 16 Personen auf der Warteliste. Da die Anzahl dementer Bewohnerinnen und Bewohner ständig zunimmt, wurde beschlossen, den Garten des Hauses besser den Bedürfnissen der älteren Menschen anzupassen. Die Planung der bewohnergerechteren Umgebung in Form eines Endlos- und Erlebnisgartens ist beinahe abgeschlossen. Mit der Realisierung soll 2008 begonnen werden.

WOHNHEIM FÜR BETAGTE	2005	2006	2007
Anzahl Bewohner/-innen	22	24	26
Neueintritte	1	9	7
Tagestaxen (in CHF)			
– Einerzimmer mit Dusche/WC	93	103	103
– Einerzimmer klein mit Dusche/WC	78	88	88
– Einerzimmer ohne Dusche/WC	68	78	78

414 Verschiedene Einrichtungen für Betreuungsaufgaben

414.3 Haus zur Grünhalde

Die Belegungsquote in der Betreuten Wohngruppe (BWG) ist von 97 auf 83% zurückgegangen. Dies bedeutet, dass durchschnittlich sechs von sieben Zimmern belegt waren. Die BWG ist nach wie vor eine wichtige stationäre Einrichtung für Personen mit Integrationsschwierigkeiten. Die BWG bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern nebst einem geeigneten Wohntraining auch die Möglichkeit, ihren Tagesablauf neu zu ordnen.

In der Unterkunft für Obdachlose (UfO) werden randständige Menschen in Notsituationen untergebracht. Die Belegungsquote fiel mit rund 37.6% tiefer als in den Vorjahren aus. Es wurden mehr Kurzzeitaufenthalte registriert, was auch zur höheren Anzahl der zu betreuenden Personen führte. Weiterhin auffällig ist die hohe Anzahl an Fällen mit Mehrfachdiagnose.

BETREUTE WOHNGRUPPE (BWG)	2005	2006	2007
Angebotene Plätze	7	7	7
Anzahl Aufenthaltstage	2 320	2 487	2 110
Belegungsquote in %	90.8	97.3	82.6
Anzahl Personen	15	10	10
Aufenthaltstaxe pro Tag (in CHF)	80	*150	*150

* Seit 1. Januar 2006 ist der neue Gebührentarif in Kraft

UNTERKUNFT FÜR OBDACHLOSE (UFO)	2005	2006	2007
Angebotene Plätze	**8 (2)	**8 (2)	**8 (2)
Anzahl Aufenthaltstage	1 565	1 221	1 097
Belegungsquote in %	53.6	41.8	37.6
Anzahl Personen	47	45	52
Aufenthaltstaxe pro Tag (in CHF)	50	*70	*70

* Seit 1. Januar 2006 ist der neue Gebührentarif in Kraft

** 2 Reserveplätze

42 VORMUNDSCHAFTSAMT

Aufgaben:

- nimmt Mitteilungen/Anzeigen/Anträge entgegen
- prüft vormundschaftliche Massnahmen
- bereitet sämtliche Geschäfte der Vormundschaftsbehörde (zivilrechtliche Massnahmen zum Schutze Erwachsener sowie gefährdeter Kinder und Jugendlicher) vor und vollzieht sie
- besorgt die vormundschaftliche Vermögensverwaltung
- platziert Kinder und Jugendliche in Familien und Heimen
- regelt die Vaterschaft und die Unterhaltspflicht für ausserhalb der Ehe geborene Kinder
- führt Sozialabklärungen durch und erstellt Sozialberichte zu Handen der Vormundschaftsbehörde und der Gerichte
- bewilligt und beaufsichtigt Pflegeplätze für Kinder
- führt die vormundschaftlichen Massnahmen durch Amtsvormünder und Amtsvormundinnen
- vermittelt und berät Privatpersonen zur Führung vormundschaftlicher Massnahmen
- ändert Scheidungsurteile in Kinderbelangen ab
- regelt den persönlichen Verkehr zwischen Kindern und nicht obhutsberechtigtem Elternteil

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	4 344	4 416	4 730
Ertrag	326	309	285
Aufwandüberschuss	4 018	4 107	4 445
Personalbestand	29.9	30.1	30.4

Die Vormundschaftsbehörde (VB) ist eine selbständige kommunale Behörde nach Bundesrecht (Schweizerisches Zivilgesetzbuch, ZGB). Ihre Organisation ist im kantonalen Einführungsgesetz zum ZGB sowie im städtischen Reglement über die Organisation der VB geregelt. Danach besteht die VB aus fünf Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus dem Direktor Soziales und Sicherheit, welcher ihr von Amtes wegen als Präsident vorsteht, und vier vom Stadtparlament zu bestimmenden Mitgliedern, von denen mindestens zwei aus seiner Mitte zu wählen sind. Im Jahre 2007 ist sie, wie im Vorjahr, zu elf Sitzungen zusammengetreten. An den Sitzungen nimmt neben dem Vormundschaftssekretär auch die Leiterin des Vormundschaftsamtes teil.

Die Dienststelle Vormundschaftsamt ist die Geschäftsstelle der Vormundschaftsbehörde. Sie trifft die erforderlichen Abklärungen, bereitet die Geschäfte zuhanden der VB vor, vollzieht sie und führt die vormundschaftlichen Massnahmen.

VORMUNDSCHAFTLICHE MASSNAHMEN/VERFÜGUNGEN	2005	2006	2007
Bestand vormundschaftlicher Betreuungsmassnahmen			
inkl. Kinderschutzmassnahmen per Ende Jahr	1 503	1 536	1 545
– zuhanden der Vormundschaftsbehörde vorbereitete Verfügungen	1 028	1 132	1 055
– davon Präsidialverfügungen	29	21	17
Eingestellte Verfahren	212	216	228

Die Gesamtanzahl der vormundschaftlichen Betreuungsmassnahmen hat erneut zugenommen und die Schwelle von 1500 deutlich überschritten (rund 700 Massnahmen für Kinder, 850 für Erwachsene).

Präsidialverfügungen sind nötig, wenn wegen hoher Dringlichkeit nicht bis zur nächsten Sitzung der Gesamtbehörde zugewartet werden kann. Beachtlich ist die Zahl der während eines Jahres eingestellten Verfahren, welche nicht zur Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme führten.

420.1 Abteilung Sozialabklärungen

Diese Abteilung ist zuständig für die Sozialabklärung von zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen sowie für spezielle Abklärungen betreffend Erwachsenenschutzmassnahmen.

SOZIALABKLÄRUNGEN	2005	2006	2007
durchgeführte Sozialabklärungen	219	231	222
– davon interne (für Vormundschaftsbehörde)	57	56	61
– davon externe (für Gerichte)	48	56	35
– davon eingestellte Verfahren	114	119	126
Pflegekinderaufsicht:			
– beaufsichtigte Familienpflegeplätze	37	32	30
– beaufsichtigte Tagespflegeplätze	58	57	63
– bearbeitete Gesuche um Pflegebewilligung	19	23	14

Im Pflegekinderwesen findet in der Stadt St.Gallen seit mehreren Jahren ein Wandel statt: Weg von der Dauerpflege, hin zur Tagespflege. Alle Plätze, also auch die Tagespflegeplätze, sind gemäss kantonalem Gesetz bewilligungspflichtig. Die Abklärung der Pflegeplätze und deren weitere Beaufsichtigung erfolgt durch eine ausgewiesene Fachperson. Nicht alle Personen, welche ein Pflegekind aufnehmen wollen, erhalten eine Bewilligung. Fehlen die Voraussetzungen zur Aufnahme eines Pflegekindes, ist mit einem ablehnenden Entscheid des Vormundschaftsamtes zu rechnen.

a) Juristische Sachbearbeitung

Dieser Bereich ist zuständig für die Verfahrensleitung bei der Anordnung und Aufhebung aller Massnahmen des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

KINDESSCHUTZ	2005	2006	2007
Bestand Kindesschutzmassnahmen (ohne Fremdplatzierungen) per Ende Jahr	695	706	693
– Zuwachs	161	173	113
– Abgang	159	162	126
Bestand vormundschaftlich fremdplatzierter Kinder per Ende Jahr	82	92	99
– Zuwachs	30	32	26
– Abgang	27	22	19
genehmigte Unterhaltsverträge für Kinder unverheirateter Eltern	72	89	104
Erteilung gemeinsame elterliche Sorge	8	6	11
Besuchsrechtsregelungen	11	14	7
Eingestellte Verfahren	114	119	126

Nachdem die Zahl der Kindesschutzmassnahmen bis 2003 teils erheblich gestiegen war, ist diese seit 2004 mit rund 700 Betreuungsmassnahmen konstant. Rückläufig ist nach vier Jahren erstmals die Zahl der kostenintensiven Fremdplatzierungen (26). Massiv gestiegen sind die Genehmigungen von Unterhaltsverträgen für Kinder unverheirateter Eltern; die Zahl liegt erstmals über 100. Halbiert hat sich die Zahl der Besuchsrechtsregelungen; sie sind häufig mit massiven Streitigkeiten zwischen den Eltern verbunden. Schliesslich ist ein Höchststand bei den eingestellten Verfahren zu verzeichnen, d.h. in 126 Fällen gelang es, die Verfahren zu erledigen, ohne dass Kindesschutzmassnahmen verfügt werden mussten. Die Kindesschutzmassnahmen werden in der Regel von Amtsvormündern bzw. Amtsvormundinnen geführt.

ERWACHSENENSCHUTZ	2005	2006	2007
Bestand Vormundschaften per Ende Jahr	207	201	199
– Zuwachs	10	7	5
– Abgang	6	13	7
Bestand Beistandschaften, Beiratschaften per Ende Jahr	601	629	653
– Zuwachs	100	109	100
– Abgang	96	81	76
Total Betreuungsmassnahmen per Ende Jahr	808	830	852
– Total Zuwachs	110	116	105
– Total Abgang	102	94	83
Bestand fürsorgliche Freiheitsentziehungen per Ende Jahr	8	8	9
– Zuwachs	–	–	2
– Abgang	1	–	1
Eingestellte Verfahren	98	97	102

Im Erwachsenenschutz ist seit Jahren eine zunehmende vormundschaftliche Betreuungsbedürftigkeit betagter Menschen festzustellen, insbesondere in finanziellen und administrativen Angelegenheiten. Dies erklärt die erneut deutlich gestiegene Anzahl der Beistandschaften. Sie befindet sich auf dem Höchststand von 653 Massnahmen. Den Hauptanteil machen die so genannten Altersbeistandschaften (Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften) aus. Vormundschaften hingegen werden nur noch selten angeordnet. Rund jede zweite Verfahrenseröffnung führte zur Errichtung einer Erwachsenenschutz-Massnahme. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt. Die 102 Verfahrenseinstellungen liegen im langjährigen Mittel.

b) Vermögensverwaltung

Zu diesem Bereich gehören die Inventaraufnahmen, die vormundschaftlichen Deponierungen, die Revision sämtlicher Vormundschaftsrechnungen sowie die Freigabe von Vermögenswerten nach Aufhebung der Massnahmen.

VORMUNDSCHAFTLICHE VERMÖGENSVERWALTUNG	2005	2006	2007
Genehmigungen von Rechenschaftsberichten	609	592	539
Vormundschaftlich verwaltetes Vermögen (in CHF 1 000) per Ende Jahr	46 529	60 148	64 844
Vormundschaftliche Depots bei Banken	346	310	322

420.3 Abteilungen Amtsvormundschaft I und II

Die Amtsvormundschaft führt die ihr von der Vormundschaftsbehörde zugewiesenen vormundschaftlichen Betreuungsmassnahmen. Das sind in der Regel besonders komplexe und schwierige Mandate, die an keine privaten Betreuungspersonen übertragen werden können. Die Rekrutierung und Beratung sowie die Organisation der Einführung und der Weiterbildung der privaten Betreuungspersonen ist in die Amtsvormundschaft integriert.

AMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG	2005	2006	2007
von Amtsvormündern geführte Massnahmen	995	1 030	1 046
von andern Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes geführte Massnahmen	8	9	8
Total	1 003	1 039	1 054
– davon Kindesschutzmassnahmen	611	649	641
– davon Massnahmen für Erwachsene	392	390	413
– Zuwachs	177	201	142
– Abgang	172	165	127
durchschnittliche Fallzahl pro Amtsvormund/-in (100-%-Stelle)	108	114	116

Die Fallzahl pro Amtsvormund/in ist erneut gestiegen und gibt zu Besorgnis Anlass. Sie liegt im Berichtsjahr mit 116 Fällen im kritischen Bereich und im Städtevergleich beträchtlich über dem Durchschnitt. Was die geführten Massnahmen betrifft, ist im Berichtsjahr ein Anstieg im Bereich der Erwachsenenschutz- sowie im Bereich der Kindesschutzmassnahmen zu verzeichnen. Insbesondere Jugendliche, welche sich sämtlichen Bemühungen seitens der Behörden widersetzen und eine ausgesprochene Verweigerungshaltung an den Tag legen, binden viele personelle Ressourcen.

420.30 Private Betreuungspersonen (pB)

Rund ein Drittel der vormundschaftlichen Massnahmen wurden im Berichtsjahr von einer nach wie vor beachtenswerten Zahl von privaten Betreuungspersonen mit viel persönlichem und zeitlichem Einsatz geführt.

EHRENAMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG	2005	2006	2007
Anzahl geführte Massnahmen per Ende Jahr	500	497	491
– Zuwachs	79	88	78
– Abgang	74	91	84
eingesetzte private Betreuungspersonen per Ende Jahr	343	337	333

Die Praxisberatung des Vormundschaftsamtes sucht und unterstützt private Betreuungspersonen für die Aufgabe und bei der Ausübung eines vormundschaftlichen Mandats.

Auch im Berichtsjahr war zu beobachten, dass die hohen Anforderungen an die privaten Betreuungspersonen zu einer Zunahme beim Wechsel der Mandatsträger/-innen führte. Die Anforderungen liegen nicht nur in der Komplexität der vormundschaftlichen Massnahmen begründet, sondern sind auch bei den gestiegenen Erwartungen der betreuten Personen und ihres sozialen Umfeldes zu suchen. Eine Zunahme des administrativen Aufwandes ist auf restriktivere Vorgaben seitens Dritter (wie Banken oder Steuerbehörden) zurückzuführen.

Rechtsdienst

Sämtliche Rechtsgeschäfte, welche der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung gemäss Art. 421 und 422 ZGB bedürfen, werden durch den Rechtsdienst zuhanden der Vormundschaftsbehörde vorbereitet. Darüber hinaus berät diese Stabsstelle (80%-Pensum plus 10% Sekretariatsanteil) die privaten Betreuungspersonen und unterstützt die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft bei der Erfüllung von Aufgaben mit speziellen rechtlichen Anteilen. Der Stelleninhaber führt auch selbständig vormundschaftliche Massnahmen mit hauptsächlich juristischem Inhalt und Vermögensverwaltungen. Zudem bearbeitet er zugewiesene Spezialfälle und -abklärungen.

43 STADTPOLIZEI

Aufgaben:

- sorgt rund um die Uhr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen, insbesondere zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum von Personen vor rechtswidriger Bedrohung
- überwacht den Strassenverkehr, ahndet Verkehrsübertretungen, trifft geeignete Verkehrsanordnungen und erteilt Verkehrsunterricht
- macht Tatbestandsaufnahmen bei Verkehrs-, Bau- und Betriebsunfällen
- bekämpft die Kriminalität, vor allem auch durch präventive Tätigkeit
- vollzieht gewerbepolizeiliche Vorschriften und regelt die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	33 403	33 051	33 195
Ertrag	28 088	27 852	27 671
Aufwandüberschuss	5 315	5 199	5 524
Personalbestand	199.1	198.0	202

430 Polizeidienst

430.1 Stabsdienste

430.10 Verkehrsinstruktion

Der Verkehrsunterricht durch Quartierpolizisten in einem Teil der Quartierkindergärten hat sich weiter bewährt. Er entlastet die Verkehrsinstruktoren und macht den Polizisten bzw. die Polizistin bei Kindern und Eltern bekannt.

UNTERRICHTSSTUNDEN	2005	2006	2007
Kindergärten	110	108	122
Primarklassen	554	558	557
Sekundar-/Realklassen	174	254	206
Schülerverkehrsgarten	286	264	288
Total	1 124	1 184	1 173

ANZAHL DURCHGEFÜHRTER SPEZIALANLÄSSE	2005	2006	2007
Fahrradprüfungen in Tagen	4	4	4
Ausstellungen/Messebesuche in Tagen	3	2	5
Elterninformationen	19	24	27
Belehrungsnachmittage	6	3	3
Rollstuhlfahrkurse	7	5	2
Total	39	38	41

430.2 Sicherheits- und Verkehrspolizei

430.20 Ordnungsbussen

ORDNUNGSBUSSEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Total Einnahmen	4 008	3 873	4 109
Debitorenverluste	228	315	229

430.21 Prävention

PRÄVENTION	2005	2006	2007
Zu verarbeitende Informationen	630	620	640
Erstellte Kontrollaufträge	262	270	285
Vorträge an Elternabenden	27	25	23
Vorträge an Schulen	133	204	195
Amtsstellen mit intensiver, ständiger Kontaktpflege	24	24	24
Private Institutionen mit intensiver, ständiger Kontaktpflege	12	12	12

430.22 Betäubungsmittel / ANAG

Im ANAG-Bereich hat sich die Situation weiter entschärf, was sich auch in den Fallzahlen niederschlägt.

BETÄUBUNGSMITTEL	2005	2006	2007
Total Widerhandlung Betäubungsmittelgesetz	1 620	1 420	1 216

ANAG	2005	2006	2007
Antrag Ausgrenzung (durch Stapo)	89	51	16
vom Ausländeramt verfügte Ausgrenzungen (Stadtpolizei und Kantonspolizei)	66	62	15
vom Ausländeramt ausgesprochene Verwarnungen (Stadtpolizei und Kantonspolizei)	34	5	2
VZ wegen Missachtung Ausgrenzung (durch Stapo)	18	19	3

430.23 Unfalldienst

VERKEHRSUNFÄLLE	2005	2006	2007
Total	683	625	675
– davon mit Verletzten	161	135	182
– davon Nichtgenügen der Meldepflicht	230	191	207
Verletzte Personen	186	161	229
Getötete Personen	–	1	1
Wichtige Verkehrsregelverletzungen:			
– Missachtung der Vorrangsregelung	166	134	158
– Unangepasste Fahrgeschwindigkeit	34	24	29
– Mangelnde Aufmerksamkeit	161	161	169
– Angetrunkenheit	28	32	55

430.24 Verkehrspolizeiliche Kontrollen (ohne automatische Verkehrsüberwachung)

Signifikante Abweichungen im Jahresvergleich liegen darin begründet, dass im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten Schwerpunktsetzungen unumgänglich sind. Das Gesamttotal der Kontrollen bewegt sich im Vorjahresbereich. Aufgrund der Zunahme von Verkehrsunfällen, bei denen Angetrunkenheit festgestellt wurde, erfolgte in diesem Bereich eine bewusste Erhöhung der Kontrolltätigkeit.

AUSZUG AUS VERKEHRSKONTROLLEN (ANZAHL)	2005	2006	2007
Geschwindigkeit	291	383	372
davon:			
– Tempo 30-Zonen	148	218	187
– übrige Gebiete	143	165	185
Einhaltung von Signalisation und Markierungen	312	216	269
Fahren in fahruntüchtigem Zustand (FiaZ/FuD/FuM)	58	43	86
Allgemeine Verkehrssicherheit	530	377	335
Schwerverkehr	36	73	84
Velo/Mofa	40	17	12
Total Verkehrskontrollen	1 267	1 109	1158

430.25 Zivilpolizei

TATBESTANDSAUFNAHMEN / AUFTRAGSDIENST	2005	2006	2007
Intervention «Häusliche Gewalt»	162	186	179
– Wegweisungen	42	31	31
Ausserordentliche Todesfälle	73	56	92
davon:			
– Suizide	19	12	19
– Drogen	8	5	9
Verstösse gegen Umweltvorschriften	12	9	8
Vermisstmeldungen von Personen	14	19	20
Ermittlungs- und Vollzugsaufträge:			
– Transportgesetz	496	769	645
– Waffengesetz	47	46	51
– Zivilschutz	9	15	27
– Umweltschutz (illegale Abfallentsorgung)	166	96	62
– Zustellungen und Zuführungen	759	1 287	1445
– Auslogierungen	26	26	25
– Führungs-/Leumundsberichte	874	442	675

430.3 Verkehrsanordnungen

430.30 Verkehrliche Massnahmen

Mit dem Inkrafttreten des Reglements über das Abstellen von privaten Fahrzeugen auf Liegenschaften des Verwaltungsvermögens vom 1. Mai 2007 mussten auf den 1. Oktober 2007 hin für verschiedene städtische Grundstücke Besitzerschutzmassnahmen erlassen werden.

VERKEHRLICHE MASSNAHMEN	2005	2006	2007
Vollzug von Stadtratsbeschlüssen	32	19	22
Verkehrspolizeiliche Publikationen	16	15	16
Betriebswegweiser	15	12	7
Verfügungen von Privatplätzen	24	26	38

430.31 Verkehrstechnik

SIGNALISATION	2005	2006	2007
Neu- und Umsignalisationen	553	622	742
Temporäre Signalisationen: (Ausstellungen, Wohnungsumzüge, Baustellen, usw.)	17 315	17 840	18 241

430.4 Gewerbeполиizei

430.40 Gastgewerbe, Veranstaltungen

GASTGEWERBE	2005	2006	2007
Gastwirtschaftsbetriebe	503	508	521
Kleinhandel mit gebrannten Wassern	70	77	79
Patentanträge Gastwirtschaftsbetriebe	153	164	153
Patentanträge Kleinhandel	10	11	16
Patentanträge für einen Anlass	198	221	187
Bewilligungen (Verkürzung Schliessungszeit):			
Generelle Aufhebungen oder Verkürzungen	56	58	62
Einzelne Aufhebungen oder Verkürzungen	1 263	1 289	1329
Bewilligungen Unterhaltungsgewerbe:			
Betriebe mit Stripvorführungen	6	5	6
Veranstaltungsmeldung	433	482	519
(davon Anlässe nach UGG)	295	399	375
Spiellokale	2	1	1
Gebührenpflichtige Spielapparate	55	28	23
Lotterien/Tombola:			
vom Finanzdepartement bewilligt	1	2	1
von der Gemeinde bewilligt	37	40	22
Sammlungen:			
Sammlungen für gemeinnützige Zwecke	6	7	6

430.41 Taxi- Bewachungs-, Verkaufs- und Chauffeurkontrollen

TAXIWESEN	2005	2006	2007
Taxihalter und -halterinnen	35	34	36
Betriebsbewilligungen A (für öffentl. Grund)	128	131	142
Betriebsbewilligungen B	3	3	3
Stadtkundeprüfungen	37	32	38
Chauffeurbewilligungen (Ausweise)	32	32	33
Strafanzeigen	15	8	5

ARBEITS- UND RUHEZEITEN/BETRIEBSKONTROLLEN	2005	2006	2007
Unterstellte Betriebe	125	131	145
Betriebskontrollen und Arbeitszeitüberprüfungen	36	41	41
Strafanzeigen	65	72	67

RUHETAGE UND LADENÖFFNUNGSZEITEN	2005	2006	2007
Ausnahmebewilligungen	727	747	752

430.42 Lärmschutz, Benutzung öffentlicher Grund

LÄRMKLAGEN	2005	2006	2007
Maschinen-, Geräte, Anlagenlärm usw.	111	126	91
Musiklärm	400	440	489
Personenlärm	211	324	349
Übriger Lärm	74	36	28

BEWILLIGUNGEN ÖFFENTLICHER GRUND	2005	2006	2007
Grossanlässe	25	30	29
Gemeinnützige, kulturelle und politische Organisationen	527	572	556
Strassenkünstler/-innen	305	299	308
Strassenrestauration	81	90	97
Waren/Werbbeständer, Verkaufsstände	222	220	245

430.43 Tierschutz, Hundelösung und Fundbüro

TIERSCHUTZ	2005	2006	2007
Anzeigen und Meldungen	167	234	290
Herrenlose Tiere	86	91	98
Auftragsdienst: Hundelösung/Fundbüro			
Anzahl Hunde	1 885	1 913	1 888
Hundesteuereinnahmen (in CHF 1 000)	210	213	213
Registrierte Fundsachen	4 241	4 841	4 126

430.44 Vergnügungssteuer

VERGNÜGUNGSSTEUER (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Einnahmen	1 871	2 155	1 976
Debitorenverluste	6	7	11

431 Marktwesen

	2005	2006	2007
Aufwand (in CHF 1 000)	659	676	661
Ertrag (in CHF 1 000)	767	756	812
Ertragsüberschuss (in CHF 1 000)	108	80	151
Märkte / Zirkusse:			
– Lebensmittelmärkte	41	42	41
– Frühlingsjahrmarkt	121	125	124
– Herbstjahrmarkt	257	262	269
– Flohmärkte	196	198	197
Anzahl Standplätze für Schausstellungen und Warenstände	5	6	7
Adventsmärkte:			
– Weihnachts-, Christchindli- und Christbaummarkt	173	175	172
Übrige Märkte	32	32	35
Bauernmärkte	18	18	18

438 Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser

Seit 2007 werden die Ausnahmewilligungen für Gehbehinderte nicht mehr von der Stadtpolizei ausgegeben. Diese Aufgabe hat der Kanton St.Gallen übernommen, was auf eine Änderung der Verkehrsregelnverordnung zurückzuführen ist.

AUSNAHMEBEWILLIGUNGEN	2005	2006	2007
Fahrverbot	596	751	782
Handwerkerbewilligungen	3 869	4 296	3 937
Andere (Ärzte, Pflegepersonal, Gehbehinderte)	743	689	249
Total	5 219	5 736	4 968

PARKIEREN AUF ÖFFENTLICHEM GRUND	2005	2006	2007
Total bewirtschaftete Plätze, davon:	2 644	2 699	2 945
– im Freien	2 182	2 237	2 492
– in den Parkgaragen Rathaus / Kreuzbleiche	462	462	455
Nach Bewirtschaftungsart:			
– Ticketautomaten (65)	1 129	1 182	1 443
– Parkuhren (0)	2	1	–
– Sammelparkuhren (194)	907	910	696
– Schrankenanlagen (3)	606	606	606
Bewilligungen EBZ:			
– Tagesbewilligungen	90 175	92 939	100 787
– Monatsbewilligungen:			
– Anwohner/-innen	33 102	33 324	35 985
– Pendler/-innen	2 969	3 229	3 237
PARKIERUNG AUF STRASSEN UND PLÄTZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	7 700	7 834	7 430
Ertrag	6 122	6 209	6 467
Ertrags-/Aufwandüberschuss	–1 578	–1 611	– 963
PARKGARAGE RATHAUS (KONTO 4181)			
Aufwand	327	321	339
Ertrag	626	688	739
Ertrags-/Aufwandüberschuss	299	367	400
PARKGARAGE KREUZBLEICHE (KONTO 4182)			
Aufwand	440	466	382
Ertrag	536	541	498
Ertrags-/Aufwandüberschuss	96	75	116
PARKPLATZ SPELTERINI (KONTO 4183)			
Aufwand	257	262	199
Ertrag	321	319	313
Ertrags-/Aufwandüberschuss	64	57	114
PARKPLATZ LERCHENFELD (KONTO 4184)			
Aufwand	48	174	135
Ertrag	34	80	70
Ertrags-/Aufwandüberschuss	14	–94	–65
Ausnahmebewilligungen im Strassenverkehr	3266	400	540
Parkiergebühren Erweiterte Blaue Zone:			
– Tagesbewilligungen	541	557	615
– Monatsbewilligungen für:			
– Anwohner/-innen	1 015	966	1 044
– Pendler/-innen	281	305	306
Personaleinheiten für die Bewirtschaftung	22.9	25.7	24.6

444 FEUERWEHR UND ZIVILSCHUTZ

Aufgaben:

- sorgt rund um die Uhr für den Schutz von Bevölkerung, Sachwerten und Umwelt bei Schadenereignissen, welche rasche und grössere Hilfe erfordern
- führt eine Berufsfeuerwehr und zu deren Ergänzung eine Milizfeuerwehr
- führt einen Chemiewehr- und Autobahnstützpunkt
- führt die Regionale Zivilschutzorganisation St.Gallen (RZSO)
- sorgt für Ausbildung und Ausrüstung der Einsatzkräfte und unterhält das beschaffte Material
- plant den Einsatz bei ordentlichen und ausserordentlichen Ereignissen und bereitet die Einsatzkräfte in Übungen darauf vor
- Unterhält die zum Schutz der Bevölkerung bei bewaffneten Konflikten bereitgestellte Infrastruktur und wartet das entsprechende Material
- führt die administrative Kontrolle für Angehörige der Feuerwehr und der RZSO
- erfüllt die Aufgaben des Quartieramts (militärische Einquartierungen)
- führt ein Dienstleistungszentrum für Feuerwehren

In enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt wurden bis September ein Raumprogramm für Feuerwehr und Zivilschutz erarbeitet und ein Architekturwettbewerb für die Erneuerung und Erweiterung des Depots an der Notkerstrasse 44 und allenfalls an der Steinachstrasse 45/47 vorbereitet. Diese Arbeiten wurden im September sistiert, da das heutige Grundstück im Kontext mit der Südspange möglicherweise von Strassenbauten betroffen wird. Derzeit findet eine Grobevaluation alternativer Standorte für die Feuerwehr statt. Ein Neubau hätte zudem den Vorteil, dass nicht unter Betrieb gebaut werden müsste.

Das Ausgleichskonto wurde nicht zuletzt im Hinblick auf die vermeintlich bevorstehende bauliche Investition geöffnert. Da diese sich zeitlich weiter verzögert, soll die Feuerwehrabgabe gesenkt werden.

Die Führung des KATA Stabs wurde personell mit verschiedenen Persönlichkeiten erneuert.

Feuerwehr und Zivilschutz der Stadt arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Kantons bei der Vorbereitung für eine Pandemie mit. Ein erster Grundstock an chirurgischen Masken soll in den kommenden Jahren sukzessive ergänzt werden. Damit wird vermieden, dass alle gleichzeitig das Ablaufdatum erreichen.

Nach vierjähriger Tätigkeit als Präsident der Vereinigung schweizerischer Berufsfeuerwehren konnte der Leiter Feuerwehr und Zivilschutz diese Aufgabe an eine andere Stadt abgeben. In diesen vier Jahren wurde der Beruf «Berufsfeuerwehrmann mit eidgenössischem Fachausweis» erarbeitet und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie als Beruf der tertiären Stufe anerkannt (analog zu «Polizist/Polizistin»).

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	12 592	11 955	12 123
Ertrag	10 956	10 382	10 672
Aufwandüberschuss	1 636	1 573	1 451

Trotz der Zusammenlegung der Dienststellen bildet die Feuerwehr von Gesetzes wegen einen eigenen Rechnungskreis. Die Feuerschutzgesetzgebung schreibt vor, dass Überschüsse oder Unterdeckungen der Feuerwehrrechnung zu Gunsten bzw. zu Lasten eines Fonds ausgeglichen werden. Der vorliegende Aufwandüberschuss entspricht deshalb dem Nettoaufwand für den Zivilschutz. Dieser hat sich weiter verringert.

PERSONALBESTAND	2005	2006	2007
Zentrale Dienste	4.55	4	3
Berufsfeuerwehr	40	40.8	40
Zivilschutz (Logistik und ZSO)	7	6.9	6.9
Total	51.6	51.7	50.9
Milizfeuerwehr	192	183	183
Zivilschutz (Kontrollbestand)	2 811	2 679	2512

440 Verwaltung der Dienststelle

440.1 Allgemeines

Die Abteilung Zentrale Dienste war für die Planung, Koordination und Erledigung der zahlreichen und äusserst vielfältigen administrativen Arbeiten in folgenden Schwerpunktbereichen zuständig: Führung Kontrollwesen der Milizorgane von Feuerwehr und Zivilschutz, Führen der Zivilschutzstelle aller der Regionalen Zivilschutzorganisation angeschlossenen Gemeinden, Bearbeitung und Abrechnung von Kursen und Einsätzen von Milizfeuerwehr und Zivilschutz, Dispensations- und Strafwesen Zivilschutz, Personaladministration der Dienststelle, Rechnungswesen sowie Unterstützung aller Abteilungen bei

verschiedensten administrativen Aufgaben. Aufgrund der getrennten Arbeitsstandorte Notkerstrasse und Sömmerliwaldstrasse galt auch dieses Jahr das Hauptaugenmerk einer effizienten Arbeitsmethode und der unter den gegebenen Umständen möglichen Optimierung der Arbeitsabläufe.

440.2 Feuerwehr

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	8 369	8 153	7 984
Ertrag	9 786	9 363	9 661
Ertrags-/Aufwandüberschuss	1 417	1 210	1 677
Stand Ausgleichskonto am 31.12.	4 098	5 308	6 985

Mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.7 Mio. weist die Feuerwehrrechnung ein mit CHF 0.5 Mio. besseres Resultat aus als 2006. Dazu beigetragen haben Mehrerträge bei der Feuerwehrabgabe, tiefere Abschreibungen, höhere Zinserträge und weniger Soldkosten. Der Stand des Ausgleichskontos beträgt CHF 7.0 Mio.

ERGEBNIS FEUERWEHRABGABE	2005	2006	2007
Laufende Rechnung	6 340	6 261	6 426

Der Ertrag der Feuerwehrabgabe lag CHF 426 000 über dem budgetierten Betrag.

440.3 Wasserbezugsorte

Die Verbesserung der Löschwasserbereitstellung im Gebiet Gatter/Joosrüti konnte infolge fehlender Gutheissung des Projektes durch den Grundeigentümer noch nicht konkretisiert werden.

Per Ende 2007 stehen der Feuerwehr folgende Wasserbezugsorte zur Verfügung:

	2005	2006	2007
Oberflurhydranten	1 552	1 552	1 604
Unterflurhydranten	257	235	215
Feuerweiher (40–100 m ³)	10	10	10
Stau-/Ansaugstellen	6	6	6
Total	1 825	1 803	1 835

440.4 Arbeitsgruppe Sicherheit in Verwaltungsgebäuden

Aus den Sicherheitsorganisationen in den diversen Verwaltungsgebäuden wurden 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem halbtägigen Kurs in der Handhabung von Kleinlöschgeräten weitergebildet. Zwölf neue Stockwerkhelfer und -helferinnen wurden in einem eintägigen Grundkurs in ihre Aufgaben eingeführt. Ein neu in dieser Funktion tätiger Mitarbeiter hat die zertifizierte Ausbildung zum Sicherheitsbeauftragten für Brandschutz am Schweizerischen Sicherheitsinstitut in Zürich abgeschlossen. Vier Sicherheitsbeauftragte haben weiterführende Seminare und Ausbildungen besucht. Die korrekte Erledigung der von den Hauswarten durchgeführten periodischen Sicherheitskontrollen wurde überwacht. Für den Aufbau der Sicherheitsdispositive der Schulanlagen wurde der nötige Support geleistet. Im Rathaus wurde ein Rettungsstuhl für die Evakuierung von Gehbehinderten über das Treppenhaus bereitgestellt.

441 Feuerwehr

441.1 Berufsfeuerwehr

441.10 Allgemeines

Das Rasttage-Guthaben der Mitarbeiter konnte dank des 36. Mitarbeiters auf den erfreulichen Stand von 8 (113) Tagen abgebaut werden.

441.11 Einsätze

FEUERWEHR-EINSÄTZE	2005	2006	2007
Brandeinsätze	100	109	118
Nachbarhilfe	38	51	31
Brandmelde- und Sprinkleranlagen			
– durch Brand ausgelöst	21	22	26
– durch Täuschung	117	94	130
– durch Fehlbedienung	46	41	39
– durch Böswilligkeit	10	6	4
Böswillige Alarmer	–	–	2
Verkehrseinsätze			
– Verkehrsunfälle auf A1 mit Brand	1	1	1
– Verkehrsunfälle auf A1 ohne Brand	37	41	37
– andere Strassen mit Brand	1	6	2
– andere Strassen ohne Brand	7	–	2
– Bahnen	–	–	–
Chemie- und Ölwehreinsätze			
– Öl/Benzin	61	61	87
– andere Stoffe	24	28	9
– radioaktive Produkte	–	–	–
Elementareinsätze			
– Sturm/Hagel/Schnee(-druck)	1	100	7
– Elementare Wasserwehreinsätze	33	4	8
– Erd-/Schneerutsche	–	3	–
Übrige Einsätze			
– div. Hilfeleistungen	103	43	275
– div. Hilfeleistungen ausserhalb Stadt	2	1	6
– Wasserwehren	59	76	63
– Schaufenster/Türen	48	75	60
Tiereinsätze	196	224	90
Heuwehreinsätze	1	–	–
Dienstleistungen			
– div. Dienstleistungen	58	61	64
– Sicherheitswachen	212	181	174
– Tierkadaver einsammeln	–	–	140
Total	1 176	1 228	1 375

Bei den ausgeführten Einsätzen wurde folgende Anzahl Rettungen ausgeführt::

RETTUNGEN	2005	2006	2007
Menschenrettungen	25	67	104
Tierrettungen	30	75	94

Die Gesamteinsatzmenge überschritt den langjährigen Durchschnitt sehr deutlich; nur ein kleiner Anteil ist auf die neue Aufgabe des Einsammelns von Tierkadavern (140) zurückzuführen. Nur noch 11% aller Einsätze sind reine Brandfälle.

441.12 Ausbildung/Feuerwehrcurse/städtische Weiterbildungskurse

Das Schwergewicht für Mannschaft und Kader im Übungsjahr 2007 waren die praktische Arbeit und Übungen mit Dritten. Orts- und Gebäudekenntnisse von der Arena St.Gallen, Kantonsspital St.Gallen, St.Galler Tagblatt und Unterwerk Kubel, bildeten das Schwergewicht der Ausbildung 2007 des Kadere der Berufsfeuerwehr St.Gallen.

Ausserdem wurden die im Jahr zuvor erlangten Grundkenntnisse über die neuen Aufgaben mit dem Bahnstützpunkt SBB St.Gallen vertieft und in praktischen Übungen angewandt.

Bei den Übungen mit Dritten, Pflegeheim St.Otmar, Wohnhaus für körperbehinderte Erwachsene Imbodehuus, Kindergarten Rosenbergstrasse, Helvetia Versicherungen, sowie am Sicherheitstag im Kantonsspital St. Gallen konnten die internen Abläufe bei einer aussergewöhnlichen Situation (Brand), Alarmierung, Information, Einweisung und Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr St.Gallen geprüft und verbessert werden. Acht Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr St.Gallen konnten zusammen mit vier Angehörigen des Bahnstützpunktes St.Gallen eine zweitägige Ausbildung in der Brandbekämpfung und Rettungen in Eisenbahntunnels im Versuchsstollen Hagerbach absolvieren. An drei Abendübungen wurde die Zusammenarbeit der Berufsfeuerwehr mit den Milizelementen Tübach und Untereggen speziell einexerziert.

Die letzten sechs Berufsfeuerwehrlaute haben zusammen mit vier Angehörigen der Berufsfeuerwehr Winterthur den einwöchigen Kurs in der Innen- und Tunnelbrandbekämpfung in Dortmund absolviert. Damit wurde ein sechsjähriges Programm abgeschlossen. Fünf Mitarbeiter haben einen einwöchigen Kurs des Verbandes Waldwirtschaft Schweiz zum Aufrüsten von Sturmholz besucht. Während fünf Tagen wurden weitere drei Mitarbeiter zu Transporthelfern IVR (Interverband für Rettungswesen) ausgebildet. Den vom Schweizerischen Feuerwehverband (SFV) durchgeführten zweitägigen Kurs zur Wespenvernichtung durfte ein Kaderangehöriger der Berufsfeuerwehr St.Gallen besuchen.

16 Angehörige der Berufsfeuerwehr St.Gallen absolvierten beim Rettungsdienst des Kantonsspitals St. Gallen ein zweitägiges Praktikum und konnten ihre Transporthelferkenntnisse praktisch anwenden. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit dem Bahnstützpunkt St. Gallen und um bessere Kenntnisse der internen Abläufe und Aufgaben zu erhalten, absolvierten 26 Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr ein zweitägiges Praktikum beim Lösch- und Rettungszug. Anstelle des alljährlichen Fitnesstests wurde im Dezember ein obligatorischer Sporttag für alle Mitarbeiter mit dem Schwergewicht «Förderung der Teamarbeit und Geschicklichkeit» durchgeführt. Die Angehörigen der Berufsfeuerwehr und des Feuerwehrkommandos haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen an 217 (212) Tagen Ausbildung genossen. Die acht Instruktoen der Berufsfeuerwehr wurden sowohl intern als auch an regionalen, kantonalen und schweizerischen Feuerwehrcursen eingesetzt. 14 (21) Mitarbeiter nutzten an 38 (28) Tagen das Angebot der stadtinternen Weiterbildung.

441.13 Infrastruktur/Ausrüstung

Nach über 9-jährigem Einsatz musste der Atemluftkompressor (23 000 Betriebsstunden) ersetzt werden. Die Wäscherei-Infrastruktur wurde mit einer leistungsfähigeren Waschmaschine und neu mit einem Tumbler optimiert.

Der Funkverkehr in der Tiefgarage der AFG Arena St.Gallen wird mit strahlenden Kabeln sichergestellt. In diesem Zusammenhang mussten insgesamt 40 neue Funkgeräte beschafft werden, weil die bisherigen Geräte nicht mehr mit zusätzlichen, neuen Kanälen programmiert werden konnten.

441.14 Einsatzplanung

Der Stabsbereich Einsatzplanung unterhält 328 Einsatzpläne mit 644 automatischen Alarmkriterien, 106 Einsatzpläne der Aussenhöfe (abgelegene Objekte mit ca. 365 Gebäuden) und 70 Einsatzpläne für besondere Objekte. Es wurden folgende Projekte bearbeitet: Aktualisierung vorhandener Einsatzpläne im Zusammenhang mit den Brandmeldeanlagen und Erstellen neuer Einsatzpläne (besondere Objekte St.Gallen) mit Hilfe von CAD sowie Unterstützung des neuen Einsatzleitsystems.

EINNAHMEN BRANDMELDEANLAGEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Jährliche Gebühren	56	57	66
Fehlalarme	41	35	43
Entschädigung Aufgebote für Sicherheitsverantwortliche	37	36	41
Total	134	128	150

441.15 Werkstattarbeiten / Dienstleistungszentrum (DLZ)

Eigenbedarf: Der Unterhalt an den Fahrzeugen konnte bis auf wenige Ausnahmen durch eigenes Personal in den eigenen Werkstätten sichergestellt werden.

Werkstattarbeiten für Dritte / DLZ: Die Arbeiten für Dritte sind gegenüber 2006 etwa gleich geblieben.

Handel / DLZ: Insbesondere aufgrund der Zusammenlegung von Feuerwehren und infolge veränderter Subventionsgrundlagen seitens des Kantonalen Amtes für Feuerschutz (AFS) war der Handel mit Feuerwehrartikeln im Jahre 2007 gegenüber 2006 um ca. 20% rückläufig. Weiterhin werden Kunden aus verschiedenen Kantonen bedient.

441.16 Besonderes

Es konnten zwei erfolgreiche DLZ-Kundenevents durchgeführt werden. Am 12. Mai referierte der Leiter der Aus- und Weiterbildung der Berufsfeuerwehr Karlsruhe, über das Thema «Falsche Taktik – grosse Schäden» im vollen Hörsaal des Kantonsspitals vor 180 Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz. Am 23. November präsentierte 50 Personen aus dem DLZ-Kundenkreis die AFG Arena St.Gallen und die dortigen Sicherheitsvorkehrungen.

441.2 Milizfeuerwehr

441.20 Einsätze

Die Milizfeuerwehr wurde zu total 19 (71) Einsätzen aufgeboden. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass 2007 keine Elementareinsätze zu leisten waren. An grösseren Bränden sind der Dachstockbrand an der Wallstrasse 5 und der Brand der St.Leonhardskirche zu erwähnen, zu welchem auch die Hubrettungsbühnen der Feuerwehren Gossau und Rorschach zugezogen wurden.

Daneben leisteten Angehörige der Milizfeuerwehr Wachtdienste bei 174 (181) Theatervorstellungen, anlässlich der OLMA und der OFFA sowie bei insgesamt 29 (14) Sport-, Firmen-, Fasnachtsanlässen und am Silvesterabend. Der Sanitätszug besorgte an 10 (2) Sport- und Firmenanlässen sowie am St.Gallerfest den Sanitätsdienst auf dem Festareal. Die Berufsfeuerwehr wurde während des St.Gallerfestes durch ein Element der Milizfeuerwehr verstärkt.

441.21 Ausbildung

Der Übungsbetrieb verlief gemäss dem von der Feuerschutzkommission und dem Kantonalen Amt für Feuerschutz genehmigten Übungsplan. Schwerpunkte bildeten die Schulung von Brandeinsätzen in Tiefgaragen, die Zusammenarbeit mit dem Lösch- und Rettungszug SBB und der gemeinsame Einsatz mit der Feuerwehr Tübach. Insgesamt wurden 151 (148) Übungen und 49 (48) Rapporte durchgeführt. 232 (177) Angehörige der Milizfeuerwehr haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen teilgenommen. Die vier korpseigenen Instruktoressen wurden sowohl intern als auch an regionalen und kantonalen Feuerwehrkursen eingesetzt. Kaderangehörige des Sanitätszuges wurden im Rahmen eines Erste-Hilfe-Kurses für Mitarbeitende der Stadtverwaltung als Klassenlehrer eingesetzt.

442 Zivilschutz

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 921	1 930	1 766
Ertrag	285	357	315
Aufwandüberschuss	1 636	1 573	1 451

442.1 RZSO St.Gallen

442.10 Bestände

FORMATIONEN DER RZSO	SOLL	IST 2006	IST 2007
Formationen mit Pager	414	332	369
Führungsunterstützungskompanie	68	76	78
– Lagezug	35	42	40
– Telematikzug	33	34	38
Betreuungskompanie Unterkunft	60	58	59
Pionierkompanie	127	91	99
Polizeidienstkompanie	60	52	60
Logistische Kompanie	99	55	73
– Verpflegungszug	31	24	28
– Material- und Reparaturzug	34	5	17
– Transportzug	34	26	28
Formationen ohne Pager	357	316	328
Logistische Koordinationsgruppe	13	–	–
Betreuungskompanie für Spezialeinsätze	114	117	124
Betreuungskompanie Periodische Schutzraumkontrolle (PSK)	83	75	84
Kulturgüterschutzzug	29	38	37
Unterhaltskompanie (Anlagewartung)	89	86	83

442.11 Einsätze

Nothilfeinsätze

2007 wurde die RZSO zum Nothilfeinsatz «Feuerbrandbekämpfung» in Mörschwil und Gaiserwald durch Bund oder Kanton aufgeboden. Während vier Wochen unterstützten Pioniere die Obstbauern bei Rodungen und Rückschnitten. Die Zivilschutz-Polizeidienstkompanie kam bei der Suche nach der vermissten Ylenia aus Appenzell zum Einsatz.

Einsätze bei Anlässen und zugunsten der Bevölkerung:

Bei der Fecht-Europameisterschaft halfen Freiwillige von Feuerwehr und Zivilschutz beim Auf- und Rückbau der Infrastruktur. Die Pionierkompanie erledigte diverse Bauarbeiten zugunsten der Vertragsgemeinden. U. a. wurde der Kirchweg als wichtiger Wanderweg mit einer Holzbrücke wieder begehbar

gemacht. Für den Verein TIXI-Behindertenbus standen während 35 Wochen jeweils zwei bis drei Zivilschutzpflichtige im Einsatz. Der Kulturgüterschutz evakuierte Kulturgüter aus dem Kirchturm St.Otmar, um sie fachgerecht an einem sicheren Ort zu lagern. Daneben wurden weitere Dokumentationen erstellt und die ersten Feuerwehr-Evakuationsblätter erstellt.

2007

Einsätze zugunsten der Allgemeinheit (Anzahl Tage)	1 360
Davon:	
– Fecht-Europameisterschaft	16
– CSIO	293
– OpenAir	252
– Feuerbrand	71
– Ylenia	54
– soziale Einsätze (TIXI, insieme, Heime)	496
– z.G. der Regionsgemeinden	178

Periodische Schutzraumkontrollen

Bund und Kanton schreiben vor, sämtliche Schutzräume einer Gemeinde jeweils innerhalb von fünf Jahren zu kontrollieren. 77 ausgebildete Schutzraumkontrolleure überprüften in 21 Arbeitsgruppen 567 Schutzräume mit 12 395 Schutzplätzen in den Gemeinden St.Gallen, Eggersriet und Gaiserwald. 55% der kontrollierten Schutzbauten wiesen keine, 25% leichte und 20% schwerwiegende Mängel auf. Die letzte Kategorie ist nicht oder nur bedingt einsatzbereit und muss zu Lasten der Besitzer innert vereinbarter Frist in Stand gestellt werden.

442.12 Ausbildung

145 (93) in Mels ausgehobene und in Bütschwil ausgebildete Zivilschutzpflichtige lernten an Informations- und Einteilungsrapporten die Struktur des modernen Zivilschutzes und die Voraussetzungen für Einsätze in Pager-Formationen kennen. Sie wurden mit ihrem Einverständnis definitiv eingeteilt. Die rasch einsetzbaren Formationen trainierten an mehreren Tages-WK und/oder Abendübungen von bis zu vier Stunden Dauer die Handhabung ihrer Geräte, um bei Einsätzen sicher arbeiten zu können.

ÜBERSICHT RAPPORTE/WIEDERHOLUNGSKURSE DER RZSO (ANZAHL DIENSTTAGE)

	2005	2006	2007
Rapporte, Pikettdienst			
Einteilungs- und Informations-Rapporte	101	150	164
Tages- und Abendrapporte	198	404	377
Pikettdienstleistungen Pager-Formationen	521	539	532
Ausbildungs-WK			
Kulturgüterschutzzug	205	215	157
Polizeidienstkompanie	298	268	438
Lagezug	79	99	146
Telematikzug	69	88	111
Betreuungskompanie	78	72	157
Pionierkompanie	238	349	272
Transportzug	41	48	52
Periodische Schutzraumkontrolle	789	536	511
Anlagewartungen, Material- und Reparaturzug	552	479	525
Verpflegungszug	16	27	31

442.13 Ausrüstung

Auf Anordnung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) wurden sämtliche 21 000 Schutzmasken 67 inklusive Filter (die so genannten Bevölkerungsschutzmasken), alle alten IVP (individuelle Verbandspäckchen) sowie sämtlicher Verbandstoff aus Sanitätsanlagen zur Entsorgung bereitgestellt. Im Auftrag des Kantons übernahm die Armee den Transport der 150 Rahmenpaletten zu den Sammel-

stellen des Bundes. Die Schneidegeräte 69/86 wurden der periodischen Kontrolle unterzogen. Dabei mussten alle Sauerstoff- und Acetylenflaschen durch neue, der EU-Norm angepassten Behältnisse ersetzt werden.

442.2 Logistik

442.20 Anlagen, Material und Unterhalt

Die periodischen Anlagekontrollen (PAK) wurden durch das Amt für Militär und Zivilschutz (AfMZ) im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) am 15. März in der Anlage BSA/San Po Haggen und am 20. März in der Anlage BSA/San Po Wiedacker erfolgreich durchgeführt. Im ersten Halbjahr wurde der Umbau der Sirenenfernsteuerung auf künftiges Infranet (ab ca. 2009) in der ganzen RZSO St.Gallen unter Anbindung der anderen Gemeinden realisiert. Im Zuge dieses Umbaus wurden zwei neue Kommandogeräte in der Stadtpolizei und im KP Ltg RZSO für eine zentrale Auslösung aller Sirenen installiert. Die zusätzlichen alten Kommandogeräte für die Fernsteuerung wurden nach den Vorgaben des BABS entfernt. In dieses Projekt der Modernisierung der Alarmierung wurde auch die Verdichtung des Sirenenetzes integriert, d. h. sieben alte Motorsirenen (4 KW) wurden durch stärkere, elektronische Sirenen ersetzt. Der Umbau des öffentlichen Schutzraumes im Parkhaus Cityparking Brühltor wurde mit der Überdruckprobe durch das BABS am 25. Juni 07 abgeschlossen.

442.21 Nutzung von Anlagen

Zivile Übernachtungen von Vereinen etc. in Zivilschutzanlagen:

ANZAHL DER ÜBERNACHTUNGEN	2005	2006	2007
Trp Unterkunft Schönau	150	395	450
ZS Anlage KBZ	188	113	190
ZS Anlage Wiedacker	145	713	167
ZS Anlage GBS	821	416	–
Total	1 304	1 637	807

442.3 Übungsanlage Hofen

Auf der Übungsanlage Hofen in Wittenbach haben diverse Feuerwehren, Institutionen, Firmen und private Personen Übungen durchgeführt und an Ausbildungen teilgenommen. Die Übungsanlage war während 73 (67) Tagen belegt. Die RZSO benützte die Übungsanlage an zwei WK-Tagen und sechs Abendübungen.

442.4 Militärische Einquartierungen

In der Truppenunterkunft Schönau waren militärische Truppen, aber auch Zivilisten einquartiert. In den Zivilschutzanlagen KBZ und Wiedacker erfolgten keine militärischen Einquartierungen.

MILITÄRISCHE ÜBERNACHTUNGEN	2005	2006	2007
Truppenunterkunft Schönau	–	1 100	1 684
ZS Anlagen	–	1 014	–
Total	–	2 114	1 684

5 DIREKTION TECHNISCHE BETRIEBE

50 DIREKTIONSSEKRETARIAT

501 Fachstelle Umwelt und Energie

- 501.1 Umweltkommunikation
- 501.10 Umweltinformation
- 501.11 Ökopodium
- 501.12 Ökomarkt
- 501.13 Umweltgerechte Beschaffung und Ökologie in der Stadtverwaltung
- 501.14 Recyclingpapier in der Stadtverwaltung und in den Schulen
- 501.2 Umweltbildung
- 501.3 Immissionsschutz
- 501.30 Luftbelastung
- 501.31 Lärm
- 501.32 Baugesuche
- 501.33 Feuerungsanlagen
- 501.34 Betriebe, Branchenlösungen
- 501.35 Strahlung
- 501.36 Übersicht Klagefälle
- 501.4 Energie
- 501.40 Energiekonz ept 2050
- 501.41 Energiefonds
- 501.42 Label Energiestadt
- 501.5 Umwelt und Gesundheit / Gesundheitsförderung
- 501.6 sanktgaller agenda 21

51 ENTSORGUNGSAMT

- 510.1 Abfallentsorgung
- 510.2 Gewässerschutz
- 511 Entsorgung von Siedlungsabfällen**
- 511.1 Entsorgung und Recycling
- 511.2 Thermische Abfallbehandlung im Kehrrichtheizkraftwerk (KHK)
- 512 Deponie Tüfentobel**
- 513 Gewässerschutz**
- 513.1 Kanalnetz Bau und Unterhalt
- 513.2 Abwasserreinigung

54 RAHMENKREDITE KANAL- UND WERKLEITUNGSERNEUERUNGEN

- 541 Controlling Rahmenkredite 2001 – 2008**
- 541.1 Rahmenkredit Erdgasversorgung
- 541.2 Rahmenkredit Wasserversorgung
- 541.3 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung
- 541.4 Rahmenkredit Kanalisation

55 SANKT GALLER STADTWERKE (SGSW)

56 VBSG VERKEHRSBETRIEBE

50 DIREKTIONSSEKRETARIAT

Aufgaben:

- berät und unterstützt den Direktor und die Dienststellen der Technischen Betriebe sowie die Organe der RWSG Regionale Wasserversorgung St.Gallen AG in betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragen
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und das Stadtparlament sowie Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- koordiniert Sachgeschäfte und Vorlagen an den Stadtrat und ans Stadtparlament sowie parlamentarische Vorstösse
- hat die Gesamtprojektleitung bei der Umsetzung des Energiekonzepts 2050 inne
- ist Sekretariat der Werkkommission und des Verwaltungsrates der RWSG

Im März nahm das Stadtparlament Kenntnis vom städtischen Energiekonzept 2050. Das Direktionssekretariat befasste sich im Berichtsjahr schwerpunktmässig mit ersten Umsetzungsarbeiten. Dazu gehören der Aufbau der Projektorganisationen, erste konzeptionelle Arbeiten für Reglementsrevisionen sowie die Begleitung von Konzeptstudien über die städtische Wärmeversorgung der Zukunft und energetische Optimierungen bei den eigenen Anlagen.

Das Direktionssekretariat wirkte zudem eng mit bei der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für die Erneuerung der VBSG-Trolleybusflotte und der Revision des städtischen Energiefondsreglements.

Die Rahmenkredite 2001 – 2004 für Kanal- und Werkleitungssanierungen wurden Ende Jahr definitiv abgerechnet.

Der Rechtsdienst prüfte in seiner Funktion als Kompetenzzentrum für das Vergabewesen zahlreiche städtische Ausschreibungen verschiedener Direktionen auf ihre Rechtmässigkeit.

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	551	554	576
Ertrag	339	308	310
Aufwandüberschuss	212	246	266
Personalbestand	3.0	3.0	3.0

Der höhere Aufwandüberschuss ist weitgehend auf einen höheren Personalaufwand (CHF 23 200) zurückzuführen. Der Sachaufwand entwickelte sich leicht rückläufig (CHF -1 200). Die Vergütungen der Betriebe fielen um CHF 7 800 höher aus, während die Busseneinnahmen aus unkorrekter Abfallbereitstellung gegenüber 2006 erneut tiefer ausfielen (CHF -5 600).

501 Fachstelle Umwelt und Energie

Aufgaben:

- vollzieht das Umweltschutzgesetz (USG)
- vollzieht die eidgenössische Luftreinhalte-Verordnung (LRV) bei allen Feuerungsanlagen, stationären Verbrennungsmotoren sowie bei den Betrieben mit Lösungsmittel- und Staubemissionen
- vollzieht die eidgenössische Lärmschutz-Verordnung (LSV): Messung, Beurteilung und Begrenzung von Aussenlärm-Immissionen bei allen Anlagen, ausser Staatsstrassen und Fluglärm
- vollzieht die Schall- und Laserverordnung (SLV)
- vollzieht die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- koordiniert die Bestrebungen der Stadt hinsichtlich Umweltschutz und Nachhaltiger Entwicklung
- ist zuständig für Umweltinformation, Umweltberatung und Umweltbildung
- ist Energiefachstelle der Stadt St.Gallen, vollzieht das städtische Energiefonds-Reglement und koordiniert den Energiestadt-Prozess

FINANZEN (CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 674	1 981	1 878
Ertrag	741	1 043	916
Aufwandüberschuss	933	938	962
Personalbestand	5.7	5.7	6.7

Um die durch das Energiekonzept 2050 ausgelösten Arbeiten bewältigen zu können, wurde der Personalbestand der Fachstelle um eine Stelle aufgestockt und diese mit einem Fachspezialisten Energieprojekte besetzt. Durch das zusätzliche Engagement an der OFFA 2007 zum Thema «Elektrosmog im Alltag» erhöhte sich der Aufwand um CHF 42 000.

501.1 Umweltkommunikation

KOSTEN (CHF 1 000)	2005	2006	2007
Ökopodien/Energietalk	12	13	20
Ökomarkt	6	6	3.5
Aktionen/Ausstellungen	75	116	*172
Berichte/Broschüren	32	58	31

* inkl. Wärmebildaktion (CHF 23 000, über dessen Betrag wird im Jahre 2008 wieder Rechnung an die Teilnehmenden gestellt) und OFFA-Sonderschau «Elektrosmog im Alltag» (CHF 42 000).

501.10 Umweltinformation

Die in Zusammenarbeit mit der Energiefachstelle des Kantons St.Gallen durchgeführte vierteilige EnergieTalk-Reihe «energisch vorwärts – neue energieperspektiven für die region st.gallen» hatte zum Ziel, in der Bevölkerung Verständnis für die Notwendigkeit und den Nutzen einer auf Langfristigkeit angelegten kantonalen und kommunalen Energiepolitik zu wecken. Mit über 500 Besucherinnen und Besuchern sowie einem sehr guten Medienecho war die Reihe ein Erfolg und trug massgeblich zur aktiven Energiediskussion in der Region bei.

Zusammen mit den Energiefachstellen der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein sowie dem Verein MINERGIE wurde an der IMMO-Messe 2007 die Sonderschau «MINERGIE –

Modernisieren mit Weitblick» präsentiert. An der Sonderschau fanden die Interessierten eine breite, neutrale Energieberatung und konkrete fachtechnische und gerätespezifische Auskünfte zu den unterschiedlichsten MINERGIE-Themen.

Mit einem Mobilitätsmarkt und dem Ökopodium «clevermobil in St.Gallen – Wie bewegen wir uns in die Zukunft» wurde im September die vorerst auf drei Jahre angelegte Kampagne clevermobil gestartet. Ziel der Kampagne ist, für eine sinnvoll kombinierte, ressourcenschonende und umweltfreundliche Mobilität zu sensibilisieren.

Im Rahmen der Aktion «Natur findet Stadt» wurde zum vierten Mal eine Agenda mit über 100 Veranstaltungen herausgegeben.

Zum Thema «Gesund und umweltbewusst im Alltag» wurde im Quartier Bruggen in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Pflegeheim ein Kurs durchgeführt. An den zwei Abenden zu den Themen Elektrosmog, Energie, gesundes Wohnen, Entspannung und Konsum nahmen insgesamt rund fünfzig interessierte Personen teil.

Im Jahr 2007 war die Stadt St.Gallen wiederum NewRide-Gemeinde und führte das Aktionsprogramm für Elektro-Zweiräder mit verschiedenen Aktivitäten an der OFFA, am Öko- und am Mobilitätsmarkt weiter.

An der OFFA wurde die Sonderschau «Elektrosmog im Alltag» durchgeführt. Das Publikum konnte sich über die nichtionisierende Strahlung elektronischer Kommunikationsgeräte und anderer strombetriebener Geräte aus dem Alltag informieren und lernen, wie zu Hause die Belastung durch elektromagnetische Felder so gering wie möglich gehalten werden kann.

Die mittlerweile von 17 deutschsprachigen Kantonen adaptierte Broschüre «Elektrosmog im Alltag» wurde Ende 2007 von fast allen Französisch sprechenden Kantonen übersetzt und nachgedruckt. Somit wird dieses für den Laien gut verständliche und ursprünglich städtische Produkt beinahe in der ganzen Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein an die interessierte Bevölkerung abgegeben.

Die erstmals in der Heizperiode 06/07 durchgeführte Wärmebild-Aktion wurde Ende 2007 in Zusammenarbeit mit dem Hauseigentümergebiet wiederholt. Mit über 600 aufgenommenen Gebäuden konnte das Kontingent gegenüber dem Vorjahr um 50% erhöht werden. Der Wärmebildbericht wurde an die im Vorjahr gemachten Erfahrungen angepasst und bezüglich Informationsgehalt optimiert. Er enthält neu eine Gesamtbeurteilung des Gebäudes und einen Vorschlag, in welcher zeitlichen Reihenfolge welche Sanierungsmassnahmen ausgeführt werden sollen.

Am Bauernmarkt und an der St.Galler Party wurde die Bevölkerung über Umwelt-, Energie- und Gesundheitsthemen informiert.

501.11 Ökopodien

Im Zentrum des Ökopodiums am 20. September zum Start der Kampagne clevermobil stand die Frage, wie eine clevere Mobilität in der Zukunft aussieht.

501.12 Ökomarkt

Rund 70 Teilnehmende aus Stadt und Region präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen am 13. Ökomarkt. Die Fachstelle beteiligte sich mit einem Stand zum ökologischen Fussabdruck.

501.13 Umweltgerechte Beschaffung und Ökologie in der Stadtverwaltung

Die Fachgruppe «Ökologie am Arbeitsplatz und umweltgerechte Beschaffung» befasste sich an vier Sitzungen mit dem Masterplan Energie für eine Vorbildwirkung der Stadtverwaltung im Bereich Energie sparen und Energieeffizienz. Weitere Themen waren der Einsatz von Recyclingpapier und die Feinstaubproblematik bei Fahrzeugen. Der verwaltungsinterne Öko-Wanderpreis «Der goldene Bleistift» wurde an das Schulhaus Grossacker verliehen für seine verschiedenen Umweltaktivitäten und das erfolgreiche Engagement des Schulhausteams, den Kindern den Gedanken des Umweltschutzes näher zu bringen.

Der Hauswartkurs zu den Themen Energie sparen und Umweltschutz für die leitenden städtischen Hauswarte wurde im Berichtsjahr zweimal durchgeführt.

501.14 Recyclingpapier in der Stadtverwaltung und in den Schulen

VERWENDUNG VON RECYCLING-PAPIER	2005	2006	2007
Gesamtverbrauch A3- und A4-Papier (ohne farbige, in Mio.)	10.4	10.5	12.2
Anteil Recycling-Papier gesamt (%)	54	55	55
Anteil in Stadtverwaltung (%)	61	61	60
Anteil in Schulen (%)	35	37	46

501.2 Umweltbildung

In Zusammenarbeit mit dem Schulamt, den Sankt Galler Stadtwerken, der RWSG Regionale Wasserversorgung St.Gallen AG und dem Entsorgungsamt wurde das Lehrmittel «Umwelt und Energie – gewusst wie!» für die Oberstufe erarbeitet. Es enthält stufengerechte Angebote zu verschiedenen Umweltthemen mit Bezug zur Stadt St.Gallen. Das Lehrmittel wurde allen Oberstufenklassen der Stadt abgegeben.

Die Energiestädte St.Gallen, Gaiserwald und Wittenbach luden im Mai die Oberstufenklassen aus ihren Gemeinden zu einer kostenlosen Filmvorführung von Al Gores «Eine unbequeme Wahrheit» ein. Knapp 60 Klassen mit rund 1200 Schülerinnen und Schülern besuchten die Vorstellungen.

501.3 Immissionsschutz

501.30 Luftbelastung

Die Luftbelastung lag 2007 im Schwankungsbereich der vorangegangenen fünf Jahre, aber deutlich unter den Spitzenbelastungen von 2006 oder 2003. Weiterhin werden die Grenzwerte für die Leitschadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂), Feinstaub PM10 und Ozon auf Stadt-Gebiet überschritten. Auffallend waren kurze Feinstaub PM10-Spitzen in den Wintermonaten und kurze Ozonspitzen im April und Juli. Mehr Informationen unter www.ostluft.ch.

LUFTBELASTUNGSENTWICKLUNG AN DER MESSSTELLE RORSCHACHER STRASSE	2005	2006	2007
Stickstoffdioxid NO ₂ in µg/m ³ (Grenzwert 30 µg/m ³)	34	35	32
Ozon: Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen (120 µg/m ³)	146	295	107
Feinstaub, PM10 µg/m ³ (Grenzwert 20 µg/m ³)	18	21	16

501.31 Lärm

Auf Mitte des Jahres wurde das Immissionsschutzreglement bezüglich der für Baustellen geltenden Mittagsruhezeit angepasst. Neu endet auf dem ganzen Stadtgebiet die Mittagsruhezeit für Baustellenarbeiten einheitlich um 13.00 Uhr.

LÄRMSCHUTZ	2005	2006	2007
Beratung von Privaten	22	25	36
Beratung anderer Verwaltungsstellen	5	6	7
Erstellung von Lärmprognosen	12	9	8
INDUSTRIE- UND GEWERBELÄRM	2005	2006	2007
Erhebungen und Messungen	14	18	13
Verfügungen	4	2	–
Vereinbarungen	8	11	7

501.32 Baugesuche

BAUGESUCHSVERFAHREN	2005	2006	2007
Stellungnahmen zu Baugesuchen	326	307	319
Baugesuche Mobilfunk- oder Funk-Stationen	10	14	14
Sondernutzungsplan-Verfahren	5	6	7
UVP	4	3	–

Die interne mittlere Durchlaufzeit eines Baugesuches belief sich auf 4.4 Arbeitstage, leicht höher als im letzten Jahr. Der Grund lag in der Neubesetzung der zuständigen Stelle und der daraus folgenden Einarbeitungszeit des neuen Mitarbeiters. Gegen Ende des Jahres nahm die mittlere Durchlaufzeit bereits wieder ab. Es wurden hauptsächlich Personen mit Bauabsicht frühzeitig über die Anforderungen des Immissionsschutzes informiert, und für grössere Bauvorhaben Beratungen bezüglich der Umweltvorschriften (Lärmschutz, Ruhezeiten und Luftreinhaltung/Partikelfilter) durchgeführt.

501.33 Feuerungsanlagen

FEUERUNGSANLAGEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	134	132	*124
Gebühreneinnahmen	129	102	109
Deckungsgrad %	96	77	88

* Der geringere Aufwand ist darauf zurückzuführen, dass weniger Stichprobenmessungen extern vergeben wurden.

ANLAGEN-STATISTIK	2005	2006	2007
Zahl der messpflichtigen Feuerungsanlagen	7 240	7 233	7 260
Installierte Leistung (in MW)	602	579	576
Anteil Heizöl «Extra Leicht» in %	68	67	65
Anteil Erdgas in %	32	32	34
Anteil Low-NOx-Technik in %	55	56	59
Zahl Blockheizkraftwerke	20	21	19

MESSUNGEN UND BEWILLIGUNGEN	2005	2006	2007
Abgasmessungen Feuerungsanlagen	3 156	3 297	3 373
Stichprobenmessungen zur Qualitätssicherung	252	198	123
Bewilligungen Neuanlagen	287	288	286
Sanierungsverfügungen/-mitteilungen	390	916	805
Zahl der offenen Sanierungen	638	*1 303	*1750

* Ab Anfang 2005 wurden mit der Revision der LRV der verschärfte Grenzwert für den energetischen Wirkungsgrad und neue Grenzwerte für die Stickoxidemissionen für die meisten Anlagen rechtskräftig. Letztere wurden aus Verfahrensgründen erst ab 2006 vollzogen. Als Folge dieser LRV-Revision haben die Sanierungsverfügungen/-mitteilungen und die Zahl der offenen Sanierungen stark zugenommen.

501.34 Betriebe, Branchenlösungen

Im Berichtsjahr standen bei den Branchen Baupolier und Reparaturbetriebe Kontrollen an, die durch das jeweilige Brancheninspektorat durchgeführt wurden. Das Dossier eines Reparaturbetriebs wurde zur weiteren Bearbeitung an die Fachstelle als zuständige Behörde weitergeleitet, vier befinden sich noch in einem Sanierungsverfahren. Die Baupolier-Betriebe hielten die umweltschutzrechtlichen Anforderungen zwischen gut und sehr gut ein.

Für die Baupolier-Branche wurde der Leitfaden «Malen und renovieren – umweltbewusst und sicher» neu aufgelegt.

Für die Branchenlösung der Baustoffrecycler sollen die Anforderungen an Baumaschinen bezüglich Partikelemissionen ab Mitte 2008 auf Verordnungs- statt wie bisher auf Richtlinienenebene geregelt werden.

501.35 Strahlung

NICHT IONISIERENDE STRAHLUNG (NIS)	2005	2006	2007
Bewilligte Mobilfunk-Standorte auf Stadtgebiet	60	70	77
dazugehörige Mobilfunk-Anlagen (pro Funkdienst)	150	183	191

Aufgrund von Anfragen aus der Bevölkerung zur aktuellen Belastungssituation wurden mit dem Hochfrequenz-Feldstärkemessgerät der Fachstelle 17 Messungen in Haushaltungen und Betrieben durchgeführt. Die Messungen zeigten, dass sich die Mobilfunkbelastung auf Stadtgebiet, insbesondere in den gemessenen Wohnungen, im einstelligen Prozentbereich des Grenzwertes bzw. im Rahmen der übrigen externen Funkanwendungen wie Radio, Fernsehen, Betriebsfunk usw. bewegt. Im näheren Umfeld der Basisstationen hingegen kann der Mobilfunk mit Werten im tiefen zweistelligen Prozentbereich des Grenzwertes in Erscheinung treten. In den überwiegenden Fällen befanden sich die Hauptbelastungsquellen elektromagnetischer Strahlung jedoch in der eigenen Wohnung oder in jenen der Nachbarn. So produzieren die Basisstationen und Peripheriegeräte von schnurlosen DECT-Telefonen oder drahtlosen Computernetzwerken (WLAN) im Nahbereich deutlich stärkere Felder als entfernte Mobilfunkbasisstationen. Eine Veränderung der Belastung durch das Projekt «Wireless St.Gallen» ist nicht feststellbar. Dies lässt sich durch die Tatsache belegen, dass die dafür benötigten Senderanlagen mit einer vergleichsweise sehr schwachen Leistung arbeiten, so dass – wie bereits erwähnt – inhouse-produzierte elektromagnetische Felder überwiegen.

501.36 Übersicht Klagefälle

KLAGEFÄLLE	2005	2006	2007
Geruchsbelästigungen durch Feuerungen	9	10	9
Abfallverbrennen im Freien	3	3	6
Geruchsbelästigungen aus Betrieben	8	6	4
Andere Luftbelastungen	6	3	2
Lärmbelästigungen durch Anlagen gemäss LSV	19	22	19
Belästigungen durch Fluglärm	12	9	5
NIS-Immissionen	23	21	10
Gewässer- und Bodenverschmutzung	3	1	–
Illegale Abfallablagerung auf privatem Grund	4	12	11
Meldungen bezüglich Wohngiften	3	5	2

Lärmbelästigungen wurden durch die Gewerbe Polizei mit fachlicher Unterstützung der Fachstelle Umwelt und Energie behandelt. Es wurden hauptsächlich Lärmbelästigungen durch Gastwirtschaften infolge übermässigem Personenlärm oder lautem Musikbetrieb und Lärmbelästigungen durch Baustellen und technische Anlagen gemeldet.

Illegale Abfallablagerungen auf privatem Grund sind ein Dauerthema. Viele Vorfälle konnten durch Beratung der Quartierpolizei und ohne Klageeinreichung erledigt werden. In den genannten elf Fällen erging eine telefonische oder schriftliche Mitteilung an die Liegenschaftsbesitzer, die die Räumung in der Regel umgehend veranlassten. In einem Fall musste eine Zwangsräumung veranlasst werden.

501.4 Energie

501.40 Energiekonzept 2050

Das im März vom Parlament zur Kenntnis genommene Energiekonzept 2050 löste bereits einige Projekte aus, deren Leitung der Fachstelle übertragen wurden. Es sind dies der bis auf das Einzelgebäude verfeinerte Energie-Kastaster, der Masterplan Energie, der die Vorbildwirkung der Stadtverwaltung definiert, eine Energiestudie zur energetischen Optimierung der Energieanlagen Au (ARA, KHK und Fernwärme West), raumplanungsrechtliche Standortabklärungen für ein Kombikraftwerk im Osten der Stadt, Machbarkeitsabklärungen für eine Sondierbohrung mit dem Fernziel eines Tiefengeothermie-Kraftwerks sowie der Richtplan Energie mit den energierelevanten Angaben über Wärmeangebot und -verbrauch.

Das Energiekonzept 2050 geniesst in Fach- und Politikkreisen weit über die Stadtgrenzen hinaus grosse Aufmerksamkeit. Es konnte bereits an zwei nationalen und drei regionalen Veranstaltungen präsentiert werden. Verschiedene Städte und Kommunen sind nun ebenfalls daran, ein eigenes Energiekonzept zu erarbeiten, und haben sich nach Unterlagen und Beratung durch die Fachstelle erkundigt.

Um die durch das Energiekonzept betroffenen Akteure, namentlich die Wärmebranche und die Hauseigentümerinnen und -eigentümer zur Mitarbeit bewegen zu können, wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt, in welchen sie einerseits die für sie wichtigen Informationen erhalten und mit Ideen und Kritik ihren Beitrag an eine möglichst praktikable Umsetzung des Energiekonzeptes leisten konnten.

Im Berichtsjahr wurde eine Erdsondeneignungskarte auf den Internet-Stadtplan aufgeschaltet, anhand der sich alle Interessierten hinsichtlich Realisierbarkeit einer Erdsonden-Wärmepumpenanlage, sei es als Ersatz im Rahmen einer fälligen Heizungssanierung, sei es für einen Neubau, orientieren können.

501.41 Energiefonds

ENERGIEFONDS	2005	2006	2007
Behandelte Gesuche	68	76	111
Zugesprochene Beiträge (CHF 1 000)	842	911	898
dadurch erzielbare CO ₂ -Reduktion jährlich (t)*	566	539	584
bzw. erzielbare CO ₂ -Reduktion über Nutzungsdauer (t)	16 400	15 900	16 860
Abgeschlossene Gesuche	45	60	72
Ausbezahlte Beiträge (CHF 1 000)	558	816	734
Stand der Energiefonds-Mittel (CHF 1 000)	1 069	954	1 220
Energieberatungen an Private und Institutionen	nicht erhoben	ca. 200	292

* Diese Werte korrelieren nicht zwangsläufig mit den zugesprochenen Beiträgen, da sie durch festgelegte Maximalbeitragsätze und durch die Vorschrift, dass nur nicht amortisierbare Massnahmen gefördert werden dürfen, limitiert werden können. Als Folge der gestiegenen Energiepreise ist die Wirtschaftlichkeit von energieeffizienzsteigernden Investitionen schneller gegeben.

501.42 Label Energiestadt

LABEL ENERGIESTADT	2005	2006	2007
Prozentzahl der erreichten Punkte	68%	*	74%

* Im Zusammenhang mit den laufenden Arbeiten am Energiekonzept 2050 wurde auf ein Zwischenaudit verzichtet. Im erheblich verbesserten Ergebnis des Zwischenaudits 2007 zeigte sich das Energiekonzept 2050 der Energiestadt St.Gallen. Die mit dem Energiekonzept im Berichtsjahr initialisierten Projektarbeiten dürften noch die nötigen Punktezuwächse generieren, sodass die für 2008 geplante Rezertifizierung als Energiestadt Gold (mindestens 75%) in Griffweite gerückt ist.

501.5 Umwelt und Gesundheit / Gesundheitsförderung

Im Berichtsjahr wurden einzelne Anfragen und Klagen zu den Themen Wohngifte, Schall- und Laserschutz oder Radon-Strahlung bearbeitet und wo nötig Beratungen durchgeführt.

Unter der Koordination der Fachstelle beteiligte sich die Stadtverwaltung mit 25 Teams an der Aktion «bike to work».

Die Unterhaltungs- und Musikbetriebe mit Verstärkeranlagen wurden auf die per 1. April 2007 revidierte eidgenössische Schall- und Laserverordnung (LSV) aufmerksam gemacht und über die massgeblichen Änderungen informiert. Diese Revision hat zu Unsicherheiten in der Branche und der Behörde geführt, bestätigt nun aber die bereits rechtskräftigen Bestimmungen des städtischen Immissionsschutzreglementes, wonach eine elektronische Schallpegelbegrenzung beziehungsweise Schallpegelüberwachung in solchen Betrieben installiert sein muss. Den Betrieben wurde nochmals die Gelegenheit gegeben, die technischen Voraussetzung zur Einhaltung der nun auch auf Bundesebene geltenden Vorschriften zu schaffen, weshalb die angekündigten Kontrollen noch nicht vorgenommen wurden.

501.6 sanktgaller agenda 21

Mit der Unterzeichnung der Aalborg Commitments für eine Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2005 hat sich die Stadt St.Gallen verpflichtet, in einem Baseline Review eine Standortbestimmung vorzunehmen. Im 2007 wurde dieser Bericht erstellt und dem Aalborg Commitments-Sekretariat eingereicht. Er beschreibt die vorhandenen Konzepte, die politischen Verpflichtungen, die Organisation der Nachhaltigen Entwicklung in der Stadt St.Gallen und die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf die zehn Themen der Commitments. Für das Patronat ‚sanktgaller agenda 21‘ wurde ein Treffen mit der Vorstellung und Anwendung des Instruments «Projektanalyse Nachhaltige Entwicklung» durchgeführt.

51 ENTSORGUNGSAMT

Aufgaben:

Abfallentsorgung:

- ist verantwortlich für die Entsorgung von Abfall- und Wertstoffen und deren Infrastrukturen
- betreibt das Kehrichtheizkraftwerk (KHK) zur thermischen Abfallbehandlung und Energieproduktion
- betreibt die Deponie und ist verantwortlich für die umweltgerechte Entsorgung von Verbrennungsrückständen sowie thermisch nicht verwertbarer Abfallfraktionen

Gewässerschutz:

- sichert die umweltgerechte Ableitung und Behandlung verschmutzter Abwässer aus dem Siedlungsgebiet
- führt die generelle Entwässerungsplanung
- betreibt die Abwasserreinigung zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers

510.1 Abfallentsorgung

Nach den positiven Erfahrungen mit der Abfallbereitstellung in Unterflurbehältern (UFB) im Testgebiet Linsebühl / St.Fiden beschloss das Stadtparlament die Ausweitung des Projektes auf das gesamte Stadtgebiet und genehmigte dafür einen Verpflichtungskredit von gut CHF 5 Mio. Ziel ist eine 80%-Erschliessung der Stadt mit UFB in einem Zeitrahmen von rund acht Jahren. Privat erstellte UFB werden gegen eine pauschale einmalige Entschädigung durch die Stadt übernommen, sofern sie öffentlich zugänglich gemacht werden. Die weitere Erschliessung mit UFB erfolgt primär in Gebieten mit speziellen Sauberkeitsproblemen, in Randgebieten, an Standorten, die aus Quartieren vorgeschlagen werden und bei denen die Sicherheit und Effizienz der Sammlung verbessert werden kann sowie bei anstehenden Strassensanierungsarbeiten.

Der Kehrichtsammeldienst und der Sammeldienst für Wertstoffe (Altglas) wechselt mit allen technischen und personellen Ressourcen vom Tiefbauamt ins Entsorgungsamt. Die Integration erfolgt räumlich in das Kehrichtheizkraftwerk (KHK). Sowohl beim KHK als auch bei der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Au sind Infrastrukturanpassungen für die Eingliederung der Sammeldienste erforderlich. Gesamthaft ergeben sich erhebliche Synergien in den Bereichen Führung, Planung und Aufgabenerfüllung.

Mit der neuen energiepolitischen Ausrichtung wurde die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) in Kehrichtheizkraftwerk (KHK) umbenannt. Den Aspekten der nachhaltigen Produktion elektrischer und thermischer Energie wird damit ein höherer Stellenwert zugemessen. Die Verträge mit den Regionsgemeinden der Abfallregion St.Gallen – Rorschach – Appenzell wurden erneuert. Die neuen Verträge sehen keine Mitsprache der Regionsgemeinden in Investitions- und Betriebsfragen mehr vor. Parallel zu den neuen Verträgen wurde der Verbrennungspreis für Abfälle aus den öffentlichen Sammlungen den Marktverhältnissen angepasst und von CHF 170 auf CHF 150 pro Tonne Abfall reduziert. Als erstes Projekt im Rahmen der rollenden Erneuerung der Anlage wurden die Steuerungsanlagen und der Kommandoraum erneuert. In einem nächsten Schritt erfolgen altersbedingt umfangreichere Sanierungen an den Ofenlinien, den Infrastrukturen und Erneuerungen an den technischen Anlagen sowie am Gebäude. Die bisher ausgeführten Erneuerungsarbeiten und die energetischen Aspekte der Anlage wurden interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und der Region im Rahmen eines Tages des offenen Kehrichtheizkraftwerks vorgestellt.

Der erste Teil des gesetzlich geforderten Abschlussprojektes für die Deponie Tüfentobel, das sich über einen Zeitraum von rund 40 Jahren erstreckt, ist weitgehend abgeschlossen. Kernelemente des Projektes

sind die Ausgestaltung des Reaktor- und Schlackenkompartiments, die Etappierungen, die Bacheindolungen und Sickerleitungen, die etappenweise Endgestaltung der Deponieoberfläche, offene Bachführungen sowie die betriebliche Infrastruktur. Zusammen mit den noch zu erstellenden Eindolungen werden bis zum Deponieabschluss gut fünf Kilometer Bachläufe wieder offen geführt. Damit wird die Fischgängigkeit zur Sitter durch eine direkte Verbindung sichergestellt, und topographische Hindernisse werden beseitigt. Im Berichtsjahr wurde der Rütibach im oberen Abschnitt neu gebaut und im unteren Bachabschnitt ausgebaut. Ein weiteres Projekt der Deponie ist die Entschrottung der zukünftig wieder auf der Deponie Tüfentobel abzulagernden Schlacke aus dem KHK. Es wird davon ausgegangen, dass mit der Entschrottung jährlich rund 1 500 Tonnen Metalle der Wiederverwertung zugeführt werden können.

510.2 Gewässerschutz

Wegen der Einleitung von gereinigtem Abwasser aus der ARA Hofen und den Mischwasserüberläufen aus der Kanalisation der Stadt handelt es sich bei der Steinach um ein stark belastetes Gewässer. Im Unterlauf der Steinach fliesst bis zu 80% gereinigtes Abwasser. Das ungenügende Mischverhältnis mit Bachwasser würde auch bei einer umfangreichen Nachrüstung der ARA Hofen, z.B. mit Membranbiologie, Filtration und Ozonisierung, bestehen bleiben. Entsprechend wäre der gewässerökologische Nutzen für die Steinach auch bei einer umfangreichen Anlagennachrüstung bescheiden. Eine wesentliche Verbesserung der Wasserqualität der Steinach ist mit einer direkten Ableitung des gereinigten Abwassers in den Bodensee erreichbar. Ebenso wird für eine spätere Generation die Option gesichert, mit dem Abwasserverband Morgental eine gemeinsame, grössere Anlage realisieren zu können. Massnahmen auf der ARA Hofen zur Werterhaltung und Optimierung und der Bau der Ableitung für das gereinigte Abwasser in den Bodensee liegen zeitlich auseinander und haben keinen direkten sachlichen Zusammenhang.

2007 wurden die bestehenden Kontakte mit umliegenden Anlagen intensiviert. Einerseits wurde mit der Gemeinde Teufen ein Projekt bearbeitet, das eine Absichtserklärung für einen Zusammenschluss bei späteren Anlagenerneuerungen beinhaltet. Andererseits wurde mit dem Abwasserverband Flawil-Degersheim-Gossau ein Beratungsmandat abgeschlossen. Die Vertragsgrundlagen über die Mitbenützung der ARA Au durch die Stadt Gossau und die Gemeinde Gaiserwald wurde den frachtmässigen Belastungen angepasst.

511 Entsorgung von Siedlungsabfällen

511.1 Entsorgung und Recycling

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Einnahmen	7 345	7 459	7 774
Aufwand	6 989	6 865	6 547
Stand Ausgleichskonto	2 336	2 930	4 157
Personalbestand	5.0	5.0	5.0

Die etwas höhere Hauskehrmenge führte zu leicht höheren Gebühreneinnahmen. Abermals deutlich über dem Vorjahr liegen die marktabhängigen Erträge aus der Wiederverwertung von Altpapier und Karton. Trotz höheren Amortisationslasten aufgrund der Erstellung von Unterflurbehältern (UFB) nahm der Aufwand gesamthaft infolge tieferer Verbrennungsgebühren des KHK ab. Durch die höheren Einnahmen und den reduzierten Aufwand stieg der Rechnungsüberschuss gegenüber 2006 von CHF 594 000 auf CHF 1 227 000.

MENGENENTWICKLUNG (in t)	2005	2006	2007
Hauskehricht Stadt	17 213	17 030	17 127
Separatsammlungen	8 512	8 487	8 398
Total Sammelmenge	25 725	25 517	25 525

Die Hauskehrichtmenge nahm um 97 Tonnen bzw. 0.6% zu und die Menge gesammelter Wertstoffe um 89 Tonnen bzw. 1% ab. Die Menge des gesammelten Altpapiers und Kartons reduzierte sich um 49 auf 5 734 Tonnen. Die Altglasmenge liegt mit 2 350 Tonnen um 29 Tonnen über dem Vorjahreswert. Im Bereich Altmetall (inkl. Aluminium und Weissblech) ergab sich eine um 69 Tonnen reduzierte Sammelmenge von 314 Tonnen.

511.2 Thermische Abfallbehandlung im Kehrrichtheizkraftwerk (KHK)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Einnahmen	15 741	15 881	15 748
Aufwand*	10 662	11 240	10 879
Abschreibungen	569	936	1 160
Stand Ausgleichskonto	4 000	4 000	4 000
Baureserve	22 835	26 540	30 249
Personalbestand	30.2	28.2	27.2

* exkl. Einlage in die Baureserve und Abschreibungen

Der Ertrag des KHK liegt um CHF 133 000 bzw. 0,8% und der Betriebsaufwand um CHF 361 000 bzw. 3.2% unter demjenigen des Vorjahres. Höheren Einnahmen aus der Abgabe elektrischer und thermischer Energie stehen aufgrund reduzierter Verbrennungsgebühren für Hauskehricht tiefere Gebühreneinnahmen gegenüber. Sowohl der Personalaufwand als auch der Sachaufwand liegen leicht unter dem Vorjahresergebnis. Trotz höheren Abschreibungen von CHF 224 000 infolge von Investitionen zur Erneuerung der Steuerungsanlage liegt der Ertragsüberschuss mit CHF 3 709 558 leicht über dem Vorjahresergebnis. Mit der Einlage dieses Betrags in die Baureserve erhöht sich diese auf einen Stand von CHF 30 249 000. Das Ausgleichskonto weist weiterhin einen Saldo von CHF 4 Millionen auf.

MENGENENTWICKLUNG (in t)	2005	2006	2007
Sammeldienst Region	25 399	25 338	25 585
Sammeldienst Stadt	17 213	17 030	17 127
Klärschlamm	5 087	6 239	5 762
Direktanlieferungen Dritte	28 607	30 325	30 070
Gesamtmenge	76 306	78 932	78 544

Die Anliefermenge an das KHK nahm gegenüber dem Vorjahr um 388 Tonnen bzw. 0.5% ab, liegt aber im langjährigen Vergleich auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Die in den Vorjahren stark angestiegenen Anlieferungsmengen Dritter haben sich stabilisiert, während die in den Vorjahren tendenziell rückläufigen Hauskehrichtanlieferungen aus Region und Stadt geringfügig zunahmen.

512 Deponie Tüfentobel

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Einnahmen	5 510	7 132	7 631
Betriebsaufwand	3 205	3 382	3 901
Abgeltung an den allgemeinen Haushalt	1 000	1 000	1 000
Abschreibungen	636	313	263
Einlage in den Fonds für ökologische Ausgleichs-Massnahmen	–	44	65
Überschuss Laufende Rechnung	669	2 393	2 402
Rückstellungen für Nachsorge / Risiko	8 249	8 249	8 249
Rückstellungen Betrieb / Abschluss	21 175	19 371	18 987
Ausgleichskonto	4 000	4 000	4 000
Total Rückstellungen / Ausgleichskonto	33 424	31 620	31 236
Rückstellungsbedarf inkl. Nachsorge *	26 140	23 500	19 688

* diese Mittel müssen bis zum Deponieabschluss noch geöffnet werden

Die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr sind weitgehend auf höhere Gebühreneinnahmen infolge grösserer Ablagerungsmengen zurückzuführen. Auf eine Verzinsung der Rückstellungen durch die Stadt wurde wie im Vorjahr verzichtet. Die Abschreibungen von Investitionen aus dem Deponieabschlussprojekt erfolgten direkt über die Rückstellungen. Nach einer Einlage von CHF 2 402 000 und Abschreibungen von CHF 2 786 000 reduziert sich das Total aller Rückstellungen (inkl. Ausgleichskonto) von CHF 31 620 000 auf neu CHF 31 236 000.

MENGENENTWICKLUNG (in t)	2005	2006	2007
Inertes Material	130 410	407 628	419 357
Reaktormaterial	17 567	23 553	29 954
Kompostierbare Abfälle (keine Küchenabfälle)	10 571	4 110	3 692
Total Anlieferungen	158 548	435 291	453 003

Die Anlieferungsmengen auf die Deponie Tüfentobel liegen mit Ausnahme der kompostierbaren Abfälle über den Vorjahreswerten. Im Bereich des inerten Materials ist der erhebliche Volumenanstieg gegenüber 2005 auf die Erschliessung der weiteren Schüttetappe im Rahmen des Deponieabschlussprojektes, die Anpassung der Ablagerungsgebühren auf ein marktkonformes Niveau sowie auf verschiedene Grossbaustellen zurückzuführen. Der weitere Rückgang bei den kompostierbaren Abfällen weist neben dem Verbot der Mitkompostierung von Klärschlamm auf neue Anbieter und veränderte Rahmenbedingungen bei der Grüngutverwertung hin.

513 Gewässerschutz

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Gebühren und Beiträge	16 602	16 866	15 887
Nettoaufwand der Betriebe	16 020	15 360	14 495
Stand Ausgleichskonto	14 628	16 134	17 526

Die Gebühren und Beiträge nahmen gesamthaft um CHF 979 000 ab. Die auf den 1.1.2007 eingeführte Senkung der Entwässerungsgebühr führte zu Mindereinnahmen von rund CHF 1.80 Mio. Aufgrund einer Praxisänderung bei der Gebührenerhebung für nur teilweise oder nicht überbaute Grundstücke liegt die Mindereinnahme mit CHF 0.2 Mio. über den Erwartungen. Aus der mit der Senkung der Entwässerungsgebühren verbundenen Erhöhung der Schmutzwassergebühr resultierten Mehreinnahmen von CHF 0.70 Mio. Unter Einbezug einer periodenfremden Buchung wäre der Ertrag der Schmutzwassergebühren um rund CHF 1.20 Mio. angestiegen. Die Flächen- und Gebäudebeiträge lagen leicht über dem Vorjahresniveau. Der Minderaufwand der Betriebe von CHF 865 000 ist auf rückläufige Amortisationslasten, eine kostengünstigere Klärschlammensorgung sowie auf einen reduzierten Personalaufwand beim Kanalunterhalt zurückzuführen.

513.1 Kanalnetz (Bau und Unterhalt)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Einnahmen	262	151	128
Betriebsaufwand	2 082	1 990	1 769
Zinsen und Abschreibungen	5 786	5 440	5 337
Aufwandüberschuss	7 606	7 279	6 978
Personalbestand	20.0	19.0	20.0

Der Anteil der Kapitalkosten beträgt 75% (Vorjahr 73%) des Gesamtaufwandes. Bei den Erträgen handelt es sich um Abgeltungen für Leistungen des Kanalunterhaltes.

INVESTITIONSRECHNUNG KANALNETZ	2005	2006	2007
Kanalnetzerweiterungen:			
– in Laufmetern	542	2 128	820
– in CHF 1 000	450	1 938	849
Konventionelle Kanalsanierung:			
– in Laufmetern	1 405	577	1 205
– in CHF 1 000	4 044	1 089	2 618
Inlining (Innensanierung)			
– in Laufmetern	199	788	1 022
– in CHF 1 000	106	378	667
Robotertechnik (punktuelle Innensanierungen) in CHF 1 000	57	183	83
Total Instandstellungen			
– in Laufmetern (ohne Robotertechnik)	2 146	3 493	3 047
– Gesamtkosten in CHF 1 000	4 657	3 588	4 217

Die Ausgaben für Kanalnetzerweiterungen betragen im Berichtsjahr 20% (Vorjahr 54%) der Gesamtausgaben für das Kanalnetz von CHF 4.217 Mio. Einen Anteil von 80% machen somit die Aufwendungen für Kanalnetzsaniierungen aus, wobei betragsmässig der grössere Teil auf die konventionelle Sanierungsmethode mittels Aufgrabungen entfällt.

513.2 Abwasserreinigung

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Einnahmen	1 292	1 168	1 205
Betriebsaufwand	4 471	4 353	4 150
Zinsen und Abschreibungen	2 766	2 389	2 156
Aufwandüberschuss	5 945	5 574	5 101
Personalbestand	13.0	12.0	12.0

Die Belastungen durch Zinsen und Abschreibungen tendierten weiter rückläufig. Sie betragen aktuell 34% des Gesamtaufwandes (Vorjahr 35%). Der reduzierte Betriebsaufwand ist auf tiefere Kosten für die thermische Klärschlammbehandlung und den Unterhalt zurückzuführen.

MENGENENTWICKLUNG	2005	2006	2007
Zuflussmenge (in 1 000 m ³)	17 600	17 000	17 400
Klärschlamm (in 1 000 m ³)	40	38	41

541 Controlling Rahmenkredite 2001–2004

541.1 Rahmenkredit Erdgasversorgung

Bis 31. Dezember 2007 gab der Stadtrat 57 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Erdgasversorgung im Umfang von CHF 7.502 Mio. frei. Dies entspricht 82.4% des gesamten Rahmenkredites von CHF 9.100 Mio. Die 57 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 11 727 Meter auf. Saniert wurden in den vergangenen drei Jahren insgesamt 9 209 Meter oder jährlich durchschnittlich 1.30% des gesamten Erdgasnetzes (236 km). Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 77 Jahren (Zielgrösse: 70 Jahre).

Beim freigegebenen Betrag von CHF 7.502 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen CHF 640. Gerechnet wurde in der Vorlage ans Stadtparlament mit einem durchschnittlichen Laufmeterpreis von CHF 720 pro Laufmeter.

Bis Ende Dezember 2007 konnten schon 18 Projekte abgerechnet werden. Die abgerechneten Projekte weisen eine Gesamtlänge von 3 969 m und Kosten von CHF 1.876 Mio. auf. Dies entspricht einem Laufmeterpreis von CHF 472 pro Laufmeter.

Bei diversen Projekten der Erdgas- und Wasserversorgung musste – entgegen den Annahmen bei der Projektierung – kein Kostenanteil für Belagsinstandstellungen übernommen werden. Im Weiteren wurde der Aufwand für die eigenen Monteurstunden in einigen Projekten überschätzt. Sobald aufgrund der Nachkalkulationen genauere Zahlen vorliegen, werden die Annahmen für die Kosten pro Laufmeter angepasst und so genauere Planungsgrundlagen geschaffen.

541.2 Rahmenkredit Wasserversorgung

Bis zum 31. Dezember 2007 gab der Stadtrat 65 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Wasserversorgung im Umfang von CHF 12.048 Mio. frei. Dies entspricht 80.9% des gesamten Rahmenkredites von CHF 14.9 Mio. Die 65 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 14 166 Metern auf. Saniert wurden im Betrachtungszeitraum insgesamt 10 789 Meter oder jährlich durchschnittlich 1.40% des gesamten Wassernetzes (257 km). Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 71 Jahren (Zielgrösse: 70 Jahre).

Beim freigegebenen Betrag von CHF 12.048 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 850. Gerechnet wurde in der Vorlage ans Stadtparlament mit durchschnittlichen Kosten von CHF 1 050 pro Laufmeter.

Bis Ende Dezember 2007 konnten 22 Projekte abgerechnet werden. Die abgerechneten Projekte weisen eine Gesamtlänge von 4 691 m und Kosten von CHF 3.281 Mio. auf. Dies entspricht einem Laufmeterpreis von CHF 670 pro Laufmeter.

541.3 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung

Mit Beschluss des Stadtparlaments vom 20. November 2007, Nr. 3659 wurde zum bestehenden Rahmenkredit von CHF 10.8 Mio. ein Zusatzkredit von CHF 1.84 Mio. bewilligt. Somit steht ein Gesamtkredit von CHF 12.64 Mio. zur Verfügung.

Bis zum 31. Dezember 2007 gab der Stadtrat 28 Teilkredite im Umfang von CHF 10.123 Mio. frei. Zu diesem Betrag ist noch der Teilkredit Nr. 5112 vom 21. September 2004 «Lämmlisbrunnenstrasse» von CHF 276 000 dazu zu rechnen, welcher infolge Verzögerungen des Strassenbaus in den Rahmenkredit II verschoben werden musste. Der total beanspruchte Kredit entspricht somit CHF 10.399 Mio. oder 82.3% des Gesamtkredites von CHF 12.64 Mio.

Die 28 Projekte inklusive dem Projekt Lämmlisbrunnenstrasse beinhalten die Erneuerung von 8 Trafostationen, die Teilsanierung von 3 Trafostationen, die Erneuerung von 5 545 m Mittelspannungskabel, 15 321 m Niederspannungskabel, 10 027 m Kabel der Öffentlichen Beleuchtung und 1 050 m Telefon-, Mess-, Signalnetz.

Effektiv zulasten des Rahmenkredits 2005–2008 saniert wurden 6 Trafostationen (3 Trafostationen wurden teilsaniert und 2 Trafostationen sind in Arbeit) sowie 4 589 m Mittelspannungs-, 10 797 m Niederspannungs-, 9 847 m Beleuchtungs- und 450 m Signalkabel.

Die Laufmeterkosten präsentieren sich wie folgt:

Spannungsebene (Meter ausgeführt bzw. Stück)	Kosten pro Meter (in CHF) Schätzung gemäss Rahmenkreditvorlage	Kostenvoranschlag der 28 Projekte	Ist-Kosten der 20 ausgeführten Projekte
Mittelspannung	180	259	206
Niederspannung	320	324	234
Öffentl. Beleuchtung	60	79	55
Telefon-Mess-Signalnetz	80	137	96
	KOSTEN PRO STÜCK (in CHF)		8 TS
Trafostationen	290 000	291 000	181 000

Die tieferen Laufmeterkosten im Leitungsbau sind einerseits auf zu pessimistische Annahmen in den Kostenvoranschlägen und andererseits auf Koordinationssynergien bei den Belagsinstandstellungen zurückzuführen. Die durchschnittlichen Ist-Kosten bei den Trafostationen sind tiefer, weil es sich bei 2 von 8 Projekten lediglich um kleinere Teilsanierungen handelt.

Die Zielsetzung von jährlich 2.5 zu sanierende Trafostationen konnte erfüllt werden. Im Leitungsbau präsentiert sich die Situation wie folgt

Bereich (Netzlänge)	Jährliche Erneuerungsrate Durchschnittlicher Zielwert (in % Netzlänge)	Jährliche Erneuerungsrate Durchschnittlicher Istwert (in % Netzlänge)
Mittelspannung (150 km) (MS)	1.4	1.02
Niederspannung (459 km) (NS)	0.8	0.78
Öffentliche Beleuchtung (OB) (473 km)	0.8	0.69
Telefon-, Mess-, Signalnetz (194 km) (TMS)	1.4	0.08

Werden die kleineren Projekte, die über die Laufende Rechnung finanziert werden, mit einbezogen, zeigt sich folgendes Bild:

Bereich	sanierte m über Rahmenkredit	sanierte m über Laufende Rechnung	Total sanierte m	Erneuerungsrate pro a (in% Netzlänge)
MS	4 589	2 987	7 576	1.68
NS	10 797	8 477	19 274	1.40
ÖB	9 847	6 519	16 366	1.15
TMS	450	1445	1 895	0.33

Die in den Jahren 2005–2007 durchschnittlich realisierten Erneuerungsraten liegen mit Ausnahme des TMS-Netzes deutlich über dem Zielwert. Die Unterschreitung des Zielwertes beim TMS-Netz ist nicht repräsentativ, da die Kupfer-Signalkabel zusehends durch Lichtwellenleiter ersetzt werden.

541.4 Rahmenkredit Kanalisation

Bis 31. Dezember 2007 hat der Stadtrat 31 Teilkredite aus dem Rahmenkredit 2005–2008 im Umfang von CHF 11.560 Mio. freigegeben. Dies entspricht 77.07% des gesamten Rahmenkredites von CHF 15 Mio. Die 31 Objekte weisen eine Gesamtlänge von 5 595 m auf (3 170 m konventionelle Erneuerung, 2 425 m Innensanierung mittels Inliner und Kurzrohrrelining). Saniert wurden davon in den vergangenen drei Jahren 4 015 m (2 320 m konventionell, 1 695 m Innensanierung). Werden die Projekte, die noch zulasten des Rahmenkredites 2001–2004 (Länge 898 m) sowie über separate Kredite (GEP-Vorlage, 285 m) und die Laufende Rechnung (258 m) ausgeführt worden sind, berücksichtigt, so erhöht sich die sanierte Länge um 1 441 m auf insgesamt 5 456 m. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Sanierungsrate von 0.65% des gesamten Kanalisationsnetzes (280 km) bei einer Zielgrösse von 0.9%.

Bis Ende Dezember 2007 konnten neun Projekte intern abgerechnet werden. Die Sanierungskosten dieser Projekte liegen mit CHF 1 885 159 rund 10% unter dem zugehörigen Kostenvoranschlag. Bei acht weiteren Objekten sind die Bauarbeiten vollständig oder mit Ausnahme von kleineren Abschlussarbeiten weitgehend abgeschlossen und die Endkosten somit schon recht genau bekannt. Die Sanierungskosten dieser 17 vollständig oder weitgehend fertig gestellten Projekte betragen insgesamt CHF 4 171 000 und unterschreiten den Voranschlag um 8.1%. Die dazugehörige Sanierungslänge beträgt 2 628 m. Der effektive Laufmeterpreis liegt bei der Inlinersanierung bei durchschnittlich CHF 396 (2 reine Inlinerprojekte) und beim konventionellen Aufgrabungsverfahren bei CHF 2 811 (9 reine Aufgrabungsprojekte). Gemäss der Vorlage im Stadtparlament wurde mit durchschnittlichen Laufmeterpreisen von CHF 400 beim Inliner- und CHF 2 600 beim Aufgrabungsverfahren gerechnet.

55 Sankt Galler Stadtwerke (sgsw)

Für die Tätigkeit der sgsw wird auf den separaten Geschäftsbericht verwiesen.

56 VBSG Verkehrsbetriebe

Für die Tätigkeit der Verkehrsbetriebe wird auf den separaten Geschäftsbericht verwiesen.

6 DIREKTION BAU UND PLANUNG

60 DIREKTIONSSEKRETARIAT

61 TIEFBAUAMT

610 Strassenbau

- 610.1 Rahmenkredit Strassensanierungen
- 610.2 Baulicher Unterhalt
- 610.3 Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung
- 610.30 Erschliessungsstrassen
- 610.31 Gemeindestrassen
- 610.32 Kantonsstrassen
- 610.4 Verkehr
- 610.40 Allgemeine Verkehrsentwicklung
- 610.41 Erweiterter Autobahnanschluss St.Gallen-Winkeln
- 610.42 Arena St.Gallen
- 610.43 Verlängerung der VBSG-Linie 2 bis Hinterberg
- 610.44 Verkehrssteuerung; Ersatz der Steuerungszentrale und der Knotensteuergeräte
- 610.5 Massnahmenplan Luftreinhaltung (Verkehr, Bau)
- 610.50 Tempo 30-Zonen und Begegnungszonen
- 610.6 Steuerungsausschuss öffentlicher Raum
- 610.7 Strassenraumgestaltungen
- 610.70 Lämmlisbrunnenstrasse
- 610.8 Bahnhofplatz
- 610.9 Südliche Altstadt
- 610.10 Fachhochschule
- 610.11 Güterbahnhof
- 610.12 Cityparking Schibenertor
- 610.13 Durchmesserlinie Trogen – St.Gallen – Appenzell
- 610.14 Richtplanung
- 610.15 Wasserbau
- 610.150 Weiher
- 610.151 Bäche
- 610.152 Gewässerentwicklungskonzept (GEK)

611 Strasseninspektorat

- 611.1 Strassenunterhalt
- 611.2 Winterdienst
- 611.3 Fahrleistungen
- 611.4 Transportdienst
- 611.5 Städtische Garage

62 HOCHBAUAMT

620 Verwaltung der Dienststelle

620.1 Haustechnik

621 Öffentliche Gebäude

621.1 Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

621.10 Verwaltungsgebäude und Werkhöfe

621.11 Übrige Hochbauten der Verwaltung

621.12 Kindergärten und Schulhäuser

621.13 Feuerschutzbauten

621.14 Liegenschaften im Finanzvermögen

621.15 Baubeiträge

621.2 Statistik der verbauten Summen 1997–2007

63 GARTENBAUAMT

630 Verwaltung der Dienststelle

631 Fahrzeuge, Maschinen, Werkstatt

632 Öffentliche Anlagen

633 Schulanlagen

634 Botanischer Garten

635 Friedhöfe

636 Sportanlagen

637 Anzuchtgärtnerei

64 LIEGENSCHAFTENAMT

640 Verwaltung der Dienststelle

641 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

642 Landwirtschaftliche Liegenschaften

643 Bauplätze

644 Baurechtspartellen

645 Bodenabschnitte

65 AMT FÜR BAUBEWILLIGUNGEN

650.1 Baugesuche

650.2 Rekursverfahren

650.3 Bauten mit Wohnungen

650.4 Bauberatung

650.5 Bauaufsicht

650.6 Baulicher Zivilschutz

650.7 Energie/Tankanlagen

650.8 Feuerschutz

- 66 VERMESSUNGSAMT**
- 660 Vermessung und Dienste
- 661 Rauminformationszentrum (RIZ)

67 GRUNDBUCHAMT

- 68 STADTPLANUNGSAMT**
- 680 Verwaltung der Dienststelle
- 680.1 Zonenplan und Bauordnung
- 680.2 Richtplanung
- 680.3 Überbauungs-, Gestaltungs-, und Baulinienpläne
- 680.4 Stadtentwicklung
- 680.41 Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur
- 680.5 Öffentlicher Raum
- 680.6 Sicherheit im Stadtraum
- 680.7 Freiraum-, Naturschutz-, und Landschaftsplanung
- 680.8 Regionalplanung
- 681 Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege

60 DIREKTIONSSEKRETARIAT

Aufgaben:

- unterstützt und berät die Direktorin und die Dienststellen, namentlich in rechtlichen und verfahrensmässigen Fragen
- koordiniert dienststellenübergreifende Abläufe und besondere, bedeutende Projekte
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und Stadtparlament aus
- arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- bearbeitet Rechtsmittel im Zusammenhang mit Bauordnung und Zonenplan, Sonderbauvorschriften, Strassenprojekten etc.
- führt das Sekretariat der Bau- und Liegenschaftenkommission
- führt die Baudokumentation, die Baubuchhaltung und die Telefonzentrale

FINANZEN (in CHF 1 000) // PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 484	2 530	2 561
Ertrag	503	533	540
Aufwandüberschuss	1 981	1 997	2 021
Personalbestand	11.4	11.7	10.8

Das Direktionssekretariat umfasst nebst dem Sekretariat die Bereiche Baudokumentation, Rechtsdienst, Rechnungsbüro und die Telefonzentrale der Stadtverwaltung.

PLANAUFLAGEN (VGL. AUCH POS. 680.3)	2005	2006	2007
Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne; Bestand	342	347	348
Planaufgaben gemäss Baugesetz	15	13	13
Planaufgaben gemäss Strassengesetz	16	7	23
Übrige öffentliche Auflagen	3	3	10

61 TIEFBAUAMT

Aufgaben:

- beaufsichtigt die Gemeindestrassen und -wege gemäss Strassengesetz und nimmt die durch den Staat delegierten Befugnisse auf Kantonsstrassen wahr
- bearbeitet alle verkehrlich und verkehrsplanerisch relevanten Aufgaben betreffend den öffentlichen und privaten Verkehr inkl. Massnahmen für Fussgängerinnen/Fussgänger sowie Radfahrende
- plant, projiziert und baut Strassen, Wege, Kunstbauten und Lichtsignalanlagen
- reinigt und unterhält Strassen, Wege und Plätze und ist verantwortlich für den Winterdienst
- leistet Pikettdienste zur Behebung von Strassenschäden bei Leitungsbrüchen
- wartet die Robidog-Behälter
- erledigt Spezialaufträge wie z.B. Reinigung der Altstadt nach dem St.Galler Fest oder während der OLMA
- beaufsichtigt die Gewässer und bearbeitet wasserbauliche Aufgaben gemäss Wasserbaugesetz inkl. Sicherheit der Weiher. Plant, projiziert und baut Bäche

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	61 350	59 954	58 881
Ertrag	28 603	29 854	31 493
Aufwandüberschuss	32 747	30 100	27 388
Personalbestand	157.8	157.2	159.3

610 Strassenbau

610.1 Rahmenkredit Strassensanierungen

Mit Beschluss vom 21. September 2004 erteilte der Grosse Gemeinderat (heute Stadtparlament) für das Strassensanierungsprogramm 2005–2008 einen Rahmenkredit II von CHF 14.0 Mio. Aus der Liste der Sanierungsobjekte hat der Stadtrat bis Ende 2007 folgende Bauvorhaben genehmigt und die entsprechenden Teilkredite bewilligt:

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	KREDIT	AUSGABEN STAND	TOTAL FLÄCHE	STAND DER ARBEITEN
25.10.2005	Iddastrasse	1 100 000	35 000	3 750 m ²	nicht begonnen
15.11.2005	Berneggstrasse	988 000	572 000	1 987 m ²	Rohbau erstellt
17.01.2006	Bitzistrasse	562 000	365 000	2 000 m ²	Rohbau erstellt
14.02.2006	Oststrasse	689 000	495 000	1 900 m ²	Rohbau erstellt
16.05.2006	Zürcher Strasse*	1 071 000	1 025 000	4 560 m ²	Rohbau erstellt
20.06.2006	Bruggwaldstrasse	1 530 000	1 305 000	4 850 m ²	Arbeiten beendet
04.07.2006	Wiesentalstrasse	750 000	555 000	2 600 m ²	Rohbau erstellt
10.11.2006	Demutstrasse	920 000	23 000	2 980 m ²	nicht begonnen
10.11.2006	Dufourstrasse	930 000	23 000	3 255 m ²	nicht begonnen
12.12.2006	Dianastrasse	570 000	17 000	1 950 m ²	nicht begonnen
15.05.2007	Fürstenlandstrasse	1 125 000	1 000	4 500 m ²	nicht begonnen
11 bewilligte Projekte	10 235 000	4 416 000	–	–	–

* Gemeindestrasse

610.2 Baulicher Unterhalt

Mit dem Kredit von CHF 2 600 000 der Laufenden Rechnung (Konten 614.3140 und 614.3141) wurden nach den im Vorjahr getätigten Unterhaltsmassnahmen die Deckbeläge eingebaut und bei den folgenden Strassen die Instandstellungsarbeiten ganz oder teilweise ausgeführt:

- Aeplistrasse, Haus Nr. 11 bis Segantinistrasse
- Dreilindenstrasse, Dreilindengässlein bis Parkplatz Drei Weieren
- Fliederstrasse, Berghaldenplatz bis Seeblickstrasse
- Mingerstrasse, Lerchenfeldstrasse bis Fürstenlandweg
- Mittelholzerstrasse, Gsellstrasse bis Herisauer Strasse
- Singenbergstrasse, Rorschacher Strasse bis Linsebühlstrasse
- Spilrücklistrassen, Haus Etzelbündt Nr. 35 bis Kesswil
- St.Leonhard-Strasse, Lavaterstrasse bis Pestalozzistrasse
- Storchenstrasse, Kolumbanstrasse bis Langgasse
- Unterstrasse, Oberstrasse bis Geltenwilenstrasse

Im Weiteren wurde zu Lasten dieses Kontos die Ableitung des Mannenweihers zum Mühleggweiher saniert.

610.3 Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

610.30 Erschliessungsstrassen

Im Berichtsjahr standen drei wichtige Erschliessungsvorhaben im Vordergrund. So wurde die im Juli 2006 begonnene Erschliessung des Birnbäumenhangs im Rohbau fertig gestellt. In Winkeln wurde die Erschliessungsstrasse Im Feld, welche die Zürcher Strasse mit der Industriestrasse verbindet und bereits Bestandteil von städtischen und regionalen Busrouten ist, im Rohbau erstellt. Im Gebiet Webersbleiche wurde rechtzeitig auf die Eröffnung des Geschäftshauses «Manor» hin durch die Anpassung der Waisenhausstrasse, der Brunneggstrasse sowie der Hinteren Schützengasse die verkehrliche Erschliessung sichergestellt. Ausserdem wurde der an die St.Leonhard-Strasse/Schützengasse angrenzende Brunnenplatz erneuert.

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
23.05.2000	Im Feld; Ausbau der Erschliessungsstrasse	Rohbau abgeschlossen
04.03.2001	Gebiet Watt; Erschliessung	Rohbau abgeschlossen
27.05.2003	Schuppisstrasse; Verlängerung	Endarbeiten fehlen
19.02.2004	Laderen; Erschliessung	Rohbau abgeschlossen
15.06.2004	Obere Felsenstrasse; Ausbau	Arbeiten beendet
14.06.2005	Birnbäumen; Erschliessung	Rohbau abgeschlossen
28.06.2005	Kammelenbergstrasse; Verlängerung inklusive Wendeplatz	erste Etappe erstellt
16.01.2007	Webersbleiche, Strassenanpassungen	Rohbau abgeschlossen

610.31 Gemeindestrassen

Im Berichtsjahr waren für den Ausbau der Rehetobelstrasse, dessen Rohbau im kommenden Jahr abgeschlossen werden kann, grosse Investitionen nötig. Für die Neugestaltung der Lämmli-brunnenstrasse sind die grundlegenden Anlageteile erstellt worden.

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
19.11.2002	Turnerstrasse; Instandstellung und Neugestaltung	Arbeiten beendet
03.12.2002	Fuss- und Radweg nördlich der A1 (Gründenmoosweg)	Arbeiten beendet
28.10.2003	Wassergasse, Berneggstrasse, Kapellenstrasse, Oberer Graben; Strasseninstandstellung und -neugestaltung	noch nicht begonnen
15.06.2004	Rehetobelstrasse; Ausbau Tablatstrasse bis Kantonsgrenze	im Bau
14.02.2006	Lämmlibrunnenstrasse; Strassenraumgestaltung	im Bau
16.01.2007	Guisanstrasse; Umgestaltung Tannenstrasse bis Sonnenhaldenstrasse	noch nicht begonnen (Rechtsverfahren)
06.02.2007	Waldstrasse; Instandstellung Sonnenhaldenstrasse bis Kauffmannstrasse	Rohbau erstellt
19.06.2007	Marktgasse; Neugestaltung Spitalgasse bis Hinterlauben	mit Werkleitungsarbeiten begonnen
27.09.2007	Fürstenlandstrasse; Ausbau Erlachstrasse bis Waldmannweg	noch nicht begonnen

610.32 Kantonsstrassen

Als dringende Massnahme zur Schulwegsicherung konnte bei der Oberen Berneggstrasse eine provisorische Passarelle über die Teufener Strasse und das Trassee der Appenzeller Bahn realisiert werden.

Im Rahmen des 15. Strassenbauprogramms 2009–2013 wurden dem Kanton die städtischen Vorschläge für Verbesserungen und lokale Ausbauten am kantonalen Strassennetz sowie für Ausbauten von Radwegrouten eingereicht.

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
19.03.2002	Geltenwilenstrasse; Instandstellung und Korrektur Davidstrasse bis Oberstrasse	Arbeiten beendet
08.05.2007	Teufener Strasse; provisorische Fussgängerüberführung im Bereich Obere Berneggstrasse	Arbeiten beendet
14.08.2007	Zürcher Strasse; Verlängerung Bushaltestelle Stahl	noch nicht begonnen

610.4 Verkehr

610.40 Allgemeine Verkehrsentwicklung

Die Verkehrsbelastungen auf dem städtischen Hauptstrassennetz lagen etwa auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Es zeigte sich, dass die Autobahn noch immer den grössten Teil des Verkehrswachstums aufzunehmen vermag.

Der Rosenbergertunnel ist der am meisten befahrene Abschnitt der Stadtautobahn. Während der Erhebungsperiode im Jahre 2007 wurden durchschnittlich 72 300 Fahrzeuge pro Tag gezählt, d.h. rund 3% mehr als im Vorjahr. Bei der Eröffnung der Autobahn im Jahre 1987 waren es täglich 35 500 Fahrzeuge, d.h., dass sich das Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt in den vergangenen 20 Jahren verdoppelte.

610.42 Arena St.Gallen

Die zwei neuen Buslinien Gossau-Arena-Abtwil-Engelburg und Herisau-Arena-Abtwil sowie die verdichtete Buslinie Gossau-Arena-St.Gallen wurden am 24. September 2007, d.h. unmittelbar vor der Eröffnung des Einkaufszentrums in Betrieb genommen.

In der Begleitgruppe Verkehr wurden die verkehrlichen Aspekte der Eröffnungsphasen vorbereitet und die Konzepte für die Verkehrsabwicklung (Parkierung, Shuttle-Busse, Zusatzbusse) an den Grossanlässen konkretisiert. Tiefbauamt und Stadtpolizei haben die Bewirtschaftung der Parkplätze an der Gründenstrasse und der Hafnersbergstrasse als weitere flankierende Massnahme umgesetzt.

610.43 Verlängerung der VBSG-Linie 2 bis Hinterberg

Die Verlängerung der Buslinie über den Bahnhof Haggen und die Lehnstrasse bis ins Quartier Hinterberg wurde auf den 7. Dezember 2007 realisiert.

610.44 Verkehrssteuerung; Ersatz der Steuerungszentrale und der Knotensteuergeräte

Die Zentrale Koordinierte Verkehrsreglung (ZKV) besteht heute aus zwei Steuerungszentralen und 53 Lichtsignalanlagen. Die Lichtsignalsteuerung auf Stadtgebiet östlich der Sitter wird durch die Stadt St.Gallen von der Zentrale Brühltor aus koordiniert. In Zusammenarbeit mit dem Kanton wird seit 2005 im Rahmen eines mehrjährigen Programms die Gerätetechnik erneuert. Neben den sechs Lichtsignalanlagen Brühltor, St.Leonhard-Strasse / Kornhausstrasse, Poststrasse / Oberer Graben, Rorschacher Strasse / Lämmli-brunnenstrasse, Rorschacher Strasse / Singenbergstrasse und St.Leonhard-Strasse / Schützengasse wurden im Jahre 2007 auch Teile des Kommunikationsnetzes erneuert und ausgebaut.

610.5 Massnahmenplan Luftreinhaltung (Verkehr, Bau)

610.50 Tempo 30-Zonen und Begegnungszonen

Im August 2007 wurde im Gebiet Tschudiwies die erste Tempo 30-Zone seit dem Entscheid des Bundesgerichts zur Tempo 30-Zone Hüttenwies realisiert. Zudem konnten 2007 Tempo 30-Zonen in den Gebieten Bruggen Süd und Engelwies eingeführt werden. Gegen Tempo 30 im Gebiet Waldgüet ist noch eine Einsprache hängig.

610.6 Steuerungsausschuss öffentlicher Raum

Der Steuerungsausschuss befasste sich im Sinne der Koordination an sieben Sitzungen mit den verschiedensten Fragestellungen und Vorschlägen zur Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raumes. Die eingesetzten Arbeitsgruppen arbeiteten konkrete Lösungen aus und beurteilten mögliche Massnahmen.

610.7 Strassenraumgestaltungen

Nach dem vom Volk abgelehnten Projekt für die Sanierung und Neugestaltung der Zürcher Strasse sind keine grösseren Projektierungen für Strassenraumgestaltungen im Gange. Für die Kantonsstrassen Zürcher Strasse und Rorschacher Strasse sind dem Kanton für das 15. Strassenbauprogramm erneut Vorschläge eingereicht worden.

610.70 Lämmli-brunnenstrasse

Am 14. Februar 2006 stimmte das Stadtparlament dem Projekt zu dieser Strassenraumgestaltung zu. Die Bauarbeiten sind seit Oktober 2006 im Gange. Bis Ende 2007 konnten die grundlegenden Bau- und Gestaltungs-massnahmen umgesetzt werden. Ausstehend sind noch die vorgesehenen Brunnenanlagen, die Ausgestaltung der öffentlichen Beleuchtung, weitere Möblierungselemente und die abschliessenden Belagsarbeiten.

610.8 Bahnhofplatz

Das Betriebs- und Nutzungskonzept wurde aufgrund der politischen Vorgaben des Stadtrates nochmals überprüft und angepasst. Darauf basierend hat die interdisziplinäre Arbeitsgruppe die betrieblichen und gestalterischen Grundlagen und Vorgaben für das vorgesehene Wettbewerbsverfahren zusammengestellt, so dass das Wettbewerbsprogramm nun definitiv ausgearbeitet werden kann.

610.9 Südliche Altstadt

Die Stadtverwaltung, der Quartierverein Gallusplatz und die Klosterviertelgesellschaft präsentierten der interessierten Öffentlichkeit Mitte Jahr gemeinsam die Gestaltungsvorschläge des Gesamtkonzeptes zu den baulichen und verkehrspolizeilichen Massnahmen sowie zum weiteren Vorgehen. Die Baukommission stellte die Vorlage zum Gestaltungskonzept und zum Projekt Etappe Gallusstrasse zurück, um für die verkehrlichen Entscheide zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs erneut die «Altstadtrunde» anzuhören.

610.10 Fachhochschule

Während der öffentlichen Auflage des Gestaltungsplanes, der Änderungen und Ergänzungen des Überbauungsplanes und der Erschliessungsprojekte gingen mehrere Einsprachen ein. Der Stadtrat hat eine noch verbliebene Einsprache abgelehnt. Dagegen wurde Rekurs eingereicht. Der Kanton hat die entsprechenden Verhandlungen aufgenommen.

610.11 Güterbahnhof

Das Stadtparlament hat am 28. November 2006 den Überbauungsplan und die verkehrs- sowie werkleitungsmässige Erschliessung gutgeheissen und die entsprechenden Kredite erteilt. Gegen diese Beschlüsse wurde das Referendum ergriffen. An der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 wurden der Überbauungsplan und die Änderung des Zonenplanes abgelehnt. Das Projekt Güterbahnhof ist damit in der vorgesehenen Form nicht realisierbar. Es werden neue Überlegungen zur Nutzung dieses als G-Standort festgelegten Gebietes angestellt.

610.12 Cityparking Schibenertor

Der Stadtrat entschied sich im Dezember 2006 aufgrund einer Machbarkeitsstudie im Einvernehmen mit der Interessengemeinschaft IG Chance Marktplatz für die Projektvariante einer viergeschossigen Parkierungsanlage mit 250 bis 280 Abstellplätzen, konzentriert im Areal unter dem Blumenmarkt/Taubenloch, dem Union-Gebäude und dem östlichen Teil des Oberen Grabens. Die Projektierungsgemeinschaft bestehend aus der CityParking AG als künftiger Betreiberin der öffentlichen Parkierungsanlage, den Helvetia Versicherungen als Eigentümerin des Union-Gebäudes und der Stadt St.Gallen als Eigentümerin der öffentlichen Flächen arbeitete die erforderlichen Grundlagen für das Tiefgaragenprojekt aus. Das entsprechende Vorprojekt mit detailliertem Kostenvoranschlag bildet einen wesentlichen Bestandteil des geplanten Wettbewerbsverfahrens für die Neugestaltung Marktplatz/Bohl.

610.13 Durchmesserlinie Trogen – St.Gallen – Appenzell

Nach der Machbarkeitsstudie für die Durchmesserlinie wurde im Jahre 2007 die Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen, die ebenfalls ein positives Ergebnis ergab. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde

mit der Projektierung begonnen. Die Appenzeller Bahnen werden dabei mit Unterstützung der Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und St.Gallen sowie der Stadt St.Gallen die verschiedenen Teilprojekte bearbeiten und dem Bund bis Ende 2008 die entsprechenden Dossiers zur Plangenehmigung einreichen.

610.14 Richtplanung

Die Umsetzung der Grundzüge der räumlichen Entwicklung in die richtplanrelevanten Aussagen wurde in den Teilprojekten des Verkehrs (öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr, motorisierter Individualverkehr – Netzüberlegungen; Parkierung; Siedlung und Verkehr; Verkehrsmanagement) aufgenommen. Die intensiven und komplexen verkehrsplanerischen Bearbeitungen erfolgen im Rahmen der Gesamtprojektorganisation in mehreren Arbeitsgruppen jeweils mit Direktauftrag an externe Spezialisten.

610.15 Wasserbau

610.150 Weiher

Wie vom Bundesamt für Umwelt verlangt, wurden die Flutwellenkarte, der Kontroll- und Überwachungsplan und das Überwachungsreglement für das Gebiet Drei Linden erarbeitet und Schritte zur Umsetzung in die Wege geleitet. Im Oktober wurde mit der Sanierung des Nestweihers begonnen. Der Mannenweiher musste wegen der Reparatur der alten Springbrunnenleitung zum Mühleggweiher aus Sicherheitsgründen abgelassen werden. Auf eine Entschlammung des entleerten Weihers wurde aus Kostengründen verzichtet.

610.151 Bäche

Für den Wiesenbach West im Gebiet Schoretshueb wurde eine Gefahrenkarte erstellt und mit der Bearbeitung einzelner Lösungsvarianten zum Schutz vor Hochwasser begonnen. Die Grundeigentümer wurden zu einer entsprechenden Orientierung eingeladen. Für den Abschnitt Wenigerweiher bis Müllertor der Steinach wird im Rahmen des Hochwasserschutzes eine Gefahrenkarte erarbeitet. Der Wiesenbach Ost beim Kloster Notkersegg konnte – unterstützt durch einen namhaften städtischen Beitrag – geöffnet und renaturiert werden. Der Bogenbach wurde im Zusammenhang mit der Überbauung Birnbäumen teilweise geöffnet. Dank der Mitwirkung privater Grundeigentümer konnten total 270 Meter Bachläufe geöffnet werden.

610.152 Gewässerentwicklungskonzept (GEK)

Die Arbeiten sind abgeschlossen. Die Ergebnisse dienen einerseits als Entscheidungsgrundlage für konkrete Projektentscheide, insbesondere im Falle von Gewässern, und fließen andererseits in die Überarbeitung des städtischen Richtplanes ein.

BACHÖFFNUNGEN/RENATURIERUNGEN	2005	2006	2007
Bäche geöffnet oder renaturiert, Anzahl Meter	179	850	270
Bearbeitete Projekte	10	11	7
Kontrollierte Weiher	5	3	4

611 Strasseninspektorat

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	43 557	41 603	40 111
Ertrag	27 254	28 497	29 978
Aufwandüberschuss	16 303	13 106	10 133
Personalbestand	135.1	133.8	128.7

611.1 Strassenunterhalt

Die Strassen und Plätze in der Altstadt wurden täglich (auch samstags und sonntags) und in den Aussenquartieren je nach Wohndichte und Verkehr ein- bis zweimal wöchentlich gereinigt.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Gemeindestrasse und -wege in km	188.724	188.724	188.724
Strassenfläche, baulicher Unterhalt in m ²	1 677 854	1 677 575	1 678 701
Strassenfläche, betrieblicher Unterhalt in m ²	1 757 138	1 756 859	1 757 985
Baulicher Unterhalt, Kosten in CHF/m ²	3.24	3.22	3.55
Betrieblicher Unterhalt, Kosten in CHF/m ²	8.10	6.89	6.03
Kosten je Einwohner und Einwohnerin	264.81	235.39	221.48
Erneuerte Fahrbahn-/Trottoirflächen, in m ²	30 156	29 444	30 631
Erneuerte Treppen, Länge in m	34	101	217
Anzeigen für Strassenaufbrüche wegen Werkleitungen und Kabelanschlüssen	358	384	363
Hundekot-Entsorgungsbehälter, Anzahl	162	162	162

Mit dem Kredit von CHF 1 840 000 der Laufenden Rechnung (Konten 6112.3134 und 6112.3144) wurden folgende Strassen, Plätze und Bushaltestellen im Rahmen des kleineren baulichen Unterhalts ganz oder teilweise instand gestellt:

Adlerbergstrasse, Boppartshofstrasse, Brandstrasse Bubenbergstrasse, Dietliweg, Grütlistrasse, Lehnstrasse, Molkenstrasse, Obere Berneggstrasse, Schoeckstrasse, Steinachstrasse, Storchenstrasse.

Mittels Direktfinanzierung durch den Kanton wurde im Rahmen des Unterhaltes der Kantonsstrassen die Langgasse im Abschnitt Heimatstrasse bis Storchenstrasse saniert. Nach den umfangreichen Werkleitungs- und Kanalerneuerungen konnten die Strassenbauarbeiten im Herbst abgeschlossen werden.

611.2 Winterdienst

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Streueinsätze	154	140	80
Pfadeinsätze	71	62	48
Schneefalltage	37	18	16
Neuschneemenge in cm	253	143	101
Salzverbrauch in Tonnen	2 499	1 537	1 002
Splittverbrauch in Kubikmetern	454	328	194
Kosten Winterdienst (CHF je m ²)	4.52	3.09	2.01

611.3 Fahrleistungen

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Fahrleistungen in Kilometern			
– Lastwagen	76 207	62 493	57 354
– Geländefahrzeuge	59 618	53 354	57 004
– Kehrriechwagen	72 178	69 997	74 721
– Kleinlastwagen	17 052	14 423	15 771
– Lieferwagen	47 251	36 807	35 117
Betriebsstunden			
– Strassenreinigungsmaschinen	11 376	8 753	9 692
– Kleintraktoren und Geräteträger	17 930	15 890	14 552
– Elektro-Gehwagen	1 095	1 133	1 117

611.4 Transportdienst

Das Tiefbauamt führt im Auftrag des Entsorgungsamtes (ESA) den Kehrriechsammeldienst sowie die Wartung und Leerung der Wiederverwertungssammelstellen durch. Der Hauskehrriech wird einmal und in der Innenstadt zweimal pro Woche eingesammelt.

Für die Kehrriechabfuhr standen täglich drei Kehrriechfahrzeuge im Einsatz. Die Entleerung der Wiederverwertungssammelstellen wird mit einem Spezialfahrzeug durchgeführt. Es wurden 5 936 Glascontainer entleert und 254 Glastransporte durchgeführt.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Personalstunden	25 592	24 083	23 228
Fahrzeugstunden	9 529	8 535	7 878

611.5 Städtische Garage

In der zentralen Autoreparaturwerkstätte der Stadt werden sämtliche Fahrzeuge der Stadtverwaltung, ausgenommen jene der Feuerwehr und der VBSG, gewartet. Insbesondere der Unterhalt der Personen- und Lieferwagen sowie der Kommunalfahrzeuge und -geräte war aufwendig: 628 Fahrzeuge und Geräte wurden in unterschiedlichen Intervallen gewartet und repariert. Dafür konnten total CHF 1 668 852 in Rechnung gestellt werden. Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl gewarteter Fahrzeuge:

2007	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	20	6	13	38	18	7	150	122	374
GAB	6	13	1	2	3	–	–	1	26
sgsw/EW	30	16	2	1	1	–	–	2	52
sgsw/GWW	23	22	–	1	–	–	–	2	48
ESA	19	3	1	–	–	–	–	1	24
STAPO	31	13	–	–	–	–	–	5	49
Übrige	34	11	–	–	–	–	–	10	55
Total 2007	163	84	17	42	22	7	150	143	628
Total 2006	169	90	19	38	19	8	145	128	616
Total 2005	136	80	18	43	22	8	145	123	575

Die Wartung der Fahrzeuge benötigte 10 342 Arbeitsstunden; die nachstehende Tabelle orientiert über den Aufwand je Dienststelle und Fahrzeugkategorie:

2007	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	322	128	1 167	2 104	365	923	1 292	723	7 024
GAB	22	241	65	7	101	–	–	–	436
sgsw/EW	308	380	–	–	4	–	–	39	731
sgsw/GWW	228	238	–	–	–	–	–	70	536
ESA	298	34	21	–	–	–	–	3	356
STAPO	615	218	–	–	–	–	–	9	842
Übrige	296	118	–	3	–	–	–	–	417
Total 2007	2 089	1 357	1 253	2 114	470	923	1 292	844	10 342
Total 2006	2 221	1 198	1 043	1 951	296	876	1 174	531	9 290
Total 2005	1 907	994	852	1 775	374	647	1 443	382	8 374

62 HOCHBAUAMT

Aufgaben:

- sorgt für die ökonomischen, ökologischen und kulturellen Anliegen des Bauens bei allen Bauvorhaben der Stadt im Sinne des nachhaltigen Bauens

Abteilung Projektmanagement:

- leitet und begleitet in enger Zusammenarbeit mit den an der Planung und Nutzung Beteiligten Projekte für verwaltungsinterne Bauten

Abteilung Objektmanagement:

- sorgt für die Instandhaltung, die Instandsetzung und den Werterhalt der städtischen Liegenschaften. Die Hauswirtschaft betreibt die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens und koordiniert die Reinigung der Gebäude

Abteilung Haustechnik und Support:

- erarbeitet Grundlagen für Haustechniksysteme sowie Energiesparmassnahmen und optimiert Projekte

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	19 280	18 514	19 273
Ertrag	12 403	11 431	11 750
Aufwandüberschuss	6 877	7 083	7 523
Personalbestand	18.8	19.5	19.6

620 Verwaltung der Dienststelle

Das Hochbauamt startete das Jahr 2007 mit leicht geänderter Organisation. Aus der Abteilung «Bauten und Objekte» wurden die beiden Abteilungen «Projektmanagement» und «Objektmanagement».

Im Jahr 2007 konnten die beiden Grossprojekte Rathaus und Athletik Zentrum St.Gallen eingeweiht und dem Betrieb übergeben werden. Aber auch kleinere Bauvorhaben wurden erfolgreich umgesetzt. So wurden die Jugend- und Schulzahnklinik erweitert und saniert, der Pavillon im Stadtpark in enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege restauriert und die beiden neuen Schulküchen im Westen dem Betrieb übergeben. Ein weiteres Projekt in enger Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege war die Sanierung des Schlössli Haggen.

Ein Höhepunkt war im September 2007 die Grundsteinlegung des Neubaus des Primarschulhauses Schönenwegen mit einem Fest mit den Schulkindern und der Quartierbevölkerung. Nach erfolgreichem Probetrieb im Palace und nachdem das Parlament den reduzierten Kredit von CHF 3.5 Mio. gesprochen hat, kann nun die Gesamtsanierung des Gebäudes an die Hand genommen werden. Die Bauarbeiten zur Sanierung der Brühltorunterführung wurden begonnen.

620.1 Haustechnik

ENERGIEVERBRAUCH/SOLARANLAGEN	2005	2006	2007
Verbrauch Heizöl in l	426 520	550 100	277 200
Verbrauch Erdgas in m ³	2 506 800	2 542 100	1 890 800
Verbrauch Fernwärme in MWh	3 250	3 322	2 450
Holzschnitzel in MWh	422	478	227
Verbrauch Total in MWh	30 177	31 804	23 128
Anzahl Heizgradtage in HGT	3 806	3 973	2 933
Jahresdurchschnittstemperatur in °C	8.1	8.8	9.04
Neu installierte Solaranlagen	–	2	1

621 Öffentliche Gebäude

621.1 Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

621.10 Verwaltungsgebäude und Werkhöfe

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
24.08.2004	Rathaus, Gesamtsanierung	ausgeführt und in Betrieb
22.03.2005	Strassenwärtermagazin Taubenstrasse	wegen Einsparungen zurückgestellt
23.10.2007	Amtshaus, Innensanierung	Projektierung
11.12.2007	Mövenstrasse 14, Strassenwärtermagazin	Projektierung

621.11 Übrige Hochbauten der Verwaltung

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
19.04.2003	Brühltorunterführung, Projektierung	abgeschlossen
30.09.2003	Athletik Zentrum St.Gallen	ausgeführt und in Betrieb
08.08.2006	Stadtparkpavillon, Sanierung	ausgeführt und in Betrieb
08.08.2006	Adler, Sanierung Tiefgarage und Garderoben	In Ausführung
26.04.2007	Brandmeldeanlage Klosterbezirk	ausgeführt und in Betrieb
26.04.2007	Freibad Rotmonten, Sanierung	gestoppt durch Parlament
01.05.2007	Brühltorunterführung, Sanierung	in Ausführung
01.05.2007	Theater St.Gallen, Notbeleuchtung	ausgeführt und in Betrieb
01.05.2007	Theater St.Gallen, Signalverteilssystem	ausgeführt und in Betrieb
30.05.2007	Palace, kulturelle Umnutzung	in Betrieb
07.06.2007	Gründenmoos, Tribüne und Garderoben	Projektierung
07.06.2007	Museen, Machbarkeitsstudie	abgeschlossen
07.08.2007	Espenmoos, Umbau / Sanierung Haupttribüne	Projektierung
09.10.2007	Volksbad, Analyse des Bauzustandes	abgeschlossen
23.10.2007	Palace, kulturelle Nutzung, 2. Projekt	in Ausführung
20.11.2007	Toiletten-Anlagen, Sanierung und Ausbau	in Ausführung
29.11.2007	Waaghaus, behindertengerechter Treppenlift	ausgeführt und in Betrieb

621.12 Kindergärten und Schulhäuser

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
13.12.2005	Krontal, Sanierung	in Ausführung
24.01.2006	Erweiterung Schönenwegen	in Ausführung
29.08.2006	Boppartshof, Sanierung Turnhallendächer	ausgeführt und in Betrieb
16.01.2007	Feldli, Sanierung	Projektierung
23.01.2007	Jugendbeiz, Umbau Turnhalle Talhof	ausgeführt und in Betrieb
13.02.2007	Kinder- und Jugendzahnklinik, Erneuerung	ausgeführt und in Betrieb
03.04.2007	Riethüsli, Projektwettbewerb	läuft
26.04.2007	Turnhalle Hebel, Sanierung	ausgeführt und in Betrieb
07.06.2007	Jugendmusikschule, Fassadensanierung	Projektierung
11.08.2007	Gerhalden, Auswahlverfahren Sanierung	läuft
30.10.2007	Turnhalle Buchwald, Studienauftrag	läuft

621.13 Feuerschutzbauten

Keine Massnahmen ergriffen

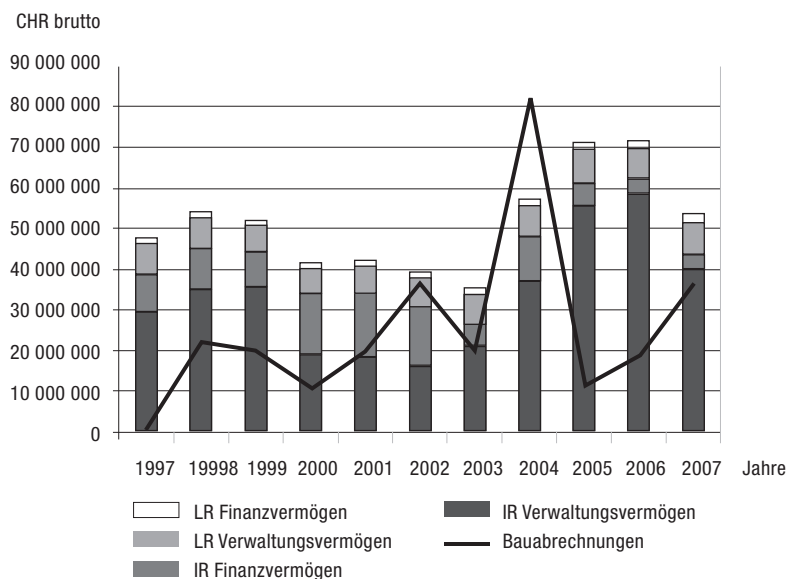
621.14 Liegenschaften im Finanzvermögen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
20.09.2005	Teufener Strasse 67 – 75	ausgeführt und in Betrieb
20.06.2006	Gallusstrasse 29, Fassaden- / Innensanierung	ausgeführt und in Betrieb
08.08.2006	Wildeggrasse 39, Sanierung	zurückgewiesen
05.09.2006	Museumstrasse 31, Sanierung	Projektierung
03.04.2007	«Schlössli Haggen», Sanierung	ausgeführt und in Betrieb
07.06.2007	Hardungstrasse 4, Fassaden und Treppenhaus	Projektierung
26.06.2007	St.Georgenstrasse 3, Teilsanierung	Projektierung
21.08.2007	Äusserer Sonnenweg 2, Sanierung	ausgeführt und in Betrieb
21.08.2007	St.Georgenstrasse 82/84, Tiefgarage + Radballhalle	in Ausführung
21.08.2007	Auf dem Damm 4, Teilsanierung	in Ausführung
18.09.2007	Kastanienhof, Sanierung	Projektierung
18.09.2007	Bedastrasse 12, Fassadensanierung	Projektierung
16.10.2007	Hardungstrasse 4, Sanierung	in Ausführung

621.15 Baubeiträge

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
29.06.2004	Pflegeheim St.Otmar, Baubeitrag	in Ausführung
23.02.2006	Altersheim Sömmerli, Baubeitrag	in Ausführung
23.05.2006	Bürgerhospital St.Gallen, Baubeitrag	in Ausführung
20.06.2006	Notkerianum, Baubeitrag	in Ausführung
14.10.2006	Herberge zur Heimat, Baubeitrag	in Ausführung
14.11.2006	Pflegeheim Hof Riedern, Baubeitrag	in Ausführung
30.10.2007	OBV, Baubeitrag	in Ausführung

621.2 Statistik der verbauten Summen 1997 – 2007



JAHR	LR FINANZ- VERMÖGEN	LR VERWAL- TUNGS- VERMÖGEN	IR FINANZ- VERMÖGEN	IR VERWAL- TUNGS- VERMÖGEN	TOTAL	BAUAB- RECHNUNGEN
1997	1 359 978.00	7 704 066.45	9 092 456.90	29 763 701.20	47 920 202.55	–
1998	1 424 785.00	6 684 089.95	10 914 150.35	35 183 418.45	54 206 443.75	21 680 080.15
1999	1 160 379.00	6 541 710.55	8 803 630.45	35 550 444.41	52 056 164.41	19 694 265.55
2000	1 369 600.00	6 018 332.20	15 319 351.70	18 979 741.80	41 687 025.70	10 030 845.70
2001	1 413 125.00	6 499 541.05	15 939 622.50	18 485 445.55	42 337 734.10	20 336 319.05
2002	1 408 241.00	7 289 065.03	14 657 823.85	16 092 003.40	39 447 133.28	36 601.397.40
2003	1 360 036.00	7 600 555.55	5 198 897.65	21 146 667.65	35 306 156.85	19 303 104.30
2004	1 563 067.00	7 771 120.75	11 031 715.25	37 086 835.70	57 452 728.70	81 813 216.50
2005	1 659 480.00	8 773 214.20	5 442 541.60	55 587 502.40	71 462 738.20	10 939 560.15
2006	1 703 374.00	7 621 326.50	3 665 651.22	58 455 036.80	71 445 388.52	18 438 478.10
2007	2 115 495.00	8 201 684.57	3 533 093.00	40 068 974.95	53 919 247.52	36 516 144.70

63 GARTENBAUAMT

Aufgaben:

- entwickelt, sichert, pflegt und unterhält rund 146 ha öffentliche Grünflächen, Spiel- und Parkanlagen nach den Kriterien der differenzierten Grünflächenpflege und der Nachhaltigkeit
- plant, projiziert und baut in Absprache mit den Benutzenden Grün-, Park-, Spiel-, Schul- und Sportanlagen
- pflegt und unterhält die Aussenanlagen und Spieleinrichtungen bei Schulhäusern, Kindergärten und Sportanlagen im Auftrag der Direktion Schule und Sport
- pflegt, entwickelt und unterhält die vier Friedhofsanlagen, berät Hinterbliebene und führt die Bestattungen und Beisetzungen durch
- betreibt die Anzuchtgärtnerei, in welcher Topf- und Gruppenpflanzen sowie Schnittblumen produziert werden
- bepflanzt und gestaltet städtische Freiräume und Grünanlagen mit rund 115 000 Gruppenpflanzen
- stellt Blumenschmuck für rund 130 nicht kommerzielle Veranstaltungen bereit
- entwickelt, pflegt und unterhält den Botanischen Garten

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	8 036	8 010	7 990
Ertrag	2 661	2 677	2 689
Aufwandüberschuss	5 376	5 333	5 301
Personalbestand	62.9	63.5	63.3

Diese Zahlen umfassen die Gesamtsummen aller Betriebe, wobei die amtsinternen Verrechnungen von Leistungen für die Pflege und den Unterhalt der Schul- und Sportanlagen (Ziff. 633 und 636) nicht enthalten sind.

PFLEGE VON AREALEN	2005	2006	2007
Öffentliche Anlagen	400	399	401
Sportanlagen, inkl. Bäder	17	16	18
Geländebahnen und Langlaufloipen	9	9	9
Anlagen anderer Verwaltungen	132	133	138
Anlagen der Stadtwerke	39	39	37
Schulanlagen	98	98	99
Friedhöfe	4	4	4
Botanischer Garten und Anzuchtgärtnerei	1	1	1
Total	700	699	708

630 Verwaltung der Dienststelle

Die Verwaltung ist für die Betriebsleitung, Administration, Planung und Realisierung von Projekten für die öffentlichen Anlagen, Schulen und Sportanlagen, den Botanischen Garten, die Anzuchtgärtnerei und die Friedhöfe verantwortlich.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	789	733	743
Ertrag	4	13	10
Nicht verrechenbarer Aufwand	785	720	733
Personalbestand	4.4	4.9	4.8

631 Fahrzeuge, Maschinen und Werkstatt

Die Fahrzeuge werden in der Garage des Tiefbauamtes repariert, gewartet und unterhalten. Daneben verfügt das GAB über eine Vielzahl von gärtnerischen Spezialmaschinen und Geräten. Die Wartungs-, Reparatur- und Unterhaltsarbeiten für diese Maschinen werden durch eigenes Fachpersonal in der Werkstätte ausgeführt. Zudem werden viele Spielgeräte, Zäune, Holzbauten usw. repariert, unterhalten und überholt sowie ein zentrales Magazin geführt. Zusätzlich stellt die Schreinerei rund 300 Grabkreuze für die städtischen Friedhöfe her und ist für die Unterhaltsarbeiten der rund 1 100 Sitzbänke, welche im gesamten Stadtgebiet platziert sind, zuständig.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	784	758	801
Ertrag	3	12	8
Nicht verrechenbarer Aufwand	781	746	793
Personalbestand	4	4	4
Anzahl Motorfahrzeuge, Rasenpflegemaschinen und Kleingeräte	117	120	120

632 Öffentliche Anlagen

Im Jahre 2007 wurde in einer zweiten Etappe die bedarfsgerechte und den neuen Sicherheitsnormen entsprechende Sanierung der Kinderspielplätze im Centrum und im Westen der Stadt abgeschlossen. Im

Zuge dieser Arbeiten wurden die Anlage «Hardungstrasse» und der Spielplatz im Stadtpark neu gestaltet. Nach der Erweiterung der Parkgarage Brühltor konnte die Grünfläche im Unteren Brühl wieder hergestellt, begrünt und den Benutzerinnen und Benutzern übergeben werden.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	3 524	3 603	3 537
Ertrag	448	544	549
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	1 407	1 369	1 371
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 669	1 690	1 617
Personalbestand	33.8	33.7	33.3
Baumfällungen	238	115	140
Baumpflanzungen	92	135	265
Pflanzengefässe	297	292	285
Anlagen GAB in m ²	369 395	369 124	374 903
Anlagen anderer Verwaltungen in m ²	90 860	91 140	93 429
Anlagen der Stadtwerke in m ²	11 002	11 002	10 812

633 Schulanlagen

Die Umgebung der Schulanlagen ist für Schülerinnen und Schüler, aber auch für die entsprechenden Quartiere, von grosser Bedeutung. Der regelmässige Grünflächenunterhalt sowie die kontinuierlichen, naturnahen Erneuerungen und Anpassungen an die Bedürfnisse der Benutzenden sind für das Freiraumangebot in den Wohnquartieren sehr wichtig.

Neben der Pflege der Grünflächen gehören Reparaturen an Zäunen, Wegen und Plätzen sowie an Spielgeräten zum laufenden Unterhalt. Im Berichtsjahr wurden zusätzlich beim Schulhaus Boppartshof ein Ballfang und beim Schulhaus Grossacker der Asphaltbelag saniert. Zudem wurden bei verschiedenen Schulanlagen und Kindergärten diverse Spielgeräte und Beläge erneuert.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	219	175	186
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632 + 637)	866	829	792
Ertrag	1 085	1 004	978
Gesamtfläche in m ²	339 524	339 524	343 322

634 Botanischer Garten

Wie die hohen Besucherzahlen zeigen, erfreute sich der Botanische Garten auch im vergangenen Jahr grosser Beliebtheit. Viele attraktive Veranstaltungen haben dazu beigetragen:

- Ausstellung «Giftpflanzen»: Informationstafeln, lebende Zimmerpflanzen und eine Sonderpflanzung zeigten die bezaubernd schönen und medizinisch oftmals bedeutenden Pflanzenarten auf.
- «Geistergeschichten am Seerosenteich» und «Das Leben ist kein Kinderspiel»: Die Lesungen und das Sommertheater der Gruppe «parfin de siècle» lockten wieder viele Personen an.
- «Natur findet Stadt»: Organisiert durch verschiedene städtische Fachstellen entstand zum dritten Mal ein umfangreiches Programm mit Naturthemen.
- An der St. Galler Museumsnacht vom 8. September nutzten rund 2 000 Besucherinnen und Besucher das vielfältige Angebot bis in die frühen Morgenstunden.
- Publikationen: Der Veranstaltungskalender orientiert über Führungen, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen. Die monatlichen Besucherinformationen «Staunen» und «Mitteilungen aus dem Botanischen Garten» erschienen in regelmässigen Abständen und erfreuen sich grosser Beliebtheit. Der erstmals verteilte Flyer «Schule im Botanischen Garten» informiert Lehrpersonen über die entsprechenden Angebote; der Erfolg zeigt sich in der gestiegenen Anzahl an Führungen.

Das neue Orchideenhaus wurde mit einer eindrucksvollen Orchideenausstellung im Frühjahr der Öffentlichkeit übergeben. Am Einweihungsfest nahmen ausserordentlich viele Besucherinnen und Besucher teil; das zeigt die Bedeutung dieses Neubaus.

Dank finanzieller Unterstützung der Vereinigung der Freunde des Botanischen Gartens und einem namhaften Betrag aus einem Legat konnten im Berichtsjahr die Erneuerungen des Einganges an der Stephanshornstrasse und jene der Systematischen Abteilung in Angriff genommen werden.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	588	617	638
Ertrag	62	64	88
Nicht verrechenbarer Aufwand	526	553	550
Personalbestand	5	5	5.3
Anzahl Besucher/-innen	70 000	70 000	70 000
Anzahl Führungen (v.a. Schulen, Vereine)	304	265	311
Anzahl Halbtageskurse	7	6	8
Anzahl Tageskurse	12	13	6
für Unterrichtszwecke abgegebene Pflanzen	1 422	1 512	1 466
Anzahl amtliche Pilzkontrollen	293	397	301
– für Anzahl Gemeinden	10	10	10
– kontrollierte Menge in kg	167	253	154
– davon als ungeniessbar bis giftig ausgeschiedene Mengen in kg	30	22	31
Gesamtfläche in m ²	20 000	20 000	20 000

635 Friedhöfe

Sämtliche Grabfelder, Wege, Plätze, Strassen und Grünflächen in den Friedhöfen Ost, Feldli, St. Georgen und Bruggen werden durch das Friedhofpersonal gepflegt und unterhalten. Dieses ist ebenfalls für die Durchführung von Beisetzungen und Bestattungen verantwortlich. Die einzelnen Gräber werden vom privaten Gärtnergewerbe oder durch die Hinterbliebenen bepflanzt und gepflegt.

Die Infrastruktur und das Gräberangebot der Friedhöfe werden laufend den Bedürfnissen angepasst. Unterhaltmassnahmen wie z.B. Belagsarbeiten an Wegen und Plätzen, Sanierung der Einfriedungen etc. werden jeweils zu Lasten der Laufenden Rechnung ausgeführt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	1 578	1 575	1 556
Ertrag	216	217	206
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 362	1 358	1 350
Personalbestand	13.7	13.8	13.9
Anzahl bewilligte Grabmalgesuche	196	168	174
Anzahl Grabmallieferanten	46	44	37
Anzahl Erdbestattungen	116	113	105
Anzahl Urnenbeisetzungen	608	512	574
Anzahl Grabstätten	6 719	6 414	6 240
Anzahl Urnennischen	3 635	3 619	3 609
Gesamtfläche in m ²	216 842	216 842	216 842
Urnenbeisetzungen in % (städtische Einwohner/-innen)	85	82	84
Erdbestattungen in % (städtische Einwohner/-innen)	15	18	16

636 Sportanlagen

In den Kennzahlen sind alle Aufwendungen für die Pflege und den Unterhalt sowie für bauliche Erneuerungen und Sanierungen sämtlicher Anlagen, inkl. fünf Geländebahnen und vier Langlaufloipen, enthalten. Die Betriebs- und Belegungsorganisation übernimmt das Sportamt, welches auch die Benützungsgebühren erhebt. Die Arbeiten an der neuen Skateranlage auf der Kreuzbleiche wurden begonnen.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	257	238	221
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632 + 637)	563	563	601
Ertrag	820	801	822
Gesamtfläche in m ²	386 767	386 755	402 565

637 Anzuchtgärtnerei

Die Anzuchtgärtnerei produzierte bis Mitte 2006 sämtliche Gruppenpflanzen für die öffentlichen Anlagen, Topfpflanzen und Schnittblumen für Dekorationen sowie verwaltungsinterne Zwecke. Die aufwändige Kultivierung von Gruppenpflanzen ist betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvoll; daher wurden diese bei spezialisierten Unternehmungen zugekauft. Kleinere Mengen an Gruppenpflanzen und Spezialsorten sowie Schnittblumen und Topfpflanzen werden nach wie vor in der eigenen Gärtnerei produziert. Der Bereich des Dekorationswesens wurde qualitativ den heutigen Anforderungen und Bedürfnissen angepasst und aufgewertet. Lehrlingsausbildung, umweltverträgliche Produktion und Öffentlichkeitsarbeit geniessen weiterhin einen hohen Stellenwert.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	297	311	308
Ertrag	23	22	28
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	27	23	22
Nicht verrechneter Aufwand	253	266	258
Personalbestand	2	2.1	2
Anzahl kultivierte Gruppenpflanzen	129 100	114 800	115 300
Anzahl kultivierte Schnittblumen	18 100	24 300	25 000
Anzahl kultivierte Topfpflanzen	5 800	8 500	6 000
Ausgeführte Dekorationen	94	120	127
Anzahl floristische Dekorationsarrangements	–	590	708

64 LIEGENSCHAFTENAMT

Aufgaben:

- führt Grundbuchgeschäfte für das Finanz- und Verwaltungsvermögen durch
- bewirtschaftet Liegenschaften im Finanzvermögen
- bewirtschaftet die von Dritten genutzten Objekte in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- administriert die von Dritten gemieteten Objekte für die Verwaltung
- hilft bei der Bewirtschaftung von Liegenschaften anderer Verwaltungen mit

FINANZEN (in CHF 1 000) // PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	14 828	13 762	14 960
Ertrag	15 059	18 461	15 658
– davon Ertrag aus Buchgewinnen	2 936	6 053	2 477
– davon übriger Ertrag	12 129	12 408	13 181
Ertragsüberschuss	231	4 699	698
Personalbestand	8.0	8.3	8.3

640 Verwaltung der Dienststelle

Seit dem 1. Januar 2007 wird bezüglich der Mietverträge über die von Dritten gemieteten Objekten für die Direktion Schule und Sport nicht nur die Administration, sondern das gesamte Vertragsmanagement wahrgenommen.

Im erneuerten Rathaus sind die Stockwerke vier und fünf dem Finanzvermögen zugeordnet. Diese konnten per 1. Juli resp. per 1. Oktober an zwei öffentliche Institutionen vermietet werden.

Im Berichtsjahr wurde auf eine Mietzinsanpassung verzichtet, obwohl die St.Galler Kantonalbank den Hypothekarzins für 1. Hypotheken auf Wohnliegenschaften per 1. März 2007 auf 3¼ % erhöht hatte.

Die Bereinigung der Bestandesrechnung im Finanzvermögen zwischen den Kontengruppen Wohn- und Geschäftsliegenschaften (641), Landwirtschaftliche Liegenschaften (642) und Bauplätze und Bodenabschnitte (643) konnte abgeschlossen werden, so dass für das Geschäftsjahr 2008 die neue Kontengruppe 645 Bodenabschnitte eröffnet werden kann.

641 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	10 411	8 868	10 077
Ertrag	9 164	9 852	9 823
– davon Ertrag aus Buchgewinn	189	705	204
– davon übriger Ertrag	8 981	9 147	9 619
Aufwandüberschuss	* 1 247	–	* 254
Ertragsüberschuss	–	983	–

* Der Aufwandüberschuss resultierte aus der Belastung des Vorfinanzierungskontos in der Höhe von CHF 2.5 Mio. Im Gegensatz zu den Jahren 2005 und 2007 wurde 2006 lediglich ein Betrag von CHF 1.3 Mio. eingelegt.

Sanierungen / Projekte

In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt wurde im Berichtsjahr folgendes realisiert:

- Schlössli Haggen: Die Sanierung der denkmalgeschützten Gasträume, die Erneuerung der Haustechnik, der Restaurantküche, der Sanitäreinrichtungen, Personalgarderobe und Nebenräume sowie der Einbau eines neuen Liftes, damit das Restaurant behindertenzugänglich ist, konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Sanierung des Gartenrestaurants erfolgt 2008.
- Gallusstrasse 29 und Kirchgasse 5: Um den heutigen energetischen Ansprüchen gerecht zu werden, wurden die Fenster ersetzt. Zudem wurde die Fassade der Liegenschaft Gallusstrasse 29 neu gestrichen.
- Restaurant «Kastanienhof», Kreuzbleicheweg 2: Das Auswahlverfahren für das Gastro-, Bewirtschaftungs- und Baukonzept wurde durchgeführt.

Kreditgenehmigungen

Folgende Kredite wurden im Berichtsjahr erteilt:

- Restaurant «Kastanienhof», Kreuzbleicheweg 2; Projektkredit.
- St. Georgen Strasse 82/84 «Adler»; Ausführungskredit für die Sanierung der Tiefgarage und der Garderoben (Bühne / Saal / Radballhalle).
- Auf dem Damm 4; Ausführungskredit für die Teilsanierung.
- Zwinglistrasse 3 («Palace»); Ausführungskredit für die Sanierung des Gebäudes und den Umbau des ehemaligen Kinosaals für kulturelle Zwecke.

Grundstücksgeschäfte:

Erwerb

LIEGENSCHAFT	VERKÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Mittelholzerstrasse 6-12	Pensionskasse Bühler Uzwil AG	vier Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 16 Wohnungen 4 427 m ² Grundstücksfläche (zur Abgabe im Baurecht an die Stiftung Hausen + Wohnen im Rahmen des 12 Mio.-Kredites vorgesehen)
Höhenweg 18	Ortsbürgergemeinde St.Gallen	Mehrfamilienhaus mit 6 Wohnungen 2 768.8 m ² Grundstücksfläche
Falkensteinstrasse 8	Freie Evangelische Gemeinde Stadtmission	Mehrfamilienhaus mit 4 Wohnungen, 3 Studios und einem Kindergarten 471.5 m ² Grundstücksfläche
Gallusstrasse 39	Erbengemeinschaft Ezio Facincani sel.	Mehrfamilienhaus mit 3 Wohnungen und Restaurant 163.4 m ² Grundstücksfläche

Tausch

LIEGENSCHAFT	TAUSCHPARTEI	BESCHREIBUNG
Blumenbergplatz 4	Alfred Brändle (Erwerber)	Wohnhaus mit 2 Wohnungen und 1 Ladenlokal 66.3 m ² Grundstücksfläche
St.Georgen-Strasse C4958	Alfred Brändle (Verkäufer)	111 m ² Boden zur Arrondierung und Gestaltung im Rahmen des Projektes «Vision Steinach» (Kto. 645)

Abgabe im Baurecht

LIEGENSCHAFT	BAURECHTSBERECHTIGTE/R	BESCHREIBUNG
Felsenstrasse 31	GBS Gemeinnützige Baugenossenschaft St.Gallen	Wohnhaus / ehemaliges Durchgangszentrum für Asylbewerber 908.9 m ² Grundstücksfläche

Genehmigter Erwerb

LIEGENSCHAFT	VERKÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Mövenstrasse 14	Garage Schmidhauser AG	Autogarage und Wohnhaus mit 4 Wohnungen, Büros, Lagerflächen und Tiefgarage 1 151.2 m ² Grundstücksfläche

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Durchschnittliche Bruttorendite in % des Buchwertes	7.1	7.1	6.7
Anzahl Mietobjekte im Finanzvermögen	*1 959	1 845	**1 696
Anzahl Mietobjekte im Verwaltungsvermögen	–	110	153
Anzahl Mieterwechsel	207	239	246
– Wohnungen/Geschäftsräume, Atelier/Lager	146	135	141
– Abstellplätze/Garagen	61	104	105
Mietzinsanpassungen	98	66	23
– Marktwertanpassung	23	42	12
– Wertvermehrung	48	14	11
Hypothekarzinsanpassung	321	–	24
Neuzugänge von Mietverhältnissen	1	66	23
– Wohnungen/ Geschäftsräume, Atelier/Lager	1	43	15
– Abstellplätze/Garagen	–	23	8
Abgänge von Mietverhältnissen	–	128	3
– Wohnungen/Büros, Atelier/Lager	–	67	3
– Abstellplätze/Garagen	–	61	–

Vorfinanzierungskonto (in CHF 1 000)

– Kontoeinlage	2 500	1 300	2 500
– Belastung gemäss teilweise abgerechneten Investitionskrediten bzw. Beschlüssen	1 263	1 000	3 631

* inkl. Mietverhältnisse im Verwaltungsvermögen

** Korrektur der Stammdaten

642 Landwirtschaftliche Liegenschaften

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	442	593	513
Ertrag	217	213	211
– davon Ertrag aus Buchgewinn	–	–	–
– davon übriger Ertrag	217	213	211
Aufwandüberschuss	225	379	302

Grundstücksgeschäfte:

Tausch

LIEGENSCHAFT	TAUSCHPARTEI	BESCHREIBUNG
Rehetobelstrasse, F4724	Ortsbürgergemeinde St.Gallen (Erwerberin)	20 516.4 m ² Landwirtschaftsland
Gatterstrasse, F2926	Ortsbürgergemeinde St.Gallen (Erwerberin)	8 995.0 m ² Landwirtschaftsland / Grünzone
Demutstrasse, F2244	Ortsbürgergemeinde St.Gallen (Verkäuferin)	39 115.5 m ² Landwirtschaftsland / Grünzone

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Anzahl Betriebe	8	8	8
Fläche in ha	97	114.5	109.1

Umbuchungen ins Konto 645 Bodenabschnitte

Insgesamt wurden acht Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 72 517.2 m² in das neu geschaffene Konto 645 übertragen.

643 Bauplätze

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	1 284	1 540	1 556
Ertrag	3 260	3 737	798
– davon Ertrag aus Buchgewinn	2 747	3 132	175
– davon übriger Ertrag	513	605	623
Aufwandüberschuss	–	–	758
Ertragsüberschuss	1 976	2 197	–

Grundstücksgeschäfte:

Verkauf

LIEGENSCHAFT	KÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Vogelherdstrasse, F5875	IGV Promotion AG	655.7 m ² Bauland
Winkelbachstrasse, F1124	Freie Evangelische Gemeinde Stadtmission St.Gallen	710.1 m ² Bauland
Hüttenwiesstrasse, F6170	Martin und Luzia Hitz	43.0 m ² Land (Restparzelle) als Lagerplatz

Abgabe im Baurecht

LIEGENSCHAFT	BAURECHTSBERECHTIGTE/R	BESCHREIBUNG
Feldlistrasse 2, W43	KiMO AG	1 064.4 m ² Bauland für die Erstellung eines Gewerbehäuses
Geigerstrasse 13/15, W4842	Daniel Camenzind	3 405.9 m ² Bauland für die Erstellung von Mehrfamilienhäusern
Kolumbanstrasse 2, F2999	Maréchaux AG	3 923.3 m ² Bauland für die Erstellung von Wohnungen, Büro-/ und Gewerbeflächen
Mövenstrasse, W2383	Direct Mail-House AG	4 975.4 m ² Bauland für die Erstellung eines Gewerbehäuses

Genehmigter Verkauf

LIEGENSCHAFT	KÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Hüttenwiesstrasse, von F1729	Martin und Tanja Schmid Andreas und Petra Horlacher Fabian Koch	ca. 1 492 m ² Bauland für ein Einfamilien- und ein Doppeleinfamilienhaus

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Grundstücke insgesamt	258	250	110
Anzahl Miet- und Pachtobjekte	294	335	*-
Fläche in m ²	-	-	493 848

* Anzahl Miet- und Pachtobjekte wird ab 2007 nicht mehr erhoben, dafür wird neu die Gesamtfläche der Grundstücke aufgeführt.

Umbuchungen ins Konto 645 Bodenabschnitte

Insgesamt wurden 133 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 361 372.5 m² in das neu geschaffene Konto 645 übertragen.

644 Baurechtspartellen

FINANZEN (in CHF 1 000)	2005	2006	2007
Aufwand	1 573	1 646	1 666
Ertrag	2 165	4 362	4 487
- davon Ertrag aus Buchgewinn	-	2 216	2 098
- davon übriger Ertrag	2 165	2 146	2 389
Ertragsüberschuss	592	2 716	2 821

Abgabe im Baurecht

LIEGENSCHAFT	BAURECHTSBERECHTIGTE/R	BESCHREIBUNG
Feldlistrasse 2, W43	KiMO AG	1 064.4 m ² Bauland für die Erstellung eines Gewerbehäuses
Geigerstrasse 13/15, W4842	Daniel Camenzind	3 405.9 m ² Bauland für die Erstellung von Mehrfamilienhäusern
Kolumbanstrasse, F2999	Maréchaux AG	3 923.3 m ² Bauland für die Erstellung von Alterswohnungen
Mövenstrasse, W2383	Direct Mail-House AG	4 975.4 m ² Bauland für die Erstellung eines Gewerbehäuses
Felsenstrasse 31	GBS Gemeinnützige Baugenossenschaft St.Gallen	ehemaliges Durchgangsheim für Asylbewerber

Verkauf

LIEGENSCHAFT	KÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Gaiserwaldstrasse, W4764	Stadler Transport AG	1 124.8 m ² Boden mit unselbständigem Baurecht zG Käuferin

Im Jahr 2007 lief für zehn Baurechte die Grundlaufzeit von zehn Jahren für die Mietzinsverbilligung im Rahmen des 12 Millionen-Kredits ab. Um Härtefälle für die Mieterinnen und Mieter zu vermeiden, verlängern sich bei einer Liegenschaft die Subventionszahlungen, welche sich jedoch während drei Jahren sukzessive reduzieren.

Seit der Einführung des 12 Millionen-Kredits wurden rund CHF 4.2 Mio. an Subventionen ausbezahlt. Bis zum Ende der Restlaufzeit aller verbleibenden Baurechte (einschliesslich allfälliger Verlängerungen um maximal drei Jahre) werden rund CHF 5.7 Mio. bis CHF 6.0 Mio. ausbezahlt sein.

Bei 27 Baurechtsverträgen wurde der Bodenwert an die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Rendite in %	5.15	4.87	4.96
Anzahl Baurechtsverträge	183	184	187
Fläche in m ²	-	-	311 899

645 Bodenabschnitte

Die Aufwände und Erträge wurden im Berichtsjahr, d.h. während der Kontenbereinigung den ursprünglichen Kontengruppen (642–643) gutgeschrieben resp. belastet.

Umbuchungen ins Konto 645 Bodenabschnitte. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 133 Grundstücke vom Konto 643 und deren acht vom Konto 642 mit einer Gesamtfläche von 433 899.7 m² in das neu geschaffene Konto 645 übertragen.

Grundstücksgeschäfte:

Erwerb

LIEGENSCHAFT	VERKÄUFER/IN	BESCHREIBUNG
Heinrichsbadstrasse, W2203	Kanton St.Gallen	4 860.0 m ² Wald
Rorschacher Strasse, F1793	Kanton St.Gallen	1 463.7 m ² Wald, Arrondierung
Hofstrasse, W2535	Salesius Akermann	5 042.0 m ² Wald, Arrondierung
St.Georgen-Strasse, C4958	Alfred Brändle	

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Grundstücke insgesamt	–	–	145
Fläche in m ²	–	–	450 408

65 AMT FÜR BAUBEWILLIGUNGEN

Aufgaben:

- führt die Baubewilligungsverfahren durch
- präsentiert die Gesuche und Antragstellung in der Baubewilligungskommission
- entscheidet über Gesuche im abgekürzten Verfahren
- ist Sekretariat der Baubewilligungskommission
- bietet Bauinteressierten und Architekten Bauberatung an (Regelbauweise)
- überwacht rechtskräftig verfügte Auflagen des Amtes für Baubewilligungen und der Baubewilligungskommission
- verfügt Behebung von rechtswidrigen Zuständen
- erstattet Anzeige bei Übertretung von Bauvorschriften
- vollzieht das Energiegesetz bei der Bauausführung
- vollzieht das Bundesgesetz über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz
- vollzieht gesetzliche Vorschriften über den Feuerschutz. Überprüft Feuerschutzvorschriften an bestehenden Objekten anlässlich periodischer Feuerschauen
- erteilt Bewilligungen für Tankanlagen und überwacht die periodischen Tankrevisionen (Gewässerschutz)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 390	2 477	2 301
Ertrag	1 747	1 751	1 625
Aufwandüberschuss	643	726	676
Personalbestand	16.2	16.5	16.0

BEARBEITUNGSDAUER DER GESUCHE	2005	2006	2007
Baugesuch in %			
< 30 Tage	51.1	55.5	56.2
31–60 Tage	31.7	32.4	27.8
61–90 Tage	9.6	6.4	9.6
> 90 Tage	7.6	5.7	6.4
Reklamegesuche in %			
< 10 Tage	76.0	74.6	66.7
11–20 Tage	8.7	12.0	7.0
21–50 Tage	10.7	10.9	14.6
> 50 Tage	4.6	2.5	11.7

Die Bearbeitungsdauer der eingereichten Bau- und Reklamegesuche lässt über die vergangenen Jahre ein ausgeglichenes Bild erkennen. Die Massnahmen zur zügigen Abwicklung der Gesuche zeigen ihre Wirkung. Der eingeschlagene Weg wird weitergeführt.

650.1 Baugesuche

GESUCHE	2005	2006	2007
Eingereichte Gesuche, Total	1 000	977	1 032
Baugesuche	695	653	695
Reklamegesuche	222	229	251
Baumfällgesuche	71	79	67
Vorverfahren	12	16	19

GESUCHSARTEN	2005	2006	2007
Wohnen Neubau	36	32	40
Wohnen Umbau	158	133	144
Wohn-Gewerbe Neubau	5	5	2
Wohn-Gewerbe Umbau	70	57	68
Gewerbe-Industrie Neubau	15	19	12
Gewerbe-Industrie Umbau	48	32	38
öffentliche Bauten Neubau	7	4	11
öffentliche Bauten Umbau	29	27	29
übrige Bauten	82	87	112
Kleinbauten	83	85	64
Nutzungsänderungen	50	43	28
bauliche/technische Anlagen	112	129	146

2007 wurden 6 Baugesuche für neue Mobilfunkantennen und 2 Gesuche für Änderungen bestehender Antennen (Umrüstung auf UMTS bzw. Leistungsänderung) eingereicht. Seit der Liberalisierung des Mobilfunkmarktes beurteilte die städtische Baubewilligungsbehörde insgesamt 109 Baugesuche für Mobilfunkantennen (Neuanlagen oder Erweiterungen). Davon bewilligte sie 95 Anlagen; 12 Gesuche wurden abgewiesen oder zurückgezogen. 2 Gesuche sind noch hängig.

BEARBEITUNGSSTAND (31.12.2007)	2005	2006	2007
Bewilligte Gesuche	935	902	921
Abgewiesene Gesuche	32	42	47
Zurückgestellte Gesuche	42	24	15
Zurückgezogene Gesuche	13	36	44
Pendente Gesuche	88	101	101
Vorverfahren	11	14	18
Behandlungen v. Gesuchen nach UVPV	1	–	–
Bewilligungsverlängerungen	64	78	69
Anzahl Bauanzeigen	4 521	3 827	3 605
Total Einsprachen	237	515	239

Neue Bauordnung und Baubewilligungskommission

Auf den 1. Oktober 2006 setzte der Stadtrat die neue Bauordnung in Kraft. Damit wurde gleichzeitig auch die Baupolizeikommission durch die Baubewilligungskommission abgelöst. Ihr gehören neu vier ausserhalb der Verwaltung stehende Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder an, die über geeignetes Fachwissen verfügen. Die fachliche Zusammensetzung und die breite Diskussion über die Baukultur in der Stadt St.Gallen haben dazu geführt, dass städtebaulich, architektonisch wichtigere Projekte vertiefter diskutiert werden konnten. Weiter erhielt das Amt für Baubewilligungen ausgedehntere Kompetenzen bei der Entscheidung von Bauvorhaben, bei denen keine wichtigen öffentlichen Interessen berührt sind und die Rechtslage klar ist. Dies führte unter anderem dazu, dass die Baubewilligungskommission im Jahre 2007 weniger Entscheide zu fällen hatte.

BAUPOLIZEILICHE ENTSCHEIDE	2005	2006	2007
Baubewilligungskommission:			
– Gesuche	313	287	129
– Korrekturgesuche/Wiedererwägungen	68	42	24
Amt für Baubewilligungen:			
– Gesuche	730	707	832
– Korrekturgesuche	193	165	188
Abbruchbewilligungen:			
– Bauten	6	12	11
– Wohnungen	8	41	28

650.2 Rekursverfahren

Die vom Amt für Baubewilligungen oder von der Baubewilligungskommission erlassenen Verfügungen wurden in 51 Fällen an das kantonale Baudepartement mit Rekurs weiter gezogen. Dies ist gegenüber den Vorjahren 2005 (30) und 2006 (32) ein markanter Anstieg. Davon wurden jedoch 28 Rekurse nach Rückzug oder bereits wegen Nichtleistung des Kostenvorschusses abgeschrieben. Ende 2007 waren beim kantonalen Baudepartement noch 18 Rekurse hängig. Im Berichtsjahr wurde 1 Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht, die durch Rückzug abgeschrieben werden konnte. Das Bundesgericht wies die Beschwerden gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts zum «Baumhaus» an der Zwingli-strasse 49 ab.

650.3 Bauten mit Wohnungen

Einerseits ist im Berichtsjahr ein Rückgang an bewilligten Mehr- und Einfamilienhäusern mit neuen Wohnungen zu verzeichnen, andererseits ist eine markante Steigerung fertig erstellter Wohnungen aller Grössen festzustellen. Grössere Überbauungen wurden unter anderem an der Kolumbanstrasse (38 Wohneinheiten) und in der Überbauung Watt (34 Wohneinheiten) bewilligt. Bei den fertig erstellten Wohnungen sind die Überbauungen Hechtacker (86 Wohneinheiten), Maestrani sowie Krüsistrasse (je ca. 50 Wohneinheiten) zu erwähnen.

BAUBEWILLIGUNGEN MIT WOHNUNGEN	2005	2006	2007
Wohnungsbauten	109	68	41
Einfamilienhäuser	58	32	14
Mehrfamilienhäuser	45	33	25
Geschäftshäuser mit Wohnungen	6	2	2
Anzahl Wohnungen	533	319	233

FERTIG ERSTELLTE WOHNUNGEN	2005	2006	2007
6- und mehr Zimmer	15	20	38
5-Zimmer	36	44	103
4-Zimmer	86	46	153
3-Zimmer	35	23	103
2-Zimmer	37	5	44
1-Zimmer	2	–	1

650.4 Bauberatung

Wie nachfolgende Zahlen belegen, wird die Bauberatung aktiv in Anspruch genommen. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung und zur Umsetzung einer guten Baukultur in der Stadt St.Gallen. Die Baubewilligungskommission wurde vor allem bei der Beurteilung von Ausführungsdetails der Fassadengestaltung bei grösseren Bauvorhaben aktiv beigezogen (z.B. Fassade Webersbleiche, Stadion, Neubau Geltenwilenstrasse).

BAUBERATUNG NACH GESUCHSARTEN	2005	2006	2007
Wohnen Neubau	111	161	114
Wohnen Umbau	143	204	92
Wohn-Gewerbe Neubau	18	12	14
Wohn-Gewerbe Umbau	54	52	36
Gewerbe-Industrie Neubau	33	24	33
Gewerbe-Industrie Umbau	23	35	28
öffentliche Bauten Neubau	16	12	11
öffentliche Bauten Umbau	25	27	16
übrige Bauten	–	6	27
Kleinbauten	83	114	108
Nutzungsänderungen	35	55	39
bauliche/technische und energetische Anlagen	53	81	85
Umgebung / Autoabstellplätze	87	115	95
Reklamen	180	156	169
zurückgestellte Baugesuche	102	73	56
zurückgestellte Reklamegesuche	23	17	6
Farb- / Material- und Detailgestaltung	87	115	73
Städtebau / Sondervorschriften	28	25	21

650.5 Bauaufsicht

Die Anzahl durchgeführter Kontrollen und Bewilligungen für die Benützung des öffentlichen Grundes bewegt sich im Bereich der Vorjahre. Im Geschäftsjahr 2007 wurden in 39 Fällen Bussen auf der Stelle erhoben sowie 3 Anzeigen erstattet.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Baukontrollen durchgeführt	1 363	1 331	1 314
Gerüstkontrollen vorgenommen	98	66	52
Bewilligungen öffentlicher Grund	62	40	37
Gesuche eingefordert	79	111	102
Strafanzeigen / Bussen	35	27	42
Baueinstellungsverfügungen erlassen	14	25	21

650.6 Baulicher Zivilschutz

Die Anzahl Gesuche und Abnahmen bewegt sich im Bereich der Vorjahre. Der Rückgang bei den Einnahmen aus Ersatzabgaben hängt mit der Reduktion an bewilligten Wohneinheiten zusammen.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Gesuche	11	19	11
Zivilschutzabnahmen	19	5	9
Befreiung von Schutzraumpflicht	14	17	12
Einnahmen Ersatzbeiträge (in CHF 1 000)	200	169	104
Aufhebung Schutzräume	3	4	11

650.7 Energie/Tankanlagen

Die Anzahl Vernehmlassungen und bewilligter Energienachweise bewegt sich im Rahmen der Vorjahre. Die Erhöhung der Energienutzungsdeklarationen ist auf die Zunahme von kleineren Umbauten mit Baukosten zwischen CHF 25 000 bis 200 000 zurückzuführen. Auffallend ist die Steigerung von Gesuchen für Beiträge aus dem Energiefonds. Dies dürfte unter anderem mit der besseren Information zusammenhängen.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Vernehmlassungen zu Baugesuchen	375	340	380
Energienachweis bewilligt	229	232	249
– davon mit Privaten Kontrollen	130	112	113
– davon mit Kontrollen durch Gemeinde	33	14	13
– davon mit Energienutzungsdeklarationen	66	106	123
Ausführungskontrollen durchgeführt	61	88	66
Gesuche Energiefonds bearbeitet	70	80	107

Das städtische Tankvolumen ist wie in den vergangenen Jahren, bedingt durch die Umstellung auf andere Energieträger wie Erdgas, Wärmepumpen erneut um ca. 1.1 Mio. Liter zurückgegangen.

BEWILLIGUNGEN	2005	2006	2007
Tankanlagen erdverlegt: Anzahl	8	2	2
Volumen in m ³	370	150	128
Tankanlagen in Gebäuden: Anzahl	5	5	1
Volumen in m ³	146	123	100
Kleintankanlagen: Anzahl	18	19	18
Volumen in m ³	22	22	23
Ausserbetriebsetzungen: Anzahl	102	149	135
Volumen in m ³	1 614	1 732	1 350

650.8 Feuerschutz

Die Anzahl der Feuerschauen wurde im Hinblick auf die bevorstehende Teiländerung des Feuerschutzgesetzes reduziert. Es wurden keine Feuerschauen bei Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern mehr durchgeführt. Demzufolge verringerte sich auch die Anzahl der eröffneten Mängelrapporte.

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Vernehmlassungen zu Gesuchen	418	350	307
Feuerungsanlagen bewilligt	287	288	319
Feuerschauen durchgeführt	953	986	806
Mängelrapporte eröffnet	246	229	199
Strafanzeigen erstattet	1	–	–
Veranstaltungen bewilligt	59	78	70

66 VERMESSUNGSAMT

Aufgaben:

- ist verantwortlich für das amtliche Vermessungswerk
- ist Ausgabestelle für Plankopien und Daten der amtlichen Vermessung
- ist zuständig für Bau- und Ingenieurvermessung
- verwaltet die Häusernummerierung und pflegt Gebäudedaten
- betreibt das Rauminformationszentrum RIZ

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 019	2 177	2 184
Ertrag	1 106	942	1 257
Aufwandüberschuss	913	1 235	927
Personalbestand	11.8	12.0	11.7

ERBRACHTE LEISTUNGEN (in%)	2005	2006	2007
Nachführung amtliche Vermessung	22.1	18.7	32.3
Plan- und Datenausgaben	5.8	5.5	5.0
Bau- und Ingenieurvermessungswesen	11.9	16.2	15.0
Gebäudeadressierung	7.7	7.1	7.6
GIS-Projekte	30.7	34.6	22.4
GIS-Betrieb und Dienstleistungen	21.8	17.9	17.7

Der Autobahnbau im Westen der Stadt führte zu umfangreicheren Nachführungsarbeiten, als dies in den Vorjahren der Fall war. Die Bauvermessungstätigkeit erreichte wie bereits 2006 einen hohen Prozentanteil der gesamthaft erbrachten Leistungen. Besonders umfangreich waren erneut die Arbeiten für das neue Fussballstadion. Beides zusammen führte zu einer starken Reduktion bei der Erneuerung der amtlichen Vermessung.

660 Vermessung und Dienste

AMTLICHE VERMESSUNG	2005	2006	2007
Anzahl Grenzmutationen	63	56	49
Anzahl Situationsmutationen	174	215	259
Anzahl Planausgaben	763	692	576
Anzahl Datenausgaben	302	315	277

AREALSTATISTISCHE ANGABEN (in ha)	2005	2006	2007
Gebäude	282.1	282.3	284.5
Hofraum, Garten, Anlagen	921.5	923.5	928.6
Acker, Wiesen, Weiden	1 330.3	1 326.9	1 315.3
Wald	993.7	994.4	994.4
Bahnen, Strassen, Wege	331.7	332.3	336.7
Gewässer	78.1	78.1	78.0
Übrige Gebiete	0.5	0.5	0.5

BAUVERMESSUNG/GEBÄUDEADRESSIERUNG	2005	2006	2007
Anzahl baupolizeiliche Absteckungen	165	199	148
Anzahl Häusernumerierungsmutationen	69	148	71

661 Rauminformationszentrum (RIZ)

Nach 20 Jahren wurde die Vermessungslösung ADALIN definitiv durch das Flottenprodukt GEONIS expert abgelöst. Sämtliche Arbeitsplätze des Vermessungsamtes wurden damit ausgerüstet. Die Daten der amtlichen Vermessung und der Raumplanung wurden ins neue System übernommen. Eine intensive Testphase ging der Einführung im Sommer 2007 voraus, zu der auch umfangreiche Konfigurationsarbeiten und interne Schulungen gehörten.

Die Abteilung Fernwärme der Sankt Galler Stadtwerke konnte im Dezember das letzte der vier Softwarepakete in Betrieb nehmen. Damit ist der Grossteil aller geplanten Entwicklungen für die Fernwärmelösung innerhalb des Geografischen Informationssystems GEONIS expert abgeschlossen und es kann mit der Erfassung der Daten begonnen werden.

Die Übernahme der Baukoordinationslösung KOBAS wurde bereits im 2006 gestartet und konnte im Frühjahr nach einer stadtinternen Schulung durch das RIZ der Produktion übergeben werden.

Für die Themenbereiche Gas, Wasser, Elektrizität und Abwasser stellte der Softwarelieferant neue Programmversionen sowie neue Fachapplikationen zur Verfügung, welche teilweise zu aufwändigen Migrationsprojekten führten. Für sämtliche Themenbereiche konnten 2007 im RIZ interne Testprojekte

auf einer nicht produktiven Testserveranlage realisiert werden. Dadurch konnten die neuen Themenbereiche unabhängig von der produktiven Umgebung durch die betroffenen Anwender im Haus geprüft werden. Das migrierte Projekt Abwasser wurde im Dezember 2007 in die Produktionsumgebung übernommen, für die weiteren Fachapplikationen soll dieser Schritt im ersten Quartal 2008 erfolgen.

Für die bestehenden Werkkataster konnten erste Versionen einer WEB-GIS-Lösung eingeführt werden. Die Werkkataster stehen nun auf dem Intranet der Stadt St.Gallen vielen Anwenderinnen und Anwendern zur Verfügung.

Mit dem Erwerb des sogenannten Datenbank-Modelers für GEONIS expert können seit 2007 einfache GIS-Anwendungen im RIZ selber konfiguriert werden. Erste Projekte wurden für das Tiefbauamt und die Stadtplanung aufgesetzt. Dem Strasseninspektorat konnte Ende Jahr eine Anwendung zur GIS-gestützten Verwaltung von Strassenzustandsbeobachtungen übergeben werden. Die Arbeiten für einen Kunstbautenkataster im Tiefbauamt sowie für das Inventar der Naturobjekte für die Fachstelle Natur und Landschaft des Stadtplanungsamtes wurden pilotiert und werden im Jahr 2008 weitergeführt.

Im Betriebsbereich lagen die Hauptaufgaben im Betrieb und Support aller Geodatenserversysteme und in den zugehörigen Dienstleistungen sowie im Betrieb und Unterhalt der webbasierten geographischen Informationssysteme des elektronischen Stadtplans im Intranet und Internet.

STADTPLAN IM INTRANET UND INTERNET	2005	2006	2007
Besuche im Internet	131 602	132 866	135 738
Besuche pro Arbeitstag im Internet	417	421	432
Besuche pro arbeitsfreier Tag im Internet	231	238	242
Besuche im Intranet der Stadtverwaltung	49 094	52 171	56 215
Besuche pro Arbeitstag im Intranet	185	197	215

67 GRUNDBUCHAMT

Aufgaben:

- führt das städtische Grundbuch der drei Kreise Bruggen, St. Fiden, Centrum
- berät Kundinnen und Kunden in grundbuch- und sachenrechtlichen Angelegenheiten
- erstellt und prüft sämtliche Grundbuchverträge für Eigentumsänderungen, Dienstbarkeiten, Vormerkungen, Anmerkungen und Pfandrechte
- beurkundet Verträge, soweit es dafür zuständig ist
- bearbeitet sämtliche Rechtsgeschäfte, stellt Beurkundungs- und Grundbuchgebühren in Rechnung und veranlagt die Handänderungssteuer
- organisiert und nimmt an den Grundstückschätzungen teil und wirkt im Gebäudeversicherungswesen mit
- administriert die Auszahlung von Verkehrswertentschädigungen bei Brand- und Elementarschadenfällen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	1 691	1 775	1 733
Ertrag	3 365	3 672	3 713
Ertragsüberschuss	1 674	1 897	1 980
Personalbestand	13.0	13.0	13.0

KENNZAHLEN	2005	2006	2007
Tagebuchbelege (Rechtsgeschäfte)	3 346	3 773	4 384
Anzahl Handänderungen (ohne Erbgänge)	632	643	737
Handänderungswerte, ohne Erbgänge (in CHF 1 000)	616 098	574 426	690 654
Löschungen von Grundpfandrechten	339	361	327
Neue Grundpfandrechte	351	410	503
Pfandrehtserhöhungen	301	277	328
Stockwerkeigentumsbegründungen	15	33	8
Eröffnete GB-Blätter für StWE-Anteile	125	309	64
Eröffnete GB-Blätter für ME-Anteile	197	430	80
Anzahl Gebäudeschätzungen	1 388	1 666	1 852
Anzahl Grundstücksschätzungen	1 691	2 005	2 242
Einnahmen aus Schätzungs- und Gebäudeversichererstätigkeit (in CHF 1 000)	272	301	328
Einnahmen aus Grundbuch- und Schätzungsgebühren (in CHF 1 000)	3 071	3 387	3 374
Einnahmen aus Handänderungssteuern (in CHF 1 000)	5 678	5 735	6 012

Die erhebliche Zahl von zusätzlichen Tagebuchbelegen ist in erster Linie auf die Grundbuchbereinigung zurückzuführen (Löschungen von veralteten Einträgen). Die Anzahl der Handänderungen ist um rund 15% angestiegen, was sich insbesondere durch Mehreinnahmen bei den Handänderungssteuern bemerkbar macht. Die Anzahl von Gebäude- und Grundstücksschätzungen konnte wiederum erhöht werden und der Rückstand der turnusgemässen Schätzungen (10 Jahre) ein wenig entschärft werden. Die Einnahmen sind dementsprechend auch höher.

68 STADTPLANUNGSAMT

Aufgaben:

- bearbeitet alle Aspekte der räumlichen Stadtentwicklung, namentlich im Zusammenhang mit der Richtplanung, dem Zonenplan und den Sonderbauvorschriften
- wahrt und unterstützt denkmalpflegerische Anliegen bei Baumassnahmen an schützens- und erhaltenswerten Bauten
- organisiert Pflege- und Unterhaltsarbeiten von ökologisch wertvollen Gebieten
- wickelt die ökologischen Ausgleichsleistungen an Landwirtschaftsbetriebe ab
- führt die Geschäftsstelle der Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen und das Sekretariat des Sachverständigenrates

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2005	2006	2007
Aufwand	2 759	2 668	2 815
Ertrag	1 231	1 069	1 152
Aufwandüberschuss	1 528	1 599	1 663
Personalbestand	9.6	9.3	9.9

680 Verwaltung der Dienststelle

680.1 Zonenplan und Bauordnung

Mit dem Abschluss der aufwändigen Rechtsverfahren konnten die neue Bauordnung und die Zonenplanteilbereiche Schutzgebiete und geschlossene Bauweise auf den 1. Oktober 2006 in Kraft gesetzt werden. Die Vorbereitungsarbeiten für die vom Kanton im Rahmen der gesamtstädtischen Zonenplanrevision geforderte Festlegung des Zonenzwecks bei den Grünzonen wurden abgeschlossen. Die Öffentliche Auflage ist 2008 vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Sondernutzungsplanungen oder städtebaulichen Studien und Konzepten wurden verschiedene Teilzonenpläne vorbereitet. Rechtskräftig wurde eine Teilzonenplanänderung im Gebiet Schönbüel (Fisba-Optik) an der Rorschacherstrasse.

680.2 Richtplanung

In der kommunalen Richtplanung werden die Rahmenbedingungen für die weitere Stadtentwicklung und die zur Verwirklichung der angestrebten Ziele erforderlichen Tätigkeiten definiert. Basierend auf den Grundzügen der räumlichen Entwicklung wurden in den Fachbereichen Siedlung, Verkehr und Landschaft mehr als 20 Teilprojekte benannt, die zum Teil durch externe Büros bearbeitet wurden. Damit konnten wesentliche Grundlagen für die anstehende Erarbeitung des Richtplans erstellt werden.

680.3 Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne

Folgende Sondernutzungspläne wurden genehmigt, resp. in Kraft gesetzt:

- Raiffeisenbank Winkeln (Gestaltungsplan, Büro und Wohnungen)
- Webersbleiche (Gestaltungsplan, 2. Teiländerung, div. Nutzungen)
- Stadion St.Gallen (Überbauungsplan, 2. Teiländerung)
- Verwaltungszentrum Oberer Graben (Gestaltungsplan, kantonale Verwaltung)
- Untere Krüzern (Gestaltungsplan, Neuauflage, Wohnbauten)
- Fisba Optik (Überbauungsplan, Betriebserweiterung)

Für folgende Gebiete sind Sondernutzungsplanungen in Bearbeitung bzw. im Verfahren:

- Villa Schönbühl (Gestaltungsplan, Wohnbauten)
- Bahnhof Nord (Gestaltungsplan, Fachhochschule)
- Hauptbahnhof Nordwest (Überbauungsplan)
- Kirchlistrasse Parz. 3370 (Gestaltungsplan, Wohnbauten)
- Birnbäumen I, II und III (Gestaltungspläne, div. Wohnnutzungen)
- Bundesverwaltungsgericht (Gestaltungsplan)
- Chrüzacker (Gestaltungsplan, Wohnbauten)
- Olma (Gestaltungsplan, Messe- und Kongresshaus mit Büros und Wohnungen)
- Huebstrasse (Gestaltungsplan, Änderung)
- Erlachstrasse (Überbauungsplan, Betriebserweiterung)
- Waldgutstrasse / Glärnischstrasse (Gestaltungsplan, Wohnbauten)
- Siedlung Rehweid Schlatterstrasse (Gestaltungsplan, Wohnraumerweiterungen)
- Überbauungsplan für das Gebiet zwischen Bogenstrasse und Büchelstrasse (Überbauungsplan, Aufhebung)
- Watt Hang (Gestaltungsplan, Teilersatz, Wohnbauten)
- Bruggwaldstrasse 38a / 40 (Gestaltungsplan, Wohnbauten)

680.4 Stadtentwicklung

Das Stadtplanungsamt begleitete dieses Jahr diverse grössere Planungen und Projektierungen. Die stadtweit geführte Diskussion um die Bauqualität hat dazu geführt, dass auch private Bauträger vermehrt kleinere Varianzverfahren mit Unterstützung der Verwaltung durchführen möchten. So sind unterdessen auf verschiedenen Grundstücken Vorbereitungsarbeiten für solche Verfahren in Gang gesetzt worden. Das Resultat des Investorenwettbewerbes «Wohnüberbauung Gesshalden» wird 2008 mit einem Gestaltungsplan umgesetzt.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Liegenschaftenamt führte dazu, dass das Instrument der städtebaulichen Landwert-Ermittlungsstudien (Bahnareal St. Fiden, Neudorf, Gatterstrasse) mit unterschiedlichen Ansätzen gemeinsam erfolgreich angewendet wurde. Auch in Zusammenarbeit mit dem Liegen-

schaftenamt wurden Abklärungen für eine Wohnüberbauung an der Höchster Strasse getroffen. Es ist vorgesehen, 2008 einen Studienauftrag durchzuführen.

Im Gebiet Waldacker – Lerchenfeld wurde der Entwicklungsplan materiell abgeschlossen.

Als Grundlage für eine allfällige Anpassung resp. Verfassung von Sondernutzungsplänen wurde die Erarbeitung von verschiedenen städtebaulichen Studien resp. Vorprojekten begleitet (Schlössli Haggen, Schlatterstrasse, Lilienstrasse, Engelwies, Geissbergstrasse/Bionstrasse). Einen weiteren Aspekt bildeten wiederum die Stellungnahmen zu Baugesuchen.

Der verwaltungsinterne Fachausschuss Städtebau tagte 19-mal und bearbeitete 88 Sachgeschäfte, die vom Amt für Baubewilligungen oder vom Stadtplanungsamt vorgelegt wurden.

Im Rahmen der Richtplanung wurden freiräumliche und städtebauliche Grundlagenpläne erarbeitet. Der Grundlagenplan Siedlung dokumentiert die verschiedenen Phasen der Entwicklung ausgehend von den gewachsenen Kerngebieten bis zu den Stadtteilerweiterungen des späten 20. Jahrhunderts. Eine Typologisierung der Strassen und des Strassensystems unserer Stadt war Gegenstand eines weiteren Grundlagenplans.

680.41 Sachverständigenrat für Städtebau und Architektur

Für die Tätigkeit des Sachverständigenrat wird auf den separaten Geschäftsbericht verwiesen.

680.5 Öffentlicher Raum

Zu folgenden Bereichen oder Themen wurden Wettbewerbsverfahren vorbereitet oder eingeleitet: Bahnhofplatz, Marktplatz, Weihnachtsbeleuchtung der Innenstadtgassen. Im Rahmen der Reorganisation und Erneuerung des Bahnhofplatzes wurden die Arbeiten zur Vorbereitung eines Wettbewerbs grösstenteils abgeschlossen.

Bei verschiedenen Ausführungsprojekten wurden intensive Begleitungs- und Gestaltungsaufgaben wahrgenommen, so z.B. bei der Neugestaltung der Lämmli brunnenstrasse, der Ecke St. Leonhard-Strasse / Schützengasse und der Marktgasse sowie bei der Neukonzeption der Bushaltestellen.

Eine wichtige konzeptionelle Arbeit zur Gestaltung des öffentlichen Raums ist die Erarbeitung eines Lichtkonzepts. Die Arbeit setzt ihren Schwerpunkt in erster Linie auf die Qualität der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt. Dabei sollen neben gestalterischen und städtebaulichen Grundsätzen auch die Anliegen der Denkmalpflege und der Ökologie und Energie beachtet werden.

Die ständige Arbeitsgruppe «Nutzung und Gestaltung im öffentlichen Raum» bearbeitete verschiedene kleinere Aufgaben im Auftrag des «Steuerungsausschusses öffentlicher Raum». Ebenso bearbeitete die ständige Arbeitsgruppe «Möblierung Innenstadt» weitere Themenbereiche im öffentlichen Raum, wie z.B. das Konzept für die Unterflurabfallbehälter.

680.6 Sicherheit im Stadtraum

Die persönlichen Beratungen, ausgelöst durch Auflagen in den Baubewilligungen, haben 2007 zugenommen. Das ist als Folge des Sicherheitsartikels in der neuen Bauordnung zu werten. Daraus ergaben sich weitere Arbeiten. So wird zum Beispiel die Beleuchtung des Universitätsgeländes gesamthaft überprüft. Weitere Schwerpunkte bildeten die aktive Teilnahme an der diesjährigen Sozialraum-

tagung der Fachhochschule für Soziale Arbeit sowie die Fertigstellung des «Ideenkataloges zu den Aspekten der subjektiven Sicherheit in Tiefgaragen».

680.7 Freiraum-, Naturschutz- und Landschaftsplanung

Zu den Tätigkeiten des Fachbereichs Freiraum, Natur und Landschaft zählen neben freiraumplanerischen und landwirtschaftlichen Aufgabestellungen die Erarbeitung und Umsetzung von Schutzverordnungen, Landschaftsinventaren und die Organisation von Pflegemassnahmen, die Abwicklung ökologischer Ausgleichsleistungen, die Überwachung des Hecken- und Baumschutzes, die Beratung Dritter zu Fragen der Umgebungsgestaltung sowie die Baugesuchsbeurteilung.

Im Jahre 2007 wurden neben den laufenden Arbeiten folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Aspekte Freiraum, Natur/Landschaft, Erholung, Wald, Gewässer und Landwirtschaft für die kommunale Richtplanung
- Erarbeitung des Inventars der Naturobjekte
- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen «Natur findet Stadt 2007»
- Abschluss der Sanierung der Naturschutz- und Amphibienlaichgebiete Altmanneuweier und Bildweier
- Aktualisieren des Inventars der Mauer- und Alpensegelnistplätze von 2001
- Mitarbeit beim Gewässerentwicklungskonzept

680.8 Regionalplanung

Durch den kantonalen Richtplan sind der «Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen» Aufgaben übertragen worden. Darunter fallen nachfolgende Arbeiten:

- Der Regionalplan G-Standorte wurde anlässlich einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung am 13. November 2006 durch die Delegierten der Vereinigung erlassen. Die Genehmigung durch den Kanton St.Gallen sowie die Kenntnisnahme durch die Regierung des Kantons Appenzell A.Rh. erfolgte im 3. Quartal 2008. Der Regionalplan wurde auf den 1. Oktober 2007 durch den Vorstand der Vereinigung in Kraft gesetzt. Die Umsetzung erfolgt in den Gemeinden im Rahmen der Richt- und Nutzungsplanung.
- Die Planung Skaterland Ostschweiz ist in drei Phasen unterteilt. Mit der Phase I «Machbarkeitsprüfung» wurden die Grundlagen für die Signalisierung einer Skateroute in der Region ausgearbeitet. Phase II «Signalisationsplanung» überprüft die ausgearbeitete Route und zeigt die (allfällig) nötigen baulichen Massnahmen für die Umsetzung auf. Diese Phase konnte Ende 2007 abgeschlossen werden. Die Phase III «Signalisation» wurde eingeleitet – die Markierung der Route sollte bis Ende April 2008 abgeschlossen sein.

Mit dem Ziel, die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der Agglomeration St.Gallen/Arbon-Rorschach aufeinander abzustimmen, wurde ein Programm unter Federführung des Amtes für Raumentwicklung erarbeitet. Die Vereinigung war durch die Präsidentin im Lenkungsausschuss (strategische Führung) und durch den Geschäftsführer im Projektausschuss (operative Führung) vertreten. In einem breiten Vernehmlassungsverfahren im Mai 2007 konnten die Regionen sowie die Gemeinden der Agglomeration Stellung zum Agglomerationsprogramm nehmen. Das darauf überarbeitete Programm wurde Ende Dezember 2007 dem Bundesrat zu Genehmigung eingereicht.

Unter dem Titel «Zukunftsbild Region» wurden zwei Workshops zusammen mit den Gemeinden der Regionen St.Gallen und Rorschach sowie den thurgauischen Gemeinden Arbon, Horn und Roggwil durchgeführt. Unter den 45 eingeladenen Gemeinden besteht der Konsens, dass die heutige Abgrenzung der Regionen geändert werden soll und eine engere Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Akteuren (z.B. Standortförderung und Tourismus) erreicht werden soll. Die Vereinigung sowie die Region

Rorschach-Bodensee wollen bis zum Frühjahr 2008 einen Grundsatzentscheid zur weiteren Zukunft der beiden Regionen fällen.

681 Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege

Nach einer intensiven Phase der Überarbeitung des Inventars der schützenswerten Bauten konnte sich die Denkmalpflege im vergangenen Jahr wieder schwerpunktmässig der Bearbeitung und Begleitung von Renovations- und Restaurierungsmassnahmen widmen. Zu den grössten Vorhaben zählen die Aussenrenovation der St.Otmarskirche und des Hauses zur Treue an der Neugasse, die Umbauten der Stiftsbibliothek und des Schösslis Haggen, die Sanierung des Schulhaus Krontal und der Universität auf dem Rosenberg. Gesamthaft wurden durch die Denkmalpflege ca. 50 grössere Renovationsvorhaben begleitet. In 218 Fällen liess sie sich auch zu laufenden Baugesuchen vernehmen.

Die Mitte Juni durchgeführte erste Sondierungsgrabung in der Ruine Rappenstein ergab interessante neue Erkenntnisse über das Ausmass dieser Burg im Osten der Stadt. Um den Bestand zu retten, sind nun in den kommenden Jahren weitere Sicherungsarbeiten am originalen Gemäuer geplant.

Seit über zehn Jahren beteiligt sich die Stadt St.Gallen am Europäischen Tag des Denkmals. Dieser stand dieses Jahr unter dem Thema «Holz» und wurde wiederum von mehreren Hundert Personen besucht.

DENKMALPFLEGE	2005	2006	2007
Anzahl Subventionsbescheide	30	28	30
an öffentlichen Institutionen (in CHF 1 000)	30	120	19
an privatrechtliche Institutionen (in CHF 1 000)	101	100	117
an Privatpersonen (in CHF 1 000)	104	59	150
Total	235	279	286

st. adt